

204/KOMM XXIV. GP

Kommuniké

des Untersuchungsausschusses zur Klärung von Korruptionsvorwürfen (910/GO XXIV. GP)

Untersuchungsausschussprotokoll der 20. Sitzung vom 11. April 2012 - öffentlicher Teil

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen hat am 18. November 2011 einstimmig beschlossen, alle Protokolle (bzw. Tonbandabschriften) der öffentlichen Teile der Sitzungen dieses Untersuchungsausschusses im Internet auf der Homepage des Parlaments gemäß § 39 Abs. 1 GOG als Kommuniké zu veröffentlichen.

Der Ausschuss hat weiters einstimmig beschlossen, dass für den Fall, dass gemäß § 23 Abs. 3 VO-UA Einwendungen gegen Fehler in der Protokollierung erhoben werden und diese vom Ausschuss mit Beschluss anerkannt werden, die Parlamentsdirektion zu beauftragen ist, die Internetversion zu berichtigen und als solche auch zu kennzeichnen.

Hinweis: Dieses Protokoll wird im Falle von konkreten von Auskunftspersonen bzw. Sachverständigen erhobenen Einwendungen gegen Fehler der Übertragung vom Tonträger, die vom Untersuchungsausschuss anerkannt wurden, korrigiert.

PROTOKOLL
Untersuchungsausschuss
zur Klärung von Korruptionsvorwürfen
20. Sitzung/ öffentlicher Teil
vom 11. April 2012
Gesamtdauer der Sitzung:
10.15 Uhr – 18.07 Uhr

Wien, 2012 04 11

Dipl.-Ing. Gerhard Deimek
Schriftführer

Dr. Gabriela Moser
Obfrau



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

Untersuchungsausschuss

zur

Klärung von Korruptionsvorwürfen



Protokoll

(verfasst vom Stenographenbüro)

20. Sitzung/ öffentlicher Teil

Mittwoch, 11. April 2012

Gesamtdauer der 20. Sitzung
10.15 Uhr – 18.07 Uhr

Lokal VI

Auskunftspersonen

(20. Sitzung; Mittwoch, 11. April 2012)

| | |
|--------------------------------------|------------|
| Arno ECCHER | 3 |
| Michael RICHTER | 34 |
| Ing. Monika LANGTHALER, M.Sc. | 47 |
| Heinz LEDERER | 79 |
| Mag. (FH) Stefan KRENN | 110 |

Die Beratungen des Untersuchungsausschusses beginnen um 10.15 Uhr und finden bis 10.21 Uhr unter **Ausschluss** der **Medienöffentlichkeit** statt. (gesonderte **Auszugsweise Darstellung, nichtöffentlicher Teil.**)

10.22

Obfrau Dr. Gabriela Moser leitet – um 10.22 Uhr – zum **medienöffentlichen Teil** der Sitzung über und ersucht darum, die erste Auskunftsperson in den Sitzungssaal zu bitten.

10.22

Auskunftsperson Arno Eccher

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Arno Eccher** als **Auskunftsperson**.

Ich darf die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam machen, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen – ganz wesentlich: Sie dürfen **nicht** auf irgendwelchen Geräten mitschneiden! – unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saales. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Eccher, ich danke für Ihr Erscheinen.

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Eccher Arno. Die weiteren Personaldaten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt.

Sie standen während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Dienstverhältnis. Auch verzichten Sie auf eine Vertrauensperson.

Herr Eccher, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein genereller Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann nicht geltend gemacht werden.

Wir können jetzt mit der Befragung beginnen, außer Sie möchten in einer zehnmütigen Erzählung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge mitteilen. (**Arno Eccher: Nein, danke!** – Die Obfrau erteilt sodann als erstem Fragesteller Abg. Pilz das Wort.)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, Sie sind ja als Erster zum zweiten Mal in diesem Untersuchungsausschuss; wir werden Sie also, wie vereinbart, nicht mehr zur Universaldienstverordnung befragen – das haben wir schon getan –, sondern jetzt einmal zu zwei Rechnungen der „Neuen Freien Zeitung“ an die ZehnVierzig GmbH.

Die erste Rechnung stammt vom 1. Dezember 2004 über einen Rechnungsbetrag von 89 400 €, und die zweite vom 28. Dezember 2004, also von einem Zeitpunkt vier Wochen später, über einen Rechnungsbetrag von 102 600 €.

Können Sie dem Ausschuss schildern, welche Funktion Sie damals in der „Neuen Freien Zeitung“ hatten?

Auskunftsperson Arno Eccher: Ich war, verbunden mit der Funktion des **Bundesgeschäftsführers** der Freiheitlichen Partei, auch **Geschäftsführer** des Parteiorgans „**Neue Freie Zeitung**“.

In dieser Aufgabe war ich auch verantwortlich für das Lukrieren von Inseraten, PR-Artikeln und eben für alles, was zur Geschäftsführung dazugehört. Das war damals meine Funktion.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann sind Sie eh die richtige Auskunftsperson für diese Rechnungen, dann frage ich Sie jetzt gleich zum Rechnungstext.

Ich zitiere:

„RECHNUNG NFZ“

„Bezugnehmend auf die Vereinbarung vom 10. April 2004 übermitteln wir Ihnen als Honorarnote den Pauschalbetrag in Höhe von... Euro 89.400,00.“

Erste Frage dazu: Zwischen welchen Parteien oder Personen ist diese Vereinbarung, die hier zitiert wird, am 10. April 2004 geschlossen worden?

Arno Eccher: Ich habe diesbezüglich ausschließlich mit dem Herrn Meischberger gesprochen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es gibt ja zwei Rechnungen; zumindest haben wir hier zwei Rechnungen als Ausschussunterlagen.

Gibt es eine Vereinbarung vom 10. April 2004?

Arno Eccher: Ich denke, dass es eine Vereinbarung gibt, aber die habe ich jetzt nicht. Die müsste in den Unterlagen der „NFZ“ sein. Ich habe keine.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ist Ihnen eine schriftliche Vereinbarung zwischen Meischberger und Ihnen erinnerlich, da Sie sagen, die muss bei den Unterlagen der „NFZ“ sein?

Arno Eccher: Ich denke schon, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hätten Sie Möglichkeiten innerhalb der Freiheitlichen Partei, dem Untersuchungsausschuss diese Vereinbarung zukommen zu lassen, denn Sie sind ja nach wie vor Funktionär der Freiheitlichen Partei?

Arno Eccher: Ich bin in Vorarlberg tätig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie die Möglichkeit, das dem Untersuchungsausschuss zukommen zu lassen?

Arno Eccher: Das müsste ich abklären, Herr Pilz.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja. – Sonst fragen wir gleich die Verantwortlichen in der Bundespartei, die sind ja nicht so weit weg.

Können Sie dem Ausschuss sagen, was der **Inhalt** dieser Vereinbarung zwischen Meischberger und Ihnen war?

Arno Eccher: Der Inhalt dieser Vereinbarung war, dass nach Gesprächen mit dem Herrn Meischberger – ich habe mir das aufgelistet – PR-Artikel, etwaige Inserate – hauptsächlich war das Thema „PR-Artikel“ – in der „Neuen Freien Zeitung“ über einen gewissen Zeitraum erscheinen sollten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): War in diesem Zusammenhang klar, wer der wirkliche Auftraggeber ist, also von wem das Geld kommt?

Arno Eccher: Das war zu diesem Zeitpunkt klar.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und von wem?

Arno Eccher: Von der Telekom.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Von der Telekom Austria AG?

Arno Eccher: Nein, über den Herrn Meischberger! Der Herr Meischberger hat mir den Kunden genannt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Er hat Ihnen die Telekom als Auftraggeber – und das heißt auch als Zahler – genannt. Ist das richtig? (*Arno Eccher: Ja!*) – Ist da eine Vereinbarung getroffen worden, wie groß die Summe, die die Telekom zahlt, sein soll?

Arno Eccher: Es wurde grob von einer Summe von etwa 150 000 € gesprochen, aufgeteilt in – ich muss es auch wieder grob sagen, es ist acht Jahre her, Herr Pilz – (*Abg. Dr. Pilz: Ja, ja!*) 20 bis 25 Artikeln, in der Gegend, hat es geheißén.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Den Rechnungsbetrag habe ich zitiert. Und dann geht es weiter in der Rechnung:

„für die Placierung verschiedener Persönlichkeiten und Produkte, speziell Tel'cos, im Zeitraum Mai – September 2004.“

Das heißt – damit wir die Chronologie haben –: Am 10. April 2004 schließen Sie mit dem Herrn Meischberger die Vereinbarung über Telekom-Zahlungen für Inserate, PR-Artikel und Ähnliches in der „Neuen Freien Zeitung“ ab.

Dann wird vereinbart: „Placierung verschiedener Persönlichkeiten und Produkte, speziell Tel'cos, im Zeitraum Mai – September 2004“.

Darf ich davon ausgehen, dass es sich um Persönlichkeiten aus dem Telekom-Bereich beziehungsweise bei den „Tel'cos“ um die Telekom Austria AG gehandelt hat?

Arno Eccher: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die werden ja nichts dafür bezahlt haben, dass Sie für T-Mobil oder andere Konkurrenten Werbung machen. – Ist egal.

Können Sie uns jetzt die Inserate beziehungsweise die PR-Beiträge von oder im Interesse von Telekom nennen, die dann in der „Neuen Freien Zeitung“ publiziert worden sind?

Arno Eccher: Nein, die kann ich Ihnen jetzt im Detail nicht nennen. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich kann es Ihnen sagen, denn ich möchte Sie nicht der Gefahr einer möglicherweise falschen Beweisaussage aussetzen. Wir haben das voriges Jahr nachrecherchiert. Jetzt waren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von uns wieder in der Nationalbibliothek, haben sich sämtliche Nummern der „Neuen Freien Zeitung“ angesehen. Sie haben kein einziges Inserat festgestellt, haben keinen einzigen PR-Artikel festgestellt, haben nur zwei kurze Artikel festgestellt, in denen Redakteure der Freiheitlichen Partei ziemlich über die Telekom hergezogen sind und ziemlich negativ über die Telekom berichtet haben.

Wo sind die Inserate, also die Leistungen, die in der „Neuen Freien Zeitung“ für die Telekom für das Telekom-Geld erbracht worden sind?

Arno Eccher: Wenn ich eine Vereinbarung abschlieÙe zu gewissen Tarifen und – so wie Sie sagen, es ist nichts zu sehen – der etwaige Kunde beliefert uns nicht, dann können wir nichts abdrucken. Das ist ein ganz normaler kaufmännischer Vorgang.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie etwas Einfaches gefragt: Wo ist die Leistung, die die „NFZ“ für die Telekom erbracht hat? Wo ist die Leistung?

Arno Eccher: Das haben ja Sie kontrolliert, nicht ich.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie nicht gefragt, wer das kontrolliert hat. Ich sage, wir konnten keine feststellen. Herr Eccher, vielleicht hat es eine andere Leistung gegeben, das kann man nicht ausschließen. Das ist jetzt der Sinn meiner Frage. Es sind zwar offensichtlich Inserate vereinbart worden, sagen Sie, alles Mögliche, PR-Artikel. Die gibt es nicht.

Daher: Hat es irgendeine sonstige Leistung gegeben? (*Arno Eccher: An die Telekom?*) – Ja.

Arno Eccher: Nein, nicht dass ich wüsste. Es hat diese Vereinbarung mit der „NFZ“ gegeben, wie Sie ja wissen. Über die reden wir jetzt ja, aber sonst eher nichts.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Da sind wir ja schon wieder im leistungslosen Bereich. Das sind ja schon ÖAAB-Verhältnisse, die da in der „Neuen Freien Zeitung“ geherrscht haben.

Herr Eccher, wenn es keine Leistungen gegeben hat, frage ich Sie etwas anderes. Der Herr Meischberger hat uns lang und breit geschildert, dass bei solchen Vorgängen nie wirklich daran gedacht war, Leistungen zu erbringen, sondern er hat uns den Sinn sogenannter **Druckkostenbeiträge** erklärt.

Daher: Kann es sein, dass es sich bei diesen Zahlungen um Druckkostenbeiträge gehandelt hat?

Arno Eccher: Das ist, wie Sie das titulieren. Wie gesagt, es hat Vereinbarungen gegeben, dass verschiedenste Artikel geschaltet werden. Wenn die vom Kunden oder von der Agentur **nicht** geliefert werden, dann ist die Agentur oder der Kunde dafür zuständig.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe Sie ein bisschen etwas anderes gefragt. Ich komme noch einmal zurück auf Meischberger. Meischberger hat eine meiner Meinung nach wirklich erhellende lange Erklärung über Druckkostenbeiträge abgegeben. Er war eigentlich ziemlich erstaunt, wie wir uns die realen Verhältnisse vorstellen, und hat dem Ausschuss erklärt – ich zitiere ihn jetzt –:

„Ich persönlich kann Ihnen, weil ich diese Debatte über Druckkostenbeiträge ja in den letzten Tagen medial mitverfolgen konnte, ganz klar sagen – auch aus meiner Zeit als Parteifunktionär –, dass ich glaube, dass die Scheinheiligkeit, wie man mit diesem Thema umgeht, zum Himmel stinkt hier in der Republik. Die Druckkostenbeiträge für verschiedenste Publikationen aus Vorfeldorganisationen, aus Parteiorganisationen, von der Zeitung 'Der Polizist' oder wie auch immer, sind die Geschäftsgrundlage und die Grundlage dafür, dass diese Medien überhaupt existieren!“

Ausgangspunkt war die ganze „Neue Freie Zeitung“-Geschichte, und Meischberger sagt, das ist die Grundlage, dass diese Medien überhaupt existieren.

Ich zitiere Meischberger:

„Es ist einmal so, dass es Unternehmen gibt, die gewisse Publikationen fördern, denen es wichtig ist, dass es verschiedene Publikationen gibt, die aber in dem Umfeld nicht werbend erscheinen wollen, weil es strategisch nicht in ihren ‚Kanal‘ passt. Und das

passiert immer wieder. Wenn man heute laut schreit: Druckkostenbeiträge raus! –, dann fallen in sämtlichen Parteizeitungen des Landes die Aktenschränke zusammen. Das ist die Wahrheit!“

Und jetzt frage ich nach den zusammenfallenden Aktenschränken in der FPÖ und den Druckkostenbeiträgen der Telekom, die möglicherweise verhindert haben, dass die blauen Aktenschränke zusammengefallen sind.

Hat es sich hiebei, wie Meischberger dem Ausschuss geschildert hat, um Druckkostenbeiträge gehandelt?

Arno Eccher: Ich sage es Ihnen jetzt noch einmal: Ich habe eine Vereinbarung gehabt, nach der PR-Artikel, Inserate und so weiter geschaltet werden hätten sollen. Hätten sollen! Wenn diese vom Kunden – in dem Fall diese Agentur– nicht kommen, dann kann ich das nicht verhindern.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die letzte Frage in der ersten Runde.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur um das ein bisschen zu präzisieren.

Arno Eccher: Sie wollen darauf hinaus, dass ich zu Ihnen sage, wir haben Geld erhalten für keine Leistung. Auf das wollen Sie hinaus.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich frage Sie nur eines in diesem Zusammenhang, Herr Eccher – ich will auf etwas ganz anderes hinaus –: Wenn diese Leistungen zwischen Mai und September 2004 vereinbarungsgemäß hätten erbracht werden sollen, aber nicht erbracht worden sind, warum haben Sie diese Leistungen dann verrechnet?

Arno Eccher: Das kann ich mich jetzt nicht genau erinnern. Vielleicht haben wir auch vereinbart, dass das Ganze dann im Jahr 2005 geschieht. Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, diese Vereinbarung gibt es nicht, und im Jahr 2005 findet sich auch nichts.

Warum haben Sie eine Leistung verrechnet, die nicht erbracht worden ist?

Arno Eccher: Ich sage Ihnen noch einmal: Es waren ganz klar Inserate ausgemacht. Ich bitte, das auch aus kaufmännischer Sicht zu sehen. Es waren Inserate ausgemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, das stimmt nicht!

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Das war jetzt schon die überletzte Frage; nicht nur die vorletzte, die überletzte Frage.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Darf ich nur mit einer letzten Frage für mich diesen Komplex abschließen. Dann muss ich nachher nicht mehr darauf zurückkommen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dann wird es bei der zweiten Runde knapper.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Eccher, abschließend: Vereinbarung 10. April, vereinbart sind Leistungserbringungen von Mai bis September 2004, und Sie stellen persönlich die Rechnung am 1.12.2004, also drei Monate, nachdem die letzte Leistung erbracht hätte werden sollen.

Sie wissen zu dem Zeitpunkt, es ist **keine** Leistung erbracht worden.

Warum haben Sie trotzdem, obwohl keine Leistung erbracht worden ist, die Rechnung erstellt, eben über nicht erbrachte Leistungen?

Arno Eccher: Noch einmal: Auf Basis eines Vertrages. Vielleicht haben wir auch ausgemacht, dass später geschaltet werden kann.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Für mich reicht das. – Danke.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Schönen guten Morgen! – Herr Eccher, ich würde Sie bitten, damit wir alle einen Überblick bekommen, dass wir ganz kurz zu Ihrer Aufgabenstellung kommen können. Sie waren bei dieser „Neuen Freien Zeitung“ Geschäftsführer. Von wann bis wann waren Sie das?

Arno Eccher: Das wird mit meinem Eintritt mit April 2003 bis zum Ausscheiden im März 2005 gewesen sein, in derselben Zeit, als ich auch Bundesgeschäftsführer war.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Können Sie kurz Ihren Aufgabenbereich darstellen: Wofür waren Sie zuständig? Wie viele Mitarbeiter gab es? Gab es verschiedene Abteilungen bei dieser Zeitung? Wie war die Struktur dieser Zeitung?

Arno Eccher: Die Struktur war so, dass es zwei Redakteure gegeben hat, einen Hilfsredakteur beziehungsweise Fotografen und eine Person, die die Adressenverwaltung gemacht hat. So war die Struktur beziehungsweise das Personal. Die Person, die die Adressen verwaltet hat, hat gemeinsam mit mir auch Inserate lukriert. Diese Person hat es schon sehr, sehr lange gemacht, bevor ich gekommen bin.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wenn ich Sie richtig verstehe, ist das eine sehr kleine Struktur, und Ihre Aufgabenstellung war die Führung beziehungsweise sich um Inserate zu kümmern, darum zu kümmern, dass das Geschäft läuft, um es auf den Punkt zu bringen. (*Arno Eccher: Ja!*) – Gab es quasi für Sie einen Vorgesetzten, der Sie kontrolliert, der Ihnen Aufgabenstellungen gegeben hat, der gesagt hat, welche Ziele Sie verfolgen sollen?

Arno Eccher: Nein, der Eigentümer ist natürlich die Partei, aber ich habe hier als Geschäftsführer der Partei diese Sachen vorgegeben. Im kaufmännischen Bereich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und wie hat sich die Sache im redaktionellen Bereich abgespielt? Haben Sie die redaktionelle Linie vorgegeben? Hatten Sie Vorgaben?

Arno Eccher: Nein, die redaktionelle Linie habe ich nicht vorgegeben. In dieser Zeitung wurde natürlich bundespolitisch berichtet. Genauso haben die Länder Druckunterlagen übersendet, wir haben also auch Länderberichterstattung gehabt von mehreren Seiten. Das war bei den Redakteuren.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Wenn ich Sie richtig verstehe, heißt das, Sie haben bundesweit eine Aufgabenstellung gehabt mit dieser Zeitung.

Arno Eccher: Na ja, bundesweit. Die Landesgruppen durften uns mit Artikeln beliefern, und je nachdem haben wir dann diese auch in die Bundesländer-Seiten eingearbeitet.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): In welchem Volumen darf ich mir dieses Medium vorstellen: Wie viele zigtausend Stück wurden davon produziert?

Arno Eccher: Ich habe das nur noch grob in Erinnerung, aber ich denke, zwischen 40 000, 45 000. Das ist größtenteils an die Mitglieder gegangen, dann auch an diverse Abonnenten, und teilweise wurden auch gewisse Opinion Leader und so weiter beliefert. Es hat also unterschiedliche Auflagen gegeben. Damals war das auch in enger Zusammenarbeit mit den Ländern; die Länder haben für ihre Mitglieder auch die „NFZ“ bei uns abonniert.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Darf ich das hinterfragen? (*Arno Eccher: Gerne!*) – Sie sagen: Abonnenten. Das heißt, es gibt eine Gruppe, das sind Abonnenten, die bezahlen dafür – und andere bekommen es quasi gratis? (*Arno Eccher: Ganz genau!*) – Sonst ist es ja auch schwer erklärlich, denn die „Presse“ spricht von 5 000 bis 6 000 Stück, und Sie sprechen von 40 000 bis 50 000 Stück. Aber das scheint ja bei Medien durchaus öfter der Fall zu sein, wenn ich so Entgegnungen und Stellungnahmen in den Zeitungen sehe, dass man seine Auflage durchaus wohlwollend nach oben „rundet“.

Arno Eccher: Ich kann Ihnen dazu nur sagen, dass damals fast alle Landesgruppen für ihre Mitglieder die „NFZ“ abonniert hatten. – Wie das heute ist, wie die Auflage heute ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Also damals weiß ich, dass der Mitgliederstand bei, ich glaube, 38 000 bis 40 000 war. Ich weiß es aber nicht genau.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber es ist doch eine beachtliche Differenz von 4 000 zu 50 000.

Arno Eccher: Ich weiß nicht, woher Sie diese Zahl haben.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist eine Mitteilung der „Presse“ vom 21. März 2012, und da spricht man konkret von 5 800 Stück. Deshalb frage ich Sie, ob das realistisch ist, oder ob die 40 000 bis 50 000 realistisch sind. Das ist konkret meine Frage.

Arno Eccher: Ich weiß die heutige Auflage nicht, ich weiß auch nicht, welche Länder noch „NFZ“-Abonnenten sind. Ich kann Ihnen nur von meinem Heimatbundesland berichten: Die Landesgruppe Vorarlberg hat die „NFZ“ für ihre Mitglieder derzeit nicht abonniert. Ich weiß aber nicht, wie das bei anderen großen oder sehr großen Landesgruppen wie Oberösterreich oder Wien und so weiter ist, was sich da im Vergleich zu vor acht Jahren geändert hat. Ich weiß es einfach nicht.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Aber man kann so, wie Sie eingangs erwähnt haben, der Meinung sein, ein Gutteil wird verkauft und ein Teil wird halt gratis zur Verfügung gestellt.

Arno Eccher: Ja, verkauft wird es auch. Das ist den Ländern fakturiert worden.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie geben mit „Fakturierung“ das Stichwort: Wir kommen nun zu den Rechnungen. Uns liegen in den Unterlagen insgesamt zwei Rechnungen vor von der „Neuen Freien Zeitung“ an die ZehnVierzig GmbH des Herrn Walter Meischberger; die erste vom 1.12.2004 mit 89 400 € – das wurde heute schon zitiert – und eine zweite vom 28.12.2004 mit 102 600 €.

Wie erklären Sie uns, dass die eine Rechnung quasi mit „bezahlt“ tituliert ist und die andere diesen Vermerk nicht innehat? Welche Gründe gibt es dafür?

Arno Eccher: Die kann ich Ihnen nicht mehr genau nennen, weil ich im Jahre 2005, also im ersten Quartal 2005 ausgeschieden bin. Ich habe das eigentlich auch den Medien entnommen, dass die zweite Rechnung sehr wohl fakturiert, aber nicht beglichen wurde. Ich weiß es nicht. Ich bin dann per Ende März 2005 ausgeschieden, auch aus der Funktion des „NFZ“-Geschäftsführers.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Und wer war für das Rechnungswesen zuständig? Das muss ja, nachdem es sich da um einen überschaubaren Personenkreis handelt, einfach nachvollziehbar sein.

Arno Eccher: Die Buchhaltung der „Neuen Freien Zeitung“ war in der Buchhaltung der FPÖ inkludiert; das war dieselbe Abteilung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, es hat keinen eigenen Rechnungskreis oder einen eigenen Verantwortlichen dafür gegeben?

Arno Eccher: Speziell einen eigenen Verantwortlichen nicht, nein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, Sie haben auch keinen Überblick, was dort Umsatz gemacht wurde?

Arno Eccher: Nein, da müsste ich Sie jetzt anlügen. Ich kann keine genau Zahl nennen. Also ich würde mich jetzt nicht getrauen, eine Zahl zu nennen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Können Sie uns sagen, wer die Rechnungen ausgestellt hat? (*Arno Eccher: Die Buchhaltung!*) – Wer ist das?

Arno Eccher: Ich weiß, wer es damals war, ich weiß aber nicht, wer es heute ist.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Es wäre durchaus von Vorteil, zu wissen, wer es zum damaligen Zeitpunkt war, als die Rechnungen gestellt wurden, denn nur dann ist das zuordenbar. – Wer es heute ist, ist, denke ich, nicht so wichtig.

Arno Eccher: Das war die Buchhalterin der FPÖ, das war Frau Gibiser.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, die Dame hat Kenntnis davon, was passiert ist im gesamten Rechnungswesen?

Arno Eccher: Ja, sie hat halt auf meine Anweisungen hin die Fakturen geschrieben, wie es üblich ist in jedem Betrieb. So ist es.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Nein, ich habe nicht vor, alle vorzuladen, keine Frage, mir geht es nur darum, zu wissen, wer welche Aufgaben zu welchem Zeitpunkt wahrgenommen hat, um nachvollziehen zu können ...

Arno Eccher: Die Anweisungen zur Rechnungsstellung sind von mir gekommen.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Okay. Das heißt, Sie haben den Überblick? (*Arno Eccher: Ja!*) – Danke. Momentan keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Eccher, bleiben wir doch gleich dabei. Es hat jetzt geheißen, das hat die Buchhaltung der Bundes-FPÖ mitgemacht. Aber ich nehme schon an, dass die „NFZ“ über ein eigenes Konto verfügt hat. (*Arno Eccher: Ja, natürlich!*) – Also es war schon ein eigener Rechnungskreis, nur personell wurde das von einer Person durchgeführt? (*Arno Eccher: Ja!*) – An sich hat auch der Herr Meischberger gesagt, dass ja nur eine dieser Rechnungen zur Anweisung gekommen ist, weil auch nur diese erste in Höhe von 89 400 € den Vermerk „bezahlt“ mit dem Datum gehabt hat.

Jetzt nur zur weiteren Situation und Organisation der „NFZ“. Im Impressum im Jahr 2004 in den verschiedenen Ausgaben ... Wir haben es da ein bisschen leichter gehabt, die Ausgaben zu finden, und mussten uns nicht in die Nationalbibliothek bemühen. Auch in Zukunft, wenn der Kollege Pilz irgendwelche Exemplare aus der „NFZ“ braucht, bitte sich nur direkt an uns zu wenden. (*Heiterkeit.*) Wir können das gerne auf ganz kurzem Weg zu Verfügung stellen, auch mit den Telekom-Artikeln des Jahres 2005; das ist nicht gegenständlich, aber wenn es da eine nachträgliche Vereinbarung gegeben hätte. Mich interessiert, im Impressum steht auch ein zweiter Geschäftsführer drinnen, der Herr **Michael Richter** – er ist nachher auch als Auskunftsperson geladen –, der Geschäftsführer und Chefredakteur ist. – Ist das richtig?

Arno Eccher: Das wird damals so gewesen sein, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie hat sich da der Aufgabenbereich der beiden Geschäftsführer aufgeteilt? Was waren da die Agenden? Wie haben Sie sich intern aufgeteilt? Oder was waren da die Bereiche?

Arno Eccher: Wie bereits deponiert, habe ich das ganze **Kaufmännische** abgewickelt. Der Herr Richter war allein für **redaktionelle** Sachen verantwortlich und zuständig.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es gibt offensichtlich diese Vereinbarung vom 10.4.2004. Sie meinen, es hat diese zwischen Ihnen und dem Herrn Meischberger gegeben. Die müsste auch auffindbar sein. Sie können sich erinnern, dass es diese schriftliche Vereinbarung so gegeben hat?

Arno Eccher: Ich denke schon, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da geht es auch um andere Bereiche, nicht nur um Inserate, sondern auch um redaktionelle, journalistische Aufarbeitungen. Wer hätte denn das machen sollen? Die Telekom, dass die sagt, wir liefern den fix und fertigen Artikel, oder wäre das eine Leistung auch der „NFZ“ gewesen, dass dort ein Journalist abgestellt wird, eine Recherche zu machen oder Ähnliches? Wie kann man diese Vereinbarung verstehen? Was war da?

Arno Eccher: Soweit ich das in Erinnerung habe, hätten die Artikel über die Agentur Meischberger, also sprich über Telekom, zu uns kommen sollen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also keine Eigenleistung seitens der „NFZ“ in irgendeiner Form? (*Arno Eccher: Nein!*) – Hat Herr Richter in irgendeiner Form gewusst, dass es diese Vereinbarung gibt mit der Telekom?

Arno Eccher: Ich denke schon, dass er es gewusst hat. Aber wie gesagt, das war nicht sein Aufgabenbereich.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie denken schon. – Konkret: Haben Sie ihm gesagt, dass es diese Vereinbarung gibt?

Arno Eccher: Ich kann mich jetzt konkret nicht daran erinnern, aber ich gehe davon aus, ich habe es ihm gesagt oder er hat darüber Bescheid gewusst. Aber das hat seinen Arbeitsbereich nicht betroffen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sein Arbeitsbereich wäre ja der redaktionelle Teil gewesen, dass er schaut, dass die Zeitung mit Artikeln gefüllt ist zum Drucklegungstag. (*Arno Eccher: Ja!*) – Es gibt da die Vereinbarung, dass ungefähr 20 bis 25 Inserate, redaktionelle Beiträge, Vorstellungen von Personen, was auch immer, dass so etwas kommt. So etwas sollte man ja auch in irgendeiner Form planen. Nach Ihrer Einschätzung hat er gewusst, es gibt da etwas.

Hat Herr Richter nie nachgefragt, wann da jetzt etwas aus dieser Vereinbarung kommt, ob er dafür irgendeinen Platz vorsehen muss?

Arno Eccher: Nein, das wäre von mir weitertransportiert worden. Ich hätte das erfahren als Geschäftsführer, dass Artikel kommen, und dann wäre das ganz normal dem redaktionellen Bereich übermittelt worden.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie weit war denn der Einfluss der Bundespartei im Bereich der „NFZ“, Obmann zum Beispiel? Hat es da Berichte dem Obmann gegenüber gegeben?

Arno Eccher: Nein, eigentlich nur quartalsmäßige Finanzberichte, aber nicht spezielle Gespräche über die „NFZ“ und so weiter.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Von Ihrer Seite, nachdem da jetzt – Kollege Pilz hat es angesprochen – vom Rechnungsdatum im Dezember 2004, also dieser Leistungsbereich der paar Monate da drinnen war, dieser gewisse Zeitraum, Mai bis September: Haben Sie von sich aus irgendwann einmal bei Meischberger nachgefragt, kommt etwas, wann kommt etwas, oder hat man einfach gewartet, irgendwann wird etwas kommen und dann geben wir es hinein?

Arno Eccher: Ich habe in Erinnerung, dass ich das eine oder andere Mal nachgefragt habe, zu Beginn dieser Vereinbarung, und nachher eigentlich nicht mehr so konsequent.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie war dann die Situation bei der Rechnungslegung? Da macht man am 10. April 2004 etwas aus, für einen bestimmten Zeitraum, da soll dann auch Geld fließen, da ist man ja als Geschäftsführer interessiert, dass dann das Geld auch tatsächlich fließt. (*Arno Eccher: Ja!*) – Haben Sie dann Meischberger darauf angesprochen und gesagt: Was ist jetzt los; wir würden gerne einmal den einen Teil der Vereinbarung erfüllen, nämlich das Abdrucken, damit auch dieser andere Beitrag kommt, nämlich die finanzielle Leistung oder Gegenleistung!

Wie war das dann im Dezember 2004 vor der Rechnungslegung? Ist da einmal Meischberger darauf angesprochen worden: Wir würden jetzt gerne schon einmal eine Rechnung legen, gemäß dieser Vereinbarung, und es kommt nichts von dir? Hat es so ein Gespräch gegeben vor der Rechnungslegung?

Arno Eccher: Nein, ich kann mich eigentlich nicht erinnern. Ich glaube, ich habe da einfach die Faktura in Auftrag gegeben, weil es eine Vereinbarung gegeben hat, und aus Sicht des Kaufmannes oder des Alemannen habe ich das in Rechnung gestellt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist dann diese erste Rechnung über die 89 400 € auch bezahlt worden. Es hat dann am 28.12.2004 gleich eine zweite Rechnung darüber gegeben.

Ist im Rahmen dieser Rechnung, die laut Meischberger nicht bezahlt wurde, irgendetwas gesprochen worden? (*Arno Eccher: Nein!*) – Ist dann nachträglich einmal, nachdem diese Rechnung nicht bezahlt wurde, immerhin vom 28.12.2004, ist dann nachher bei der Nichtzahlung der Rechnung irgendetwas mit Meischberger gesprochen worden?

Arno Eccher: Nein, von mir nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Warum hat das nicht mehr interessiert, kaufmännisch?

Arno Eccher: Das war im normalen Mahnwesen drinnen, und wie gesagt, ich bin ja dann kurze Zeit darauf aus der FPÖ ausgeschieden, hatte zu dieser Zeit dann auch gesundheitliche Probleme, war also nicht immer in Wien. Ich hatte im Frühjahr 2005 eine größere Herzoperation, und von mir aus wurde das nicht mehr urgirt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wann war diese Operation?

Arno Eccher: Die Operation war dann im Mai, und die ersten Probleme sind Anfang März 2005 aufgetreten. Ich war dann auch in Behandlung in Spitälern in Wien.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also in der Zeit Jänner, Februar ist das im ganz normalen Mahnwesen drinnen, und da schaut man nicht darauf, und danach haben Sie an sich überhaupt nichts mehr damit zu tun gehabt? (*Arno Eccher: Ja!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Eccher, ich muss eingangs festhalten: Sie sind ja schon zum zweiten Mal da, geladen zur „NFZ“. Wir haben auch dieser Ladung zugestimmt, während andere Ladungen blockiert werden, obwohl viele neue

Unterlagen da sind, etwa eine zweite Zeugeneinvernahme von Herrn Habeler, wo er ganz offen sagt, dass diese Vereinbarung zwischen dem ÖAAB und der Telekom von Werner Amon durchgeführt wurde, dass das dem Regelfall entspricht und dass das bis heute in dieser Form aufrecht gehalten wird.

Es gibt mittlerweile eine Zeugeneinvernahme des Herrn Filthaut, der gehört zur **Agentur Headquarter**, wo er in Sachen Rechnungen an die Frau Hakl sagt:

Die Rechnungen sind für mich de facto nicht nachvollziehbar. – Zitatende.

Es gibt mittlerweile auch eine Zeugeneinvernahme des Herrn Fritz Grillitsch, eine sehr, sehr ausführliche, wo auch neue Geschäftsbeziehungen in Sachen Bauernbund, „Forum Land“, Telekom auftauchen. Zum Beispiel findet sich im Notizbuch des Herrn Schieszler der Eintrag:

Tochter von Grillitsch, vor Grillitsch ab März 150 pro Jahr.

Oder ein anderer Eintrag: Privatisierung Wittauer Schaden Grillitsch.

Also viele offene Fragen, die hier zu klären wären, aber wo die Regierungsparteien die Klärung dieser Fragen, die anhand dieser neuen Unterlagen auftauchen, behindert – wo Mitarbeiter sagen, Rechnungen sind nicht nachvollziehbar, wo neue Rechnungen im Zusammenhang mit der ÖVP auftauchen, wo sogar ein Tagebucheintrag des Herrn Schieszler auftaucht, wo offensichtlich sogar die Tochter eines Nationalratsabgeordneten in die Telekom-Causa, in welcher Form auch immer, involviert ist.

Die Aufklärung dieser Vorwürfe wird **behindert**, und das halte ich für sehr bedauerlich; darüber werden wir auch noch zu reden haben. Wir haben auch gegen Ihre Ladung, obwohl Sie auch BZÖ-Bundesgeschäftsführer sind, nichts und werden Sie eben jetzt zur „NFZ“ befragen, denn wir stehen ja – im Unterschied zur Österreichischen Volkspartei – für Aufklärung.

Also gehen wir direkt hinein zur „NFZ“: Sie haben ja schon gesagt, Sie waren Geschäftsführer. Ich halte Ihnen vor – denn der Vorhalt des Kollegen Rosenkranz war meiner Meinung nach nicht korrekt – ein Impressum, willkürlich gewählt, vom 7. Jänner 2004, also auch jenem Jahr, wo diese Leistungen und diese zwei Rechnungen in Sachen Meischberger/Telekom/„NFZ“ waren, da ist genannt beim Impressum:

Geschäftsführung: Arno Eccher, Chefredakteur: Michael A. Richter.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Jetzt frage ich Sie: War der Herr Richter in irgendeiner Form in die Geschäftsführung involviert oder nicht, oder war er ausschließlich, wie es aus dem Impressum hervorgeht, es gibt ja ein eigenes Mediengesetz dazu, für redaktionelle Belange zuständig?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich muss jetzt kurz eingreifen. Erstens sollte an sich die Auskunftsperson **befragt** werden, und der Vorspann ist eine Erzählung, die journalistisches Interesse sein könnte, aber nicht Ausschussarbeit.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) *(zur Geschäftsbehandlung):* Es findet leider wieder ein Missbrauch der Geschäftsordnung durch den Kollegen Petzner statt, denn er zitiert hier zu zwei Themen, die mit der Auskunftsperson an sich nichts zu tun haben. Zum Ersten möchte ich sagen: Wenn Sie schon zitieren, dann sollten Sie auch

genau zitieren. (Abg. **Petzner**: ...Ladungen zustimmen! Dann tun wir vorladen!) – Seien Sie nicht so nervös!

Wenn Sie schon zitieren, dann sollten Sie genau zitieren und auch sagen, worauf der Herr Habeler genau geantwortet hat – und nicht zwei Sätze herausnehmen: eben **nicht** zu diesem Vorwurf, sondern zu einem anderen Vorgang.

Herr Petzner, das Zweite: Ich finde es höchst problematisch, dass Sie hier aus der Einvernahme des Herrn Abgeordneten Grillitsch zitieren, der als Zeuge einvernommen worden ist und mit Auszügen aus den Vernehmungen des Herrn Schieszler konfrontiert wird, und zwar Vernehmungen, die uns gar nicht vorliegen, da uns ja nur sehr eingeschränkt Vernehmungen des Herrn Schieszler überhaupt vorliegen. (Abg. **Petzner**: Könnten wir alles aufklären!)

Ich halte es generell für ein großes Problem, dass es derzeit keine Mehrheit dafür gibt, den ehemaligen Vorstandsdirektor Schieszler zu laden, der eine Fülle von Personen schwerst belastet, vor allem des BZÖ, und es gibt bisher keine einzige Auskunftsperson von den fast 50 Auskunftspersonen, die auch nur eine einzige Aussage des Herrn Schieszler hier im Ausschuss bestätigt hat. Ich halte das langsam für ein wirkliches Problem, dass hier ständig aus Aussagen des Herrn Schieszler zitiert wird, Auskunftspersonen, Zeugen oder auch Beschuldigte konfrontiert werden, obwohl keine einzige Auskunftsperson hier auch nur im Ansatz eine Bestätigung für die Aussagen des Herrn Schieszler getroffen hat.

Man hält aber stur fest an der Tatsache, dass er Kronzeuge ist und ist nicht bereit, hier einer Ladung zuzustimmen: weder vonseiten der Staatsanwaltschaft noch vonseiten der Mehrheit des Ausschusses. Ich halte das wirklich für ein Problem, und ich halte es daher für ausgesprochen unfair, sozusagen Auskunftspersonen in den Schmutz zu ziehen, Beschuldigte oder auch Zeugen in den Schmutz zu ziehen, die mit Aussagen des Herrn Schieszler konfrontiert werden.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Zum Ersten: Auf Basis der Geschäftsordnung und der Verfahrensordnung ist Kollege Petzner absolut im Recht. Er hat Fragen zum Beweisthema zu stellen und nicht zu einem anderen Thema, aber er kann der Auskunftsperson im Rahmen des Beweisthemas **alle Vorhalte** machen, die mit dem Beweisthema zu tun haben. Ich werde das selbst heute bei einer anderen Auskunftsperson tun, weil ich nicht weiß, welche Wahrnehmungen diese Auskunftsperson auch zu anderen als zu ihrem eigenen, persönlichen Tätigkeitsbereich gemacht hat.

Wenn die Auskunftsperson dann sagt: Dazu habe ich keine Wahrnehmungen!, dann ist das eine korrekte Antwort, mit der wir uns dann zufriedengeben müssen. Nur eines wird es mit Sicherheit in diesem Untersuchungsausschuss nicht geben: dass die **ÖVP** darüber befindet, welche Vorhalte im Rahmen eines Beweisthemas zulässig sind. – Erstens.

Zweitens hat jetzt zum ersten Mal der Abgeordnete Amon in eigener Sache, nämlich in Bezug auf die mögliche Auskunftsperson Habeler, interveniert. Das ist geschäftsordnungsmäßig zulässig, ist auch kein Verstoß gegen die Verfahrensordnung. Es stellt aber meiner Meinung nach eine absolute politische und persönliche **Unvereinbarkeit** dar, in eigener Sache in diesem Ausschuss zu intervenieren und zu begründen zu versuchen, warum Habeler dies und das gesagt hätte.

Herr Kollege Amon, wir können uns das alle gemeinsam ersparen, wenn – wie Sie es uns allen versprochen haben – Herr Habeler als Auskunftsperson geladen wird. Das ist die allereinfachste Lösung. Selbiges gilt für Grillitsch. Ich werde heute bei einer

anderen Auskunftsperson noch etliche Rechnungen aus dem Bereich Bauernbund und „Forum Land“ zitieren, Vorhalte machen und dann noch Vorschläge für eine weitere Auskunftsperson in einer Geschäftsordnungssitzung machen.

In dieser Art und Weise hoffe ich, dass sich Kollege Petzner – wie bis jetzt am heutigen Tag und auch alle anderen Mitglieder des Ausschusses, wie auch Sie es, Herr Kollege Amon, jetzt getan haben – an die Verfahrensordnung und an die Geschäftsordnung hält – Punkt. Mehr ist, glaube ich, dazu nicht zu sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich darf zum Kollegen Amon sagen, weil er gemeint hat, dieses Zitat gehöre irgendwie zu einer anderen Rechnung: Ich sage es ganz konkret, damit das dann auch korrekt wiedergegeben ist. Da gibt es eine Rechnung vom 19. November 2007 in Höhe von 15 000 €, gezeichnet vom Herrn Habeler im Namen des ÖAAB an die Valora. Herr Habeler sagte bei seiner Einvernahme auf die Frage, mit welcher Person konkret die Leistung vereinbart wurde:

Die konkrete Vereinbarung zwischen dem ÖAAB und der Telekom wurde im Vorfeld durch Werner Amon durchgeführt und entspricht auch dem Regelfall. Auch diese Vorgehensweise entspricht dem Regelfall und wird in dieser Form bis heute aufrechterhalten. – Zitatende.

Die Einvernahme stammt vom 8. März 2012. Das heißt, Herr Habeler sagt ganz offen, dass das bis heute, bis jetzt, bis zu diesem Tag offensichtlich Usus ist. Ich habe daher auch bewusst, weil wir beim Themenkomplex **Druckkostenbeiträge** sind, das vorgehalten, da ich das schon hier problematisiert haben möchte, dass Druckkostenbeiträge an die „NFZ“ untersucht werden, aber die Druckkostenvereinbarungen Habeler/ÖAAB/Amon nicht. (*Zwischenruf des Abg. Amon.*)

Diesen Widerspruch konnten Sie nicht aufklären, warum das eine untersuchungswürdig ist und das andere nicht. Das ist einfach das, was ich problematisiert haben wollte, denn noch einmal: Wir haben, auch der Kollege Rosenkranz, uns mit den Ladungen Eccher, FPÖ, beziehungsweise Richter, BZÖ, einverstanden erklärt, da wir gesagt haben: Ja, klären wir die Druckkosten auf, klären wir die NFZ-Druckkostenbeiträge und die Verbindung des Herrn Meischberger auf!

Ich erwarte mir, dass auch die Österreichische Volkspartei ihre Druckkostenbeiträge in Zusammenhang mit dem ÖAAB und diese Rechnungen in Zusammenhang mit der Zeitung „Freiheit“, da geht es um die „NFZ“, da geht es um die „Freiheit“, dass auch diese offenen Fragen aufgeklärt werden. Das wollte ich problematisiert haben, und dann bin ich sofort in die Befragung eingegangen. Wir waren gerade bei der Frage Trennung Geschäftsführung und Chefredakteur Michael Richter. Ich habe Ihnen gerade ein Impressum der „NFZ“ vom Dezember 2004 vorgehalten und hoffe, dass ich jetzt bald mit meiner Befragung fortsetzen kann.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nur zur Präzisierung: Ich habe bei der Frage vom Kollegen Petzner **vor** der Geschäftsordnungsdebatte gesagt, dass es sich eigentlich um ein Impressum vom Jänner 2004 handelt, und jetzt sei es Dezember 2004. Vielleicht war es ein Verständnisfehler meinerseits? (*Abg. Petzner: Jänner!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte um die Antwort!

Arno Eccher: Es waren, wie bereits des Öfteren erwähnt, die Geschäftsführung und der redaktionelle Teil klar getrennt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das Impressum ist korrekt? Sie hatten die Geschäftsführung inne und der Herr Richter hatte die Chefredaktion inne, und das war in dieser Form auch getrennt? (*Arno Eccher: Ja!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Rosenkranz, schauen Sie einmal, wir haben da ja sogar ein ganzes Buch mit allen „NFZ“-Ausgaben des Jahres 2004. (*Der Redner hält ein Buch mit eingeklebten Zeitungsartikeln in die Höhe.*)

Da gibt es ein wunderbares Beispiel in der Ausgabe vom 28. Jänner 2004. Da ist links das Impressum und rechts ist dann ein Inserat: „Unbestechlich weiter auf Kurs, Dr. Karl Schnell. Wir kämpfen für dich und unsere Heimat.“

Das ist ganz lustig, dass da ein „Unbestechlich“-Inserat der FPÖ drinnen ist, während wir parallel Vorwürfe genau in diese Richtung diskutieren. Das wollte ich hier nur exemplarisch angeführt haben. (*Zwischenruf des Abg. Ing. Höbart.*)

Ich frage Sie noch einmal, da Herr Richter nur im Bereich der Redaktion, wie Sie sagen, zuständig war. Dazu halte ich Ihnen eine Beschuldigtenvernehmung des Herrn Meischberger vom 10. November 2009 vor, wo er, befragt zu diesen zwei Rechnungen an die „NFZ“ in Höhe von 102 600 € beziehungsweise 89 400 €, sagt, in Wahrheit sind es Druckkostenbeiträge:

Ich habe mit der „Neuen Freien Zeitung“ vereinbart, dass Geschichten über das Aufstellen von Handymasten, über die Betrachtung der Marktbestimmung der Telekom im Verhältnis zu den privaten Telekom-Anbietern, Erfahrungsberichte aus der Umgebung von Handymasten ... erscheinen.

Und dann geht es weiter: Ein Journalist der „Neuen Freien Zeitung“ hat dann recherchiert, Interviews geführt und entsprechende Artikel verfasst. – Zitatende.

Jetzt frage ich Sie zu diesen Aussagen des Herrn Meischberger, ich kann sie Ihnen auch gerne vorlegen: Wer war dieser Journalist der „Neuen Freien Zeitung“, der da recherchiert, Interviews geführt hat und dann auch entsprechende Artikel verfasst hat? Sind diese Artikel erschienen, die er hier nennt – Geschichten über das Aufstellen von Handymasten, et cetera, et cetera, denn das ist die Leistungsangabe, die der Herr Meischberger auf Befragung der Ermittler zu diesen zwei Rechnungen an die „NFZ“ macht? Sind da irgendwelche Artikel erschienen in diese Richtung? War da ein Journalist damit befasst? Wenn ja: welcher? War es vielleicht sogar der Chefredakteur?

Arno Eccher: Also ich höre das zum ersten Mal, dass diesbezüglich Gespräche stattgefunden haben. Ich war es nicht und ich kann mir, weil wir des Öfteren beim Herrn Meischberger urgiert haben, auch nicht vorstellen, dass es ein anderer Redakteur der „Neuen Freien Zeitung“ war. Ich höre das zum ersten Mal.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Diese Leistungsangaben des Herrn Meischberger sind aus Ihrer Sicht nicht nachvollziehbar. Sie haben dazu keine Wahrnehmungen, dass es da irgendetwas in diese Richtung gegeben hat. Fasse ich das so richtig zusammen?

Fragen wir anders: Sind für diese zwei Rechnungen irgendwelche Artikel, PR-Artikel, Leistungen der „NFZ“, Inserate für die Telekom erbracht worden oder nicht, auch im Zusammenhang mit den Aussagen des Herrn Meischberger, die ich Ihnen gerade vorgelesen habe?

Arno Eccher: Wie bereits deponiert, habe ich nicht alle Ausgaben der „NFZ“ nachgelesen oder kontrolliert. Ich kann Ihnen also keine konkrete Auskunft darüber geben. Ich habe es auch nicht im Kopf, was wir da an Artikeln konstant in der „NFZ“ geschaltet haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir haben ja alle Ausgaben aus dem Jahr 2004 hier. Wir haben alles durchgeschaut und alles gelesen. Es gibt keine Telekom-Inserate oder Ähnliches, auch keine PR-Artikel. Was es in fast jeder Ausgabe gibt, das sind fast ganzseitige Inserate der Österreichischen Lotterien.

(Der Redner hält eine Zeitungsmappe in die Höhe.)

Aber gut, das ist jetzt nicht Untersuchungsgegenstand. Das ist drinnen, also dauernd Inserate der Österreichischen Lotterien, wo es ja auch diverse Vorwürfe gibt.

Aber zur Telekom haben wir überhaupt nichts gefunden, weder einen PR-Artikel, noch ein Inserat, noch sonst irgendetwas. Es haben da auch andere Medien recherchiert, wie zum Beispiel beim „Falter“. Der „Falter“ schreibt am 21. 7. 2010 – Zitat –:

„Das Merkwürdige an dieser Kooperation zwischen Telekom und FPÖ: Entsprechende Artikel sind nie erschienen.“

Wie können Sie sich erklären, dass es hier zwei Rechnungen in einem Gesamtvolumen von rund 192 000 € gibt, aber keine entsprechende Gegenleistung der „NFZ“ dafür?

Arno Eccher: Wie ich bereits erklärt habe, hat es eine Vereinbarung auf kaufmännischer Basis gegeben. Auf dieser Basis wurden auch die Rechnungen gestellt. Ob der Kunde uns Unterlagen zusendet oder beliefert, das ist nicht meine Sache. Die Fakturen wurden gestellt. Ich kann auch keine Auskunft geben, warum die zweite Faktura nicht beglichen wurde.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben Ansprechpartner als Geschäftsführer. Betreffend diese zwei Rechnungen: War da ausschließlich Herr Meischberger oder war da jemals die Telekom selbst – Herr Hochegger, Herr Fischer, wer auch immer – involviert?

Arno Eccher: Nein. Ausschließlich Walter Meischberger. *(Abg. Petzner: Ausschließlich Meischberger?)* – Ausschließlich Walter Meischberger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie dazu weitere Wahrnehmungen? Hat Meischberger begründet, warum gerade die Telekom mit der „NFZ“ eine Kooperation eingehen will, wie er diesen Kunden aufgetrieben hat, warum gerade er die Telekom bringt? Haben Sie ihn da jemals gefragt? War das jemals Gesprächsthema oder haben Sie einfach gesagt, danke ...?

Arno Eccher: Nein. Das war natürlich so, dass ich in meiner Tätigkeit als Geschäftsführer auch mit verschiedensten Agenturen und so weiter Kontakt aufgenommen habe, also mit Übernahme dieser Position, unter anderem natürlich auch mit dem Herrn Meischberger, der ja eine Agentur hatte. Ich glaube, konkret in Sachen Inserate und PR-Artikel Telekom haben fünf bis sieben Monate nach dem ersten Gespräch stattgefunden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schlussfrage für die erste Runde zu diesen zwei Rechnungen. Ich stelle noch einmal fest, laut unseren Recherchen – wir haben alle Ausgaben hier, wir haben Medienartikel zitiert – gibt es **keine Gegenleistung**.

Dazu meine Schlussfrage. Diese Rechnung über 89 000 € vom 1. 12. 2004 hat die Rechnungsnummer 018/04, und die zweite Rechnung vom 28. 12. 2004 mit der Summe 102 600 € an die Meischberger „ZehnVierzig“ hat die Rechnungsnummer 019/04.

Ich möchte Sie dazu fragen, weil zu diesen beiden Rechnungen keine Gegenleistungen vorliegen. Zu den Geschäftsfällen 1 bis 17 in dem Fall, weil 18, 19 waren diese beiden Telekom-Rechnungen, da muss es auch Rechnungen geben von 1 bis 17.

Können Sie zu diesen Rechnungen 1 bis 17 Angaben machen, ob da auch mit anderen Unternehmungen entsprechende Vereinbarungen gemacht wurden und ob es für diese anderen Unternehmungen und wenn ja, welche Gegenleistungen der „NFZ“ gegeben hat oder nicht?

Arno Eccher: Natürlich hat es andere Kunden auch gegeben im Inseratenwesen und auch im Bereich der PR-Artikel. Zum Teil habe ich dort mit Übernahme meiner Funktion auch schon sehr länger anhaltende oder dauernde Verträge vorgefunden und übernommen, zum Beispiel Kunden, die Sie vorher gerade erwähnt haben (*Abg. Petzner: Casinos Austria, die Österreichischen Lotterien!*) und die fast seit Jahrzehnten oder sehr lange Zeit vorher inseriert hatten. Ja, natürlich hat es andere Kunden gegeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Worauf ich hinauswill, 1 bis 18, wer auch immer diese Kunden sind – Lotterien haben wir genannt –, bei diesen Geschäftsfällen gab es immer eine konkrete Gegenleistung?

Oder war es öfter Usus, dass ein Unternehmen wie die Telekom zahlt und **keine** Gegenleistung erbracht wurde?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage ist das bitte!

Arno Eccher: Ich gehe davon aus, dass es immer Gegenleistungen gegeben hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie gehen davon aus. – Okay, danke.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Guten Tag, Herr Eccher! Ich möchte gerne wissen, wie oft die „Neue Freie Zeitung“ zu Ihrer Zeit im Jahr erschienen ist.

Arno Eccher: Die ist, außer zwei Wochen im Jahr, wöchentlich erschienen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also 50 Wochen. Wie hoch waren die Kosten einer Ausgabe oder die gesamten Kosten, denn als kaufmännischer Geschäftsführer ...?

Arno Eccher: Das kann ich nicht mehr genau sagen. Ich kann es wirklich nicht mehr genau sagen. Ich weiß es nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie waren der kaufmännische Geschäftsführer.

Arno Eccher: Ja, ich weiß, aber es ist acht Jahre her. Ich weiß es wirklich nicht, ich müsste Sie da anlügen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Wir haben hier eine der Rechnungen von der Agentur „ZehnVierzig“ vorliegen, die schon vorher besprochen worden sind. Und diese Rechnung stellt die „Neue Freie Zeitung“ an die „ZehnVierzig Werbe GmbH“ und hat die Nummer 18/04 aus dem Dezember 2004. Im Rechnungswesen werden ja die Rechnungen nummeriert, mit Jänner beginnend.

Jetzt ist meine Vermutung, dass Sie 18 Rechnungen in diesem Jahr hatten. Oder haben Sie eigene Rechnungen für jene Unterstützungsmaßnahmen gestellt, wo keine Gegenleistung gekommen ist?

Arno Eccher: Ich kann das jetzt nicht genau sagen, aber natürlich waren es mehr Rechnungen im Jahr. Es kann auch sein, dass – das Jahr war ja mit dem 28. Dezember nicht fertig – in diesen zwei, drei Tagen mehrere Rechnungen gestellt wurden.

Ich kann jetzt auch nicht sagen, es wird wohl so gewesen sein, dass die Rechnungsnummern und -daten an die jeweiligen Bundesländer vielleicht anders waren. Aber um Rechnungsnummern habe ich mich nicht gekümmert.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Also Sie wissen nicht mehr, was die Kosten der Auflage waren, was die Kosten der Zeitung waren. Sie wissen auch nicht mehr, welche Artikel es gegeben hat, weil es nämlich keine Artikel gegeben hat, aber diese 192 000 €, die in Rechnung gestellt wurden, über die Agentur „ZehnVierzig“, also Telekom „ZehnVierzig“ an die „Neue Freie Zeitung“, an das können Sie sich erinnern?

Arno Eccher: Ich weiß nicht, Sie werfen mir hier etwas vor. Ich kann mich nicht genau an die Kosten erinnern. Ich weiß es wirklich nicht. Die ganze Sache ist acht Jahre her. Ich kann es Ihnen nicht sagen; es ist auch jeweils auf die Auflage angekommen, was wir da bezahlt haben. Ich weiß es beim besten Willen nicht mehr. Ich kann nicht sagen, es waren pro Ausgabe 20 000, 25 000 €. Ich weiß es nicht. Natürlich ist es auf die Auflage angekommen.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Hat diese Zeitung auch eine öffentliche Zeitungsförderung, eine Presseförderung bekommen? (*Arno Eccher: Ja!*) – Wie hoch war die?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht mehr. Können Sie aber nachschauen, das müssten Sie ja in den Unterlagen haben. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie waren damals der kaufmännische Geschäftsführer. Ich denke, es ist wichtig, sich die Geschäftsgebarung anzuschauen. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, ob Sie kostendeckend gearbeitet haben oder was Sie mit einem Defizit dieser Zeitung gemacht haben?

Arno Eccher: Soweit ich es in Erinnerung habe, haben wir maximal kostendeckend gearbeitet. Es hat auch bessere Jahre und schlechtere Jahre gegeben, wie es bei jedem Produkt ist.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und als keine Kostendeckung gegeben war: Von wem wurde dann das Defizit abgegolten?

Arno Eccher: Das wurde dann teilweise von der Partei oder von den Ländern abgegolten.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aber da können Sie sich auch nicht erinnern, wie dieser Mechanismus war. Das Impressum wurde vorher gezeigt, das ist eine Zeitung der Freiheitlichen Partei Österreichs. Da weiß ich nicht, wie die Landesorganisationen dann ein Defizit dieser Zeitung abdecken müssen.

Arno Eccher: Die Zeitung hatte damals einen sehr hohen Stellenwert, ich glaube, heute auch noch, innerhalb der Freiheitlichen Partei. Das war einfach das wöchentliche Informationsblatt, das am Freitag zu den Mitgliedern gekommen ist; und das war allen, auch den Landesgruppen von Eisenstadt bis Bregenz, sehr, sehr wichtig.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Damit beantworten Sie jetzt meine Frage, dass die Landesorganisationen auch sehr gerne Kosten abgedeckt haben.

Arno Eccher: Niemand deckt **gerne** Kosten ab, aber wenn etwas wichtig ist, dann **tut** man es halt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Gab es dazu Verträge, wie das aufgeteilt wird?

Arno Eccher: Ja, natürlich hat es da Aufteilungen gegeben, weil man ja genau die Mitgliederzahlen in den Ländern gewusst hat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Anhand der Mitgliederzahlen wurden dann die Kosten abgedeckt?

Arno Eccher: Wenn es notwendig war, ja.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Vorher hat Kollege Petzner gefragt, ob es auch andere Unternehmen gegeben hat, die über die Agentur „ZehnVierzig“ bei Ihnen in der „Neuen Freien Zeitung“ geschaltet haben. Was haben Sie darauf geantwortet?

Arno Eccher: Über die Agentur „ZehnVierzig“? (*Abg. Mag. Lapp: Ja!*) – Nein.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Von „ZehnVierzig“ gab es nur das Telekom-Geld? (*Arno Eccher: Ja!*) – Wo es keinerlei Artikel und Inserate gegeben hat?

Arno Eccher: Über die „ZehnVierzig“ ist nur die Telekom abgewickelt worden.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Es wurde vorher auch schon gefragt, und da möchte ich noch kurz nachfragen: Sie waren gemeinsam mit dem Herrn Richter, haben vorher die Aufgabenaufteilung dargestellt, dass Sie für das Kaufmännische (*Arno Eccher: Ja!*) und er für das Redaktionelle tätig waren.

Das heißt, Sie haben sich die Zeitung nicht vor der Endredaktion angeschaut? (*Arno Eccher: Nein!*) – Das war die Aufgabe vom Herrn Richter? (*Arno Eccher: Ja!*) – Wie waren sonst die Tätigkeitsfelder aufgeteilt? Weil das heißt, Sie müssten sich das Inseratenaufkommen angeschaut haben oder die Kosten, eben als kaufmännischer Geschäftsführer.

Arno Eccher: Ich wiederhole mich jetzt gerne. Ich habe natürlich auch noch andere Aufgabenbereiche gehabt als die „Neue Freie Zeitung“. Natürlich ist das Finanzwesen bei mir gelegen. Und wie gesagt, der redaktionelle Teil ist **nicht** bei mir gelegen. Ich habe aber natürlich innerhalb der Freiheitlichen Partei noch andere Aufgaben gehabt als die „NFZ“.

„NFZ“: Ich war verantwortlich für die Finanzen und die Lukrierung von Inseraten, Kunden, Abonnenten, Vereinbarungen mit Ländern und so weiter.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das ist mir schon klar, dass Sie als Bundesgeschäftsführer auch noch andere Aufgaben hatten. Und Sie sind ja auch zu einer Zeit Bundesgeschäftsführer gewesen, die für die Freiheitliche Partei Österreichs sehr turbulent war.

Sie mussten ja zum Beispiel ab dem Jahr 2004 auch Sparmaßnahmen in die Wege leiten und strukturelle Umbauprogramme durchführen. In der damaligen Zeit ist ja die Bundespartei zentrale auch übersiedelt.

Als Sie angetreten sind als FPÖ-Geschäftsführer, wird Ihnen von Seiten der „Neuen Vorarlberger Tageszeitung“ sozusagen eine Würdigung entgegengebracht, dass Sie stets ein Vollprofi mit großem Einsatz und fast ohne Emotionen gewesen seien in Vorarlberg und die lange Zeit stark wachsende Partei mit einer sehr kleinen Mannschaft geführt haben. Das heißt, Sie haben in der Höhephase der Freiheitlichen Partei die kaufmännischen Verhältnisse der „Neuen Freien Zeitung“ nicht genau gekannt, sondern – und da komme ich jetzt zu einem anderen Themenbereich, ...

Ich merke, Kollege Jarolim ist noch intensiv bei der „Neuen Freien Zeitung“. Wenn du da kurz dazu fragen willst, dann bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich habe nur Fragen zu der erstaunlichen Rechnungsnummern-Entwicklung, die Sie uns da vorhin nicht wirklich erklären konnten.

Sie fakturieren am 1. 12. eine Rechnungsnummer 18. Kollegin Lapp hat es Ihnen eh schon mitgeteilt. Und am 28. 12., also zum Jahresende, eine Nummer 19 aus 2004. Ich nehme an, da Sie dort der wirtschaftliche Geschäftsführer sind, dass Sie eine Erklärung haben, wie es zu dieser eigenartigen Nummerngestaltung kommt.

Bezieht sich das jetzt auf einzelne Kunden oder bezieht sich das auf das gesamte Geschäftsvolumen? Und haben Sie tatsächlich bis zum dem Zeitpunkt nur 18 Rechnungen beziehungsweise 19 Rechnungen? Wobei ich sagen muss, Sie müssen das auch gegenüber der Finanz offenlegen und ja darlegen, dass Sie ein ordnungsgemäßes Rechnungswesen haben. Und mit diesen Belegen zeigen Sie, dass Sie bis Dezember 19 Rechnungen hatten.

Meine Frage noch einmal: Waren das alle Rechnungen oder waren das nur die Rechnungen zu „ZehnVierzig“?

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Nach den Unterlagen wird ersichtlich, dass Sie ein relativ umfassendes Geschäft mit der „ZehnVierzig“ haben, was dem widerspricht, was Sie uns gerade vorhin erzählt haben.

Schauen Sie sich das bitte an und erklären Sie mir, was Sie davon halten!

Und dann erklären Sie uns insgesamt, wie die Rechnungslegung stattgefunden hat!

Arno Eccher: Das weiß ich nicht. Es steht hier auch: bis 2008. Bitte, das genauer anzuschauen! Also ich weiß nicht, was in den Jahren 2005, 2006, 2007, 2008 passiert ist. Woher soll ich das wissen?!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das weiß ich nicht. *(Arno Eccher: Sie fragen mich!)* – Sie sollen ja das sagen, was Sie jedenfalls wussten, weil Sie Geschäftsführer waren. Da wissen Sie ja eh schon relativ wenig.

Arno Eccher: Ich sage es Ihnen. Ja, bitte!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wenn Sie gefragt werden, ob Sie und wann Sie negativ waren oder nicht, und Sie können das nicht wirklich beantworten, dann ist es, glaube ich, nicht das, was man von einem ordnungsgemäßen Geschäftsführer erwartet.

Arno Eccher: Ich glaube nicht, dass die „NFZ“ jemals Probleme hatte mit finanziellen Abwicklungen, mit Finanzamt oder Behörden. Und Sie legen mir hier etwas vor von 2003 bis 2008.

Ich kann Ihnen fix sagen: Ich habe mit dieser Agentur vom Herrn Meischberger diese Telekom-Sache, diese zwei Rechnungen abgewickelt, wovon eine nicht bezahlt wurde – und das war's dann.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gut, und was ist mit der Nummer 18 und 19? Haben Sie das ganze Jahr nur 18 und 19 Rechnungen ausgestellt?

Arno Eccher: Bitte?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie im ganzen Jahr nur 18 oder 19 Rechnungen ausgestellt?

Arno Eccher: Das weiß ich jetzt nicht mehr. Ich weiß es nicht!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber Sie müssen ja wissen, wie die Systematik erfolgte.

Arno Eccher: Nein, ich sage Ihnen, dass es ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Schreiben Sie willkürlich dort Nummern darauf – oder hat das irgendeine innere Ordnung? Und wenn es eine Ordnung hat, dann erklären Sie mir, welche Ordnung!

Arno Eccher: Ich sage Ihnen, wir hatten eine Ordnung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und wie schaut die aus? Haben Sie abfallend von 1 000 heruntergerechnet oder von 0 hinauf auf 1 000?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das können Sie uns doch nicht erklären, dass Sie als Geschäftsführer nicht einmal über die grundlegenden Elemente – wie die Geschäftsführung im wirtschaftlichen Bereich stattzufinden hat – Bescheid wussten. Entschuldigung! Wer soll Ihnen das glauben?!

Arno Eccher: Ich sage es Ihnen jetzt nochmals. Ich sage es Ihnen jetzt nochmals.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie sollen mir sagen, was ist – aber nicht nichts!

Arno Eccher: Es hat eine Buchhaltung gegeben. Dort wurde mitgeteilt, was fakturiert wurde – und das war's. Und ich sage Ihnen nochmals: Wir hatten nie ein Problem mit irgendeiner Behörde, mit dem Finanzamt! Nicht zu meiner Zeit.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Verstehe ich Sie richtig: Heißt das, dass Sie nicht ausschließen können, dass im Jahr 2004 lediglich 19 Rechnungen fakturiert wurden?

Arno Eccher: Ich glaube oder ich kann mir nicht vorstellen, dass nur 19 Rechnungen fakturiert wurden.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Welche plausible Erklärung haben Sie dann, dass im **Dezember** die Rechnung Nummer **19** ausgestellt wurde?

Arno Eccher: Das weiß ich jetzt nicht. Aber weil zum Beispiel alleine an die Länder ... Die Länder wurden monatlich fakturiert, also können Sie sich vorstellen, wenn da sieben, acht Länder mitgemacht haben, waren das schon deutlich mehr Rechnungen.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das heißt, dass es unter Umständen vielleicht zwölf Rechnungen mit der Nummer 19 gegeben hat? Heißt das das?

Arno Eccher: Ich weiß nicht, was Sie mir jetzt in den Mund legen wollen. Nein, natürlich nicht.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, ich will nur wissen, ...

Arno Eccher: Ich versuche, es Ihnen jetzt nochmals zu erklären.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Nein, Sie haben keine Erklärung abgegeben. Ich möchte von Ihnen wissen: Wie kommt es, dass Sie im **Dezember** eine Rechnung Nummer **19** ausstellen, auf der sonst kein Unterscheidungskriterium draufsteht? Erklären Sie mir das bitte! Ich weiß nicht, vielleicht hat es irgendjemand anderer – der Kollege Pils – verstanden, oder der Kollege Rosenkranz. Ich habe es nicht verstanden. Aber vielleicht bin ich der Einzige, der es nicht verstanden hat.

Arno Eccher: Ich weiß nicht, ob Sie Kaufmann sind. Es gibt auch Firmen, wo es zum Beispiel Vereinbarungen gibt, dass man vielleicht drei, vier Inserate mit einer Rechnung fakturiert. Dann wird nur eine Rechnungsnummer verwendet. Ich glaube, dass das klar ist. Und dann gibt es Firmen, wo man halt jedes Inserat fakturiert, direkt fakturiert. Dann gibt es vielleicht den Rahmenauftrag für sechs Monate, neun Monate oder drei Monate.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aber ich frage Sie ja nicht, was *vielleicht* ist. Sie waren ja Geschäftsführer, und es ist natürlich einige Jahre zurück, aber über die grundsätzliche Abwicklung ...

Aber ich glaube, da kommt nicht mehr heraus; vielleicht gelingt es irgendjemandem der Nachfolgenden.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, zur letzten Frage kommen! 7 Minuten sind vorbei.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte das verschieben, denn ich möchte dann auf einen anderen Bereich eingehen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Damit kommen wir in die zweite Runde. Herr Abgeordneter Pilz, mit den verminderten 2 Minuten bleiben dann 3.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das schaut aber stark nach einer dritten Runde aus. Aber ich versuche es einmal.

Herr Eccher! Mir liegt vor eine Aktennotiz vom 7. Juni 2004, unterschrieben für die Freiheitliche Partei Österreichs: Bundesgeschäftsführer Herr Arno Eccher, für die Media Connection Werbeagentur GmbH: Geschäftsführer Herr Gernot Rumpold.

Ich lese Ihnen den Text vor: „Zwischen der Media Connection Werbeagentur GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer, Herrn Gernot Rumpold und der Freiheitlichen Partei Österreichs, vertreten durch den Bundesgeschäftsführer, Herrn Arno Eccher wurde mit heutigem Tag ein Generalvergleich geschlossen, sodass die Media Connection Werbeagentur GmbH die Einstellung des Schiedsverfahrens beantragen wird.

Die Media Connection Werbeagentur GmbH verzichtet auf alle im Schiedsverfahren geltend gemachten Ansprüche und wird dafür im Gegenzug weiterhin Aufträge von der Freiheitlichen Partei Österreichs erhalten.“

Können Sie dem Ausschuss schildern, was der Hintergrund und was der Grund für diese Vereinbarung war?

Arno Eccher: Ja, das kann ich eigentlich gerne. Ich weiß nicht, ob das das Thema von heute ist.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es ist insofern Thema, weil es dann sofort um die Zahlung von Seiten der Telekom in diesem Zusammenhang geht.

Arno Eccher: Ja, das kann ich sehr gerne.

Es ist, als ich Bundesgeschäftsführer geworden wird, 2003, bei der FPÖ, bin ich unter anderem – in Aufarbeitung von sehr vielen – auch auf ein Verfahren gestoßen, das zwischen dem Herrn Rumpold und der FPÖ stattgefunden hat, basierend auf einem Vertrag aus dem Jahr 1999, wo die damals Verantwortlichen mit dem Herrn Rumpold eine gewisse Zusammenarbeit geregelt haben – im Herbst 1999 muss das gewesen sein – mit gewissen Fixzahlungen, und so weiter und so weiter. Aufgrund des mehr als schlechten Wahlergebnisses der Freiheitlichen Partei im Jahre 2002 und darauf die finanziellen Folgen war diese Zusammenarbeit auf dieser Basis nicht mehr zu halten, also unmöglich. Das waren Außenstände, ich glaube, um die 600 000 € – oder vielleicht sogar ein bisschen mehr –, die auf Basis dieses Vertrages dem Herrn Rumpold zugestanden wären – ich weiß jetzt nicht, wie da ein Gerichtsverfahren ausgegangen wäre –, aber auf jeden Fall war es für uns nicht mehr möglich, dies zu begleichen.

Es war dann, glaube ich, im Jahr 2003 diesbezüglich Funkstille. Es war auch eine sehr schlechte Stimmung zwischen der Agentur des Herrn Rumpold und der FPÖ-

Bundespartei, weil es anscheinend zu verschiedensten Reibungspunkten gekommen ist. Und im Jahre 2004 wurde dann, eigentlich schon ab dem Herbst 2003, auf sehr großen Wunsch des damaligen Kärntner Landeshauptmannes versucht, diese Zusammenarbeit auf eine neue Basis zu stellen, auf eine neue Basis im Zusammenhang mit anderen Konditionen. Es mussten da auch gewisse Zusagen gemacht werden wie, dass der Herr Rumpold – nicht von mir –, aber dass der Herr Rumpold die Kärntner Landtagswahlen, die, glaube ich, im Frühjahr 2004 waren, abwickeln konnte/durfte. Ich weiß aber nicht zu welchen Konditionen.

Ebenfalls wurde damals zugesagt, falls es funktioniert, dass auf einer neuen Basis auch die EU-Wahl 2004 – absolut auf einer neuen Basis, weil das Budget der EU-Wahl damals sehr bescheiden war – ebenfalls über den Herrn Rumpold abgewickelt wird, und das Ganze also auf neue Füße zu stellen. Das hat man dann auch gemacht, und deshalb dann auch diese Vereinbarung.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Stimmt auch mit allen anderen Unterlagen und Zeugenaussagen überein. Die FPÖ war also Mitte 2004 praktisch pleite. Das Finanzamt hat sich dann diese Geschichte angeschaut, ob das vielleicht eine verdeckte Gewinnausschüttung durch Herrn Rumpold gewesen sein könnte.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Sie schreiben am 4. Dezember 2007 in diesem Zusammenhang an Herrn Rumpold:

„Sehr geehrter Herr Geschäftsführer Rumpold! Lieber Gernot! Voraussetzung für den gerichtlichen Vergleich zwischen der Media Connection Austria und der Freiheitlichen Partei Österreich war die Vereinbarung, dass bei öffentlichen Ausschreibungs-Bewerbungen und bei der Kundenakquisition die unterstützende Geschäftsfairness durch die Freiheitliche Partei Österreich gewährleistet wird.“

Wie ist das zu verstehen? Die FPÖ war damals Regierungspartei. Wie konnten Sie und die FPÖ dem Herrn Rumpold zusagen, dass bei öffentlichen Ausschreibungen er in dieser Art und Weise Unterstützung von der Freiheitlichen Partei bekommt?

Arno Eccher: Das ist eher gemeint mit einer fairen Behandlung, weil natürlich war es so, dass der Herr Rumpold aufgrund seiner langjährigen oder jahrzehntelangen Tätigkeit bei der FPÖ von sämtlichen öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen wurde. Das war auch kein Geheimnis, da war vielleicht ein gewisser „blauer Stallgeruch“ dabei, wenn er bei irgendeiner Ausschreibung mittun wollte. Ich bin da auch etwas informiert. Ich glaube, er durfte dann zum Teil im Ministerium nicht einmal anbieten, weil schon der Name ... – Ich glaube, dass das nicht ganz fair ist. Und hier sollte man also, nur weil jemand einmal für irgendeine politische Gruppierung gearbeitet hat – egal, um welche es geht –, auch eine faire Chance haben. Aber ich glaube, es ist dann auch nichts zustande gekommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte Ihnen etwas anderes vor.

(Der Auskunftsperson wird ein weiteres Schriftstück vorgelegt.)

Ein Schreiben von Herrn Kommerzialrat Detlev Neudeck, dem damaligen Finanzreferenten der FPÖ, an Herrn Gernot Rumpold, Media Connection, vom 22. Oktober 2007. Ich zitiere:

„In diesem Zusammenhang wurde Dir auch versichert, dass Deine Agentur von der Partei auch ohne Rahmenvertrag für anstehende Aktionen beauftragt wird und eine Beauftragung durch Teilorganisationen und nahestehende Firmen empfohlen wird.“

Wer sind diese nahestehenden Firmen?

Arno Eccher: Das weiß ich jetzt nicht. Aber das kann ja sein, das ist ja nicht verboten. Es ist nicht verboten, dass man für jemanden ein gutes Wort einlegt und dass er fair behandelt wird. Aber ich kenne dieses Schreiben ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage Ihnen aber, was möglicherweise verboten ist – und das ist der Kern der Geschichte: Herr Rumpold hat im Zusammenhang mit diesem Vergleich der Freiheitlichen Partei Schulden in der Höhe von brutto 917 000 € erlassen. Brutto waren es 917 000 €. Netto waren es 764 539,80 €.

Es gibt die Zeugenvernehmung vom 26. März 2012 der Frau Michaela Lang; das ist eine Finanzbeamtin, die in diesem Fall erhoben hat. Und diese Finanzbeamtin sagt über den Vergleich Folgendes – ich zitiere wörtlich –:

„In der Besprechung am 27.6.2006“ –

das war eine Besprechung zum laufenden Steuerverfahren –

„sagte mir RUMPOLD, dass die FPÖ zahlungsunfähig sei und die Partei ihm zu einen Auftrag in der Höhe von € 500.000,- netto verholfen hätte. Diesen Auftrag hätte er über Vermittlung der FPÖ von der Telekom Austria erhalten. Weiters wurden ihm noch weitere Aufträge für FPÖ Bund getätigt. Nachdem mir RUMPOLD dies von der Telekom mitgeteilt hatte, sagte er zu mir weiters, dass **„deswegen der Vergleich zustande gekommen sei“**.“

Die Finanzbeamtin, die da eine unbeteiligte Dritte ist, sagt also, der Vergleich, den Sie mit dem Herrn Rumpold ausgehandelt haben, wo die FPÖ in der Höhe von über 900 000 € brutto profitiert hat, sei nur deswegen zustande gekommen, weil gleichzeitig eine Zahlung von 600 000 € brutto von der Telekom an Rumpold vereinbart worden sei.

Was ist Ihnen über diese Zahlung von Telekom an Rumpold im Zusammenhang mit dem Vergleich bekannt?

Arno Eccher: Mir ist diesbezüglich gar nichts bekannt, und ich sage nochmals, dass der Herr Rumpold, weil Sie jetzt von **Verzicht** gesprochen haben, dass die Kärntner Landtagswahl mit ihm gemacht wurde, dass die EU-Wahl 2004 mit ihm gemacht wurde, dass für die Nationalratswahl 2006, sofern nicht das BZÖ gegründet worden wäre, er auch diese Nationalratswahl gemacht hat. Also der Verlust von Herrn Rumpold hält sich da sehr in Grenzen, sage ich jetzt einmal.

Und bezüglich Telekom – ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Können Sie sich noch an meine Frage ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die letzte Frage bitte, die Zeit läuft!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Vorsitzende, es geht einfach darum: Ich habe eine völlig andere Frage gestellt! Ich finde zu seiner Antwort nicht die dazu passende Frage und hätte gerne eine Antwort auf meine Frage, nämlich:

Was wissen Sie über diese von der Finanzbeamtin beglaubigte Zusage? Es gibt 600 000 € von der Telekom an Rumpold, wenn dieser Vergleich zugunsten der FPÖ zwischen Rumpold und der FPÖ zustande kommt.

Das heißt, die Telekom zahlt 600 000 €, damit Rumpold über 900 000 € der FPÖ nachlässt. Das sagt die Finanzbeamtin. Sie haben diesen Vergleich abgeschlossen ...

Arno Eccher: Da müssen Sie die Finanzbeamtin fragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, Herr Eccher, **Sie** haben den Vergleich abgeschlossen. Meine Frage war:

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen in diesem Zusammenhang mit einer Zahlung der Telekom an Herrn Rumpold? (**Arno Eccher: Nein!**) – Haben Sie nicht? (**Arno Eccher: Nein!**) – Dann weise ich Sie noch auf ein abschließendes Faktum hin, nämlich, dass das nicht nur die Finanzbeamtin sagt, sondern auf Seite 15 und 16 der Berufung vom 31. Jänner 2008 gegen die Bescheide des Finanzamtes auch der steuerliche Vertreter von Herrn Rumpold genau selbiges erklärt. Der Steuerberater von Rumpold sagt, es besteht dieser Zusammenhang. Die Finanzbeamtin sagt – unter Wahrheitspflicht –, der Herr Rumpold hat mir das genau gesagt, dass die FPÖ nur dieses Geld bekommen hat, den Forderungsverzicht, wenn die Telekom dafür 600 000 € überweist, und dann wird noch gesagt, der Herr Rumpold bekommt noch von einer Regierungspartei politische Unterstützung bei möglichen öffentlichen Aufträgen.

Das ergibt ein abgerundetes Bild, aber Sie haben meine Frage, ob Sie etwas davon wissen oder wahrgenommen haben, mit einem Nein beantwortet. – Danke.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Nur eine Frage an Sie zum Telekom-Geld, das über Hohegger und Meischberger in Form der Rechnungen laufen sollte: Ab welchem Zeitpunkt war Ihnen bekannt, dass es sich um Telekom-Geld handelt, das in dieser Abfolge weitergeleitet wurde? Ab wann war Ihnen das bewusst?

Arno Eccher: Das war mir eigentlich schon mit der Vereinbarung bewusst.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Ab dem Zeitpunkt der Vereinbarung?

Arno Eccher: Ja. Vorher eigentlich nicht. Wir hatten einmal kurz ein Gespräch, bei dem Herr Meischberger erwähnte, dass er einen etwaigen Kunden für die „NFZ“ hätte, aber da ist der Name noch nicht gefallen gewesen. Das war so Herbst 2003. Also dort ist der Name nicht gefallen gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme zurück zu diesen zwei „NFZ“-Rechnungen, wo Sie sagen, richtig zusammengefasst gesagt, es ist alles über den Herrn Meischberger gelaufen (**Arno Eccher: Ja!**), mit der Telekom selbst haben Sie da nie gesprochen, das war alles Meischberger.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Jetzt halte ich Ihnen vor die Befragung des Herrn Meischberger dazu unter Wahrheitspflicht hier im Untersuchungsausschuss am 22. März 2012, wo er, gefragt vom Kollegen Rosenkranz, Folgendes sagt – ich zitiere –:

„Ich möchte noch einmal darauf hinweisen: Das war für mich keine große Sache. Ich habe – noch einmal – nichts mit der Anbahnung dieser Vereinbarung noch mit der Vereinbarung selbst und mit der Kontrolle zu tun gehabt. Es war rein die Rechnungsabwicklung. Ich glaube, dass es Peter Hohegger war, der es mir weitergegeben hat; auch das weiß ich nicht sicher, aber ich glaube.“

Und dann hört Herr Meischberger mit seinen Ausführungen hier auf.

Diese Aussagen stehen in eklatantem Widerspruch zu Ihren getätigten Aussagen, dass alles über **Meischberger** gelaufen sei.

Was können Sie dazu sagen, wenn ich Sie auf diesen Widerspruch jetzt hinweise?

Arno Eccher: Ich kann mich hier nur wiederholen, dass ausschließlich alles über Walter Meischberger gelaufen ist.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Meischberger sagt da unter Wahrheitspflicht, er hat rein die Rechnungsabwicklung ...

Arno Eccher: Ich weiß das, aber die Lukrierung und alles ist über Walter Meischberger gelaufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist jemals innerhalb der „NFZ“ im Rahmen von Besprechungen oder Sitzungen – was ich weiß, nach meinen Recherchen hat es da jede Woche so eine Art Anzeigensitzung, wenn das korrekt ist, gegeben, wo dann mitgeteilt wurde, wie viel Platz der Chefredakteur für welche Artikel hat, wohin ein Inserat gehört, also jede Woche eine Art Jour fixe der „NFZ“ –, war da jemals Thema, dass man für die 192 000 € der Telekom oder diese zwei Rechnungen Leistungen zu erbringen hat – oder war das nie Thema?

Arno Eccher: Es war, wie bereits erwähnt, natürlich zu Anfang ein sehr großes Thema, und dann, nach häufigen Urganzen, wo nichts gekommen ist, zum Teil auch Herr Meischberger diesbezüglich nicht erreichbar war, war es eigentlich kaum mehr Thema.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch einmal die Frage: War da Michael Richter als Chefredakteur jemals konkret involviert in diese zwei Rechnungen, in diese Telekom-Meischberger-Aufträge oder nicht? Wenn ja: in welcher konkreten Form? (*Arno Eccher: Nein, er war nicht involviert!*) – In keiner Form involviert? (*Arno Eccher: Nein!*) Überhaupt nicht? (*Arno Eccher: Nein!*) – Zu diesen Aussagen des Herrn Meischberger, der sagt, er hat rein die **Rechnungsabwicklung** vollzogen: Das heißt, ich gehe dann davon aus, dass auch Herr Meischberger nichts weiß von dieser Vereinbarung vom 10. April 2004, wie sie im Rechnungstext als Begründung für die Rechnungssummen angegeben wird.

Da steht immer – Zitat –:

Bezug nehmend auf die Vereinbarung vom 10. April 2004 übermitteln wir Ihnen als Honorarnote den Pauschalbetrag in Höhe von –

und dann sind es einmal 102 600 € und einmal 89 400 €.

Also Herr Meischberger weiß nichts von dieser Vereinbarung vom 10. April, wissen Sie irgendetwas von dieser Vereinbarung?

Arno Eccher: Ich sage es noch einmal: Diesbezüglich war ausschließlich – ich betone: **ausschließlich** – Herr Meischberger mein Ansprechpartner. Also die Vereinbarung ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie wissen auch nichts als Geschäftsführer damals zu dieser Vereinbarung, was diese Vereinbarung war, wer da was vereinbart hat? Wissen Sie da etwas?

Arno Eccher: Wie gesagt, ich glaube, es waren damals 25 Beiträge, PR-Artikel oder Inserate, das habe ich noch im Kopf, aber mein Ansprechpartner war ausschließlich Herr Meischberger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Noch eine kurze Schlussfrage: Hat es eigentlich jemals Interventionen von Politikern gegeben, Landesobleuten, Mandataren, Ministern, in Sachen „NFZ“-Berichterstattung einerseits, und waren andererseits jemals Minister, Mandatsträger der FPÖ, Landesparteiobleute der FPÖ in die Lukrierung von Anzeigen, Aufträgen involviert?

Ich frage das deswegen, weil zum Beispiel im Impressum als Zuständiger für die Bundesländerredaktionen für das Burgenland ein gewisser Norbert Hofer aufscheint, der ja heute für die FPÖ im Nationalrat sitzt.

Daher: Waren da irgendwelche FPÖ-Mandatare und -Minister auch in die Redaktion einerseits, andererseits aber auch in das Anzeigengeschäft, in die Lukrierung von Anzeigengeschäften involviert?

Arno Eccher: Nein, die Lukrierung hat ausschließlich über mich stattgefunden, und was das Redaktionelle anlangt, hat es natürlich ab und zu Interventionen gegeben, weil sich jeder Politiker gerne in der Zeitung sieht, wie das auch in anderen Parteien teilweise der Fall sein wird. Wenn über jemanden zu wenig Bericht erstattet wurde, dann ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir es konkret durch: Es ist niemals ein FPÖ-Minister zu Ihnen gekommen – ich bringe jetzt ein fiktives Beispiel –, ganz konkret, es ist nie ein FPÖ-Minister zu Ihnen gekommen, der gesagt hat, ich habe gerade ein Gesetz, eine Novelle, eine Verordnung gemacht, die dieses und jenes Unternehmen begünstigt oder was auch immer, klopf dort an, dort kriegst du sicher ein Inserat? (*Arno Eccher: Nein!*) – Das ist nie vorgekommen? (*Arno Eccher: Nein!*) – Es sind Interventionen gekommen in redaktioneller Hinsicht, aber niemals in finanzieller, anzeigemäßiger, geschäftlicher Hinsicht? (*Arno Eccher: Nein!*) – Danke.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herr Eccher, ich habe noch zwei Fragen; Kollege Jarolim wird dann noch weitere Fragen stellen.

Im Jahr 2005 sind Sie zum BZÖ gewechselt und haben damals in einer Presseaussendung vermerkt, dass Sie dem BZÖ wesentlich näher stehen als der FPÖ. Jetzt sind Sie bei der FPÖ, glaube ich, Geschäftsführer in Vorarlberg. Da würde mich interessieren: Was haben Sie da für einen Dienstvertrag: befristet, unbefristet?

Arno Eccher: Bei der FPÖ? (*Abg. Mag. Lapp: Ja!* – *Abg. Petzner: Entschuldigung, das ist meiner Meinung nach nicht ...* – *Abg. Dr. Rosenkranz: Darf ich fragen, was das mit dem Beweisthema zu tun hat?*)

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Herr Eccher kann sich überhaupt nicht erinnern. In all diesen Dingen, die wir heute aufzuarbeiten versucht haben, war er zwar immer eine Schlüsselperson, kann sich aber leider an nichts mehr erinnern, und jetzt möchte ich nur wissen, wie die jetzige Situation aussieht, um da mehr Klarheit zu gewinnen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube wirklich, dass das erstens sachlich mit dem Untersuchungsgegenstand nichts zu tun hat und dass es zweitens moralisch bedenklich ist, dass man eine Auskunftsperson vor der Medienöffentlichkeit zu ihren aktuellen Einkommensverhältnissen befragt. (*Abg. Mag. Lapp: Das habe ich nicht getan!*) – Sie haben gefragt, wie sein derzeitiges Dienstverhältnis aussieht und was er da mit der FPÖ genau ... (*Abg. Dr. Jarolim: Ich glaube, da gibt es einen Verfahrensanwalt ...*) Entschuldigung, das war genau die Frage.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es liegt bei der Auskunftsperson, diese Frage abzulehnen, und der Verfahrensanwalt wird sie beraten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich hätte an sich ganz gerne, dass der Verfahrensanwalt nicht nur die Auskunftsperson berät, sondern auch den Ausschuss an sich, ob die Frage nach dem jetzigen Dienstvertrag zum Beweisthema gehört. Ich hätte gerne, dass das nicht nur die Auskunftsperson, sondern vielleicht auch die Kollegin Lapp erfährt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Meiner Meinung nach gehört es nicht zum Beweisthema.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ergänzend, bevor der Herr Verfahrensanwalt jetzt eine Antwort gibt: Ich glaube, es spielt schon eine Rolle, weil natürlich die Frage der derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere auch die Frage Arbeitgeber/Arbeitnehmer und die Treuepflichten, die daraus resultieren, sich unter Umständen auch auf das eine oder andere auswirken, was heute gesagt werden kann. Also insofern besteht da aus meiner Sicht schon ein Zusammenhang.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich möchte ausführen, dass die heutige Tätigkeit und ein allfälliges Dienstverhältnis zu dem Verfahrensgegenstand, nämlich einer Rechnungslegung als Geschäftsführer der Zeitung im Jahr 2004 und die Bezahlung einer Rechnung ohne, wie hier behauptet wird, Gegenleistung durch die Telekom, **nicht** in einem Zusammenhang stehen.

Weiters meine ich, dass die Auskunftsperson eine Frage über ihre derzeitige Beschäftigung in der Öffentlichkeit nicht beantworten muss, weil auch das **nicht** in Bezug auf das Beweisthema unter 1 des Beweisbeschlusses fällt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt noch zwei Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. (Abg. Mag. Lapp: Herr Dr. Rosenkranz, ich habe es verstanden! – Abg. Dr. Rosenkranz: Ich setze mich nicht nur mit Ihnen auseinander, es gibt auch noch ganz andere Dinge!) Mein Problem ist, wir haben wieder zeitlich einen Engpass.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich habe da jetzt ein Problem, und zwar: Frau Kollegin Lapp hat ja mit dieser Frage auf etwas anderes abgezielt, nämlich auf die Frage der Glaubwürdigkeit der Auskunftsperson, um da irgendwelche Befangenheiten oder Ähnliches, das da im Hintergrund stehen würde, aufzuklären.

Sollte hier der Verdacht einer falschen Beweisaussage sein – es sind hier auch Widersprüche mit der Aussage des Herrn Meischberger offensichtlich aufgetreten, was diese Vereinbarung vom 10. April betroffen hat und Ähnliches –, dann steht es natürlich jedem einzelnen Mitglied des Ausschusses frei, aber auch dem Ausschuss als Ganzes, entsprechende Sachverhaltsdarstellungen abzuliefern. Nur: Diese Erkundigung über die derzeitigen Verhältnisse, unabhängig vom Beweisthema selbst, zur Frage der Glaubwürdigkeit oder dass man fragt: Sind Sie schon einmal wo verurteilt worden?, also alles, was man rundherum zur Glaubwürdigkeit fragt, was vom Beweisthema ablenkt, das ist **nicht** Gegenstand des Ausschusses, sondern müsste, wenn der Verdacht einer falschen Beweisaussage vorliegt, der Staatsanwaltschaft mitgeteilt werden. Und das steht selbstverständlich jedem einzelnen Mitglied des Ausschusses zu.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Also, ehrlich gesagt, ich halte das für Zeitverschwendung. Wir hatten bereits eine erste Befragung, da sind Ihre vergangenen Tätigkeiten miterörtert worden, zuerst bei der FPÖ, dann beim BZÖ und dann wieder bei der FPÖ. Das ist in diesem Ausschuss schon lange kein Geheimnis mehr.

Ich verstehe nicht, warum man den Herrn Eccher dazu befragen muss, da das ohnehin im Ausschuss schon ausführlich besprochen worden ist.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte nochmals nachfragen: Im finanzstrafrechtlichen Vormerkakt steht auf der Seite 11 von 149, dass Herr Rumpold

im Zuge einer Besprechung mitgeteilt hat, dass über den Forderungsverzicht an die FPÖ-Bund der Auftrag von der Telekom Austria kam.

Herr Eccher, Sie sind als Bundesgeschäftsführer im Jahr 2003 eingestiegen, eben mit diesem Forderungsverzicht und mussten dann das verhandeln. Sie haben vorhin, soweit ich mich erinnern kann, gegenüber einem Kollegen gesagt, Sie haben das ganz einfach, wie es Ihre Art ist, verhandelt und nicht gewusst, dass vonseiten der Telekom Austria da eine Abdeckung gekommen ist. – Das stimmt so? (*Arno Eccher: Ja!*) – Sie haben vorhin auch formuliert, dass Herr Rumpold wesentlich besser ausgestiegen sei mit dem Forderungsverzicht. – Habe ich das richtig verstanden?

Arno Eccher: Ich habe gesagt, dass sich, glaube ich, der Schaden von Herrn Rumpold aufgrund der neuen Zusammenarbeit in Grenzen gehalten hat.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Die Zusammenarbeit mit der Telekom meinen Sie?

Arno Eccher: Nein, mit der FPÖ. Wie ich erwähnt habe: die Kärntner Landtagswahl 2004, wo er, glaube ich, vier, fünf oder sechs Monate beschäftigt war; die EU-Wahl 2004. Allerdings alles extra abgerechnet und vereinbart. Also keine Pauschalvereinbarung wieder auf drei, vier oder fünf Jahre. Dann wären Parteitage angestanden, und dann wäre auch die Nationalratswahl 2006 angestanden. Aber alles extra abgerechnet und zu anderen Konditionen, als es im Herbst 1999 vereinbart wurde, weil das einfach nicht mehr möglich war, aufgrund der finanziellen Situation, aufgrund des Wahlergebnisses 2002.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Eine ganz kurze Frage. Nochmals: Sie sind für den *wirtschaftlichen* Teil und der Herr Richter ist für den *redaktionellen* Teil zuständig. Sie verhandeln das mit Meischberger aus, dass da ein Paket kommt.

Jetzt habe ich nicht mehr in Erinnerung: Haben Sie mit dem Herrn Richter das vereinbart, haben Sie das quasi übergeben, dass er sich dann redaktionell darum kümmern soll – oder ist es im redaktionellen Bereich gar nicht gelandet?

Arno Eccher: Nein, das ist dort nicht gelandet. Wenn etwas gekommen wäre, seien es PR-Artikel oder Inserate, wären die zuerst zu mir gekommen, und ich hätte dann diese an die Redaktion weitergeleitet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und diese Aussagen von Herrn Meischberger, dass da jemand, ein Journalist beauftragt wird, der soll da zu Handymasten und so weiter berichten, wie erklären Sie sich, dass er das ...

Arno Eccher: Diese Frage ist schon einmal gekommen. Das habe ich heute zum ersten Mal gehört. Zum ersten Mal gehört!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Und Sie können ausschließen, dass es anders sein konnte, als dass nur Sie, der Meischberger über das Bescheid wussten – und der Herr Richter nicht einmal eine Ahnung hatte über diese Abwicklung?

Arno Eccher: Über die Abwicklung nicht. Ich habe Ihnen gesagt, es wird wohl so gewesen sein, dass ich den Herrn Richter über das informiert habe, aber das war es dann schon. Also die Abwicklung, auch wenn jetzt Inserate, PR-Artikel oder was auch immer gekommen wären oder wenn es geheißen hätte, selbst, auf Eigeninitiative zu schreiben, wäre das auch bei mir gelandet.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Aha, auch dann. Das heißt, Sie hätten jedenfalls den redaktionellen Leiter immer wieder anstoßen müssen (*Arno Eccher: Ganz genau!*) und der hätte nicht von sich auch tätig werden können.

Arno Eccher: Nein, nein, nein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich fasse mich kurz wie immer.

Zum Ersten: Die Argumentation, die ich jetzt in der letzten Zeit ständig vonseiten der FPÖ höre, heißt, das war alles schrecklich bis zum Jahr 2002, dann ist Knittelfeld gekommen, der große Reinigungsprozess – Kollege Rosenkranz hat ja gestern der ÖVP sogar ein **Knittelfeld** empfohlen. Ja, dann war der große Reinigungsprozess, und ab da war es sauber.

Sagen Sie, diese Telekom-Rechnungen und diese Zahlung der Telekom an Rumpold: War das vor oder nach Knittelfeld?

Arno Eccher: Das war von der Jahreszahl nach Knittelfeld.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, das war nach Knittelfeld.

Sagen Sie, war der Herr Strache damals im Bundesvorstand der Freiheitlichen Partei, im Jahr 2004, als all das passiert ist, was wir hier besprechen?

Arno Eccher: Das weiß ich jetzt nicht auswendig, das kommt darauf an (*Abg. Dr. Pilz: Ich sage es Ihnen!*), wann er Landesparteiobmann in Wien ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es Ihnen: Er war die ganze Zeit im Bundesvorstand der FPÖ. (*Arno Eccher: Wann?*) Die ganze Zeit. Die ganze Zeit. Das ganze Jahr 2004, in dem diese ganzen Vorfälle waren, war der Herr Strache im Bundesvorstand der Freiheitlichen Partei. Wir haben uns das ausgehoben. Ich stelle das einfach fest, weil es ja auch um die Frage der politischen Verantwortung in diesem Zusammenhang geht.

Jetzt habe ich noch eine letzte Frage an Sie: Sie haben auf eine Frage des Abgeordneten Petzner nach anderen Unternehmen, die auch Zuwendungen an die „Neue Freie Zeitung“ getätigt haben und wo es Vereinbarungen gegeben hat mit der „Neuen Freien Zeitung“, die Lotterien genannt, wenn ich Sie richtig verstanden habe, die Österreichischen Lotterien. Und Sie haben gesagt, auch andere Unternehmen.

Welche anderen Unternehmen sind Ihnen in diesem Zusammenhang noch erinnerlich?

Arno Eccher: Ja, ich weiß jetzt nicht, ob ich das sagen muss, aber ich kann mich erinnern, dass die Stadt Wien inseriert hat. (*Abg. Dr. Pilz: Ja!*) – Ich weiß es nicht mehr, ich weiß es wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nur die Stadt Wien?

Arno Eccher: Nein, ich weiß es nicht! Entschuldigung, es werden ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, ich frage Sie ja nur.

Arno Eccher: Herr Pilz, das ist wirklich acht Jahre her ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, eh. Okay, es fällt Ihnen nur die Stadt Wien ein.

Arno Eccher: Die Lotterien, wie Sie gesagt haben, die haben sehr lange, schon in den neunziger Jahren diesbezüglich inseriert. Ich weiß es jetzt auch nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Novomatic war erst später, gell? – Darauf kommen wir bei einem anderen Beweisthema zurück.

Okay, danke. Ich habe keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Aufgrund der letzten Zusatzfragen des Kollegen Pilz ist natürlich meine Fragewut ein wenig geweckt worden. Ich darf daher auch in ähnlicher Weise Zusatzfragen stellen.

Der Vorhalt vom Kollegen Pilz war nicht richtig, nämlich dass 2002 der Reinigungsprozess der FPÖ abgeschlossen wäre, sondern ich habe behauptet, 2002 wurde er eingeleitet und mit der Wahl von HC Strache 2005 war er abgeschlossen. Wenn Sie meinen Ausführungen in der gestrigen Sondersitzung mit der nötigen Aufmerksamkeit gefolgt wären, dann hätten Sie das auch so gehört.

Also insoweit ist dieser Vorhalt nicht ganz richtig gewesen, aber natürlich stellt sich die Frage, ab wann HC Strache auch im Bundesparteivorstand war. Das lässt sich auch klären, es war irgendwann im Jahr 2004, also es stimmt auch mit diesen Rechnungen überein.

Aber jetzt kommt die Frage: Waren Sie Teil des Bundesvorstandes? (*Arno Eccher: Ja!*) – Haben Sie dem Bundesparteivorstand über die Zahlungen der Telekom über Walter Meischberger an die NFZ berichtet? (*Arno Eccher: Nein!*) – Haben Sie H.-C. Strache über diese Telekom-Sache in einem anderen Gespräch berichtet?

Arno Eccher: Nein, sicher nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie H.-C. Strache über die Frage dieses Vergleichsabschlusses mit der FPÖ in irgend einer Form kontaktiert? Was hat er davon gewusst? (*Arno Eccher: Nein!*)

Betreffend diese ominöse Zahlung, die da als Abschlagszahlung der Telekom im Raum schwebt, haben Sie ja gesagt, Sie wissen selbst nicht, dass es diese Zahlung an Rumpold gegeben hat.

Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, ob H.-C. Strache von dieser Zahlung gewusst hat?

Arno Eccher: Das weiß ich nicht. Ich habe es den Medien entnommen. Ich weiß nicht, wer noch das den Medien entnommen hat.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Noch eine Zusatzfrage, Herr Kollege Pilz? Zur Geschäftsbehandlung?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein. – Nachdem diese Selbstreinigungsphase im Jahr 2000 mit Telekom-Geldern begonnen hat, im Jahr 2004 einen Höhepunkt erreicht hat und dann im Jahr 2005 abgeschlossen worden ist, habe ich nur noch eine ergänzende Frage. Sagen Sie, ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigung! Wir haben ja normalerweise eine einmalige Runde für Zusatzfragen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und jetzt stelle ich noch eine im Rahmen meines Fragerechtes als Abgeordneter. Das dauert eine Minute, dann bin ich sowieso fertig. Ich bitte um Nachsicht, aber das ist eine sehr, sehr bedeutsame Frage.

Herr Eccher – wir sind wirklich gleich fertig (*Arno Eccher: Passt schon!*) –, da ist die Partei pleite im Jahr 2004. Dann werden ihr von Rumpold über 900 000 € brutto nachgelassen. Dann gibt es gleichzeitig eine Zahlung von der Telekom, wo es Hinweise gibt, dass diese von der FPÖ mitveranlasst oder zumindest urgiert worden ist.

Frage: Sind Sie sich sicher, dass diese für die FPÖ finanziell lebensrettende Maßnahme im Bundesparteivorstand nicht einmal erwähnt worden ist?

Arno Eccher: Die Einigung mit Rumpold?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und alles drum herum. Ist das im Bundesparteivorstand besprochen worden oder nicht?

Arno Eccher: Nein, ich glaube nicht. Ich weiß es nicht. Es war meine Aufgabe – gemeinsam mit dem damaligen Bundesparteiohmann und auch auf großen Wunsch des Landeshauptmannes von Kärnten –, diese Sache mit Rumpold zu erledigen, und das haben wir gemacht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Kennen Sie eine Person namens Strache?
(**Arno Eccher:** Ja, natürlich! – **Abg. Dr. Rosenkranz:** Ich bitte nur zu bemerken: Das erhöht natürlich die Glaubwürdigkeit der Person, weil er wahrheitsgemäß antwortet! – **Obfrau Dr. Moser:** Wir haben ja sehr kreative Redebeiträge zur Geschäftsordnung. – **Abg. Dr. Jarolim:** Aber das können wir in Zukunft auch machen!)

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson **Arno Eccher**, verabschiedet diese und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

12.02

12.03

Auskunftsperson Michael Richter

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Michael Richter** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter wieder darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen in welcher Form auch immer unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Richter, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern.

Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet Michael Alfred Richter. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir gleichfalls vor.

Herr Richter, Sie waren öffentlich Bediensteter. Gemäß § 6 Verfahrensordnung dürfen Sie sich bei Ihrer Einvernahme nicht auf die Amtsverschwiegenheit berufen. Ihre vorgesetzte Dienstbehörde wurde von dieser Ladung und den Themen der Befragung in Kenntnis gesetzt und sie hat keine Mitteilung gemacht, dass Sie die Wahrung der Vertraulichkeit Ihrer Aussagen für erforderlich hält.

Herr Richter, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Sie haben auch eine **Vertrauensperson** mitgebracht. Ich darf nun zu deren Personaldaten übergehen: Ihr vollständiger Name lautet **Mag. Alexander Scheer**. Auch Ihre Daten sind der Parlamentsdirektion und mir bekannt gegeben worden.

Ich frage nun die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Scheer als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte.

Jetzt ist es auch notwendig, dass die Vertreter der Bildmedien den Saal räumen, denn sonst habe ich keinen Überblick darüber, ob es Einwände gegen die Vertrauensperson gibt. Bitte verlassen Sie den Raum!

Es gibt keine Einwände gegen die Vertrauensperson.

Ich habe auch Sie über die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Beweisaussage als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der **Belehrung** über die Strafdrohung bei einer

vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen kann daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten.

Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- oder Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden und dieser wird mich dann, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Herr Richter, Sie können am Beginn der Befragung dem Ausschuss auch von Ihrer Seite eine Art Erzählung und Sicht der Dinge darlegen. Möchten Sie das in Anspruch nehmen? (*Die Auskunftsperson verneint dies. – Die Obfrau erteilt als erstem Fragesteller Abg. Hornek das Wort.*)

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Richter! Damit wir uns einen Überblick verschaffen können, für welchen Zeitraum und für welchen Bereich Sie verantwortlich waren – meiner Einschätzung nach waren Sie ja Chefredakteur der „Neuen Freien Zeitung“ –: Von wann bis wann hatten Sie welche Aufgabenstellung für diese Zeitung?

Auskunftsperson Michael Richter: Herr Abgeordneter, es ist richtig: Ich war, wenn meine Erinnerung mich nicht trügt, seit Jahresende, Herbst 1989, als Redakteur für die „Neue Freie Zeitung“ tätig, habe die Chefredaktion Mitte der neunziger Jahre übernommen und diese Funktion bis zum April 2005 ausgeübt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Waren Sie nur für den redaktionellen Teil zuständig oder haben Sie auch Inseratkunden betreut?

Michael Richter: Nein, ich hatte nur eine redaktionelle Verantwortung. Es hat bei uns eine strikte Trennung gegeben, wie das im Medienbereich nicht unüblich ist, zwischen Redaktion, Anzeigenabteilung und Geschäftsführung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Richter, ich frage Sie um Ihre persönliche Wahrnehmung: Wie oft hat die Telekom in Ihrer Zeitung inseriert: auf direktem Wege, über den Herrn Meischberger oder über den Herrn Hochegger?

Michael Richter: Dazu kann ich Ihnen sehr, sehr wenig sagen. Direkte Insertionen sind mir gar nicht erinnerlich – ich glaube auch nicht, dass es diese gegeben hat in diesem langen Zeitraum –, und über indirekte Kontakte habe ich keine Wahrnehmung.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Es ist Ihnen aber schon bewusst, dass es Finanzströme seitens der Telekom über den Herrn Hochegger und den Herrn Meischberger zu Ihrer Zeitung gegeben hat? (*Michael Richter: Nein!*)

Das ist Ihnen nicht bewusst? (*Michael Richter: Nein!*)

Ist es Ihnen erst aus den Medien bekannt geworden?

Michael Richter: Ich habe heute zum ersten Mal davon gehört. (*Abg. Hornek: Heute?*) – Ja.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das ist interessant. – Meine Frage an Sie: Gab es Querverbindungen Ihrer Zeitung zu Bildungsinstituten? Wenn ja: welche?

Michael Richter: Ich meine mich zu erinnern, dass es eine, was auch logisch wäre, zur damaligen Bildungseinrichtung der Freiheitlichen Partei als Eigentümerin der Zeitung gegeben hat.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Der Herr Eccher, Ihr (*Michael Richter: Geschäftsführer!*) Partner, wenn Sie so wollen, und Geschäftsführer ist ja von der FPÖ zum BZÖ gewechselt und dann zur FPÖ zurück. Bei Ihnen war der Wechsel von der FPÖ zum BZÖ, und wenn ich die Homepage richtig interpretiere, dann sind Sie dort Bundesgeschäftsführer.

Michael Richter: Ich bin dort Bundesgeschäftsführer. Das ist korrekt.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Als Bundesgeschäftsführer haben Sie ähnliche Aufgabenfelder wie in der Vergangenheit, nehme ich an, nämlich sich um Publikationen zu kümmern, sich unter Umständen auch – was Ihr Kollege und Geschäftsführer gemacht hat – um Inserate zu kümmern.

Gibt es direkte Kontakte zur Telekom? Gibt es dort Inserate? Gibt es auf direktem oder indirektem Wege über Meischberger, Hohegger entsprechende Kontakte zum BZÖ in diesem Zusammenhang?

Michael Richter: Zum einen darf ich Sie korrigieren: Das sind in keiner Weise vergleichbare Tätigkeiten. Meine Verantwortung in der „NFZ“ war die des Chefredakteurs, das war eine rein journalistische Aufgabe, und jetzt als Geschäftsführer des BZÖ habe ich die üblichen Geschäftsführerverantwortlichkeiten wahrzunehmen.

In diesem Zusammenhang gibt es in keiner Weise Kontakte zu Herrn Meischberger und schon gar nicht zu Herrn Hohegger.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das heißt, ab dem Wechsel zum BZÖ – das war so quasi wie ein Reinigungsprozess – hat man das alles hinter sich gelassen und es gibt dorthin keine Kontakte mehr. Das ist alles erledigt.

Michael Richter: Da fragen Sie den Falschen. Ich hatte auch früher keine Kontakte.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie hatten auch früher keine Kontakte?

Michael Richter: Ich habe Walter Meischberger, darf ich Ihnen sagen, ich glaube, seit zehn Jahren nicht mehr gesehen oder sonst irgendwie kontaktiert.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Das hätte mich jetzt gewundert, wenn Sie gesagt hätten, Sie kennen den Herrn Meischberger nicht. – Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): An sich hat sich schon relativ viel geklärt in der Einvernahme, was der Herr Eccher gesagt hat, der ja gemeint hat, die Vereinbarung mit Meischberger, auf die sich Rechnungen der „NFZ“ bezogen haben, hat er selbst geschlossen – Herr Ing. Meischberger konnte sich nämlich nicht erinnern. Er hat gemeint, es könnte sowohl Eccher als auch Richter gewesen sein.

Der Herr Meischberger hat aber auch eine andere Aussage gemacht, nämlich in seiner Beschuldigtenvernehmung am 10.11.2009, wo er gesagt hat, das wäre nur eine kurze telefonische Vereinbarung gewesen – Zitat –:

Ich habe mit der „Neuen Freien Zeitung“ vereinbart, dass Geschichten zum Beispiel über die Aufstellung von Handymasten und so weiter erscheinen. Ein Journalist der „Neuen Freien Zeitung“ hat dies recherchiert. – Zitatende.

Ich habe dann gemeint, das würde ja kein Druckkostenbeitrag sein, wenn redaktionelle, aus Eigenem recherchierte Artikel der Zeitung erscheinen.

Haben Sie als Chefredakteur irgendeine Wahrnehmung darüber, dass im Bereich journalistische Aufarbeitung der „NFZ“ – durch Sie oder durch einen anderen journalistischen Mitarbeiter – irgendetwas in dieser Richtung passiert ist, insbesondere in den Monaten Mai bis September 2004?

Michael Richter: Nein, habe ich nicht. Es ist mir auch nicht erinnerlich. Ich glaube auch nicht, nein: Ich bin mir sehr sicher, dass es solche Berichte auch nie gegeben hat.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War die Einstellung zur Telekom in der Blattlinie selbst, also redaktionell, eine unternehmensfreundliche oder eher das Gegenteil?

Michael Richter: Es gab eine solche nicht. Warum hätte es eine solche geben sollen?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Gegenfrage, die Sie mir stellen, kann ich nicht beantworten. – Mir genügt schon der erste Teil Ihrer Antwort.

Die „NFZ“ selbst steht ja im Eigentum der Freiheitlichen Partei Österreichs, der Bundespartei? (*Michael Richter: Richtig, genau!*)

Waren Sie mit der Abwicklung der Kosten, der Kostentragung für den Fall, dass nicht ausgeglichen bilanziert wird, den Zuschusspflichten seitens der Bundespartei, der Länderorganisationen und Ähnlichem, also in diesem Bereich, waren Sie da irgendwo involviert?

Michael Richter: Nicht direkt. Indirekt hat es sich im täglichen Betrieb immer wieder ergeben. Meine Verantwortung war es unter anderem auch, möglichst kostengünstig zu produzieren, wie Sie sich vorstellen können. In anderen Bereichen, etwa in Personalfragen, vor allem betreffend Einstellungen oder Gehaltsfragen, war das eine Verantwortung der Geschäftsführung und nicht meine als Chefredakteur. Das war abzuklären.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt, es war Ihr Bestreben, kostengünstig zu produzieren. Das ist ja an sich eine Tätigkeit der Geschäftsführung, der reinen wirtschaftlichen Abrechnung.

Was haben Sie dazu beigetragen, um kostengünstig zu produzieren?

Michael Richter: Na ja, konkret: Ich musste, das war mein Beitrag, die Seitenzahl entsprechend reduzieren – zu meinem Leidwesen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Mit dem Rechnungswesen der „NFZ“ selbst, haben Sie damit irgendetwas operativ zu tun gehabt? (*Michael Richter: Nein!*)

Haben Sie irgendetwas daran kontrolliert? (*Michael Richter: Nein!*)

In der vorigen Fragerunde wurde das vonseiten der SPÖ releviert, und zwar, dass bei diesen Rechnungen, die an die „NFZ“ gestellt wurden, ... – Vielleicht zuerst eine andere Frage: Wissen Sie, wer die Buchhaltung für die NFZ gemacht hat?

Michael Richter: Frau Johanna Gibiser. Das war auch die Buchhalterin der FPÖ.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das heißt, die Buchhalterin der FPÖ hat auch die rechnungsmäßige Betreuung hier gemacht. (*Michael Richter: So ist es!*)

Wer hat die Aufträge erteilt, welche Rechnungen zu erstellen sind? Waren das Sie?

Michael Richter: Das dürfen Sie mich nicht fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie waren es nicht? (*Michael Richter: Nein!*)

Jetzt ist eines aufgefallen, nämlich dass die Rechnungen, die an die Telekom – Entschuldigung, präzise gesagt, die an die „ZehnVierzig“, an den Herrn Meischberger und seine Firma – fakturiert wurden, dass diese die Rechnungen 18/04 und 19/04 lauten.

Haben Sie eine Wahrnehmung dazu, wie viele Rechnungen es in der „NFZ“ gegeben hat?

Michael Richter: Nein, in keiner Weise.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Richter, ich halte Ihnen eine APA-Meldung vom 8. April 2005 vor mit dem Titel:

„NFZ“-Chefredakteur legt Funktion zurück.

Mit „NFZ“-Chefredakteur sind Sie gemeint.

Können Sie uns die Hintergründe dieses Rückzugs erläutern? Am 8. April 2005 gab es diese APA-Meldung. Können Sie uns die Hintergründe dazu erläutern, warum Sie damals mit sofortiger Wirkung – Zitat – die Position des „NFZ“-Chefredakteurs zur Verfügung gestellt haben?

Michael Richter: In kurzen Worten: Sie wissen, dass sich damals das BZÖ gegründet hat und daher auch die Eigentümerversammlung der „NFZ“ gewechselt hat. Unter der neuen Eigentümerversammlung in Person des neuen designierten FPÖ-Chefs, Herrn Strache, war für mich ein Verbleib in diesem Medium in keiner Weise mehr möglich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer war diese neue Eigentümerversammlung? Die konkreten Personen?

Michael Richter: Formal war das nach wie vor die FPÖ, aber mit anderen handelnden Personen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wer waren vorher die handelnden Personen und wer waren Sie ab dem 8. April 2005?

Michael Richter: Zuvor waren es Susanne Riess-Passer, Jörg Haider et cetera. Seit diesem Moment war es H.-C. Strache, und ich glaube, Hilmar Kabas ist damals designiert worden, die Partei interimistisch zu leiten.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben die als neue Eigentümerversammlung irgendwas in der Geschäftspraxis, in der Tätigkeit der „NFZ“ geändert, verändert, einen anderen Kurs vorgegeben, andere geschäftliche Rahmenbedingungen aufgestellt? Haben Sie dazu irgendwelche Wahrnehmungen?

Michael Richter: Ja, das haben sie in derselben Sekunde, als sie sozusagen in ihrer Verantwortlichkeit waren. Sie wollten sehr konkret bestimmen, was in der Zeitung zu stehen haben sollte, vor allem in der damals aktuellen Ausgabe. Das war eine Beschneidung meines gewohnten Vertrauensverhältnisses und ein Versuch der Intervention, die mir in den Jahrzehnten zuvor nie untergekommen ist und mit der ich auch nicht mehr leben wollte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, man kann das so zusammenfassen: In den Jahrzehnten davor als Chefredakteur haben Sie eher einen erweiterten Handlungsspielraum gehabt, auch was die inhaltliche redaktionelle Gestaltung betrifft, und als dann Herr Kabas und Herr Strache gekommen sind, ist das sehr weit eingeschränkt worden, wurde genau vorgegeben, was zu erscheinen hat und was nicht.

Michael Richter: So ist es. Die Grundlinie der Zeitung war eindeutig klar, das war das Parteiprogramm der FPÖ. Es hat aber darüber hinaus nie irgendwelche Interventionen

gegeben. Es wurde mir auch von keiner Seite vorgeschrieben, was ich zu schreiben hätte und was nicht. – Das hat sich maßgeblich geändert, von Anfang an eigentlich, und das war nicht mein Verständnis, nicht einmal in einem Parteizeitungsjournalismus.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hat sich in Sachen geschäftliche Tätigkeit, Anzeigengeschäfte „NFZ“, auch etwas verändert? Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen?

Michael Richter: Das dürfen Sie mich nicht fragen, dazu weiß ich nichts.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Weil Sie dann im April schon ausgestiegen sind.

Ich lege Ihnen jetzt konkret diese zwei Rechnungen vor, um die es geht; einmal vom 28. Dezember 2004, einmal vom 1. Dezember 2004.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Haben Sie diese Rechnungen jemals gesehen? Haben Sie dazu Wahrnehmungen? Wissen Sie etwas von dieser Vereinbarung vom 10. April 2004, auf die hier Bezug genommen wird? Wissen Sie etwas zu den Leistungen, die in diesen beiden Rechnungen angeführt werden?

Michael Richter: Zu all diesen Fragen: nein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie sehen diese Rechnungen zum ersten Mal? *(Michael Richter: Ich sehe sie zum ersten Mal, ja!)* Sie haben mit dieser Vereinbarung vom 10. April 2004 nichts zu tun? *(Michael Richter: Nein!)* Sie waren nie involviert in die Rechnungslegung, in die Vereinbarung? *(Michael Richter: So ist es, genau!)*

Gut, das geht ja auch aus dem Impressum hervor – wir haben das ja schon exemplarisch genannt –: Geschäftsführer Arno Eccher und Chefredakteur Michael Richter. Und Eccher hat hier bestätigt, dass er das mit Meischberger als Person ausgemacht hat und Sie damit nichts zu tun hatten. Das wollte ich nur von Ihnen noch einmal bestätigt bekommen.

Jetzt sagt eben Meischberger in seiner Einvernahme – Herr Eccher konnte dazu keine Angaben machen beziehungsweise hat sinngemäß gesagt, er kann sich das nicht erklären –, wo er eben diese Leistungen definiert, dass er mit der „Neuen Freien Zeitung“ – Zitat – vereinbart hat, „dass Geschichten über das Aufstellen von Handymasten, (...) et cetera erscheinen“, und dass dazu ein Journalist der „NFZ“ recherchiert, Interviews geführt und entsprechende Artikel verfasst habe.

Sind diese Angaben des Herrn Meischberger korrekt? Gab es diesen Journalisten? Ganz konkret gefragt: Wurden Sie als Chefredakteur jemals von jenen Personen, die diese Leistungsvereinbarungen getroffen haben – konkret Eccher oder Meischberger –, beauftragt, irgendwelche Leistungen für diese Summen, diese Rechnungen zu erbringen, wie das Meischberger in seiner Beschuldigtenvernehmung angibt, oder waren Sie damit überhaupt nie befasst und hören das jetzt zum ersten Mal, dass hier überhaupt ein Auftragsverhältnis bestanden hat?

Michael Richter: Ich war damit überhaupt nie befasst, höre das jetzt zum ersten Mal. Es ist mir auch nicht erinnerlich, dass es so etwas je gegeben hätte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also zu Ihnen als Chefredakteur ist nie jemand gekommen und hat gesagt: Herr Chefredakteur Richter, wir müssen jetzt Telekom-Artikel schreiben!? *(Michael Richter: Nein!)* – Sie haben damals in Ihrer Funktion nie mit Hochegger oder Personen der Telekom Austria zu tun gehabt *(Michael Richter: Nein!)*, und auch bis heute nicht?

Michael Richter: Bis heute nicht. Ich kenne Herrn Hochegger nur aus den Medien.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das heißt, Sie hatten mit der Telekom nie irgendwelche Kontakte. Darüber können Sie sich glücklich schätzen, andere haben da dann ...

Michael Richter: Ich bin Kunde dieses Unternehmens wie viele andere auch, aber darüber hinaus habe ich keine Beziehung.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Sie haben uns erklärt, dass Sie heute das erste Mal erfahren haben, dass das Thema sein könnte, ob Telekom-Gelder an die Zeitung geflossen sind. – Wo haben Sie das erfahren? Wer hat Ihnen das heute erstmals gesagt?

Michael Richter: Ich habe das aus den Medien erfahren. (*Abg. Dr. Jarolim: Heute aus den Medien?*) Heute habe ich es erfahren. Von diesen Rechnungen weiß ich aus den Aussageprotokollen des Walter Meischberger hier vor diesem Ausschuss. Die Rechnungen selbst sehe ich hier und heute zum ersten Mal.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Kann es auch sein, dass Sie das heute von Herrn Petzner im Zuge dieses Erstberichtes, den Sie vor Ihrer Einvernahme bekommen haben, erfahren haben?

Michael Richter: Herr Petzner hat mich begrüßt und ich ihn.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Das war schon mehr. Das war ein relativ intensiver einseitiger Informationsaustausch, der da stattgefunden hat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Wenn ich jemandem zum Gruß die Hand reiche und hallo sage, dann ist das, glaube ich, nicht das Problem. Abgesehen davon gibt es in der Verfahrensordnung für Untersuchungsausschüsse überhaupt keine Regelung dahin gehend, dass eine Begrüßung oder so oder ein kurzer Wortwechsel nicht erlaubt seien. Aber ich kann Sie beruhigen, Herr Jarolim – Sie müssen jetzt schon selbst schmunzeln angesichts dieser Frage –, dass das überhaupt nicht Thema gewesen ist. Darüber hinaus zeigt diese – wie Sie sagen – eher rhetorische Frage, dass die Ladung von Herrn Richter offensichtlich selbst den Regierungsfractionen nicht nachvollziehbar ist, zumal Ihnen nur mehr so peinliche Fragen einfallen, weil sachlich keinerlei Fragen gerechtfertigt sind. Aber gut, Herr Jarolim, damit haben Sie sich selbst enttarnt. Ich „gratuliere“ Ihnen dazu herzlich!

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Diese Gratulation nehme ich gerne entgegen, aber wer die Gestikulation des Kollegen Petzner kennt, der weiß ungefähr, in welcher Situation was stattfindet. Ich denke, der Informationsaustausch war schon relativ klar. – Aber sei's drum.

Herr Richter, haben Sie mit Telekom, Telekommunikation in Ihrer Blattlinie überhaupt nie irgendetwas zu tun gehabt? Es hat vorhin den Anschein gehabt, dass Sie das zum Ausdruck bringen wollten.

Michael Richter: Entschuldigen Sie, warum sollte ein Unternehmen ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Weil ein hoher Prozentteil unseres Lebens mit Telekommunikation zusammenhängt und weil Sie in einer Parteizeitung

schreiben, die vermutlich irgendetwas mit Kommunikation zu tun haben könnte, und weil es daher nicht gar so fern liegt, Sie zu fragen, ob das auch ein Thema für Sie war. Deshalb frage ich Sie.

Michael Richter: Noch einmal, es tut mir leid: Für einen Journalisten ist prinzipiell alles ein Thema, wenn es ein Thema ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Es braucht Ihnen nichts leid zu tun. Ich frage Sie, Sie geben eine Antwort – und das war's dann.

Michael Richter: Ja, das ist meine Antwort.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie mit Herrn Eccher grundsätzlich über zukünftige Entwicklungen, Blattlinien, über irgendetwas gesprochen oder gab es da so eine Art **Chinese Wall** zwischen ihm und Ihnen, wo es keine Kontakte gab?

Michael Richter: Wir waren redaktionell sehr unabhängig, und das habe ich auch immer als sehr positiv und sehr befreiend empfunden, weil man sich dann wirklich darauf konzentrieren konnte, was die eigentliche Aufgabe war, nämlich das Journalistische, das Blattmachen. Das war meine hauptsächliche Verantwortung, und der habe ich versucht, so gut wie möglich zu entsprechen.

Es ist immer wieder vorgekommen, dass ich Wünsche gehabt habe, die Arno Eccher als Geschäftsführer betroffen haben. Wir haben ein sehr kollegiales Verhältnis gehabt, aber wir haben sehr unregelmäßig ...

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Haben Sie Redaktionssitzungen durchgeführt?

Michael Richter: Ja, einmal wöchentlich, was bei einer Wochenzeitung nicht unüblich ist.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): War Herr Eccher da dabei?

Michael Richter: Manchmal war er dabei, manchmal war er nicht dabei.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gab es dort strategische Verhandlungen über Blattlinien, über Themen, wozu Sie unter Umständen als Dienstleister einen Journalisten einsetzen sollten?

Michael Richter: Nein, das gab es nie, und das war auch nicht notwendig. Die Blattlinie war vorgegeben, und wir haben uns in den Redaktionssitzungen hauptsächlich um die Gestaltung der nächsten Ausgabe bemüht. Die einzige Frage, die sich für mich als Chefredakteur gestellt hat, war: Wie viele Seiten kann ich machen, wie viel braucht die Anzeigenabteilung? Was bleibt mir redaktionell übrig?

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wer hat denn eigentlich die Seiten gemacht, von denen Sie gerade geredet haben, die redaktionellen Seiten? (*Michael Richter: Ich!*) – Haben Sie das im Alleingang gemacht?

Michael Richter: Nein, ich und meine Redaktion.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Gab es Journalisten, die auch außerhalb des Hauses unterwegs waren, die recherchiert haben?

Michael Richter: Wie in jedem anderen Medium, ja.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Wie viele haben Sie gehabt?

Michael Richter: Wir waren eine kleine Redaktion. Das hat gewechselt, aber so zwei, drei Leute werden das schon immer gewesen sein.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Herr Richter, zu den Namen Meischberger, Hohegger in Bezug auf Telekom.

Meine Frage an Sie: Haben die Herren Inserate oder Inhalte in Ihrem Medium transportiert oder transportieren wollen in anderen Zusammenhängen, zum Beispiel mit einem anderen Firmenkonsortium oder Ähnlichem?

Konkret: Ist Herr Hohegger zu Ihnen gekommen und hat gesagt: Ich hätte gerne für die Firma XY ein Inserat oder eine Meinung transportiert!? Haben Sie mit Herrn Hohegger gesprochen? Hat es derartige Dinge gegeben?

Michael Richter: Ich darf das noch einmal sagen, dass mir Herr Hohegger nicht bekannt ist. Ich kenne ihn nicht persönlich.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Sie haben ihn auch erst aus der Zeitung kennengelernt?

Michael Richter: Ich kenne ihn medial, natürlich; wie jeder andere in dieser Republik mittlerweile.

Abgeordneter Erwin Hornek (ÖVP): Alles andere hätte mich jetzt verwundert.

Was Herrn Meischberger betrifft, nehme ich an, ist das nicht so (*Michael Richter: Nein!*), den kennen Sie ja schon länger. (*Michael Richter: Kannte ich schon länger, ja!*)

Gleiche Frage: Ist Herr Meischberger im Auftrag von anderen Unternehmen zu Ihnen gekommen und hat gesagt: Sie haben ein so tolles Medium, ich würde gerne inserieren, ich würde gerne einen Mainstream dieses Unternehmens transportieren? (*Michael Richter: Nein!*)

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich muss dem Fragenkomplex, den Kollege Petzner angeschnitten hat, ein bisschen nachgehen.

Wann sind Sie aus der Redaktion der „NFZ“ ausgeschieden?

Michael Richter: Anfang April 2005. Am Tag oder am übernächsten Tag nach der Gründung des BZÖ habe ich meinen Rücktritt erklärt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war auch deswegen der Fall, weil H.-C. Strache bei Ihnen in einer für Sie unzulässigen Art und Weise auf die Blattlinie interveniert hat?

Michael Richter: Indirekt in der Person des Hilmar Kabas, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): *Indirekt* durch die Person des Hilmar Kabas.

Wie ist das denn erfolgt? Ist Herr Kabas zu Ihnen gekommen und hat gesagt: Ich komme im Auftrag von H.-C. Strache, machen Sie jetzt das und das!, oder wie darf ich mir dieses „indirekt“ vorstellen?

Michael Richter: Ganz genau so, ja. Er komme im Auftrag von H.-C. Strache und wolle gerne wissen, was morgen in der Zeitung steht, beziehungsweise hat er mir erklärt, wie er sich das vorstellt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also nur vom geistigen Konstrukt her: Es ist eine Parteizeitung. (*Michael Richter: Richtig, ja!*)

Bezahlt von der Bundes-FPÖ?

Michael Richter: Soweit ich das weiß, ja. Die Länder haben, glaube ich, auch bezahlt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dann kommt der interimistische Bundesparteiohmann Kabas und fragt nach – ob jetzt im Auftrag oder sonst etwas von H.-C. Strache –, was in der Zeitung stehen wird. – Das betrachten Sie nicht als legitim?

Michael Richter: Nicht die Art und Weise, in der es passiert ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wie ist denn diese „Art und Weise“ gewesen? (*Michael Richter: Äußerst unschön!*) – Was ist „äußerst unschön“? Ich bin ein ästhetischer Mensch an sich, aber kann man das vielleicht präzisieren?

Michael Richter: Ich kann Ihnen das auch gerne in aller Ausführlichkeit schildern; ich wüsste zwar nicht, was Sie damit gewinnen wollten, aber gerne. Es war eine sehr unverblühte Art und Weise des Druckausübens: Ich müsse doch wissen, was von mir erwartet werde, und ich solle doch sozusagen brav sein!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wann waren diese Interventionen, in welchem Zeitraum? Ich meine, Anfang April 2005 scheiden Sie aus und Ende April 2005 wird Strache Bundesparteiohmann. Also Anfang April 2005, das müsste ja eher davor gewesen sein.

Michael Richter: Ja, aber unabhängig davon, der Zeitraum waren genau 10 Minuten, länger hat dieses Gespräch nicht gedauert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): „Dieses“? Das heißt, es hat **ein** Gespräch gegeben?

Michael Richter: Eines hat mir gereicht, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wann war denn das Gespräch?

Michael Richter: Es war eine Pressekonferenz der künftigen BZÖ-Führung. Sie war, wenn ich mich richtig erinnere, an einem Montag – ich glaube, sie war am Montag –, und Dienstag war unser Redaktionsschluss. Als ich Dienstag früh mein Büro betreten wollte, wurde ich mit – sagen wir es einmal höflich – Bodyguards konfrontiert. Die Schlösser waren ausgetauscht, man wurde unter Beobachtung und Kontrolle zu seinem Schreibtisch geleitet, sollte dort seine Arbeit aufnehmen. Und dann ist Herr Hilmar Kabas zu mir gekommen und hat gesagt, er muss mit mir reden. Er hat mir in etwa das gesagt. Darauf habe ich ihm gesagt, er solle das dem künftigen Chefredakteur erzählen, aber nicht mir, und habe meine Funktion zurückgelegt. – Das war's.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich betrachte das als wirklich sehr spannend, dass Ihnen als Chefredakteur offensichtlich nicht entgangen ist, dass das BZÖ eine – unter Führungszeichen – „feindliche“ Abspaltung der FPÖ ist und die FPÖ sich interessiert, was der Chefredakteur über diese Pressekonferenz schreibt. Also ich muss sagen ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die Frage bitte!

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Eine Frage habe ich noch. Warum haben Sie eigentlich in Ihrer Aufzählung der Obleute in der FPÖ, mit denen Sie zu tun hatten, Frau Haubner ausgelassen?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich verstehe, dass Sie offensichtlich heute noch schwer traumatisiert sind von den Ereignissen im Jahr 2005. Ich bin es nicht und darf trotz Ihrer Traumatisierung ersuchen, beim **Untersuchungsgegenstand** zu bleiben, und das sind nicht die politischen Ereignisse

des Jahres 2005, auch wenn diese Sie bis heute offensichtlich sehr stark beschäftigen, sondern das ist die **Telekom**.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich möchte mich dagegen verwehren, dass man Herrn Kollegem Rosenkranz auf diese Art und Weise das Rederecht entziehen will. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit noch sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe jetzt gar keine Frage mehr, darf aber zur Beruhigung sagen, dass mein angebliches Trauma durch die Tatsache, mit Herrn Petzner nicht in einer Fraktion sein zu müssen, deutlich überwogen wird.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bleibe beim Thema **Telekom**, ich ignoriere das einfach. Es gibt wichtigere Dinge und wichtigere Fragen hier im Ausschuss als die Physis und Psyche des Herrn Rosenkranz.

Eine Frage noch einmal zu diesem Wechsel, den Sie da beschrieben haben: Kann man davon sprechen, dass Ihnen da sogar gedroht wurde? Kann man das so bezeichnen?

Michael Richter: Nein, das kann man nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe hier alle Ausgaben der „NFZ“ aus dem Jahr 2004 (*der Redner hält die gebundene Edition in die Höhe*), und da scheint unter anderem für die Länderredaktion im Burgenland Norbert Hofer auf. – Ist das jener Norbert Hofer, der heute für die FPÖ im Nationalrat sitzt?

Michael Richter: Ja, das ist er.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ist das öfter vorgekommen, dass amtierende Mandatsträger oder Politiker in die Redaktion oder in die Geschäfte der „NFZ“ eingebaut waren?

Michael Richter: Nein; je nach persönlicher Karriereentwicklung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Welche Funktion hat denn Herr Norbert Hofer damals genau gehabt, abgesehen von dieser Burgenland-Redaktion?

Michael Richter: Keine Ahnung, weiß ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Von politischen Interventionen auf die redaktionelle Berichterstattung haben wir bereits gesprochen.

Hat es jemals Involvierungen gegeben in der Causa Telekom von politischen Amtsträgern, Mandataren der damaligen FPÖ, die sich in das Anzeigengeschäft und in die Lukrierung von Aufträgen eingemischt haben?

Michael Richter: Nicht dass ich wüsste.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sind Ihnen irgendwelche weiteren Kunden, also Geschäftskunden, Anzeigenkunden der „NFZ“, bekannt, außer Telekom, wo wir Rechnungen haben durch Herrn Eccher ohne Gegenleistungen?

Michael Richter: Ja, soweit es in der Zeitung zu lesen war: Banken, Versicherungen, die Stadt Wien, der Presse- und Informationsdienst.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da gibt es zum Beispiel dieses Inserat – ich zeige es Ihnen (*der Redner zeigt neuerlich die gebundene Edition*) –, das ist genau von jenen Ausgaben damals für Leistungen der Telekom, wo keine Gegenleistung war; das

heißt, strafrechtlich relevant. Da inseriert Herr Dr. Karl Schnell: „Unbestechlich weiter auf Kurs“, „Wir kämpfen für Dich und unsere Heimat.“

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dürfen wir erfahren, welche Ausgabe, den Vorhalt konkret?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Abgeordneter Rosenkranz, das war jetzt nicht zulässig, mir das Mikrophon abzdrehen, das darf nur die Vorsitzende.

Ich darf Sie fragen zu diesem Inserat „Unbestechlich weiter auf Kurs“: Ist das ein Inserat, das die FPÖ-Salzburg bezahlt hat, oder wurde das vielleicht gesponsert? Ich frage es deswegen, weil eben einerseits inseriert wird: „Wir sind unbestechlich“. Auf der anderen Seite lässt man sich von der gleichen Zeitung durch die Telekom oder den Herrn Hochegger – zumindest muss man den Verdacht äußern, dass man sich da bestechen lässt.

Michael Richter: Ich weiß es nicht. Keine Ahnung.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also auch dieses Inserat ist Anzeigengeschäft und hat nichts mit der Redaktion zu tun?

Michael Richter: Ja! Wenn es ein Inserat war. Das ist nicht über mich gelaufen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Es ist ein Inserat der FPÖ. (*Michael Richter: Ja!*) Ich frage es deswegen, weil ja die FPÖ Eigentümer der Zeitung ist.

Sie wissen also auch nicht, warum Herr Schnell sich damals als **unbestechlich** bezeichnet, während seine Parteikollegen Telekom-Gelder organisieren. – Okay, ich habe keine weiteren Fragen, danke.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Danke. (*Abg. Dr. Rosenkranz: ... vom BZÖ versorgt! – Abg. Petzner: Der Herr Schnell ist schon dabei!*) – Ich glaube, wir können den Einblick in die psychische Situation gewisser Felder der Parteienlandschaft etwas hintanstellen.

Abgeordneter Jarolim oder Abgeordnete Lapp, bitte.

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ): Ich lasse dem Kollegen Pilz auch altersmäßig den Vortritt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich weise das schärfstens zurück. (*Heiterkeit.*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Es gibt jetzt die Zusatz-Fragerunde. Wir beginnen wieder mit der ÖVP. Möchte jemand seitens der ÖVP eine Zusatzfrage stellen? – Das ist nicht der Fall.

Seitens der FPÖ? – Herr Abgeordneter Rosenkranz, bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Richter, Sie haben soeben einen Zeitungsausschnitt mit einem Inserat vorgehalten bekommen. Von wann war denn dieses Zeitungsinserat?

Michael Richter: Das müssen Sie Herrn Kollegen Petzner fragen. Ich habe nicht so weit sehen können, tut mir leid.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Er hat es Ihnen also nicht datumsmäßig vorgehalten?

Michael Richter: Ja, jetzt. Quer über den Saal.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Und das haben Sie nicht lesen können?

Michael Richter: Nein, leider nicht.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich muss Sie ja zu wahrheitsgemäßen Aussagen ...

Michael Richter: Dann gebe ich wahrheitsgemäß zu Protokoll: Nein, ich habe das nicht lesen können.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie nicht lesen können, welche Ausgabe das ist? (*Michael Richter: Nein!*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner: Zusatzfrage? Vielleicht zu dem Datum?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, ich habe keine Zusatzfragen. Ich stelle nur ergänzend Folgendes klar: Die Ausgabe ist von jenem Leistungszeitraum im Jahr 2004. Konkret ist es der Jänner 2004. Das Inserat haben Sie, glaube ich, schon gesehen, es ist ja halbseitig, also schon sehr, sehr groß.

Ich habe keine weiteren Fragen und hoffe, dass auch Herr Rosenkranz wieder zu einer seriösen Befragung zurückkehrt.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Jarolim, eine Zusatzfrage? (*Abg. Dr. Jarolim: Danke, nein!*)

Ich nehme an, Abgeordneter Pilz hat keine Frage, sondern andere Vorhaben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Herr Kollege Petzner hat jetzt präzisiert, dass es sich um ein Inserat aus dem Jänner 2004 handelt. Meiner Auffassung und Wahrnehmung aus dem Ausschuss nach hat es eine Vereinbarung im April 2004 und Rechnungen über einen Leistungszeitraum von Mai bis September 2004 gegeben. Ich habe daher die Frage an den Herrn Verfahrensanwalt – denn ich verstehe es ansonsten nicht –, wie der Jänner 2004 mit einem Leistungszeitraum Mai bis September 2004 korrespondiert.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Ich meine: Gar nicht, Herr Kollege.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson **Michael Richter** und verabschiedet diese.

12.43

Da die nächste Auskunftsperson für 13 Uhr geladen ist, erklärt die Obfrau die Sitzung bis dahin für **unterbrochen**.

(Die medienöffentliche Sitzung wird um 12.44 Uhr **unterbrochen** und um 13.01 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)

13.01

Auskunftsperson Inq. Monika Langthaler, M.Sc.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von **Frau Monika Langthaler, M.Sc.**, als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Frau Langthaler, ich danke für ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet Monika Langthaler, M.Sc.

Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekanntgegeben haben, liegen mir vor.

Sie waren während des Untersuchungszeitraumes in keinem öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Wir kommen nun zu Ihrer **Vertrauensperson**. Ihr vollständiger Name lautet: **Mag. Georg Streit**. Die weiteren Daten liegen der Parlamentsdirektion und mir vor.

Ich frage die Mitglieder dieses Ausschusses, ob jemand der Ansicht ist, dass Herr Mag. Georg Streit als Vertrauensperson auszuschließen sei, weil er entweder voraussichtlich selbst als Auskunftsperson geladen wird oder die Auskunftsperson bei der Ablegung einer freien und vollständigen Aussage beeinflussen könnte. – Das ist nicht der Fall.

Wir setzen fort mit der Belehrung der Vertrauensperson.

Ich habe auch Sie an die **strafrechtlichen Folgen** einer **falschen Beweisaussage** als Beteiligter zu erinnern. Den Inhalt der Belehrung über die Strafandrohung bei einer vorsätzlich falschen Aussage haben Sie bereits bei der Auskunftsperson mitgehört. Diese Belehrung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten. Strafrechtliche Folgen könnte daher zum Beispiel die Anstiftung zu einer falschen Beweisaussage haben.

Ihre Aufgabe ist die **Beratung** der **Auskunftsperson**. Sie haben aber **nicht** das Recht, Erklärungen vor dem Ausschuss abzugeben oder anstelle der Auskunftsperson zu antworten. Wenn Sie sich nicht daran halten, können Sie als Vertrauensperson

ausgeschlossen werden. Sie können auch dann anwesend sein, wenn die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist. Sollten Sie der Meinung sein, dass es zu Verletzungen der Verfahrensordnung oder zu Eingriffen in die Grund- und Persönlichkeitsrechte der Auskunftsperson kommt, haben Sie die Möglichkeit, sich an den Verfahrensanwalt zu wenden. Dieser wird mich dann, wenn er es für erforderlich hält, informieren.

Frau Langthaler, ich weise noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines sogenannten vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Vor Eingang in die Befragung haben Sie die Möglichkeit, in Form einer zusammenhängenden Erzählung Ihre Sicht der Dinge darzulegen. Möchten Sie davon Gebrauch machen? (*Die Auskunftsperson **bejaht dies.***)

Auskunftsperson Ing. Monika Langthaler, M.Sc.: Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Einen schönen Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich bin froh, dass ich hier heute die Gelegenheit habe, zu erzählen, woran ich in den letzten dreizehn Jahren gearbeitet habe.

Wie viele von Ihnen wissen, war auch ich einmal Mitglied des Hohen Hauses. Das hat aber Ende 1999 sein Ende gefunden. Ich bin seit über zwölf Jahren Unternehmerin, und zwar spezialisiert im Bereich erneuerbare Energie, Nachhaltigkeit und Umweltschutz.

Ich sage das auch deshalb, weil die Ladung beziehungsweise Einladung der Frau Präsidentin erging an: „Sehr geehrte Frau Abgeordnete.“ – Das bin ich jetzt seit über zwölf Jahren definitiv nicht mehr. Es war leider auch immer wieder in manchen Medien so gestanden. Von manchen Menschen, die in diesem Verfahren viel sprechen, wurde auch gesagt, dass ich politisch aktiv sei. – Das bin ich seit über zwölf Jahren nicht. Ich habe kein politisches Amt, keine politische Funktion, ich bin auch nirgendwo Parteimitglied. Ich nehme nur so wie jede andere Staatsbürgerin mein Recht auf Wahlen und Wahlabgabe wahr.

Ich bin auch keine One-Woman-Show in meinem Unternehmen. Ich bin eine von mehreren Gesellschaftern von **brainbows** und bin dort auch Geschäftsführerin. Wir haben 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und arbeiten eben im Bereich Nachhaltigkeit, Umwelt und erneuerbare Energien. Ich habe viel dazu mitgenommen, falls es Sie im Detail interessiert.

Ich habe in den letzten Wochen immer wieder gehört und lesen müssen, dass ich scheinbar – ich weiß es noch nicht genau, ich bin neugierig auf Ihre Fragen – auch wegen eines Kultursponsorings bei einem Unternehmen geladen bin, wo ich einen Anteil von 25 Prozent habe, nämlich bei der **Filmhof GmbH** im Weinviertel.

Auch dazu haben wir sehr viele Unterlagen und Belegexemplare der Veranstaltungen der letzten Jahre dabei. Da ich natürlich immer wieder mit vielen Menschen aus dem Kulturbereich zu tun habe, möchte ich Ihnen eines zu Beginn ganz grundsätzlich sagen – und ich denke, viele von Ihnen werden das wissen vonseiten der Wirtschaft –: Kultursponsoring ist essentiell für jeden Kulturbetrieb in diesem Land. Es gäbe keine Salzburger Festspiele, es gäbe kein Burgtheater, aber es gäbe auch keine kleinen Theater, Festivals, wenn es nicht ein Kultursponsoring von großen, aber auch kleinen Unternehmen gäbe.

Manche von Ihnen kennen vielleicht diesen Bericht. (*Die Auskunftsperson hält ein Druckwerk in die Höhe.*) Dieser Bericht wird alle drei Jahre erstellt. Das ist der offizielle Bericht, den Sie auch kaufen können, von den Initiativen der Wirtschaft für Kunst und

Kultur; und da sind immer für drei Jahre die Sponsoren aufgeführt, nämlich welche Unternehmen welche Firmen sponsern.

Ich habe Ihnen den aktuellen Bericht mitgenommen. Er beschreibt die Jahre 2008, 2009 und 2010. Darin sehen Sie ganz genau – das war öffentlich und immer bekannt – auch das Sponsoring der Telekom Austria, sowohl im Jahr 2008 als auch im Jahr 2009, für die Filmhof GmbH. Ich habe, falls es Sie interessiert, noch unendlich viele Unterlagen dazu da, was Teil dieses Kultursponsorings war.

Ich möchte Ihnen nur, weil Sie verantwortungsvolle und mächtige Menschen sind, die Sie hier herinnen sitzen, einfach die Sorge vieler kleinen Festivals mitgeben, dass es für kleine, aber auch große Kulturinitiativen schwierig wäre, wenn sie kein Sponsoring der Wirtschaft, welches natürlich transparent und mit Vertrag geregelt sein muss, erhalten könnten. Das ist in der heurigen Saison für viele gar nicht so einfach.

So viel zu Beginn. Wie gesagt, ich bin sehr guter Dinge, dass ich Ihnen auch über meine Umwelt- und Nachhaltigkeitsaktivitäten der brainbows berichten darf. – Danke schön.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Rosenkranz das Wort.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Vorsitzende! Frau Langthaler, Ex-Abgeordnete, um es präzise zu sagen. Das ist nun einmal so in Österreich mit den Titeln: Manchmal behält man sie eben immer, das ist eine österreichische Eigenart. Aber vielleicht gleich einmal als Einstieg dazu: Gestern hat Herr Wolfgang Fellner in seiner Zeitung „ÖSTERREICH“ einen Kommentar geschrieben, in dem er gemeint hat:

„Geschmiert wurde fast jeder: vom Finanzminister bis zur kleinsten grünen Abgeordneten.“

Kann er damit Sie gemeint haben?

Monika Langthaler, M.Sc.: Mit Sicherheit nicht. Zum einen habe ich mich nie als kleinste grüne Abgeordnete empfunden. Ich war die Umweltsprecherin der Grünen bis zum Jahr 1999 und, wie gesagt, seit Ende 1999 nie mehr Abgeordnete. Zum zweiten, vielleicht interessiert es Sie nur der Vollständigkeit halber: Leider hat die Zeitung „ÖSTERREICH“ in den letzten Wochen immer wieder sehr seltsam und einfach auch falsch berichtet und ich habe sie auch geklagt; und ich denke, der Herr Fellner ist nicht sehr happy darüber, dass ich ihn geklagt habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Zur Bemerkung des Abgeordneten Rosenkranz: Ich möchte geschäftsordnungsmäßig feststellen, dass der Herr Fellner offensichtlich über besonderes Wissen hiezu verfügt. Ich möchte daher anregen, in der Fraktionsführerbesprechung darüber zu befinden, ob wir den Herrn Fellner nicht als Auskunftsperson in diesen Ausschuss laden. Ich werde jedenfalls diesen Antrag stellen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Da Frau Langthaler meint, dass sie nicht gemeint sein kann, ist dieses Wissen natürlich tatsächlich vom eminenten Bedeutung.

Abgesehen von Ihrer Bedeutung als Abgeordnete – Umweltsprecherin in einer ökologischen Partei ist ja nicht etwas Geringes von der Bedeutung her – kann auch Ihre Körpergröße nicht gemeint sein. Warum man da jetzt dazu kommt, wenn Sie da nicht gemeint sein können ...

brainbows und Ihre Schwerpunkte, das wird jetzt nicht Gegenstand der Befragung sein; denn wir sind beim Untersuchungsgegenstand an die Frage gebunden, ob die **Telekom** etwas bezahlt hat, was sie bezahlt hat und welche Gegenleistungen dafür erbracht worden sind. Das heißt, Ihr umfangreiches Tätigkeitsfeld, dass Sie entfaltet haben, darf uns in diesem Ausschuss eigentlich nicht so sehr interessieren.

Sie haben bereits angesprochen: Es hat ein Kultursponsoring gegeben, nämlich der Filmhof GmbH, an der Sie mit 25 Prozent beteiligt sind, das war Ihre Ausführung, durch die Telekom. Was war da die Leistung der Telekom? In welcher Art und Weise wurde dieses Sponsoring durchgeführt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Möchten Sie das über alle Jahre wissen, oder über ein bestimmtes Jahr?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das würde mich über alle Jahre interessieren, wenn es mehrere sind.

Monika Langthaler, M.Sc.: Gut. Also die Telekom hat die Filmhof GmbH in den Jahren zwischen 2005 und 2009 gesponsert, und zwar waren sie jedes Mal unser Hauptsponsor. Wir haben das bei uns **Premium Sponsor** genannt, nennen das auch nach wie vor so und haben das Gott sei Dank heuer nach wie vor, allerdings nicht die Telekom.

Wir haben genaue Sponsoringvereinbarungen, und ich darf Ihnen vielleicht trotzdem ... Ich habe es Ihnen auch alles ausgedrückt, weil Sie doch scheinbar das Jahr 2008 sehr interessiert. Also die Vereinbarungen waren, ich lese Ihnen das auch gerne im Detail vor, dass wir beispielsweise ... Vielleicht darf meine Vertrauensperson ... *(Die Vertrauensperson zeigt kurz ein Werbeplakat.)*

Also, Premium Partner heißt es. Auf allen Plakaten, überall, sind oben die Logos der Telekom als Sponsor abgebildet, und zwar als einer von mehreren Sponsoren. Das sind unsere weiteren Sponsoren. Unser zweiter Premium Partner ist seit Jahren, auch heuer wieder die Raiffeisen.

Es werden 40 000 solcher Folder gedruckt, auch da ist überall die Telekom als Hauptsponsor oben, jeden Abend beim Theater. Das war das Theater 2008, „Sein oder Nichtsein“, ein tolles Theaterstück, eine Koproduktion mit dem Landestheater Niederösterreich, St. Pölten. Das wurde dann dort übernommen und weitergespielt, mit Nicole Beutler in der Hauptrolle. Auch da war jeden Abend auf den Theaterfoldern vor Ort das große Logo der Telekom zu sehen, neben den anderen Logos, von unseren anderen Sponsoren.

Dann gab es umfangreiche Inserate ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Langthaler!

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, ich möchte Sie gerne ... Die umfangreichen Inserate, die habe ich für Sie auch kopiert. In allen Zeitungen ...

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe nur eine Frage zum Verständnis: Wenn Sie nun so erklären, dass die Logos überall aufscheinen, würde es zumindest mir genügen. Ich bin natürlich vollkommen bei Ihnen hinsichtlich Ihrer Bereitschaft, uns alles plastisch zu demonstrieren. Damit habe ich kein Problem. Ich habe nur gehört, dass Sie heute mit der Zeit irgendeine Einschränkung hätten.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe für Sie meinen Urlaub mit meinem kleinen Sohn verschieben müssen. Er wird Sie also, glaube ich, in nicht so guter Erinnerung behalten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Meine Frage ist jetzt nur: Sind Sie tatsächlich heute mit der Befragung in einem gewissen Zeitdruck: ja oder nein?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe mir der Mitteilung entsprechend bis 14.30 Uhr Zeit genommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Erfahrung des Ausschusses zeigt, dass diese Zeit unter Umständen nicht eingehalten werden kann.

Monika Langthaler, M.Sc.: Dann werde ich für Sie da sein, solange Sie mich brauchen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich habe, vielleicht auch in Ihrem Interesse, Fragen. Ich versuche, die Fragen möglichst kurz und prägnant zu stellen und bitte Sie auch um kurze und prägnante Antworten.

Sonst könnte es theoretisch sein, dass Kollege Pilz – er ist nämlich der Experte für solche Dinge – meint, man müsse auch noch weitere Fragen stellen, Zusatzfragen und Zusatzfragen der Zusatzfragen, weil er sein Rede- und Fragerecht als Abgeordneter sonst beschnitten sehen würde. Darauf möchte ich jetzt als Erstfrager nur hinweisen.

Darf ich es so zusammenfassen: Als Gegenleistung vonseiten dieser Gesellschaft wurde das Logo der Telekom bei allen öffentlichen Auftritten, auf Plakaten, Eintrittskarten, im Veranstaltungsort, in Inseraten und Ähnlichem platziert, sodass die Telekom als Hauptsponsor aufscheint?

Monika Langthaler, M.Sc.: Genau. Vielleicht mache ich es ganz kurz und lese das einfach vor? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Sehr gut!*) – Das ist ja eine schriftliche Vereinbarung. Ich lasse auch den Verfahrensanwalt mitlesen.

Telekom ist Premium Partner der Filmhof Weinviertel. Telekom wird nach Absprache auf dem von Filmhof auf eigene Kosten produzierten Werbematerial mit dem Logo Telekom Austria oder eines anderen von der Telekom vorgelegten Logos der mit Telekom abgestimmten Größe und Platzierung genannt. Das Werbematerial umfasst: Eintrittskarten der Filmhof-Veranstaltungen, Startseite von www.filmhof.at, Programmfoldercover, Auflage 30 000 Stück, Programmfolder Sponsorenmateriale mit Hinweis auf Premium-Partnerschaft, Plakate A4, 16 Bogen, in Wien und Niederösterreich, 2 000 Stück, Theaterprogrammcover, 4 000 Stück; Zeitungsinserate –

die habe ich mit, falls es Sie interessiert –:

eine Seite Inserat von Telekom im Filmhof Programmfolder.

Telekom hat das Recht auf zusätzliches Branding mit eigenen Materialien im Filmhof-Gelände. Anbringung von fünf Transparenten, zwei Luftsäulen im Eingangsbereich des Filmhofes bei jeder Veranstaltung.

Filmhof Weinviertel stellt Telekom Austria Freikarten zur Verfügung: 30 Freikarten für die Eröffnung des Festivals am 26. Juni und die Möglichkeit eines dekorierten VIP-Bereichs; 30 Freikarten Celtic Irish Open Air, 5. September, und die Möglichkeit eines VIP-Bereichs; 10 Freikarten für die Theaterpremiere am 4. August inklusive Premierenempfang; 30 Freikarten für die Theaterproduktion und Möglichkeit eines dekorierten VIP-Bereichs.

Kabarettabende: jeweils zwei Freikarten. Derzeit gebucht: Palfrader, Scheuba, Händler, Poier, Resetarits; fünf Kinokarten pro Vorstellung im Rahmen des Filmfestivals.

Tonjingle vor jeder Theatervorstellung mir Hinweis auf Telefon- und Rauchverbot; Schaltung eines Werbespots von Telekom vor jeder Vorstellung im Rahmen des Filmfestivals, maximal 40 Sekunden. Telekom stellt diesen Spot zeitgerecht in einem geeigneten Vorzeigeformat bereit.

Telekom hat die Möglichkeit einer dauerhaften Werbepräsenz im Café Cine des Filmhofs. Filmhof stellt Telekom laufend Pressematerial sowie den Content der Website zur weiteren Verwendung zu Verfügung. Telekom bezieht diesen Content gratis und wird bezüglich Text- und Filmrechten von Filmhof schad- und klaglos gehalten.

Filmhof stellt nach Absprache zweimal im Jahr die Räumlichkeiten des Filmhofs für Kunden der Mitarbeiterveranstaltungen von Telekom zu Verfügung. – Zitatende.

Ist alles geregelt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Danke: Das war jetzt einmal Ihre Leistung gegenüber der Telekom. Was war die Leistung der Telekom an die Filmhof?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das waren in den Jahren 2005 bis 2008 jeweils 25 000 € für das ganze Jahr und 30 000 € im Jahr 2009.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut. Das war jetzt das Engagement von Filmhof. Jetzt sind wir bei der Telekom. Sie haben gesagt, Sie haben verschiedene andere Beteiligungen, auch bei anderen Firmen.

Monika Langthaler, M.Sc.: Eine, nicht mehr, nämlich bei der brainbows.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat die Telekom an brainbows Aufträge gegeben?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ja. Wir haben für die Telekom Nachhaltigkeitsberichte erstellen dürfen, ich habe Ihnen auch davon welche mitgenommen. Wir haben die Telekom auch jahrelang begleitet: beim Aufbau des Umweltmanagementsystems, beim Aufbau eines Klimaschutz-Footprintsystems, wenn man so will, und beim Aufbau des Nachhaltigkeitsmanagementsystems, auf den verschiedenen Ebenen. Wir haben auch die Berichte für sie sozusagen textlich erstellt und dazwischen auch solche Fact Sheets. *(Die Auskunftsperson hält ein solches in die Höhe.)*

Das war im Wesentlichen die Leistung.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie im Zuge dieser Abwicklung mit der Telekom mit Herrn Hohegger oder mit seiner Firma Valora irgendetwas zu tun gehabt?

Monika Langthaler, M.Sc.: brainbows hat mit der Firma Valora überhaupt nie irgendetwas zu tun gehabt, und mit Herrn Hohegger haben wir in Projekten meiner Erinnerung nach, also ich als Person jedenfalls, nicht zu tun gehabt.

Was ich nicht mit Sicherheit ausschließen kann, ist: Hohegger war damals eine der größten PR-Agenturen dieses Landes, und Hohegger war jene Agentur, die auch bei Nachhaltigkeits- aber auch Geschäftsberichten das Layout und die Graphik gemacht hat; und dass Mitarbeiter von mir in irgendwelchen Projektsitzungen über Layout und Graphik von Nachhaltigkeitsberichten mit Mitarbeitern der Firma Hohegger gesprochen haben, davon gehe ich aus, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Das war aber keine Anbahnung vonseiten Hoheggers und Valoras mit Ihnen direkt, sondern im Auftrag des Kunden, der gemeint hat, dass die Personen mit der inhaltlichen Seite, mit der Werbeschiene

oder Sonstigem einfach zusammengesetzt werden. Das war also immer kundenabhängig, wenn so etwas vorgekommen ist?

Monika Langthaler, M.Sc.: Genau, und das ist etwas ganz Normales.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Leistungen, die Sie an Telekom über *brainbows* gemacht haben, was haben die für einen Vermögenswert dargestellt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Wir haben von Seiten *brainbows* von 2001, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, bis 2008/2009 auch immer wieder gearbeitet in verschiedenen Bereichen, aber welche Vermögenswerte die jetzt in Summe haben, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Welche Umsätze das waren, welche Auftragssummen seitens der Telekom ...?*) – Nein, das kann ich Ihnen nicht sagen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie tauchen auch bei einer “Leading Advisors Group“ mit Ihrer Firma *brainbows* auf. Was steckt hinter dieser Bezeichnung „Leading Advisors Group“?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das war eine Idee und ist nach wie vor eine Idee, dass sich unterschiedliche Agenturen in unterschiedlichen Bereichen ergänzen. *brainbows* zum Beispiel ist eine Agentur für Nachhaltigkeit, Umweltschutz, erneuerbare Energie. Wir arbeiten in erster Linie inhaltlich und auch wissenschaftlich. Wir sind keine PR-Agentur oder keine Graphik-Agentur. Es ist aber sehr oft – für große Kunden überhaupt – sehr spannend und interessant, einfach an *eine* Gruppe etwas zu vergeben. Das war die Idee dahinter. Es sind ja unterschiedliche Partner beteiligt, von der Meinungsforschung wie Sophie Karmasin über eben die PR-Agentur Ecker oder Rosam beispielsweise. Aber es gibt, außer dass das ein gemeinsames Zusammenarbeiten ist, hier überhaupt keine Projekte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Lobbying-Tätigkeit entfalten Sie mit *brainbows* nicht?

Monika Langthaler, M.Sc.: Wie gesagt, ich bin ja seit Hainburg eine stolze Lobbyistin für Umweltschutz, und natürlich, wenn es ein ökologisches Anliegen gibt, also wenn es darum geht, irgendwo einen Windpark zu errichten, oder wenn es darum geht, eine bessere Ökostromregelung zu erreichen, arbeiten wir natürlich auch beratend dort, wo man versucht, das umzusetzen. Ich finde ja nichts Anrüchriges per se dabei. Ich weiß, der Begriff „Lobbying“ wird jetzt immer in einen absolut negativen Zusammenhang gestellt, aber Lobbying für Umweltschutz, was auch jede Umweltorganisation macht, halte ich für etwas Wichtiges.

Wir sind keine Lobbying-Agentur, wie Sie es vielleicht immer wieder klassisch gesehen haben, aber wenn es notwendig ist, Umwelt- oder auch Energieprojekte umzusetzen, ja, dann unterstützen wir Unternehmen und beraten sie, mit wem sollte man reden, wer ist da wichtig

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Frau Langthaler, zur Klärung: Wir haben da zwei Ebenen: Wir haben einerseits hier diese Firma *brainbows* und wir haben diese *Filmhof*, wo sie schon die Plakate, die Geschmacksache sind von der Gestaltung her, aber das Logo ist oben, vorgezeigt haben.

Da gab es ein Sponsoring – wenn ich das noch einmal richtig zusammenfasse – über mehrere Jahre, 2005 bis 2009, und es ist meinen Recherchen nach immer direkt mit der Telekom abgerechnet worden. Sie haben dazu auch eine Presseausendung, die halte ich Ihnen vor:

Ausschließlich in einem einzigen Jahr, 2008, wurde gebeten, Rechnungen für Werbung, Events oder Marketing an die **Valora** – Hohegger-Firma – zu schicken, die damals laut Auskunft der Telekom für die Marketing-Maßnahmen der Telekom einschließlich deren Verrechnung zuständig war.

Haben Sie das **nie** hinterfragt, wenn Sie über Jahre einen Sponsoring-Vertrag mit der Telekom haben, warum in einem einzigen Jahr, im Jahr 2008, Sie plötzlich an die **Valora** verrechnen sollen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, und vielleicht noch einmal zur Erklärung: Ich bin **nicht** operativ bei der **Filmhof GmbH** tätig. (*Abg. Petzner: Das haben Sie schon gesagt!*) – Ich bin Mitgesellschafterin, und es gibt dort ein Büro, und es gibt dort auch eine operative Abwicklung, und solche Rechnungen würden gar nicht zu mir kommen; warum auch? Es ist an und für sich auch im Nachhinein, muss ich Ihnen sagen, nichts Ungewöhnliches, wenn eine Firma, die ihren gesamten Werbeetat an eine große PR- oder sonstige Agentur gibt, sagt: Schickt das dorthin! Ich kannte die Firma nicht, und ich habe das damals auch nicht gemacht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da steht: **laut Auskunft der Telekom**. – Wer hat denn seitens der Telekom diese Auskunft erteilt, dass das an die Valora zu schicken ist?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich kann nur noch einmal sagen: Ich bin **nicht** operativ in der **Filmhof GmbH**, ich mache **nicht** die Buchhaltung. (*Abg. Petzner: Ich weiß, Sie sind mit 25 Prozent beteiligt! Ich bitte Sie, trotzdem meine Frage zu beantworten!*) – Ich bemühe mich sehr, Ihre Fragen zu beantworten, aber ich kann es Ihnen nicht sagen, weil ich nicht im Büro sitze, wenn jemand anruft und sagt: Bitte schickt die Rechnung woandershin! (*Abg. Petzner: Also Sie wissen es nicht!*) – Ich weiß es nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gehen wir zu Ihrer Firma **brainbows**. Welche konkreten Auftragsverhältnisse hat die Firma **brainbows** mit der Telekom gehabt, über welchen Zeitraum, in welchem Volumen und mit welchen Leistungen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Noch einmal: Wir haben für die Firma Telekom in erster Linie Nachhaltigkeitsberichte gemacht. Wir haben sie beim Aufbau eines Umweltmanagementsystems unterstützt, wir haben unterschiedliche Agenden, eigentlich immer im Bereich Ökologie, Umweltschutz, erneuerbare Energien. In dem Bereich haben wir sie unterstützt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das habe ich schon gehört, aber in welchem Zeitraum und wie hoch ist das Finanzvolumen dieser Aufträge?

Monika Langthaler, M.Sc.: Im Zeitraum 2001 bis zum Zeitraum 2008, Ende 2008, Anfang 2009. Wir haben unterschiedlichste Projekte gemacht, ich kann Ihnen nicht sagen, wie hoch das Volumen war. Ich habe 15 Mitarbeiter, mit 2 Geschäftsführern sind wir 17.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie werden wohl das Geschäftsvolumen mit der Telekom kennen, weil bei der **brainbows** sind Sie ja Gesellschafterin. Im Gegensatz zu **Filmhof**, da sage ich, okay, 25 Prozent, aber als Hauptgesellschafterin der **brainbows** werden Sie wohl ungefähr sagen können, wie hoch das Geschäftsvolumen mit der Telekom war.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich kann Ihnen sagen, wie viel zirka ein Nachhaltigkeitsbericht, wenn Sie den bei uns erstellen wollen ... (*Abg. Petzner: Ich will die gesamte Summe wissen in diesem Zeitraum! Das war meine Frage!*) – Ich kann Ihnen das **nicht** sagen. Ich kann Ihnen sagen, wie viel es zirka kostet, wenn Sie bei uns einen Nachhaltigkeitsbericht oder einen Umweltbericht buchen.

Schauen Sie, Herr Petzner, Sie sind ja auch Unternehmer. Ich bitte wirklich zu verstehen, dass ich eine **kleine** Unternehmerin bin, die sich seit Monaten mit diesem Thema – aus ungerechtfertigten Gründen, wie ich meine – immer wieder beschäftigen muss. Ich werde Ihnen nicht alle Details mitteilen, weil ich sowohl meine Kunden in Summe als auch meine damaligen Kunden entsprechend berücksichtigen muss.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn ich **kleine Unternehmerin** wäre und seit Monaten die Zeitungen lese und weiß, ich bin heute hier Auskunftsperson, dann schaue ich zumindest in meinen Buchhaltungsunterlagen nach, weil ich davon ausgehe, dass ich gefragt werde, wie hoch das Geschäftsvolumen der Firma **brainbows** mit der Telekom ist. Ich nehme zur Kenntnis, dass Sie das nicht beantworten können (*Monika Langthaler: Erklären Sie mir, warum Sie das so interessiert! Ich kann Ihnen unsere Leistungen sagen!*) – Jetzt bin ich am Wort! – oder nicht beantworten wollen.

Gehen wir zur nächsten Frage: Gibt es auch Sponsoring-Verträge, die die Firma **brainbows** abgeschlossen hat? Wenn ja: mit wem und in welchem Volumen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ob **brainbows** jemand anderen sponsert? – Ist das die Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ob es für die Firma **brainbows** oder im Zusammenhang mit Ihrer Firma **brainbows** auch Sponsorenbeiträge gibt.

Monika Langthaler, M.Sc.: Wie meinen Sie das? Ob wir jemanden sponsern oder ob jemand **brainbows** sponsert? – Ich verstehe Ihre Frage nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zeige es Ihnen gleich.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Ich lege Ihnen das aus den Buchhaltungsunterlagen der Firma **brainbows** aus dem Jahr 2009 vor. Da steht:

Aufwandsersatzung, Sponsorenbeiträge.

Und da gibt es eine Gesamtsumme in Höhe von 268 868,91 €, die bei einem Gesamterlös von rund 1,7 Millionen € im Jahr 2009 keine unbeträchtliche Summe ist.

Daher frage ich Sie, woraus sich diese 268 000 € zusammensetzen und ob da eventuell auch Telekom-Gelder in diesem Zusammenhang involviert sind.

Es gibt da auch noch Sponsorenerträge aus dem Jahr 2002. Zweites Beispiel, da sind es 24 000 €. Woher kommen diese Summen oder gibt es da einen Zusammenhang mit der Telekom?

Monika Langthaler, M.Sc.: Von welchem Jahr ist das, was Sie mir da vorgelesen haben, diese Summe? (*Abg. Petzner: Das ist jetzt 2009, über das Geschäftsjahr 2009!*) – Das hat **überhaupt nichts** mit der Telekom zu tun. Es ist, wie ich Ihnen ja zu erklären versucht habe: Wir arbeiten in erster Linie im Bereich Energie und dürfen für ein großes Unternehmen auch immer wieder große Veranstaltungen ausrichten. Und da ist es so, dass bei uns tatsächlich das Gesamtvolumen einer Veranstaltung abgerechnet wird. Da werden auch andere Unternehmen eingeladen, für diese Veranstaltungen mitzuarbeiten und auch zu sponsern. Das geht nicht an **brainbows**, das ist bei uns ein Durchlaufposten, da haben wir genau **nichts** davon, und es hat aber nicht einmal irgendwas mit der Telekom zu tun.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Zum Herrn Hohegger halte ich Ihnen vor ein Zitat, Hohegger-Interview vom 20.10.2011 mit dem Nachrichtenmagazin „NEWS“, wo er die Finanzierung dieses Filmhof-Projektes ... – Sie zeigen da wunderschöne

Plakate und was Sie da alles gemacht haben. Ich habe mir gestern die Homepage angeschaut, wunderbar, vielleicht komme ich auch einmal wie ein „Staatskünstler“. (*Monika Langthaler: Ja, gerne!*) Die Gruppe kommt jetzt zu Ihnen, glaube ich, aber das machen wir uns privat aus.

Hier sitzen wir im Ausschuss und da muss ich Ihnen vorhalten, die Aussagen des Herrn Hohegger, dem offensichtlich weniger Ihre Kultur dort interessiert hat ... (*Ing. Langthaler: Heuer ist die „Zähmung des Widerspenstigen“, vielleicht interessiert Sie das!*) – ich bin am Wort –, sondern Hohegger sagt über das Sponsoring ganz etwas anderes.

Zitat: Das war ein Signal an Langthaler, man unterstützt sie und ihren Mann in der Hoffnung, dass sie der Telekom Dinge ermöglicht oder die Interessen vertritt, die für das Unternehmen gut sind.

So erklärt der Herr Hohegger dieses Sponsoring. Das hat für ihn offensichtlich überhaupt nichts mit Kultur zu tun.

Herr Hohegger sagt auch in seiner Beschuldigtenvernehmung vom 31.10.2011, die ich Ihnen vorhalte, dass es ihm bei Ihnen vor allem nicht um Ihre Kulturgeschichten gegangen ist, die ich als Kultursprecher des BZÖ natürlich begrüße. Aber dem Herrn Hohegger ging es nicht darum, sondern – Zitat –:

In diesem Zusammenhang wurde auch darauf hingewiesen, dass Monika Langthaler nicht nur zu den Grünen, sondern auch zur ÖVP Niederösterreich sehr gute Kontakte hatte, weil sie auch von dort einige Beratungsaufträge hat. Vor **diesem** Hintergrund – also Ihren Kontakten zur ÖVP Niederösterreich, zum Herrn Pröll, zu den Grünen – habe er, Hohegger – Zitat –,

die Zusammenarbeit mit der **Filmhof** befürwortet und empfohlen.

Was sagen Sie zu diesem Widerspruch zwischen Kultur und dem, was der Herr Hohegger sagt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Schauen Sie, ich glaube, mir geht es so wie wahrscheinlich vielen Menschen in Österreich. Ich glaube dem Herrn Hohegger einmal gar nichts. Und wenn Sie ihm glauben, dann kann ich Ihnen das nicht verübeln. Wenn Sie glauben, er ist eine glaubwürdige Person, bitte, aber ich glaube es nicht. (*Abg. Petzner: Ich habe hier nur zitiert, Frau Langthaler! Ich bitte Sie, auf die Zitate zu reagieren!*) – Ich kann Ihnen nur sagen, ja, der Herr Hohegger sagt halt irgendwas. Ich meine, das ist ja scheinbar vom ihm eine Strategie, dass er irgendwelche Nebelgranaten wirft und Menschen in Dinge hineinziehen will, die genau nichts bei seinen Machenschaften gemacht haben. Der war sicher **nie** da draußen. Der kennt das genau nicht und patzt halt Leute an.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, gut, passt. Sie sagen, es stimmt alles nicht, was der Herr Hohegger sagt. Gehen wir es konkret durch. Hohegger sagt, Sie haben Beratungsaufträge für das Land Niederösterreich.

Haben Sie Beratungsaufträge jemals für das Land Niederösterreich gehabt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Natürlich. Ich freue mich. Sicher ist das Land Niederösterreich ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Da stimmt jetzt wieder, was da der Herr Hohegger gesagt hat. Okay. (*Ing. Langthaler: Entschuldigen Sie, ...*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, jetzt muss ich eingreifen. Ich habe es jetzt wirklich locker genommen. Nur, wenn das so weiter geht, dass einerseits während der Befragung dazwischen gesprochen wird, andererseits während der Beantwortung

dazwischen gesprochen wird, dann ist das nicht zuträglich für das Klima im Ausschuss und auch nicht zuträglich für die Informationsherbeischaffung. Also bitte, respektieren Sie gegenseitig Ihre Redezeiten!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wenn wir es gegenseitig machen und sich auch die Frau Langthaler daran hält, bin ich gerne bereit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, Sie haben leider mit der Unsitte begonnen.

Es gibt noch etwas zur Geschäftsordnung. Herr Abgeordneter Pilz. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Es gibt zwar Hinweise, dass das Land Niederösterreich der Telekom Austria in hohem Maße verpflichtet ist, trotzdem sollten wir den Unterschied hier wahren. Wenn er im Zusammenhang mit Telekom bei Aufträgen des Landes Niederösterreichs hergestellt werden kann, gerne. Aber sonst bitte ich schon zu bedenken, dass das nicht zum Beweisthema gehört.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, die Frage steht im Raum, Leistungen für das Land Niederösterreich.

Monika Langthaler, M.Sc.: Was ist jetzt die Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Meine Frage war, weil Sie gesagt haben, die Hochegger-Aussagen stimmen im Wesentlichen nicht. Dann habe ich eine konkrete Aussage gefragt, ob die Angaben des Herrn Hochegger richtig sind, dass Sie Beratungsaufträge für das Land Niederösterreich haben, was Sie bestätigt haben. Mehr wollte ich nicht wissen.

Ich habe zum Zweiten auf den Widerspruch hingewiesen, nicht mehr und nicht weniger, auf Basis des Beweisthemas, das wir hier untersuchen, dass ein Widerspruch besteht zwischen Ihren Angaben, dass das Kultursponsoring war und den Hochegger-Angaben, mehrfach, dass das überhaupt nicht sein Interesse war. Sein Interesse waren Ihre Kontakte zur ÖVP Niederösterreich, zum Land Niederösterreich, zu den Grünen und Ihre Rolle in diesem Zusammenhang. Das heißt, Herr Hochegger hat Ihre Rolle ganz anders gesehen.

Daher frage ich Sie dazu konkret weiter: Haben Sie jemals über Telekom-Agenden gesprochen mit Vertretern des Landes Niederösterreich? Sie sind ja sehr eng mit dem Landeshauptmann Pröll zum Beispiel – Sie sind in seinem Wahlkampfkomitee oder in irgend so einem Unterstützungskomitee gesessen, soweit ich weiß. (*Ing. Langthaler: Das weiß ich gar nicht!*) – Egal.

Haben Sie jemals mit Vertretern des Landes Niederösterreich, der Grünen oder anderen politischen Vertretern über die Telekom gesprochen beziehungsweise im Rahmen Ihrer Aufträge, die Sie als Firma **brainbows** für die Telekom erledigt haben?

Monika Langthaler, M.Sc.: Herr Petzner, ich hoffe, dieser Ausschuss und auch Sie sind an einer Wahrheitsfindung interessiert. (*Abg. Petzner: Genau deswegen ...!*) – Sie haben aus einer Aussage zitiert, die in einem komplett anderen Zusammenhang steht, nämlich wo mir etwas unterstellt wird. Das weise ich auf das **Schärfste** zurück. Wenn

der Herr Hocegger sich irgendetwas zusammenphantasiert, ja, dann phantasiert er sich halt etwas zusammen.

Ich sehe überhaupt keinen Zusammenhang zwischen Aufträgen, die mein Unternehmen für das Land Niederösterreich macht, wieder im Umweltbereich, wir haben die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Niederösterreich machen dürfen, wir machen immer wieder im Umweltbereich Aufträge für das Land Niederösterreich. Ja, aber das hat **nichts** mit dem Herrn Hocegger zu tun. Im Zusammenhang mit Niederösterreich fällt mir der aber ganz sicher nicht ein. Was der erzählt, ich kann ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte die letzte Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie müssen mir bitte genau zuhören, Frau Langthaler, dann tun wir uns ein bisschen leichter! Das war nämlich gar nicht meine Frage. Ich habe auf den Widerspruch hingewiesen zwischen den Hocegger-Aussagen, ich habe Ihnen gerade ein entsprechendes Interview auch vorgelegt, Sie können es gerne selber nachlesen, und ich habe Sie gefragt, hinweisend auf diesen Widerspruch, dass Hocegger sich vor allem deswegen für das Telekom-Sponsoring eingesetzt hat für diese **Filmhof**-Geschichte, weil er sich von Ihnen Kontakte zu den Grünen, zur ÖVP Niederösterreich, zu politischen Entscheidungsträgern im Sinne der Telekom erwartet hat.

Meine konkrete Frage war, und ich wiederhole sie: Haben Sie jemals in Ihrer Funktion im Zusammenhang mit der Firma **brainbows** beziehungsweise diesen Hocegger-Aussagen Gesprächskontakte, Gespräche geführt über die Telekom, Telekom-Interessen, Telekom-Themen mit politischen Entscheidungsträgern und Amtsträgern in den Reihen der Grünen, des Landes Niederösterreich oder anderer politischer Parteien oder politischer Institutionen und Verwaltungen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Also die Frage, wenn ich sie richtig verstehe: Habe ich je im Zusammenhang mit der Telekom mit dem Land Niederösterreich gesprochen im Rahmen eines Auftrages vom Land Niederösterreich? So ist Ihre Frage? (*Abg. Petzner schüttelt den Kopf.*) – Nein, im Auftrag von jemand anderem.

Der Herr Hocegger hat mir überhaupt **nie** irgendwelche Aufträge erteilt. Wir haben sogar eine Bestätigung mit, dass es außer einer einzigen Lieferung für diese Wasserrahmenrichtlinien im Jahr 2003 um, glaube ich, 2 000 € an die PR-Agentur Hocegger überhaupt nie irgendein Auftragsverhältnis gegeben hat, auch nicht mit dieser PR-Firma Hocegger.

Ob ich im Rahmen meiner Leistungen, sei das jetzt für das Land Niederösterreich oder für Nachhaltigkeitsberichte der Telekom, mit vice versa gesprochen habe, kann ich natürlich nicht ausschließen. Ich meine, die Telekom ist eines der größten Paradeunternehmen Österreichs gewesen und ist es nach wie vor. Niederösterreich ist ein großes Bundesland. Sie können nicht von mir verlangen, zu wissen, ob ich je irgendwann bei irgendeinem Projekt mit einem von irgendjemanden aus dem Land Niederösterreich das Wort „Telekom“ verwendet habe. Also sicherlich, das wird so sein.

Herr Petzner! Entschuldigen Sie, ich komme von den Grünen, die meines Wissens noch nie in einer Bundesregierung waren. Und Sie glauben ernsthaft, die Telekom oder ich weiß nicht, der Herr Hocegger hätten mich gebraucht, um gute Kontakte zum Herrn Landeshauptmann Pröll zu haben? Ich meine, das ist ja hanebüchen. Seien Sie mir nicht böse, das ist absurd. (*Abg. Petzner: Er sagt es zumindest!*)

Da haben die ja wohl ganz sicher andere Menschen gehabt und andere Zugänge als die Frau Langthaler, die ein kleines Umwelt- und Nachhaltigkeitsunternehmen hat. Ich verstehe nicht, was Sie konstruieren wollen. Es ist nichts zu konstruieren.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich will gar nichts konstruieren. Ich verweise auf die Aussagen des Herrn Hohegger. Und drücken Sie Ihre eigene Rolle nicht zu sehr unter den Tisch! Ich glaube, dass der Herr Hohegger genau gewusst hat, warum er Sie sponsert.

Monika Langthaler, M.Sc.: Der Herr Hohegger hat mich *nie* gesponsert. Ich weise das *nochmals* zurück, was Sie da sagen. (*Abg. Petzner: ..sich eingesetzt haben!*) – **Nie!**

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Frau Langthaler, recht herzlichen Dank für die klare Darstellung bezüglich des Kultursponsorings der Telekom mit **Filmhof**. Wir hatten vorher eine Auskunftsperson, wo nur Geld geflossen ist und keine Leistungen und keine Verträge da waren. Insofern denke ich mir, ist es ganz wichtig, dass Sie hier alles genau belegen und auch einen Vertrag vorlegen können.

Meine erste Frage: Auf Ihrer Homepage stehen eben die Nachhaltigkeitsberichte, von denen Sie gesprochen haben, die Sie für die Telekom Austria im Jahr 2002, 2004 und 2006 gelegt haben.

Haben Sie diese Nachhaltigkeitsberichte allein in Ihrer Agentur gemacht, also von Recherchen bis zur Graphik et cetera? Was haben die jeweils gekostet?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ganz generell machen wir bei den Nachhaltigkeitsberichten die inhaltliche Arbeit. Das heißt, wir recherchieren die Daten, wir arbeiten mit dem operativen Team der jeweiligen Kunden zusammen, dass wir einfach sowohl die Umweltdaten, die Sozialdaten als auch die Wirtschaftsdaten sammeln. Wir bereiten die Texte vor. Danach geht das zu einer Layout-Agentur, die dann mit einem Graphiker einen Bericht macht. Das machen nicht mehr wir. Ein Bericht, wenn er inhaltlich von uns recherchiert wird – es kommt immer auf die Datenlage darauf an, ob es der erste Bericht ist, der zweite, der dritte, dann ist es immer einfacher –, so ein Bericht kostet, Pi mal Daumen, zwischen 40 000 € und 60 000 €, wenn man mit der inhaltlichen Arbeit beginnt. Da ist aber kein Layout, keine Graphik und kein Druck dabei.

Es ist nun einmal so, dass manchmal Kunden – egal, ob das die Telekom oder andere sind – nur inhaltliche Arbeit bei uns beauftragen oder dass sie auch wünschen, dass wir uns umhören oder die Graphik, das Layout mit einer anderen Agentur dann auch konkret umsetzen. Dann erhöht sich logischerweise der Preis, den wir dann an unsere Subunternehmer weiterverrechnen.

Ein Geschäftsbericht – das werden viele von Ihnen wissen – kostet oft ein Unternehmen zwischen 50 000 € und 80 000 €; ein Nachhaltigkeitsbericht ist etwas darunter.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Das heißt, man kann bei diesen drei Nachhaltigkeitsberichten ungefähr rechnen: 40 000 € (*Ing. Langthaler: Pro Bericht!*) mal drei.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich komme jetzt auch auf die Zitate des Herrn Hohegger zu sprechen und beziehe mich da auf einen „NEWS“-Bericht vom 20. Oktober 2011, wo eben Herr Hohegger in dem Interview meint: „Ich habe diese Zusammenarbeit empfohlen“, eben mit Ihnen und auch mit dem Filmhof – also da kommt nicht so klar heraus: nur die Kontakte zu den Grünen und zur ÖVP-Niederösterreich? –, und da wird eben zitiert, dass Hohegger meint, dass Sie, Frau Langthaler, der Telekom Dinge ermöglichen können oder Interessen vertreten, die für das Unternehmen gut sind.

Auf die Frage, um welchen Betrag es ging, sagt Hohegger:

„Ich glaube, es waren 25 000 Euro.“

Was sagen Sie dazu: Ist das alles erfunden?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich glaube erstens, dass sich Herr Hochegger unglaublich wichtig nimmt, was das betrifft, und dass er eine gezielte Strategie hat: eben Menschen mit Dreck zu bewerfen, die mit der ganzen Sache nichts zu tun haben.

Richtig ist, dass die Telekom beim **Filmhof** Sponsor zwischen 2005 und 2009 war, also längst vor dieser ominösen einen Rechnung aus dem Jahr 2008. Da hat der Herr Hochegger überhaupt nichts damit zu tun gehabt. Weder hat er irgendetwas ermöglicht, eingefädelt oder sonst etwas.

Was **brainbows** betrifft und die anderen Arbeiten im Umwelt- und Nachhaltigkeitsbereich, so war die Telekom seit 2001 der Kunde von uns. Da hat es den Herrn Hochegger überhaupt nicht in irgendeiner Form für mich sichtbar gegeben. Wir haben uns bemüht um Kunden und um Aufträge, natürlich.

Und ich muss Ihnen sagen, die Telekom – heute wird es so dargestellt, als wäre das alles eine Gaunerei – war und ist, finde ich, ein österreichisches Paradeunternehmen! Dort sitzen unglaublich viele Menschen, die in den letzten Jahren sehr anständig gearbeitet haben. Also ich habe das jedenfalls schon erlebt auf der Ebene, wo wir gearbeitet haben, und das war wahrscheinlich die – weiß ich nicht – dritte Ebene oder zweite Ebene, ich weiß es nicht.

Mit dem Herrn Hochegger haben wir – ich habe das darzustellen versucht –, außer auf operativer Ebene, wo meine Mitarbeiter im Bereich, wahrscheinlich, Layout oder Graphik das umgesetzt haben bei Berichten, nichts zu tun gehabt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Sie sind ihm auch persönlich nie begegnet oder haben sich getroffen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Da gehe ich schon davon aus. Der Herr Hochegger hat ja für die Telekom unglaublich viele Veranstaltungen organisiert und diese Business Circles. Da waren an die 100 Menschen zu Business Events eingeladen, und **natürlich** bin ich dorthin gegangen. Es ist meine Aufgabe, dass ich dorthin gehe, und ich nehme einmal ganz sicher an, dass er auch dort war, denn er hat das für die Telekom organisiert.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Aber persönlich gesprochen oder einen Termin vereinbart?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich werde wahrscheinlich „Guten Tag“ gesagt haben, das glaube ich schon, aber ich habe nie mit dem Herrn Hochegger ein Projekt gemacht. Außer – aber auch nicht mit ihm – diese „Wasserrahmenrichtlinie“ im Umfang von 28 Seiten – ich habe das mit, wenn Sie es sich anschauen wollen – um den Preis, glaube ich, von 2 000 €.

Sie können sich das anschauen. Das war für eine Broschüre zur EU-Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2002 oder 2003.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Von wem ist da der Auftrag an Sie gegangen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das war meines Wissens der Herr Trummer von der PR-Agentur Hochegger.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Eben mit der Bitte, sich diese europäische Richtlinie anzuschauen, was in Österreich ...

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich nehme an. Ich frage, ehrlich gesagt, nicht nach. Es ist unsere Aufgabe auch bei „brainbows“, dass wir Texte im Umweltbereich verfassen für Agenturen, zum Beispiel PR- oder Marketingagenturen, die dieses Wissen nicht haben.

Wir sind spezialisiert auf Nachhaltigkeit und Umweltfragen. Und wenn die den Auftrag kriegen, sie sollen eine Broschüre machen oder was auch immer, und sie brauchen inhaltliche Unterstützung, dann schreiben wir das. Und dann wird bei uns eben ein Text für eine Broschüre zur Wasserrahmenrichtlinie beauftragt.

Ich kann mich nicht erinnern, ob das im Jahr 2002 für das Umweltministerium oder für irgendein Unternehmen war. Ich weiß es nicht. Ich weiß es wirklich nicht.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Haben Sie eigentlich den Herrn Hohegger schon geklagt bezüglich all dieser Falschinformationen, wie Sie das jetzt darstellen? Oder welche Schritte haben Sie überlegt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe die Zeitung „ÖSTERREICH“ geklagt. Ich habe auch schon einen freundlichen Brief meines Rechtsanwaltes an den gerade nicht anwesenden Herrn Petzner geschickt.

Ich habe den Herrn Hohegger deshalb nicht geklagt, weil – und ich habe mir das Protokoll des Untersuchungsausschusses **sehr genau** durchgelesen – er ja natürlich, und darum war er ja einer der bestverdienenden PR-Manager, insofern ein schlauer Fuchs ist, als das – der Herr Jarolim wird es mir wahrscheinlich bestätigen, jedenfalls sagen das meine Anwälte –, so wie er das formuliert, nicht klagbar ist. Denn: Wenn er sagt, ich bin ja so kompetent und deshalb engagiert man mich, was soll ich da klagen?

Dass das in dem Zusammenhang, wo er das sagt, für mich gerade **super unangenehm** ist, weil er mich in etwas hineinziehen will, ist ja offensichtlich.

Und wenn ich ganz ehrlich bin: Ich hoffe sehr, dass ich nach diesem Tag mit dem Herrn Hohegger oder mit diesem Thema überhaupt nicht mehr konfrontiert werde und endlich wieder arbeiten kann, nämlich das, was wir machen. Das sind Umweltberichte und Nachhaltigkeitsberichte.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Ich möchte Ihnen dann noch von der Hohegger-Einvernahme vom 31. Oktober 2011 ein Zitat vorhalten, eben wo Herr Hohegger auf Nachfrage, wer Sie empfohlen hat, sagt:

... gebe ich an, dass Rudolf Fischer die Frau Monika Langthaler zu mir geschickt hatte.

Kennen Sie Herrn Rudolf Fischer von der Telekom?

Monika Langthaler, M.Sc.: Natürlich, ich habe alle vier Vorstände gekannt.

Abgeordnete Mag. Christine Lapp (SPÖ): Und hat er Sie wohin geschickt, oder haben Sie mit ihm Kontakte gehabt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Also ich kann mich ehrlich gesagt wirklich nicht erinnern, dass mich der Herr Fischer zum Herrn Hohegger geschickt hätte. Aber natürlich kenne ich den Rudi Fischer, ich kenne auch den Herrn Sundt und ich kenne auch den Herrn Nemšić. Also ich wäre eine schlechte Unternehmerin, wenn ich nicht die Vorstände meiner großen Kunden kennen würde, und selbstverständlich kenne ich den, ja.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Frau Langthaler! Meine Vorfrager und Vorfragerinnen haben sich ja eher um die geschäftlichen Belange – Rechnungen, Abwicklungen und so weiter –, also eher um die unternehmerische Tätigkeit gekümmert. Mich interessiert jetzt mehr das „politische System Langthaler“, an dessen Spitze Sie ja stehen. (*Ing. Langthaler: Genau!*)

Ich sage das deswegen, weil der Abgeordnete Amon am 16. Februar 2012 öffentlich erklärt hat – ich zitiere –:

„Das System Hochegger betrifft alle Parteien, ...“

Und dann geht es weiter: „Dieses System umfasste mit Monika Langthaler an der Spitze nun doch auch die selbsterklärten grünen Daueraufdecker.“

Das muss man ernst nehmen, da der Kollege Amon ja gemeinsam mit dem Kollegen Jarolim einer der beiden war, die Ihre Ladung hier durchgesetzt und mit Regierungsmehrheit uns präsentiert haben.

Jetzt muss ich mit Ihnen das grüne System Hochegger mit Langthaler an der Spitze einfach Punkt für Punkt durchgehen. Ich werde Ihnen jetzt – auch wenn ich es nicht gerne tue – eine Reihe beinhardter Fragen stellen, und dann werden wir dieses System im Detail kennenlernen.

Der Beweisbeschluss des Untersuchungsausschusses lautet – und Sie sind zum Beweisthema 1 geladen –:

„Die Wahrnehmung der staatlichen Aufsicht und Kontrolle über die ÖIAG hinsichtlich der anteilig in ihrem Eigentum stehenden Telekom Austria Group sowie deren Beteiligungen ab dem Jahr 2000 im Hinblick auf“ –

und jetzt kommen ein paar wirklich harte und wichtige Punkte, ich beginne mit dem ersten –

„die Leistung von Zahlungen ohne nachvollziehbare Gegenleistung“.

Bis jetzt haben Sie ja referiert über Zahlungen mit nachvollziehbaren Gegenleistungen. Wie das der Ausschuss am Ende bewertet, ist eine andere Angelegenheit, aber da waren überall nachvollziehbare Leistungen.

Ich frage Sie jetzt beinhardt: Haben Sie jemals von der Telekom irgendeine Zahlung **ohne** Gegenleistung erhalten? (*Ing. Langthaler: Nein!*) – Haben Sie irgendwann einmal, sagen wir einmal, so wie etwa im Bereich des ÖAAB oder der FPÖ, einen Druckkostenbeitrag erhalten? (*Ing. Langthaler: Einen Druckkostenbeitrag?*) – Naja, die schicken dann ein Geld, nämlich die Telekom, und dann gibt es keine Gegenleistung, und dann sagen sie: Nein, das war kein Geschenk, das war keine Spende, das war ein Druckkostenbeitrag!

Haben Sie jemals einen Druckkostenbeitrag erhalten?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ein Teil des Sponsoring-Vertrags, den ich ganz zu Beginn verlesen habe, war, dass wir bei den Inseraten, bei den Werbefoldern überall die Logos der Telekom abbilden müssen. Und das haben wir getan.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Nein, das ist ein Missverständnis, Frau Langthaler. Die Frage ist, ob Sie unter dem Titel „Druckkostenbeiträge“ Zahlungen von der Telekom ohne Gegenleistung erhalten haben.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe überhaupt nichts ohne Gegenleistung erhalten.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Gut. – Was den Punkt b betrifft, „die Tätigkeit von Lobbyisten, Beratern und Vermittlern sowie damit in Zusammenhang stehender Zahlungen“ – Lobbyistentätigkeit, Beratungstätigkeit –, so sind da bereits die anderen Abgeordneten mit Ihnen weiter gegangen.

Der Punkt c ist meiner Meinung nach der wichtigste Punkt, denn diesen dürfte der Abgeordnete Amon mit dem „System ... mit Monika Langthaler an der Spitze“ möglicherweise angesprochen haben:

„die Weiterleitung von Zahlungen an Politikerinnen und Politiker und diesen nahe stehende natürliche oder juristische Personen sowie – direkt oder indirekt – an Parteien“.

Haben Sie jemals Telekom-Gelder an Politikerinnen oder Politiker weitergeleitet?

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, natürlich nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wieder nichts.

Haben Sie an diesen nahestehende natürliche oder juristische Personen weitergeleitet? (*Ing. Langthaler: Nein!*) – Haben Sie direkt oder indirekt an Parteien Gelder weitergeleitet? (*Ing. Langthaler: Nein!*) – Haben wir wirklich nichts gekriegt? (*Ing. Langthaler: Es scheint so!*) – Nicht einmal einen Mitgliedsbeitrag?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich bin nicht einmal Mitglied bei den Grünen. Ja, das ist so.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. – Waren Sie jemals an der Manipulation von Telekom-Börsenkursen beteiligt? (*Ing. Langthaler: Nein!*) – Haben Sie versucht, auf Gesetze oder Verordnungen im Interesse der Telekom Einfluss zu nehmen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich erzähle dann immer wieder: Hätte ich das bei jemandem wie dem Herrn Pilz versucht, hätte er mich wahrscheinlich so schnell aus der Tür rausgehaut, dass ich gar nicht bis drei zählen könnte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Erstens weiß ich nicht, wie man jemanden aus der Tür hinaushaut (*Ing. Langthaler: Also: Aus dem Zimmer raus!*) – das wäre möglicherweise der Fall gewesen (*Ing. Langthaler: Also nein!*) –, und zweitens wäre ich als Oppositionsabgeordneter die falsche Ansprechperson gewesen. (*Ing. Langthaler: Ja, irgendwie!*) – Auch nein.

Dann stelle ich dazu eine abschließende Frage: Sagen Sie, wozu sind Sie eigentlich geladen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das hätte ich so gerne von Ihnen gewusst.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das war ein Beschluss der beiden Regierungsparteien, die dafür – das muss ich auch sagen, da werden Sie mir wahrscheinlich keine sachdienlichen Hinweise geben können – auf andere Ladungen verzichtet haben.

Ich möchte nur ein Beispiel nennen: In der zweiten Zeugeneinvernahme von Herrn Habeler sagt Herr Habeler Folgendes zu den Telekom-Finanzierungen an den ÖAAB – und da ermittelt bereits der Staatsanwalt, und zwar von sich aus und nicht aufgrund einer Anzeige von irgendjemandem, der einer Partei nahesteht –:

Frage: Wer kann oder könnte sonst noch zum Geschäftsfall Auskunft geben?

Antwort: Meiner Meinung nach nur Werner Amon, da von diesem alle Vereinbarungen dazu getroffen wurden.

Frage: Warum wurde die Rechnung der Valora AG gestellt, insbesondere zu Händen Herrn Günther Perger?

Antwort: Dazu habe ich keine Wahrnehmung. Der Rechnungstext und die Adressierung wurden mir von Werner Amon so vorgelegt. – Zitatende. Und das geht dauernd so weiter.

Jetzt dürfen wir Amon nicht laden – da wüssten wir, was zu fragen wäre, da weiß auch der Staatsanwalt, was zu fragen wäre –, und jetzt sitzen wir halt mit Ihnen da, Frau

Langthaler. Das ist alles ein bisschen schwierig. Deswegen probiere ich etwas anderes:

Sie haben ja mit dem Filmhof ein Projekt am Land. – Ist das richtig?

Monika Langthaler, M.Sc.: Im Weinviertel; ja, am Land.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Haben Sie auch eine Wohnung am Land?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich bin Niederösterreicherin, jawohl.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann frage ich Sie, damit Ihre Ladung irgendeinen Sinn hat: Kennen Sie das „Forum Land“?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ist das jetzt ein Fauxpas, wenn ich das nicht kenne?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das „Forum Land“ ist eine Vorfeldorganisation des Bauernbundes (*Ing. Langthaler: Okay!*), und ich lege Ihnen jetzt eine Rechnung vor, vom 14. Dezember 2007 – ich zitiere –:

Rechnung gemäß Sponsorenvereinbarung für 2007:

Werbepauschale für die Beibehaltung des Werbebanners auf der „Forum Land“-Homepage: 10 000 €,

Aktion „Land hilft“: 35 000 €,

Pressekonferenz zum Thema Breitband – allein die Pressekonferenz! –: 20 000 €,

Veranstaltung mit LEADER-Topregionen – die „Leader“ sind bis heute noch nicht namhaft gemacht worden –: 35 000 €.

... darf ich in Summe 100 000 € in Rechnung stellen. Ich ersuche um Überweisung des Betrages ... – und so weiter.

Mit freundlichen Grüßen,

Dipl.-Ing. Fritz Kaltenegger,

Direktor.

Das ging am 14. Dezember 2007 an Herrn Vorstand Mag. Gernot Schieszler.

Das ist eine von vielen Rechnungen in diesem Zusammenhang, wo wir insgesamt auf eine Summe kommen von 491 000 € über Rechnungen und möglichen weiteren 600 000 € über zusätzliche Vereinbarungen, allein an den Bauernbund und eine Vorfeldorganisation.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte zur Frage zu kommen!

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Meine Frage ist: Sagen Sie, Frau Langthaler, das muss ja dem Land zugutegekommen sein. Haben Sie irgendetwas davon bemerkt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich kann Ihnen nur sagen, ich bin ehrlich gesagt froh, dass ich seit Ende 1999 Unternehmerin bin und dass ich mit diesen Dingen nur heute scheinbar zu tun habe.

Ich möchte Sie nur einladen: Schauen Sie sich vielleicht einmal am Land, nämlich im Weinviertel, den **Filmhof Weinviertel** an. Das war vorher eine Ruine. Wir haben das mit sehr viel eigener Initiative und eigenem Geld von einer Ruine aufgebaut. Das ist ein tolles Kulturspons..., Kulturprojekt geworden. Nächstes Jahr ist dort auch die Landesausstellung, gleich gegenüber im Schloss, und da können Sie dann auch am Filmhof eine Theateraufführung besuchen. – Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ich bin mit all dem, was da zitiert wird, einfach in keiner Weise auch nur irgendwie in einen Zusammenhang zu bringen, auch wenn es manchmal manche noch so krampfhaft versuchen. Und ich weiß tatsächlich nicht, warum ich hier sitze. Ich weiß es noch immer nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden morgen Gelegenheit haben, den Herrn Hohegger das alles genau zu fragen. (*Ing. Langthaler: Fragen Sie ihn!*) Das werden wir mit Sicherheit auch tun.

Ich halte es persönlich nicht für schlecht, dass wir einmal eine Auskunftsperson im Ausschuss haben, die zugunsten der Telekom ins Treffen führen kann, dass es auch Telekom-Zahlungen **mit** Gegenleistungen gegeben hat.

Ich habe in diesem Zusammenhang keine weiteren Fragen. – Danke.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn der Herr Dr. Pilz das, was er gestern in der Sondersitzung, die die Oppositionsabgeordneten eingebracht haben, eingefordert hat, nämlich eine **seriöse** Befragung, auch machen würde – aber Sie ziehen eigentlich alles nur ins Lächerliche.

Wenn Herr Pilz die „Forum Land“-Rechnungen herzeigt, dann frage ich Sie, Frau Langthaler – Sie haben die Rechnungen gesehen –: Haben Sie mit diesen Rechnungen irgendetwas zu tun gehabt? Waren Sie da Subunternehmer? Haben Sie da mit der Firma Valora zu tun gehabt? Haben Sie da in diesem Zusammenhang mit der Firma Telekom zu tun gehabt? Oder warum glauben Sie, dass der Herr Pilz Sie jetzt das vom „Forum Land“ gefragt hat?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das weiß ich nicht, und ich habe mit dem „Forum Land“ auch nichts zu tun.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Danke – Sie haben es zwar vorher nicht so gesagt, als der Herr Pilz Sie darauf angesprochen hat –, Sie haben also nichts mit diesen Rechnungen zu tun. Man darf sich also fragen, warum der Herr ...

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe genau das Gleiche gesagt: Ich habe nichts mit diesen Rechnungen zu tun.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ja, man darf sich fragen, warum der Herr Pilz Sie dann mit diesen Rechnungen konfrontiert hat.

Ich möchte aber zurückkommen auf das Sponsoring und die Firma **Filmhof**.

Als der Herr Kollege Rosenkranz Sie vorhin gefragt hat, ob es Sie nicht gewundert hat, wenn Sie seit 2005 bis inklusive 2009 dieses Kultursponsoring von der Telekom bekommen haben, dass plötzlich im Jahr 2008 die Rechnung an die Firma Valora ausgestellt worden ist oder werden sollte, haben Sie gesagt; Sie haben operativ in der Filmhof nichts zu tun gehabt, Sie sind nur mit 25 Prozent beteiligt.

Ich hätte ganz gerne gewusst: Wie viele Mitarbeiter beschäftigt die Filmhof GesmbH?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das ist je nachdem, ob Saison ist oder nicht, unterschiedlich. Wir sind tatsächlich insofern ein Saisonbetrieb, als es im Sommer dort eben sehr viele Besucher – Gott sei Dank! – gibt. Und da werden beschäftigt, das ist dann bis hinauf zu 10 Personen, 11 Personen – genau weiß ich es nicht, weil ich, wie gesagt, operativ nicht tätig bin. Aber das können, weil ja dort sowohl ein Kulturbetrieb ist, also man braucht Leute von der Regieassistenz bis aber auch hin zur Versorgung der Menschen und zum Aufbau des Bühnenbildes und zum, wenn Sie so wollen, Wurstbrotstreichen oder Wurstbrotverteilen ... – Nein, also es gibt dort auch ein sehr gutes Essen. Also das können manchmal auch mehr Menschen sein.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie viele Menschen sind in der Administration beschäftigt, im Büro? Wer macht die Buchhaltung, wer kümmert sich um Überweisungen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Für die Buchhaltung und die Rechnungen gibt es eine Person.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und das ist eine fix angestellte Mitarbeiterin?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das ist eine fix angestellte Mitarbeiterin, ja.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und die Rechnungen unterschreibt der Geschäftsführer (*Ing. Langthaler: Richtig!*), und nur der (*Ing. Langthaler: Nur der!*), und der sieht das auch.

Wie ist es denn eigentlich zur Auflösung dieses Verhältnisses gekommen? Sie sagen, bis 2009 war die Telekom Austria nicht nur Sponsor, sondern Premium-Sponsor. Wer war da die treibende Kraft, dass das dann beendet worden ist?

Monika Langthaler, M.Sc.: Wir haben im Jahr 2009 noch vom damals dann neuen CEO, vom Herrn Ametsreiter, den Sponsoringvertrag bekommen, und uns wurde dann erklärt – das war dann Ende 2009 –, dass sich die Telekom von den Kultursponsoringbeträgen von den kleineren Festivals zurückzieht und sich mehr konzentrieren will – ich kann das jetzt nur wiedergeben – auf die größeren – ich glaube, das ist in Niederösterreich beispielsweise Grafenegg – und im Bereich Sportsponsoring, also Beachvolleyball und ÖSV. Und das war der Grund.

Das war natürlich für uns schade, aber wir haben Gott sei Dank ja dann auch einen anderen Premium-Sponsor bekommen. Und, wie gesagt, es gilt für jeden das gleiche Prinzip und das gleiche Package.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Jetzt hat der Herr Kollege Pilz versucht, hier zu ergründen, warum Sie geladen sind, auf der anderen Seite aber wieder darauf hingewiesen, dass er ganz gerne den Herrn Habeler gehört hätte, wo es ja um einen Druckkostenbeitrag geht.

Sie selbst haben gesagt, es wurden Programmhefte gedruckt, es wurden Eintrittskarten gedruckt, es wurden Plakate gedruckt, Inserate gedruckt etc., und haben ja eigentlich auch nicht verneint, dass es sich hier auch um Druckkostenbeiträge und um Teile als Druckkostenbeitrag gehandelt haben könnte.

Können Sie das noch einmal konkretisieren. Sie haben gesagt, was Sie alles zu tun gehabt haben für diese 25 000 € pro Jahr, für dieses Kultursponsoring, und haben auch eben von Druckkostenbeiträgen gesprochen.

Können Sie das konkretisieren: Waren hier auch Druckkostenbeiträge im Spiel in dieser Summe?

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, es gibt keine Druckkostenbeiträge. Ich habe ja den Vertrag vorgelesen. Soll ich Ihnen den Vertrag noch einmal vorlesen?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Nein, ich habe das behalten, was Sie gesagt haben.

Monika Langthaler, M.Sc.: Es war so, dass wir das Logo überall draufdrucken, aber eben keine Druckkostenbeiträge, sondern dass wir eben die Logos draufdrucken von der Telekom auf alle – egal, ob auf Banner, Plakate, Eintrittskarten, was auch immer; überall war das oben.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Da uns natürlich die Umsatzaufstellungen von der Firma Valora von einigen Jahren vorliegen und hier natürlich auch Rechnungen an

diverse Subunternehmer aufgelistet sind und dann diverse Geschäftspartner aufgelistet sind, und da der Herr Abgeordnete Pilz ja immer davon spricht, man muss jeden, der da genannt ist, auch wirklich laden, auf der anderen Seite aber trotzdem meint, er weiß nicht, warum Sie geladen sind: Sie haben heute selbst gesagt, was der Herr Hochegger sagt – er möchte sich gerne wichtig nehmen, und so weiter.

Glauben Sie, dass sich der Herr Hochegger bei vielem, was er sagt – nicht nur, was er gegen Sie sagt, und dass er quasi, weil er alle Parteien im Boot gehabt hat, eben auch Sie von den Grünen nennt –, dass sich der Herr Hochegger insgesamt, was diese ganzen Zahlungen oder Druckkostenbeiträge betrifft und so weiter, da auch bei den anderen, beispielsweise beim Druckkostenbeitrag an den ÖAAB, da wichtigmachen will und dass das eigentlich keine Bedeutung hat in diesem Zusammenhang?

Das würde mich schon interessieren, weil Sie das auf Ihre Person so bezogen haben, dass das alles irgendwie so lächerlich sei, dass das alles gar nicht stimmt und dass sich Hochegger da wichtigmacht.

Monika Langthaler, M.Sc.: Schauen Sie, Frau Abgeordnete: Ich kann da nur für meine Person sprechen und für das, mit wem ich gesprochen habe oder wo wir Projekte gemacht haben. Ich kann überhaupt über andere nicht sprechen, und ich weiß, wenn ich das nachlese, was der Herr Hochegger zum Beispiel über mich gesagt hat, dass das falsch ist. Also weiß ich das für mich.

Was er zu anderen sagt: Ich habe keine Ahnung in diesem gesamten Verwirrspiel, ich weiß es nicht. Sie können ihn ja morgen fragen. Was ich weiß, ist, dass wir mit dem Herrn Hochegger, was die Filmhof-Sponsoring Verträge, die Abwicklung, nie irgendetwas zu tun hatten, dass es eine einzige Geschäftsbeziehung, einen einzigen Auftrag aus dem Jahr 2002, nämlich diese Texte von „brainbows“, Wasserrahmenrichtlinie, an die PR-Agentur Hochegger gab.

Ich kann Ihnen von unserem Steuerberater bestätigt sogar vorlegen, dass es sonst überhaupt keine Zahlungen, keine Projekte, nichts gab. Es gab diese eine, und wenn Sie die Buchhaltung der Valora haben, dann können Sie das genau nachlesen: Es gab eine Rechnung von Filmhof aus dem Jahr 2008, sonst nichts, wobei es den Vertrag mit der Telekom gab und nur diese eine Rechnung umgeschrieben werden sollte. Sonst gab es nichts, und das weiß ich einfach, und das kann ich auch belegen, und der kann behaupten was er will: Das ist einfach falsch!

Und was Hochegger zu anderen behauptet: Da müssen sich halt die anderen entsprechend artikulieren. Ich kann ja nicht sagen, was ich alles glaube.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Zur Wahrheit, was der Herr Hochegger über Sie gesagt hat. Er hat zumindest über Sie gesagt, dass er eine Rechnung von Ihnen bekommen hat über 25 000 € plus Umsatzsteuer, und dass Sie für das Land Niederösterreich gearbeitet haben, und das stimmt. Also wird nicht alles, was der Herr Hochegger über Sie gesagt hat, falsch sein.

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, von mir hat er keine Rechnung bekommen. Ich möchte das noch einmal festhalten ... (*Abg. Tamandl: Sie haben ...!*) – Die Firma Filmhof GmbH ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Firma Filmhof hat eine Rechnung an die Valora gestellt.

Ing. Monika Langthaler: Nein, die ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Moment! Wir müssen da wieder der Reihe nach vorgehen. Jetzt ist Frau Abgeordnete Tamandl am Wort, und dann können Sie antworten.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Firma Filmhof GmbH hat eine Rechnung an die Valora gestellt. Das ist ja aktenkundig, weil wir ja eine Auflistung haben der Unterlagen (*Ing. Langthaler: Ja, das bestreite ich ja nicht!*) und der Rechnungen der Firma Valora, sowohl die Rechnungen, die Sie ausgestellt haben, als auch die Rechnung, die die Firma Valora bekommen hat, und die Rechnung war von der Firma Filmhof.

Ich hätte aber jetzt gerne noch einmal von Ihnen gewusst, nachdem es eine einzige Buchhaltungskraft gab, einen Geschäftsführer, und Sie ja, was aus den Akten ersichtlich ist, die Lebensgefährtin des Geschäftsführers sind: Es ist Ihnen nicht zu Ohren gekommen, dass diese Rechnung im Jahr 2008 erstmalig nicht selber an die Telekom geht, sondern an die Firma Valora? Ist das möglich?

Monika Langthaler, M.Sc.: Zum einen bin ich nicht die „Lebensgefährtin des Geschäftsführers“, sondern ich bin seit 2004 seine **Ehefrau**, um das richtigzustellen. Und das Zweite ist, dass ich – ich kann es Ihnen noch hundertmal sagen – 25 Prozent an der Filmhof GmbH habe und **nicht** im operativen Geschäft tätig bin.

Was richtig ist, das ist, dass ich natürlich immer wieder unterstütze und helfe, dass wir Sponsoren für diesen Kulturbetrieb bekommen – egal, ob das jetzt Raiffeisen ist, wo ich immer sehr, sehr froh bin, oder andere sind. Natürlich, aber ich kümmere mich nicht, auch nicht, ob das Logo links unten oder rechts hinten, oben ist. (*Abg. Hornek: Das ist ja absurd!*) Nein, das mache ich nicht. Ich bin dafür nicht zuständig.

Es gab – noch einmal! – einen Sponsoringvertrag vom Jahr 2005, 2006, 2007, 2008, 2009: Alle Rechnungen gingen an die Telekom, einmal wurde es zurückgeschickt und gesagt: Schickt es an die Hohegger. (*Abg. Hornek: Das glaubt Ihnen ja kein Mensch!*)

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Und da hat niemand, weder die Buchhalterin noch der Geschäftsführer, der seit 2004 Ihr Ehemann ist, mit Ihnen gesprochen und gesagt: Sag einmal, wie kann das sein, dass wir plötzlich nicht an die Telekom die Rechnung ausstellen, sondern an die Firma Valora? Das erscheint mir – ich sage es Ihnen ganz offen – als wirklich sehr, sehr unglaubwürdig.

Ich habe jetzt noch eine einzige Frage in der ersten Runde, Frau Langthaler – und Sie wissen ganz genau, dass Sie unter Wahrheitspflicht stehen –:

Haben Sie mit einer der Personen dieses Ausschusses im Vorfeld dieser heutigen Befragung Kontakt gehabt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein. – Mit einer der hier im Raum anwesenden Personen?

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Mit einem Mitglied dieses Ausschusses. Haben Sie mit einem Mitglied dieses Ausschusses Kontakt gehabt und haben Sie besprochen, was heute hier die Befragung ist? (*Ing. Langthaler: Nein!*) – Danke.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich möchte nur schon eines sagen. Sie sagen so locker dahin: „ungläubwürdig“. Mich wundert das – gerade Sie von der ÖVP sollten sich wirklich um kleine und mittlere Betriebe kümmern. Was Sie gerade machen, ist, dass Sie den Ruf eines Unternehmens massiv – massiv! – dauernd schädigen. (*Abg. Hornek: Also, das ist ja absurd!*) Ich weiß nicht, was Sie für absurd halten, aber unglaubwürdig ist das keinesfalls.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen zur zweiten Fragerunde, und ich beginne mit Herrn Abgeordnetem Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Frau Langthaler, es sind mir in der Zwischenzeit keine Informationen zugekommen, wonach Ihre geplante Urlaubsreise von der Telekom oder vom Herrn Hochegger gesponsert werden. Daher wünsche ich Ihnen einen schönen Urlaub und habe keine weiteren Fragen.

Ing. Monika Langthaler, M.Sc.: Ich danke Ihnen vielmals.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir setzen fort von den Fragen in der ersten Runde.

Ich fasse nur einmal zusammen: Sie können sich also diese Hochegger-Aussagen nicht erklären, dass er deswegen das Sponsoring empfohlen hat – „empfohlen“ sagt er wortwörtlich in seiner Beschuldigtenvernehmung –, um Sie freundlich zu stimmen und Ihre Kontakte in Richtung Grüne und ÖVP-Niederösterreich zu nutzen.

Sie können sich diese Aussagen des Herrn Hochegger nicht erklären?

Monika Langthaler, M.Sc.: Er hätte es ja dann, wenn es überhaupt stimmen würde, empfehlen müssen sicher im Jahr – ich weiß nicht – 2003 oder 2004, weil die Telekom ja Premium-Sponsor des Filmhofs seit dem Jahr 2005 war. Ich weiß nicht, wann er das dann irgendwo empfohlen hätte. Das wäre ab dem Jahr 2005 gewesen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit welchen Personen konkret seitens der Telekom – wenn der Herr Hochegger denn nie involviert war – mit welchen Personen konkret in der Telekom wurde auf welcher Basis dieses Sponsoring für dieses Filmfestival vereinbart?

Monika Langthaler, M.Sc.: Das waren Gespräche ... unterschiedlich. Ich habe das bei den Vorständen vorgeschlagen, sowohl beim Herrn Fischer als auch – beim Herrn Sundt weiß ich nicht, ob ich auch war, und auch beim Herrn Ametsreiter; der kennt das auch. Natürlich habe ich da auch mit den Vorständen gesprochen und vorgeschlagen und ein Package vorgeschlagen, wie so ein Sponsoring von Filmhof aussehen könnte. Aber operativ haben die dann nichts mehr zu tun gehabt, auch nicht in den Folgejahren. Ich glaube, das war nur ganz am Anfang im Jahr 2004 und fürs Jahr 2005.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie haben den Namen „Rudolf Fischer“ genannt als Vorstand. Auch Hochegger nimmt immer wieder auf Fischer Bezug und sagt in seiner Beschuldigtenvernehmung – Zitat –:

Auf Nachfrage, wer die empfohlen hat –

also Sie –, gebe ich an, dass Rudolf Fischer die Frau Monika Langthaler zu mir geschickt hatte. – Zitatende.

Ist das korrekt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe das schon vorher gesagt, ich kann das noch einmal wiederholen: Ich kann mich absolut nicht erinnern, dass mich der Herr Fischer zum Herrn Hochegger geschickt hätte. Ich wüsste auch nicht, warum. Das ist einfach falsch. Vollkommen unerklärlich.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können das auch nicht erklären.

Können Sie dann erklären, wie Sie auf die sogenannte Shitlist des Herrn Schieszler kommen? Da gibt es eine Shitlist Telekom Austria ist gleich Life Insurance. (*Ing. Langthaler: Eine Shitlist?*) – Ja, Shitlist. Ich kann es Ihnen gerne vorlegen. Das englische Wort „shit“ ist nicht sehr positiv – ich glaube, Sie sind der englischen Sprache mächtig. Und da kommen auch Sie vor.

Da gibt es eine Zeile: Berater „Mensdorff-Pouilly, Gheneff?“, und dann steht dort der Name „Langthaler“.

Können Sie sich erklären, dass Sie auf eine Liste des Herrn Schieszler kommen, die er als Shitlist bezeichnet, und warum ihr Name da draufsteht? Haben Sie jemals Kontakt gehabt mit dem Herrn Schieszler?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe keine Ahnung. Weder kenne ich eine Shitliste, noch weiß ich, dass ich auf einer solchen oben stehe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wir zeigen sie Ihnen einmal.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Monika Langthaler, M.Sc.: Dem Herrn Schieszler habe ich mit großer Wahrscheinlichkeit bei einer der Telekom-Veranstaltungen auch einmal die Hand geschüttelt, habe aber operativ mit dem Herrn Schieszler nie etwas zu tun gehabt. Aber wenn Sie mich fragen, ob ich den je gesehen habe in meinem Leben ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Schauen Sie sich das einmal an, vielleicht haben Sie dann eine Wahrnehmung.

Monika Langthaler, M.Sc.: Shitliste. – Ich habe keine Ahnung, weiß ich nicht. Und was ist die Shitlist? – Life Insurance. Da steht „Lehman Brothers“ auch oben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, da steht sehr viel oben, und eben auch Ihr Name. Sie werden in einer Reihe mit der großen Firma Lehman Brothers genannt; das ist ja erstaunlich. Die kleine Unternehmerin mit dem Investmenthouse Lehman Brothers.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe keine Ahnung. Ich weiß es nicht. Ich höre das von Ihnen das erste Mal.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut. Wissen Sie auch nicht.

Dann stelle ich Ihnen eine andere Frage und hoffe, dass Sie das beantworten können. Ich lasse Ihnen das auch gleich bringen.

(Der Auskunftsperson wird neuerlich ein Schriftstück vorgelegt.)

Herr Pilz hat am 20. Februar 2012 in einer Pressekonferenz eine Rechnung der Firma „brainbows“ verteilt – Zitat der APA damals –, eine Rechnung vom 20. Februar 2003 und hat diese als **völlig normalen Vorgang** erklärt.

Können Sie mir erklären, woher der Herr Pilz eine Rechnung Ihrer Firma hat, die laut unseren Recherchen – bitte das zu korrigieren, wenn es nicht richtig ist; wir haben es auf alle Fälle nicht gefunden – dem Ausschuss nicht vorliegt?

Haben Sie dem Herrn Pilz diese Rechnung zukommen lassen? Oder wie kann ich mir das erklären? Wir haben diese Rechnung nicht.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe diese Rechnung nicht nur dem Herrn Pilz, sondern auch einigen Journalisten zukommen lassen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber uns haben Sie sie nicht geschickt, oder?

Monika Langthaler, M.Sc.: Sie haben mich auch nicht gefragt. Ich kann es Ihnen aber gerne auch in Kopie geben, es ist nämlich nichts Geheimes. Es waren nur diese Anschuldigungen dauernd, dass „brainbows“ oder vor allem und ich – es geht ja dann immer um mich als Person – alle möglichen Gelder bekommen hätte, und wir haben gesagt, das ist einfach unrichtig und falsch. Es gab einen einzigen Auftrag der PR-Agentur Hochegger an die Firma „brainbows“ – die Rechnung ging damals auch an den Herrn Dietmar Trummer – über die Summe von 2 200 € netto. Und das ist diese

Broschüre – ich glaube, Sie waren vorhin draußen und haben es nicht; ich kann es Ihnen gerne geben –, 28 Seiten für eine Broschüre zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Österreich.

Mehr gibt es nicht. Es gibt sonst keinen Auftrag, keine Bezahlung, keine Geschäftsverbindung zwischen dem Herrn Hochegger und der Firma „brainbows“.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie diese Rechnung in der Höhe von 2 200 € auch anderen Parteien zukommen lassen außer den Grünen?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich habe diese Rechnung auch einigen Journalisten, und ich glaube, auch den Grünen zukommen lassen, sonst niemandem.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Journalisten sind keine Parteien.

Also noch einmal die Frage: Haben Sie es auch anderen Parteien geschickt?

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, glaube ich nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich frage das deswegen, weil der Herr Pilz ist dann zur Verteidigung von Ihnen ausgerückt. Anlass der Pressekonferenz war die Verteidigung des Unternehmens der Frau Langthaler.

Ich halte Ihnen dazu vor eine Aussage von Ihnen vom 17. Februar 2012, wo Sie sich darüber beklagen – Zitat –:

Ich büße, dass ich bei den Grünen in der Politik war. – Zitatende.

Kommt das öfter vor, dass die Grünen die Interessen von privatwirtschaftlichen Unternehmen, im Konkreten die Ihrigen Interessen, als Partei in der Öffentlichkeit vertreten und Ihre private Firma in der Öffentlichkeit verteidigen? Und sind Sie da nicht selbst schuld, dass Ihnen Ihre politische Vergangenheit vorgehalten wird, wenn Sie die Grünen offensichtlich dazu benutzen, Ihre privatwirtschaftlichen Geschäfte in der Öffentlichkeit zu verteidigen, wenn Sie schon dem Herrn Pilz auch die Rechnung zukommen lassen und er dann gleich mit einer Pressekonferenz ausrückt, die Unterlage verteilt und erklärt: Es ist ein völlig normaler Vorgang!

Warum haben Sie das nicht selbst gemacht? Wofür haben Sie denn da den Herrn **Pilz** gebraucht?

Monika Langthaler, M.Sc.: Eigentlich würde ich mir wünschen, dass **alle** Parteien in diesem Haus Unternehmen und Menschen verteidigen, wenn es darum geht, dass man ungerechtfertigt beschuldigt wird. Ich hoffe, Herr Petzner, Ihnen passiert das nicht oft im Leben, dass man Ihnen Dinge unterstellt, die einfach nicht stimmen. (*Abg. Dr. Jarolim: Zur Geschäftsbehandlung! – Bin ich am Wort?*)

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wenn die Auskunftsperson beendet hat. (*Ing. Langthaler: Ich bin fertig!*)

Abgeordneter Dr. Johannes Jarolim (SPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube, dass die Art der Fragestellung, wie man auf etwas reagiert, was in Vorbereitung dieses Ausschusses ist, und insbesondere, wie man von einem eigenen Unternehmen Schaden abhält, und der Vorwurf einer ehemaligen Mitgliedschaft bei einer politischen Partei maßlos jeglichen Rahmen überzieht, der hier Gegenstand sein kann.

Frau Vorsitzende, ich würde Sie ersuchen, das bitte mit dem Verfahrensanwalt zu klären. Und zum Kollegen Petzner möchte ich sagen: Das ist inakzeptabel!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme jetzt gleich zum Punkt. Der Punkt ist nämlich folgender: Die Frau Langthaler hat zuvor unter Wahrheitspflicht ausgesagt, dass sie vor ihrer heutigen Aussage vor dem U-Ausschuss mit keinem Grün-Politiker Kontakt hatte, und jetzt hat sie bestätigt, dass sie aber sehr wohl dem Kollegen Pilz eine Rechnung zukommen hat lassen, eine Hohegger-Rechnung, die den restlichen Fraktionen im Ausschuss nicht vorliegt und die sie auch keiner anderen Fraktion zukommen hat lassen.

Frau Langthaler, wenn Sie tatsächlich ein Interesse gehabt hätten, dass alle Parteien wissen, dass das alles korrekt ist, wie Sie sagen, dann hätten Sie es dem Ausschuss **offiziell** geschickt – und nicht nur einer Fraktion. Und darauf gründet auch meine Frage. Das heißt, offensichtlich haben Sie vor Ihrer heutigen Aussage sehr wohl Kontakt zu den Grünen gehabt. Sie haben nämlich vorher unter Wahrheitspflicht angegeben, Sie haben diese Rechnung mehreren Journalisten und auch dem Herrn Pilz zukommen lassen. Das ist ein Kontakt, entschuldigen Sie.

Monika Langthaler, M.Sc.: Herr Petzner! Ich weiß seit 29. März, dass ich hier geladen werde oder eingeladen werde, eigentlich als Auskunftsperson, und ich denke, nicht als Beschuldigte, sondern als **Auskunftsperson**. Vorher wusste ich gar nicht, dass ich überhaupt eingeladen werde, Auskunft zu geben. Nachdem ich das wusste, hatte ich zu keinem der hier im Raum anwesenden Mitglieder, also Abgeordneten dieses Ausschusses in irgendeiner Form Kontakt.

Wie kann ich im Jänner wissen, dass plötzlich Sie Ende März beschließen, mich einzuladen? Und dass ich vorher, im Jänner und Februar, versuche, noch größeren Schaden von meinem Unternehmen abzuwenden, ist meine **Pflicht** als Geschäftsführerin. Ja, meine Pflicht! – Sie lächeln so. Ich wünsche Ihnen nicht, wenn Sie einmal Unternehmer sind und nicht mehr im Hohen Haus sitzen, wo Sie für jeden Auftrag rennen und 15 Menschen jeden Monat einfach ihr Gehalt überweisen, dass Sie das so locker nehmen, wenn dauernd Ihr Unternehmen und Sie selbst durch den Schmutz gezogen werden – wegen nichts!

Wir haben nichts gemacht, absolut nichts, und wir werden halt, weil – und das glaube ich tatsächlich – ich früher bis 1999 in der Politik bei den Grünen war, in etwas hineingezogen, was ich für wirklich ungerecht halte. Und ich hoffe sehr, dass es dem Ausschuss um die Wahrheit geht – und nicht um parteipolitisches Gezerre und um Diffamierung von Menschen und Unternehmen. Es geht hier nicht nur um mich, es geht um meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Rosenkranz. – Bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Mir ist jetzt eines nicht ganz klar: der Vorhalt des Kollegen Petzner. Ich habe diesen zuerst so verstanden, dass er gefragt hat, ob Sie vor der heutigen Ladung, vor dieser Sitzung Kontakt mit einem Mitglied des Ausschusses gehabt haben. Ich habe Ihrer Antwort entnommen, Sie haben diese Rechnung Journalisten und den Grünen geschickt.

Ich sehe da nicht unbedingt einen absoluten Widerspruch darin, wenn Sie das dem Grünen Klub schicken und der leitet das dem Kollegen Pilz weiter, wem auch immer, aber die erste Frage war, ob Sie mit einem Mitglied des Ausschusses Kontakt hatten.

Mich interessiert das deswegen, und ich war deswegen auch besonders darauf gespannt, weil ich selbst in einer Situation war, wo nach einer Frage des Kollegen Petzner, ob zum Beispiel mit der Auskunftsperson Rumpold eine rechtsfreundliche Vertretung bestanden hat, und das auf einmal, obwohl komplett falsch, auf meine Person losgegangen ist, und der Herr Rumpold dann nur gemeint hat, es war ein Irrtum. Daher habe ich besonders gut aufgepasst. Wenn Herr Rumpold gefragt wird: War Kontakt mit jemandem aus dem Ausschuss?

Diese Frage hat die Auskunftsperson verneint, und jetzt bei der Auskunft hat sie eigentlich nur gesagt, und der Kollege Petzner hat vorgehalten, die Frage sei gewesen, ob sie mit einer **Partei** Kontakt gehabt hätte. Das heißt, zwischen der ersten Frage und der jetzigen Frage ist ein erheblicher Unterschied – intellektuell leicht fassbar.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, zur Geschäftsordnung war das jetzt eine Feststellung. An sich kann dann Herr Abgeordneter Petzner noch weiterfragen, aber es ist der Herr Verfahrensanwalt angesprochen worden, er kann dazu Stellung nehmen. – Bitte.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Also ich habe die erste Frage des Herrn Abgeordneten Petzner heute, ob die Auskunftsperson Kontakt zu Mitgliedern dieses Ausschusses hatte, auf die **heutige Sitzung** bezogen verstanden. Die Frage schien mir dahin zu gehen, ob sozusagen in Vorbereitung für die heutige Ausschusssitzung es Kontakte gegeben hat. Ich persönlich bin der Meinung, dass solche Kontakte, wenn es auch nicht ausdrücklich in der Verfahrensordnung steht, aber im Sinne der Verfahrensordnung **nicht** stattfinden sollten.

Das ist eine Verfahrensordnung wie viele andere auch, und die Kontaktnahme mit Auskunftspersonen, die nach der Verfahrensordnung jeweils gesondert zu vernehmen sind – nur in Ausnahmefällen in Gegenüberstellung –, eben nicht beeinflusst werden sollen ...

Ich habe also die Frage des Abgeordneten Petzner zunächst nur auf dieses Umfeld bezogen gehabt, und da war die Antwort eindeutig, dass das nicht der Fall war. Später wurde dann auf diese Rechnung Bezug genommen und diese Bezugnahme hergestellt auf die erste Frage, jedenfalls nach meinem Verständnis als Zuhörer, sodass man daraus schließen könnte, dass die erste Antwort zumindest nicht im gesamten Gehalt der Wahrheit entsprochen hätte. Das ist aber nicht so, weil die Auskunftsperson zunächst auf eine Frage geantwortet hat, die man nur so verstehen konnte, ob ein Gespräch vor dieser Sitzung stattgefunden hat.

Also dieses Gespräch im Februar und die Weitergabe einer Rechnung standen sicherlich nicht im Zusammenhang mit einer für heute angesetzten Ausschusssitzung, und es ist daher der Auskunftsperson unbenommen, wie sie meint, dass sie ihre Rechte und die Rechte ihres Unternehmens wahrzunehmen hat. Es wäre vielleicht sinnvoll, alle Parteien gleichmäßig mit solchen Informationen zu versorgen, aber es steht mir nicht an, Ihnen solche Empfehlungen zu geben, das ist allein Ihre Entscheidung, wo Sie meinen, dass Sie das Ziel, das Sie vor Augen haben, am besten erreichen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Jetzt kann noch Abgeordneter Petzner seine zweite Fragerunde mit einer Schlussfrage beschließen (*Abg. Petzner: Zur Geschäftsordnung!*) – und Sie können auch zur Geschäftsordnung stundenlang reden, aber das ist nicht innerhalb des Abgemachten, daran muss ich Sie auch noch einmal erinnern.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ) (zur Geschäftsbehandlung): Ich melde mich dennoch zur Geschäftsbehandlung und halte folgende Punkte fest: Ich nehme die

Ausführungen des Herrn Verfahrensanzwaltes zur Kenntnis. Ich sage in Richtung der Auskunftsperson Monika Langthaler ganz klar und dezidiert, dass ich Ihre indirekten Unterstellungen, ich würde da versuchen, irgendwie Unternehmen zu schädigen, wirklich zurückweisen muss, und ich gebe Ihnen ein Bild mit, über das Sie nach dieser heutigen Ausschusssitzung vielleicht noch ein bisschen nachdenken.

Stellen Sie sich den umgekehrten Fall vor, stellen Sie sich vor, Hubert Gorbach, der auch nicht mehr in der Politik ist, mit seiner Consultingfirma wird von Hohegger unter Beschuss gebracht, Hubert Gorbach würde mir die Rechnung zukommen lassen, und ich würde für Hubert Gorbachs Firma als BZÖ-Fraktionsvertreter eine Pressekonferenz machen, bei der ich diese Rechnung, die sonst dem U-Ausschuss nicht vorliegt, verteile und Herrn Gorbach verteidige – als Politiker, die Privatfirma des Herrn Gorbach.

Sie können sich gar nicht vorstellen, Frau Langthaler, was der Herr – von Ihnen aus gesehen – links von mir für einen Wirbel gemacht hätte, hätte ich das gemacht. Daher habe ich das problematisiert und bleibe dabei, dass ich es für **unzulässig** halte, dass ein Mitglied dieses Ausschusses und eine politische Partei in einer Pressekonferenz die privatwirtschaftlichen Interessen und die öffentliche Vertretung einer privatwirtschaftlichen Firma und eines zu klärenden Geschäftsfalles übernimmt.

Diese Pressekonferenz hätten Sie selber machen sollen, aber nicht die Rechnung den Grünen zukommen lassen und sich dann von den Grünen verteidigen lassen und dann in den Medien zu klagen: Ich büße, dass ich für die Grünen einmal im Parlament war! – Da sind Sie schon selber schuld, wenn Sie so vorgehen, Frau Langthaler! Daher habe ich das hier auch bewusst problematisiert und ersuche Sie, das zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (zur Geschäftsbehandlung): Nur ein Satz: Stellen Sie sich vor, Hubert Gorbach hätte eine Leistung erbracht!

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Ich glaube schon, dass Kollege Petzner nicht ganz unrecht hat, wenn man sich das unter umgekehrten Vorzeichen vorstellt, aber das wäre nicht das Problem der Frau Langthaler, sondern das ist das Problem des Herrn Dr. Pilz; denn dass man als Unternehmer Interesse daran hat, Schaden von seinem Unternehmen fernzuhalten, ist wohl nachvollziehbar, aber den Wirbel hätte Herr Pilz jedenfalls gemacht, keine Frage.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Herr Abgeordneter Petzner, Sie haben jetzt noch eine letzte Frage, weil Sie an sich die Redezeit schon fast aufgebraucht haben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich habe noch eine Schlussfrage von vielen, vielen Fragen, die ich noch hätte an die Frau Langthaler. Für diese Runde noch einmal konkret gefragt: Sie haben vorher auf meinen Vorhalt hin diese Sponsorenbeiträge, Aufwandsersätze beziehungsweise Sponsorenerträge – Jahre 2002 und 2009 – als **Durchlaufposten** bezeichnet und das so abgetan.

Was sind das für Durchlaufposten? Ich meine, dass man 268 000 € als Durchlaufposten bezeichnet, finde ich doch ein bisschen merkwürdig.

Können Sie da nähere Angaben dazu machen, um welche Durchlaufposten es sich da handelt? Ich verweise darauf, dass auch der Herr Hohegger immer wieder gesagt hat, irgendwelche Telekom-Gelder waren nur Durchlaufposten über seine Firma Valora. Daher frage ich das.

Monika Langthaler, M.Sc.: Dieses Projekt ist eine große internationale Energiekonferenz. Dieser Durchlaufposten wird von mehreren Steuerberatern – weil ich das Geld oder dieses Projekt sozusagen und auch die Verträge treuhändig verwalte – genau überprüft, und ich würde in Teufels Küche kommen, wenn da auch nur **ein Cent** nicht stimmen würde. Das ist eine große internationale Konferenz, und die kostet nun auch einmal Geld und ist zigfach geprüft.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich hätte noch ein paar Fragen zu dem, was vorher nicht beantwortet werden konnte, nämlich zum Umfang der Leistungen zwischen 2001 und 2009 der **brainbows** an die **Telekom**.

Sie haben vorher gesagt, Herr Kollege Petzner weiß nicht, was es bedeutet, für 15 Leute Gehälter zu bezahlen. Das heißt, ich darf davon ausgehen, dass die Firma brainbows 15 Mitarbeiter hat? (*Die Auskunftsperson nickt bejahend.*) – Wer war da zuständig für den operativen Bereich? Da sind Sie ja geschäftsführende Gesellschafterin. Sind Sie das noch? Oder sagen wir: Waren Sie das in der gesamten Zeit zwischen 2001 und 2009?

Monika Langthaler, M.Sc.: Ja, das war ich und bin ich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wer war dort dafür zuständig, Rechnungen auszustellen und Rechnungen zu unterschreiben?

Monika Langthaler, M.Sc.: Rechnungen werden bei uns in der Buchhaltung ausgestellt, unterschrieben wird das von einem der Geschäftsführer; bis vor Kurzem waren wir zwei, jetzt sind wir drei.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sie konnten vorher nicht beantworten, wie groß die Summen sind, die jährlich an Beratungsvolumen an die Telekom Austria abgerechnet worden sind.

Haben Sie so viele Kunden, dass Ihnen das gar nicht erinnerlich ist, wie hoch diese Beträge waren?

Können Sie sagen, ob das einer Ihrer größeren Kunden war, oder können Sie sagen, das war einer Ihrer unwesentlichen Kunden? – Damit wir da vielleicht ein bisschen eine Erhellung bekommen.

Monika Langthaler, M.Sc.: Die Telekom war natürlich für uns ein wichtiger und ein sehr guter Kunde, so wie andere auch. Also es ist nicht mein größter Kunde gewesen, aber es war sicher einer von meinen wichtigen Kunden und großen Kunden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wie kann man sich das vorstellen: War das 80 Prozent vom Gesamtumsatz?

Monika Langthaler, M.Sc.: Na, da wäre ich ja ... Nein, natürlich nicht.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich meine, wenn das ein wesentlicher Kunde war, dann müsste es Ihnen ja erinnerlich sein – in etwa –, wie hoch der Umsatz war, den Sie mit der Telekom gemacht haben.

Monika Langthaler, M.Sc.: Also ich glaube, es wäre jede Unternehmerin schlecht beraten, wenn sie 80 Prozent Umsatz nur von einem Kunden hätte, und das werden Sie sicherlich wissen. (*Abg. Tamandl: Ich frage Sie ...!*) Also das ist natürlich nicht so. Ich kann Ihnen jetzt nicht die Prozentsätze sagen; es war ein größerer Kunde.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich hätte schon ganz gern die Beträge gewusst, aber offensichtlich wissen Sie die Beträge nicht, also hätte ich ganz gern gewusst, wie groß das Volumen Ihres Gesamtumsatzes war, was Sie an Leistungen für die Telekom Austria verrechnet haben.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ich kann Ihnen nicht die genaue Summe sagen. Es war ein Kunde, der für uns wichtig war. Ich habe vorher versucht, Ihnen zu erklären, wie viel ein Nachhaltigkeitsbericht kostet – auch je nachdem, weil wir dann wieder aufdröseln müssen.

Es ist nun einmal so in diesem Geschäft, dass manchmal zum Beispiel ein Nachhaltigkeitsbericht als Gesamtes in Auftrag gegeben wird; dann kümmern wir uns auch um Layout, um Druck, um die Graphik, machen es aber nicht selber, sondern arbeiten mit Sub-Unternehmen zusammen. Und dann ist der Auftrag gleich fast mehr als das Doppelte so hoch wie die inhaltliche Arbeit, die wir machen. Das ist aber ganz normal und betrifft sowohl Geschäftsberichte als auch Nachhaltigkeitsberichte – egal, in welchem Bereich.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Die Frage, die ich mir halt stelle, ist: Ich denke, wenn Sie jetzt so in den letzten Wochen und Monaten immer wieder über sich in der Zeitung gelesen haben, verärgert waren, dass Ihr Unternehmen vielleicht dadurch geschädigt wird, dass Sie sich ansehen, welche Geschäftsbeziehungen Sie mit der Telekom Austria hatten und wie hoch die dementsprechenden Umsätze aus diesen Geschäften waren, die Ihre Firma lukriert hat.

Darum wundert es mich ein bisschen, dass Sie uns überhaupt keine Auskunft darüber geben können, wie hoch das Volumen war – zumindest in den gesamten Jahren 2001 bis 2009.

Monika Langthaler, M.Sc.: Ja, es wundert Sie, und ich sage Ihnen noch einmal als Unternehmerin und Geschäftsführerin (*Abg. Tamandl: Eben! Als Geschäftsführerin!*), dass ich einfach nicht über diese Summen hier sprechen kann, weil ich sie auch nicht weiß. Wir haben von 2001 bis 2009 laufend Projekte gemacht, und die sind alle konkret nachweisbar mit Verträgen und mit Gegenleistungen. Das sind Nachhaltigkeitsberichte, Umweltmanagementsysteme; es gibt dazu einfach immer entsprechende Leistungen.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Wenn Sie vorher gesagt haben, Sie waren bei der Filmhof Veranstaltungs- und BetriebsgmbH nie operativ tätig, was haben Sie dort dann konkret gemacht? Was war dort Ihre Tätigkeit, Ihre Aufgabe?

Monika Langthaler, M.Sc.: Es war und ist meine Aufgabe, dass ich für diese Kulturveranstaltung werbe, dass ich mich natürlich auch darum kümmere – oder versuche, zu unterstützen –, welche Sponsoren wir bei Filmhof für die Kulturveranstaltungen haben; wir haben beispielsweise – habe ich Ihnen erzählt – Raiffeisen oder andere Unternehmen. Natürlich bemühe ich mich da, dass wir entsprechende Unterstützung von diesen Unternehmen für Sponsoringleistungen haben und dass dann dort vor Ort auch Veranstaltungen gemacht werden.

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ist Ihnen bekannt gewesen, dass die Finanz eine Strafanzeige gegen die Filmhof gemacht hat, weil am 25. August 2009 um 9.30 Uhr auf einer Baustelle der Filmhof in Asparn an der Zaya Nummer zwei Beschäftigte tätig waren, die aus Polen gekommen sind und keine aufrechte Ausländerbeschäftigungsbewilligung hatten?

Monika Langthaler, M.Sc.: Nein, das ist in der Form nicht richtig, was Sie sagen. Es hat erstens nichts mit der Telekom zu tun, es waren Umbauarbeiten ...

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Ich wollte Sie nur fragen, ob Sie davon gewusst haben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Ich muss mich im Sinne des Verfahrensanwaltes einschalten und darauf hinweisen, dass die Frage das Beweisthema **Telekom** ist.

(Abg. Dr. **Rosenkranz**: Vielleicht haben die polnischen Arbeiter Handys gehabt ...!) – Ja, dann müsste die Frage so gestellt sein.

Es besteht noch die Möglichkeit, Zusatzfragen zu stellen. – Bitte, Abgeordneter Petzner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ein paar kurze ergänzende Fragen. Erster Punkt: Sie können die Umsätze **brainbows** – **Telekom** nicht nennen.

Konkrete Frage: Wären Sie so nett und sind Sie bereit, zuhause in den Unterlagen nachzuschauen und dem U-Ausschuss diese Zahlen nachzuschicken? Kurze Antwort: ja oder nein?

Zweite Frage: ja oder nein? Woher hat Peter Pilz konkret die Rechnung, die ich zitiert habe, vom 20. Februar 2003, die er am 20. Februar 2012 in einer Pressekonferenz zitiert hat? Woher hat Pilz die Rechnung konkret bekommen und von wem; haben Sie diesbezüglich mit ihm Kontakt gehabt? Und auf wessen Initiative hin hat Pilz diese Pressekonferenz gemacht?

Absolut letzte Frage: Sie haben gesagt, die Telekom ist ein wichtiger Kunde für Sie. Ich habe da auf Ihrer Homepage auch nachgeschaut, die mittlerweile neu gestaltet ist, glaube ich: Da gibt es eine ganze Referenzliste, wenn man länger sucht, da steht natürlich auch die Telekom Austria für die Jahre 2002, 2004 und 2006 drauf. Man kann beim Thema **Nachhaltigkeit** auch einen Folder runterladen, und da kommen alle Firmen vor, die auch versteckt auf der Homepage als Referenz geführt werden – bis auf die Telekom.

Darf ich Sie fragen: Warum scheint die Telekom in diesem Internetfolder, den man downloaden kann, in der Referenzliste in der Broschüre „CSR und Nachhaltigkeit“ nicht auf, alle anderen Firmen aber schon? Ich lege Ihnen die entsprechende Internetunterlage vor und bitte Sie, diese drei kurzen Fragen konkret, kurz und bündig – aber wirklich konkret, weil ja die Zeit vorgeschritten ist – und vollständig zu beantworten.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Monika Langthaler, M.Sc.: Herr Petzner, bei der letzten Frage, da haben sie recht; das ist ein Fehler, das werden wir auch korrigieren, weil das ganz einfach fehlt. Das ist nicht ... Ich meine, ich habe ja sogar die Berichte da, und das ist ja kein Geheimnis.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also es ist Zufall, dass die Telekom da nicht draufsteht?

Monika Langthaler, M.Sc.: Sagen Sie, glauben Sie ... Es ist ja kein Geheimnis, dass wir für die Nachhaltigkeitsberichte ... Wir haben die sogar präsentiert, mit ein paar Journalisten. Also das ist wirklich kein Geheimprojekt. Das sind öffentliche Veranstaltungen gewesen, mit Stakeholder-Foren. Sie haben recht: Es fehlt scheinbar auf der Homepage; wir werden das nachholen; also das ist ein Fehler.

Zum Verteilen der Rechnung: Das habe ich Ihnen vorher ja schon konkret gesagt. Also das war einfach zu einem Zeitpunkt, als ich noch nicht einmal wusste, dass ich hier als Auskunftsperson geladen wurde, eine Information an einige Journalisten, und die ging auch an den Grünen Klub – als Information – oder an den ... ich glaube nicht an den ... Das kann Ihnen vielleicht der Abgeordnete Pilz besser beantworten als ich, weil ich es nicht weiß, ich habe es nicht geschickt. (*Zwischenruf des Abg. Petzner.*) – Ja, ich habe es nicht geschickt.

Und bei der letzten Frage sage ich Ihnen noch einmal, dass ich gut beraten bin als Geschäftsführerin und Unternehmerin, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse auch

entsprechend zu wahren. Einfach alles, was für diese Untersuchung hier im Ausschuss relevant ist, habe ich Ihnen zigfach erklärt, und mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, ich nehme zur Kenntnis, dass Sie nicht bereit sind, Ihre Geschäftssummen in Sachen Telekom bekanntzugeben. Andere waren sehr wohl dazu bereit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt der Auskunftsperson Ing. Monika **Langthaler**, verabschiedet diese – und ersucht darum, die **nächste Auskunftsperson** in den Sitzungssaal zu bitten.

14.39

14.41

Auskunftsperson Heinz Lederer

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von **Heinz Lederer** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen welcher Natur auch immer unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals, Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Lederer, ich danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie an Ihre **Pflicht** zur **Angabe der Wahrheit** und an die strafrechtlichen Folgen einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. – Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet **Heinz Lederer**. Ihre weiteren Personaldaten liegen sowohl der Parlamentsdirektion als auch mir vor.

Sie waren im Zeitraum des Untersuchungsthemas auch nicht in einem öffentlichen Bedienstetenverhältnis.

Herr Lederer, auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Wir können nun mit der Befragung beginnen. Es kann allerdings Ihrerseits die Möglichkeit in Anspruch genommen werden, dass Sie in einer 10-minütigen Erzählung dem Ausschuss Ihre Sicht der Dinge mitteilen. (*Die Auskunftsperson bejaht dies.*)

Auskunftsperson Heinz Lederer: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte die Möglichkeit ergreifen, kurz viele Sachen, die hier angesprochen wurden, auch aus meiner Sicht darzustellen.

Als Erstes möchte ich Sie darüber informieren, dass ich nach den Feststellungen von Herrn Hohegger im Oktober 2011 meinen Steuerberater, den Geschäftsführer der Steuerberatungskanzlei Appellator Mag. Klaus Fritsch damit beauftragt habe, meine beiden Konten, sowohl mein **privates** als auch mein **Businesskonto**, nämlich das der **Lederer Communications GmbH**, einer gutachterlichen Überprüfung auf allfällige Zahlungen an sämtliche Parteien, insbesondere die SPÖ, deren Vorfeldorganisationen, Gewerkschaften oder Jugendorganisationen oder auch aktive oder ehemalige Politiker zu unterziehen.

Ich bin jederzeit gerne bereit, Ihnen das Gutachten auch zu geben. Ich werde es aber der Frau Vorsitzenden, wenn ich darf, überreichen, sodass Sie dann auch nachher das anschauen können und wir zügig zur Befragung kommen.

Das Ergebnis dieses Fachgutachtens ist eindeutig: Ws gibt weder von meinem Businesskonto noch von meinem Privatkonto von 2001 bis zum heutigen Tag irgendwelche Zahlungen an politische Parteien oder politische Funktions- oder Mandatsträger.

Dieses Prüfungsergebnis Ihnen bekanntzumachen, war mir erstens einmal wichtig, um dem Ausschuss auch zu zeigen, dass ich mich da auch vorbereitet habe, aber auch meinen Mitarbeitern und meinen Kunden zu signalisieren, da gibt es gläserne Kassen, da wird nichts weitergegeben.

Zum zweiten Punkt, meine Tätigkeit und Leistungen für den Konzern Telekom Austria.

Die Tätigkeiten der **Lederer Communications GmbH** für die **Telekom Austria** begannen im Herbst 2001 und wurden vertraglich wie folgt schwerpunktmäßig im Umfeld vertriebsunterstützender Maßnahmen und Marketingberatung festgelegt; das geht auch aus den Verträgen eindeutig hervor.

Das bedeutet, dass ich in den Leistungsjahren 2001 bis 2008 den Großteil meiner Tätigkeit für die Telekom Austria im Bereich Vertriebsunterstützung geleistet habe. Inhaltlich und organisatorisch umfassten diese Tätigkeiten eine Bandbreite von Stakeholder-Kommunikation, Reputationsmanagement, Medienarbeit, Journalistenbetreuung, Hintergrundgespräche, interne und externe Unternehmenskommunikation, strategische Öffentlichkeitsarbeit und den Event-Bereich sowohl für Mitarbeiter als auch für Großkunden, auch über Österreich hinaus, weiters die Change Kommunikation, vor allem im Bereich von Restrukturierungsmaßnahmen, da vor allem im Mitarbeiterbereich.

Zur Veranschaulichung ganz kurz – ich will Sie da nicht langweilen – zwei Beispiele.

Ab 2001 gab es durch den Niedergang der Internetanbieter große Image- und Marktprobleme bei **jet2web**, dem damaligen Marktführer und der Cashcow der Telekom Austria. Da war die Herstellung einer strategischen Kommunikationsbasis vom Lieferanten bis zur Internet Community und den Stakeholdern sowie Spitzenjournalisten gefragt, um einen schweren Einbruch im Vertrauen und damit verbunden einen nachhaltig ökonomischen Schaden vom Unternehmen abzuwenden. Wie sich vielleicht einige noch erinnern können, wäre **jet2web** jenes Vehikel gewesen, wo die Telekom Austria noch einmal an die Börse gehen wollte. Das hat sich natürlich über viele Monate und sogar Jahre gezogen.

Ein zweites Beispiel: Ab 2003 entstand durch die internationale Marktsituation und die eingeholten Analysen von großen Unternehmensberatern ein massiver Druck auf Abbau und Umbau im Telekom Austria-Mitarbeiterbereich. Das führte zu schweren Vertrauenskrisen bei den MitarbeiterInnen und gleichzeitig zu einem höchst problematischen Unternehmensimage. Sie können sich vielleicht noch erinnern, dass bis vor wenigen Jahren die Telekom Austria sogar einen sogenannten **Arbeitspool** hatte, wo es darum ging, Arbeitnehmer, die man nicht mehr direkt jeden Tag beschäftigen konnte, in diesen Pool abzuschieben.

Da war es meine Aufgabe, in einer offensiven Kommunikationsstrategie von Assessment Centers, Umschulungen, Lehrlingsoffensive bis hin zur Etablierung neuer Geschäftsfelder zu zeigen, dass man bereit ist, den **Stakeholder-Gedanken** und nicht nur den Shareholder-Value in den Vordergrund zu stellen.

Für all jene Aktivitäten, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, gibt es selbstverständlich nicht nur entsprechende Aufzeichnungen, sondern auch die jeweiligen Ansprechpartner der ersten Berichtsebene der Telekom Austria, die über viele Jahre mit mir gemeinsam eng zusammengearbeitet haben.

Im Jahr 2002 wurde ich dann von meinem Auftraggeber ersucht, mich im Zusammenhang mit der Hohegger Communication einzubringen, mit der es einen Jahresrahmenvertrag gab. Also die Telekom Austria hielt es zum damaligen Zeitpunkt für sehr sinnvoll und auch erforderlich, eine klare Berichts- und Vertragsstruktur, in diesem Fall mit der Hohegger Communication, zu haben.

In all meinen Verträgen mit der Telekom Austria – ich werde Ihnen das nachher noch ausführen, wenn es hiezu Fragen gibt – und somit auch jenen über die Hohegger Communication waren die damals üblichen Honorarsätze unterlegt, die damals und auch heute von allen PR- und Lobbying-Unternehmen angewandt werden, das heißt ungefähr Tagsätze zwischen 2 000 und 3 000 €.

Der Sprecher der ALPAC, der Lobbyisten und PR-Agenturen, hat das auch wieder festgestellt. Im „profil“ gibt es eine Unzahl von Äußerungen von prominenten PR-Leuten, wo man nachlesen kann, dass das durchaus handelsüblich war.

Meine sämtlichen mit der Hohegger Communications verrechneten Leistungen wurden nur zu einem geringen Teil mit Herrn Hohegger persönlich, mehrheitlich aber mit vielen Senior- und Juniorpartnern der Hohegger Communications abgewickelt. Da gab es über die Jahre Hunderte von Besprechungen, Meetings, Workshops, Medientrainings, das heißt, meine Verträge waren auf ungefähr fünf bis sechs Tagsätze im Monat abgestellt, daraus ergeben sich auch manchmal die Summen, und hatten eine breite Palette.

Wichtig ist mir noch – vorletzter Punkt –, dass ich grundsätzlich festhalten möchte, dass ich mit der Valora kein Vertragsverhältnis hatte, sondern immer nur mit der **Hohegger Communications**.

Meine Leistungen für die Telekom Austria waren – wie vorhin erwähnt – klar definiert und transparent, aber auch meine jeweiligen Ansprechpartner wussten zu jedem Moment, welche Aufgabenstellung für welchen Auftraggeber mein Unternehmen und ich als Geschäftsführer hatten, und dieses war im geringsten Teil „klassisches“ Lobbying.

Das ist das, was heute auch im Lobbying-Gesetz, wenn es bald beschlossen wird, kommt. Dann ist es klar, dass ich da überhaupt keine verdeckte Aktion gesetzt habe, sondern dass ich die Kommunikation klar und deutlich ausgerichtet habe, wofür und für wen ich arbeite.

Wenn Sie die Rankings von renommierten PR-Agenturen der letzten Jahre zurückverfolgen, werden Sie per Eigendefinition bei diesen sehen, dass zwischen 20 Prozent und 50 Prozent Lobbyingtätigkeiten im PR-Umfeld drinnen waren. Bei mir waren es unter 20 Prozent. Meine Gesprächspartner waren vielmehr Stakeholder in unterschiedlicher Zusammensetzung: abhängig von Thema und Aufgabenstellung. Der klar überwiegende Teil meiner Leistungen war auf vertriebsunterstützende Maßnahmen bezogen. Legales Informationslobbying im Umfeld von Gesetzesmaterien ist die Ausnahme und kann ich Ihnen beispielhaft aufzählen: Beamtendienstrecht, Versetzungsschutz, Versetzungsmöglichkeiten zu anderen Bundesbehörden.

Die Gespräche mit den medial erwähnten SPÖ-Politikern beschäftigen sich hauptsächlich mit der Stakeholder Kommunikation – und nicht mit konkretem Gesetzeslobbying.

Zum Abschluss möchte ich noch festhalten, dass ich meine Tätigkeit als Kommunikationschef der SPÖ bereits **1999**, also vor mehr als 13 Jahren, **beendet** habe, niemals Abgeordneter oder politischer Funktionsträger der SPÖ war.

Danach war ich drei Jahre lang in Österreich und in Deutschland Geschäftsführer von privaten Unternehmen und habe 2001 mit der Gründung meines eigenen Unternehmens neben der Telekom Austria bis heute vor allem Kunden aus dem privatwirtschaftlichen Sektor betreut.

Es war mir außerdem sehr wichtig, dass ich nach meinem Ausscheiden aus der Politik bis zum heutigen Tag weder Ministerien noch politische Parteien, noch deren

Vorfeldorganisationen zu meinen Kunden gezählt habe oder zähle. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Petzner das Wort.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Lederer, danke für Ihre Ausführungen!

Wenn ich das richtig zusammenfasse, besteht da eine Geschäftsbeziehung mit der Telekom Austria direkt oder indirekt seit dem Herbst 2001.

Können Sie mir genau schildern, mit wem Sie damals dieses Vertragsverhältnis auf wessen Initiative mit welchen Personen, mit welchem Inhalt geschlossen haben? Gibt es da einen schriftlichen Vertrag? Wenn ja: Was beinhaltet dieser? Und mit wem haben Sie dieses Vertragsverhältnis gehabt? Mit welchem Geschäftsvolumen insgesamt?

Heinz Lederer: Es war so, dass ich 2001 als Lion-Vorstand ausgeschieden bin und mich Herr Fischer gefragt hat, ob ich nicht im Vertriebsbereich mithelfen will. Ich habe es schon erwähnt: mit **jet2web**. Als jemand, der in Deutschland mit **Lion** praktisch der Marktführer war, glaube ich, dass die Marketingfahrung da durchaus für mich gesprochen hat.

Herr Fischer hat mich dann weitergeleitet an den Herrn Steinringer. Anton Steinringer war für die Großkunden zuständig. Ich habe in all meinen Verträgen – ich will sie nicht ewig lang zitieren, weil die sind nämlich wirklich dick – immer drinnen stehen, dass es auch darum geht, allen anderen ersten Berichtsebenen – also ich will jetzt nicht alle Herrschaften da aufzählen –, mit denen also zusammenzuarbeiten. Das ging vom Betrieb über IT, über Mass-Market, also Massenkunden. Das waren meine Hauptauftrags- und Ansprechpartner.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Und diesen Vertrag Herbst 2001, den haben Sie mit der Telekom Austria abgeschlossen oder über die Hohegger Com?

Heinz Lederer: Nein, mit der Telekom Austria.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Direkt mit der Telekom Austria? (*Heinz Lederer: Ja!*) – Welche Vertragsverhältnisse hatten Sie mit der Hohegger Com?

Heinz Lederer: Mit der Hohegger Communications – was ich eben auch schon versucht habe, auszuführen – waren es neben der Telekom Austria auch andere Kunden, die ich im Sub-Auftrag betreuen durfte. Ich bitte aber um Verständnis, dass das Untersuchungsthema heute ja nicht die anderen Kunden sind, sondern die **Telekom Austria**. Mit dieser habe ich auch mit Herrn Hohegger Verträge gehabt.

Es geht darum: Die Aufgabe im PR-Bereich war – wie ich zuerst aufgezählt habe – viel breiter gestreut. Das war von interner Mitarbeiterkommunikation bis zu ... – Wenn Sie wollen, kann ich es Ihnen konkret dann ausführen; aber das war eben die PR-Schiene.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zu diesem Vertrag: Sie haben einen Vertrag mit der Telekom Austria direkt und einen als Sub-Unternehmer für die Hohegger Com im PR-Bereich.

Ist dieser eine Vertrag mit der TA schriftlich? Ist auch der Hohegger Com-Vertrag schriftlich?

Heinz Lederer: Der war schriftlich, ist aber in Teilen dann verändert worden. Ich weiß jetzt nicht mehr, mir liegt er nicht mehr vor, aber er muss in der Hohegger Communications nachzuvollziehen sein.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Beide Verträge sind von wann bis wann gelaufen? Beide Verträge sind mit welchem gesamten finanziellen Geschäftsvolumen

gelaufen? Ich frage das deswegen, weil es da widersprüchliche Angaben von Hohegger in den Medien, hier im Ausschuss und auch von Ihnen gibt. Sie haben sich sogar einmal in der APA beschwert, dass die Summen nicht stimmen.

Daher frage ich Sie hier konkret: Wie sind die Geschäftsvolumina insgesamt mit dem Vertrag **Telekom Austria** direkt?

Von wann bis wann war das mit diesem Vertrag über Hohegger Com als Sub-Unternehmer? Und von wann bis wann war das dort, plus Geschäftsvolumen?

Heinz Lederer: Der Vertrag mit Hohegger war 2001 bis 2006. Er beschäftigte sich mit ... – Ich kann jetzt auch nicht jedes Jahr nachvollziehen, bitte da um Verständnis, ich habe mir jetzt auch nicht jede Zahl herausgesucht, aber ich kann Ihnen sagen, dass es, wie ich zuerst erwähnt habe, im Umfang zwischen drei bis sechs Tagsätzen war, im Volumen insgesamt, beides umfassend. Manchmal war es weniger – es ist ein Abrufvertrag –, manchmal war es etwas mehr.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie mir das Gesamtvolumen dieses Vertrages nennen mit der Hohegger Com von 2001 bis 2006?

Heinz Lederer: Nein, ich habe es nicht zusammengezählt. (*Abg. Petzner: Was bitte? Noch einmal!*) – Ich habe es jetzt nicht en detail zusammengezählt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Können Sie es zirka schätzen? Sie haben sich ja öffentlich darüber beschwert, dass die Summen, die Hohegger genannt hat, völlig falsch sind. Daher gebe ich Ihnen jetzt die Möglichkeit, insgesamt die korrekten Summen zu nennen, und ersuche Sie nochmals, das für **beide Verträge** zu tun.

Heinz Lederer: Die korrekten Summen sind zwei bis fünf Tagsätze. Ich kann Ihnen nicht jede Summe aufzählen, weil ich es nicht zurückrechnen kann. Ich will jetzt nicht im Kopf da durch die Gegend rechnen, weil es – ich bitte Sie da um Aufmerksamkeit – um **Abrufverträge** gegangen ist. Das ist nicht immer 1 : 1, sondern die Telekom ruft die Leistungen ab, und damit ergibt sich dann eine Summe. Ich habe mir jetzt nicht jedes angeschaut.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Wie hoch ist ein Tagsatz?

Heinz Lederer: 2 000 € bis 3 000 €. 2 000 € ungefähr bei mir. Auch das variiert natürlich pro Jahr, aber es ist niemals dieser Hochsatz des Herrn Hohegger angekommen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Hohegger hat ausgesagt im U-Ausschuss, hat von einem Geschäftsvolumen gesprochen von insgesamt 1,2 bis 1,5 Millionen €, die Sie erhalten hätten. Davon seien 700 000 € für Lobbying für die Telekom Austria zu rechnen, der Rest für Lobbying im Zusammenhang mit den ÖBB und dem teilstaatlichen Flughafen Wien. – So ein APA-Bericht vom 17. Februar 2012.

Können Sie diese Summen des Herrn Lederer bestätigen oder nicht? Und wenn nein: Können Sie uns die richtigen Summen nennen?

Heinz Lederer: Ich kann Ihnen bestätigen, dass diese Summe nicht erreicht wurde, weil es auf Tagsatzbasis abgerechnet wurde, und deshalb ist es **weit darunter**. Außerdem kann ich Sie darauf nur hinweisen, dass Herr Hohegger scheinbar brutto dazugerechnet hat, und das ist nicht Lohnbestandteil bei mir gewesen, weil ich sie abführen muss. Also es sind unterschiedliche Höhen über den Zeitraum. Das kann ich Ihnen bestätigen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Sie können uns auch für den anderen Vertrag, den Sie direkt mit der Telekom Austria gehabt haben, also reden Sie nicht vom

Hochegger als Subunternehmer-Auftrag, sondern von dem Vertrag aus dem Herbst 2001 direkt mit der TA.

Heinz Lederer: Nein, hören Sie zu, ich habe Ihnen die Tagsätze gesagt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gilt es eben für beide Verträge.

Heinz Lederer: Fünf bis sechs Tagsätze im Monat.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann frage ich Sie konkret zu Ihrem Hochegger Com-Vertrag. Da sagt der Herr Hochegger in einer Beschuldigtenvernehmung vom 31. Oktober dazu, dass es da vor allem gegangen sei um die Kontaktpflege zur Politik.

Zitat Hochegger: „Prinzipiell war Lederer zuständig für die Kontakte zur SPÖ sowie zu ‚Schlüsseljournalisten‘ und Herausgebern.“

Es habe im Jahr 2002 begonnen.

Und weiters: „Im Rahmen dieses Rahmenvertrages zahlte die Hochegger Com glaublich 90.000 Euro netto pro Jahr weiter an Lederer.“

Hochegger nennt dann konkret als Ihre Aufgaben „zB wenn ein Termin von der TA mit Gusenbauer und Cap gewünscht worden“ war oder wenn es „gewisse ‚Themenplatzierungen mit Telekom-Bezug‘“ in Richtung SPÖ, wenn die dort hätte stattfinden sollen, dass das Ihre Aufgabe war.

Zusammenfassend gesagt: Ihr Job war es, die Kontakte zur SPÖ zu pflegen, zum damaligen Bundeskanzler ab dem Jahr 2006 Gusenbauer, zu Cap, zu anderen Personen der Sozialdemokratie.

Können Sie diese Angaben bestätigen? Wenn ja: Zu welchen sozialdemokratischen Politikern haben Sie die Kontakte hergestellt? Zu welchen Schlüsseljournalisten haben Sie die Kontakte hergestellt oder Gespräche geführt? Mit welchen Herausgebern haben Sie Gespräche geführt im Rahmen Ihres Subunternehmer-Rahmenvertragsverhältnisses mit Hochegger Com?

Heinz Lederer: Also erstens einmal, Ihre Zusammenfassung ist etwas verkürzt, weil, wie Sie ja gelesen haben, geht es um die Kommunikation, um andere Aktivitäten mit Journalisten. Sie kommen zum letzten Schluss und sagen, also ist die Zusammenfassung, ich habe die Kontakte zur SPÖ hergestellt. Ich meine, Sie haben die ganze Breite aufgezählt. Ich habe es auch darzustellen versucht. Ich habe es auch in einem Interview im „profil“ sehr klar dargestellt, dass es darum gegangen ist, dass, wenn man so will, Berater, PR-Berater, Lobbyisten einfach die Vorbereitung für diese Termine machen und in dieser Vorbereitung natürlich sehr viele Gespräche, Hintergrundaktivitäten et cetera setzen.

Entschuldigen Sie, dass ich da noch fortfahre. Aber die Gesprächsanbahnung erfolgt bei Vorstandsvorsitzenden und Vorständen von großen Unternehmen über deren Sekretariate. Bei Oppositionsführern gibt es Sekretariate und natürlich auch bei Bundeskanzlern.

Also ich habe nicht Termine koordiniert und war auch bei wenigen dabei. Es hat auch persönliche Termine gegeben, die Vier-Augen-Termine waren. Also meine Position war eher in der Vorbereitung und in der Nachbetreuung von Terminen, wie ich es darzustellen versucht habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich versuche es anders. Ich lese Ihnen nur Aussagen des Herrn Hochegger vor und befrage Sie dazu. Wenn Sie mit diesen Ausführungen nicht zufrieden sind, bitte sich bei Herrn Hochegger zu beschweren, nicht bei mir. Ich lese nur vor.

Ich versuche es noch einmal mit einem anderen Zitat. Hochegger, vom 29.11., sagt – ich zitiere –:

Ich lernte Herrn Steinringer durch Heinz Lederer kennen. Herr Lederer war für mich als Lobbyist tätig und war dafür zuständig, das Geschick der Telekom Austria besonders in Bezug auf die Sozialdemokratie positiv zu beeinflussen. – Zitatende.

Und ich frage Sie jetzt ganz konkret zu diesen Aussagen des Herrn Hochegger: In welcher Form und mit welchen konkreten Taten, Worten und Werken haben Sie „positiv beeinflusst“?

Ich wiederhole auch das, was ich von der zweiten Beschuldigtenvernehmung vorgelesen habe, wo Hochegger Sie als Kontaktperson zur SPÖ nennt und konkret die Namen Gusenbauer und Cap und hier von **Kontaktpflege zur Politik** spricht.

Darum frage ich Sie ganz konkret zu diesen beiden Hochegger-Aussagen, welche Wahrnehmungen Sie dazu haben und welche Taten, Worte und Werke Sie da gesetzt haben.

Heinz Lederer: Erstens einmal habe ich versucht, es in meinem Vortrag klarzustellen: Das war nicht das ausschließliche Aufgabenfeld.

Herr Hochegger verkürzt. Sie selber haben ja seine Aussage, glaube ich, recht gut wiedergegeben, dass er gesagt hat: Zu Spitzenjournalisten, Herausgebern, et cetera, et cetera, Kontakte.

Das Zweite ist – ich bitte auch um Verständnis –, ich habe es Ihnen auch darzustellen versucht: Die Aufgabe von PR-Leuten ist, im Vorfeld ihre Kunden zu informieren und mit ihnen Strategien zu entwickeln. Das war meine Aufgabe. – Das Gespräch, die Gesprächstermine führen diese Personen selbst.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich versuche es mit einem dritten Zitat, und ich ersuche Sie, meine Fragen konkret zu beantworten. Ich frage Sie nach konkreten Personen, Taten, Worten und Werken, was diese Kontaktpflege zur SPÖ betrifft, und halte Ihnen ein weiteres drittes Zitat vor und hoffe, dass Sie mir dann direkt und konkret antworten – und nicht immer ausweichen.

Was Sie sonst noch als PR-Mann gemacht haben – ich kenne mich da aus –, das brauchen Sie mir da nicht alles zu erklären. Ich befrage Sie zu Ihren konkreten Kontakten zur **Sozialdemokratie**; darauf will ich Antworten.

Hochegger nennt Sie, Lederer, und Meischberger als seine wichtigsten Subauftragnehmer und sagt, Sie und Meischberger hätten für ihn so eine Art „Feuerlöscher-Funktion“ gehabt.

Das heißt, den „Feuerlöscher“ setze ich ein, wenn ich ihn brauche, das hat Hochegger hier gesagt.

Also Sie waren Hocheggers „Feuerlöscher“. Ein Feuerlöscher ist immer rot – oder meistens rot –; passt eh genau von der Farbe her.

Daher frage ich Sie nach dieser „Feuerlöscher-Funktion“ und frage Sie noch einmal und ersuche Sie, ganz konkret zu antworten:

In welcher Form haben Sie im Rahmen Ihres Vertragsverhältnisses mit der Hochegger Com die Stimmungslage bei der Sozialdemokratie positiv beeinflusst?

Welche konkreten Kontakte mit welchen Personen haben Sie da wann mit welchem Inhalt und mit welchem Ziel gesetzt?

Heinz Lederer: Ich möchte mich jetzt nicht verbreitern, wie ich als Feuerlöscher ausschauen würde, aber im Prinzip kann ich es mir vorstellen. – Schauen Sie, das müssen Sie den Herrn Hohegger fragen.

Ich verstehe, dass der Herr Hohegger irgendwelche Bilder malt. Warten Sie, lassen Sie mich das noch ausführen. Ich habe Ihnen in meinem Einleitungsstatement ganz klar gesagt, was meine Aufgabe war: Das war die Stakeholder-Kommunikation. Da ging es darum, dass die Telekom Austria immer wieder nur als Shareholder gesehen wurde, dass Mitarbeiter – schenken Sie mir wenigstens kurz noch die Aufmerksamkeit – hier zu Dutzenden und Hunderten nicht mehr arbeiten konnten – ja, ich sage es Ihnen jetzt gerade. Das war meine Aufgabe, das darzustellen und medial zu transportieren, dass man da einen neuen Weg geht.

Stakeholder-Kommunikation. Es geht nicht nur um das Wohl des Aktionärs, sondern auch um das Wohl von anderen. Und in diesem Bereich habe ich so etwas schriftlich als auch mit Hintergrundgesprächen, als auch bei Politikern, wenn Sie so wollen, beim Herrn Gusenbauer und beim Herrn Cap zum Beispiel auch mit denen geredet, aber hauptsächlich haben die Vorstände selbst über diese Sachen geredet.

Ist doch lächerlich, zu glauben, dass ich ein gewisses „Stalking-Prinzip“ gehabt habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Mit Blick auf die Ausschussvorsitzende und den Verfahrensanwalt muss ich Sie noch einmal ersuchen. Ich stelle Ihnen ganz konkrete Fragen, und Ihre ausweichenden Antworten sind nicht zulässig; das muss ich ehrlich sagen.

Ich habe Sie ganz konkret gefragt. Sie sagen immer, was Sie da alles gemacht haben, und Sie erklären fünfmal das Gleiche, aber beantworten **nicht** meine Frage. Ich stelle sie daher noch einmal – ich habe Ihnen drei Zitate vorgelesen –: Welche konkreten Taten, Worte und Werke haben Sie im Zusammenhang mit den Aussagen von Hohegger, Sie seien die Kontaktperson zur Sozialdemokratie gewesen, gesetzt?

Ich frage ganz konkret: Mit welchen Personen haben Sie gesprochen in der SPÖ, über welche Themen der Telekom, wann und über wessen Auftrag?

Heinz Lederer: Ich habe noch einmal versucht, es inhaltlich zu fassen. Zwei Namen sind gefallen, das sind Cap und Gusenbauer. Ich habe Ihnen noch einmal gesagt, es ist in der Vorbereitung. Ich weiß nicht, wo wir den Dissens haben. Ich habe nicht mit denen regelmäßig gesprochen. Es haben die Vorstände mit mir eine Vorbereitung gemacht – Sie kommen aus dem PR-Bereich, weil Sie es selber sagen, das sage ich Ihnen auch, dann ist das die Aufgabe. Ein PR-Mensch oder ein strategischer Kommunikationsmensch geht dort selten alleine hin und verhandelt etwas. Entschuldigung! Das ist halt die normale, gängige Praxis, dass dann der Vorstandsvorsitzende oder der Marketingchef von diesem Unternehmen hingehet.

Die Vorbereitung, ja, die Nachbetreuung auch – aber die Gespräche haben die selbst geführt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann gehen wir zu diesen Vorbereitungsgesprächen mit den Vorständen.

Wie haben konkret diese Vorbereitungsgespräche ausgesehen, wie sind die vonstattengegangen? Was war da Gesprächsinhalt, Gesprächsthema? Wie konkret hat diese Vorbereitung stattgefunden, für welche konkreten Gesprächstermine und in welchem konkreten Zusammenhang beziehungsweise zu welchem konkreten Sachverhalt?

Heinz Lederer: Ich kann jetzt nicht von den letzten zehn Jahren jedes konkrete Gespräch mit den Vorständen wiedergeben.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ein paar Beispiele reichen mir schon.

Heinz Lederer: Ich versuche es anhand von den zwei Beispielen, die ich Ihnen gesagt habe. 2001 ist der Niedergang von **jet2web** gewesen. Es hat riesige Verwerfungen in den Medien gegeben.

Der zuständige Vorstand war Herr Fischer. Herr Fischer hat gesagt, wir haben Marketing-Probleme; wenn das so weiter geht, kommen wir nicht mehr an die Börse!

Schaden also abwenden. Was können wir machen? Hintergrundgespräche mit Journalisten. Können wir versuchen, die Mitarbeiter hier zu mobilisieren, et cetera, et cetera? Das war meine Aufgabe.

Zweiter Punkt: Dieses Kompetenz-Center, wenn man so will, wo versucht wurde, die Mitarbeiter etwas aus dem Arbeitsprozess herauszunehmen.

Dritter Punkt: In den Regionen war es ganz entscheidend, dass die Lehrlingsausbildung auch weiter funktioniert. Da waren auch die Gespräche mit den Vorständen, was könnte man in bestimmten Bundesländern machen, um die Lehrlingsausbildung effizienter und stärker zu machen und natürlich mit bestimmten Stakeholdern, sprich mit Gemeinden, Kommunen et cetera, ein Ausbildungsprogramm zu entwickeln.

Nächster Punkt war – habe ich auch anzudeuten versucht – der Versetzungsschutz der Bundesbeamten. Es ist darum gegangen, immer wieder klarzustellen, dass, wenn die Telekom Austria das Problem mit den Mitarbeitern nicht in den Griff bekommt, sie immer wieder downgerankt wird an der Börse.

Also muss man ein System finden, das es Gott sei Dank heute gibt, noch nicht im umfassenden Umfang, aber wo es möglich ist, dass Mitarbeiter bei anderen Bundesbehörden ihre Tätigkeit vollbringen.

So, das waren jetzt vier.

Ich kann Ihnen davon noch zehn andere auch aufzählen, die ich gemacht habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Gut, dann machen wir eine Schlussfrage für die erste Runde. Machen wir eine eher schmeichelhafte Schlussfrage: War die Telekom Austria mit Ihren Leistungen immer zufrieden, die Sie da geleistet haben in Sachen Vorbereitung für politische Termine oder so?

Sie wirken so selbstbewusst. Ich formuliere es jetzt positiv. Ich könnte es auch ein bisschen negativ formulieren. Ich formuliere es positiv. Sie sind so selbstbewusst, daher gehe ich davon aus, dass man immer begeistert war von Ihrer Tätigkeit. – Oder ist das nicht der Fall?

Heinz Lederer: Die konkrete Antwort lautet: Meine Tätigkeit war umfassender, als Sie sie dargestellt haben. In diesen anderen Gebieten glaube ich auch, dass ich sehr gute Leistung gebracht habe. Es hat auf jeden Fall, wenn man so will, keine negativen Auswirkungen auf meine Vertragsverhältnisse gehabt.

Dass man immer noch besser sein kann – damit ich jetzt nicht weiter bei Ihnen den Eindruck erwecke, dass ich etwas hochnäsiger bin –, das ist eh klar.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Herr Lederer! Wenn ich das richtig verstanden habe, haben Sie zwei Verträge gehabt: den einen mit der Hohegger Com, den zweiten mit Telekom. Den Zugang zur Telekom haben Sie, glaube ich, bei der Vorbeantwortung schon geschildert.

Könnten Sie mir bitte sagen, wie es zum Vertrag mit Hohegger Com gekommen ist? Ist das auf Ihre Initiative hin gekommen oder umgekehrt?

Heinz Lederer: Es hat von der Telekom Austria das Interesse gegeben – wie es auch von vielen anderen Kunden und Unternehmen, mit denen ich gar kein Auftragsverhältnis habe, immer wieder den Wunsch gegeben hat –, spezielle Leistungen von speziellen PR-Agenturen anzufordern. Da nimmt man eine Gesamtagentur, das war für die Telekom Austria und für die Mobilkom jahrelang die Hohegger Communications, die ja auch eine hervorragende Reputation damals gehabt hat. Ich möchte das auch immer wieder einfließen lassen, dass ja damals das fast die Nummer eins war und die größten Kunden des Landes angesprochen und betreut hat. Für mich gab es auch niemals, nicht eine Sekunde, einen Zweifel. Deswegen war es mir auch wichtig, dieses Valora-Zitat zu bringen, ob es da irgendwelche Machinationen gibt, die nicht ich aufklären muss, sondern der Herr Hohegger, der das ja auch anscheinend tut.

Das heißt, die Telekom Austria hat gesagt: Wir würden gerne neben den vertriebsunterstützenden Maßnahmen noch PR-Maßnahmen haben, und deshalb müssen Sie oder sollen Sie mit dem Herrn Hohegger zusammenarbeiten, damit wir ein klares Berichts- und Finanzkonstrukt haben, damit nicht tausend PR-Menschen durch die Gegend rennen!

Der Wunsch der Telekom Austria.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Ist der Vertrag mit der Hohegger.Com auch von 2001 bis 2006 gelaufen?

Heinz Lederer: Der Vertrag mit der Hohegger Communications ist von 2001 – im Jahre 2002 ist er abgeschlossen worden – bis 2006 und der mit der Telekom bis 2008 gelaufen.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Das heißt, es gab von Ihrer Seite her keine Verträge mit der Valora. – Ist das richtig?

Heinz Lederer: Ja. Das ist mir wichtig, nicht, um der Valora als Vehikel da grundsätzlich Misstrauen entgegenzubringen, sondern für mich war klar, dass mein Auftraggeber wünscht, dass ich mit der Hohegger Communications arbeite, und das habe ich auch erfüllt. Mit keinem anderen! Es wurde niemals mit mir gesprochen, dass ich mit jemand anderen kontrahieren sollte. Das habe ich auch nicht getan.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Das heißt, es hat auch keine Zahlungen von der Valora auf Ihr Konto gegeben? (*Heinz Lederer: Nein!*) – Es ist zuvor angesprochen worden, dass es die Hohegger-Aussage gibt, dass Sie eben überwiegend auch Kontakte zur SPÖ und Spitzenjournalisten herstellen sollen.

Da muss man sich natürlich die Frage stellen: Waren die Kontakte vom Herrn Peter Hohegger und Walter Meischberger in Richtung FPÖ, BZÖ oder anderer politischer Parteien so gut, dass er Sie für diese Tätigkeit **nicht** benötigt hat?

Heinz Lederer: Ich habe versucht, das dem Abgeordneten Petzner etwas ausführlicher darzustellen. Ich meine, das ist eine der größten Agenturen gewesen, mit 60 Mitarbeitern. Wie man den Medien entnehmen konnte, waren Mitarbeiter aus allen Couleurs auf allen Ebenen dort beschäftigt.

Und noch einmal muss man auch sagen: Diese Mitarbeiter haben dort meiner Meinung nach keinen Tadel gehabt, sondern die haben hervorragende Arbeit geleistet – egal, welcher Couleur sie zugehörten.

Man muss ja auch sagen – da der Herr Petzner gesagt hat, er kommt auch aus der PR-Branche und kennt sich da aus –: Auch Herr Petzner wird vielleicht einmal nicht mehr im Parlament sitzen und wird seine Qualitäten auch woanders anbieten. So gesehen gibt es halt für viele dort eine Tätigkeit, mit der man auch Geld verdienen

kann. Das ist auch nichts Schandhaftes. Und so gesehen ist klar, dass die Hohegger Communications da sehr viele Aufgabenstellungen gemacht hat.

Die Valora war ein eigenes Vehikel. Da hat keiner damit irgendetwas zu tun gehabt.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Sie selbst haben in einem „Standard“-Interview einmal gesagt:

„Ich war ein Spindoktor der Telekom.“

Sie haben das dann ein bisschen abzuschwächen versucht.

Wie hat sich diese Tätigkeit – Sie haben jetzt schon einige Bereiche aufgelistet – dann tatsächlich in der normalen Arbeit präsentiert?

Heinz Lederer: „Spindoktor“, das war das Zitat des Journalisten, weil mir das seit 1999 – da sieht man, wie nachhaltig das ist –, als ich aus der Politik ausgeschieden bin, immer wieder nachgesagt oder vorgeworfen wird. Es hat ja drei Spindoktoren gegeben. Einer davon war ich. Ich bin 1999 dann in eine privatwirtschaftliche Funktion gegangen als Vorstand, als Pressesprecher.

Wie sich das abgespielt hat, ist ganz klar: Das ist die Haupttätigkeit von PR-Menschen, aber auch von Lobbyisten. Da geht es darum, relativ intensiv Gesprächstermine vom Vorstand über die erste Berichtsebene bis hinunter zur zweiten Berichtsebene genau zu analysieren: Was kann man machen?

Ein klassisches Beispiel, das ich darzustellen versucht habe: die **Lehrlingsoffensive**. –Die Telekom Austria hat einfach 2001 beim Börsegang vernachlässigt, dass sie ein wirklich regional wichtiges Unternehmen ist, das die Lehrlinge von der Steiermark oder Kärnten über Wien sehr qualifiziert ausbildet. Das war einfach ein Problem, das immer wieder unter den Teppich gekehrt wurde, weil man gesagt hat: Na gut, es geht um Shareholder Value, es geht nur darum, wie die Aktie rauf- oder runtergeht!

Meine Position damals war – und wenn man so will, hat man mich auch deshalb geholt –, dass man schauen muss, dass man den Stakeholdern – das sind ja Politiker, das sind aber auch Journalisten, das sind Leute aus der Gewerkschaft und aus anderen Bereichen – auch klar darstellt, dass die Telekom **nicht** auf die Ausbildung der Lehrlinge, **nicht** auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei den Frauen verzichtet, dass sie ein **Höchstmaß** an qualifizierten Technikern hervorbringt.

Es war die Aufgabe, das genauer zu fokussieren. – „Spinen“ würde ich heute nicht mehr verwenden.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Haben Sie in Ihrer Tätigkeit je auf eine Gesetzesveränderung irgendwo Einfluss genommen?

Heinz Lederer: Also wenn, dann maximal in der Formulierung, wie es im Lobbyinggesetz, wenn es kommt, auch stehen wird, dass ich hier natürlich Informationen versucht habe, in der Öffentlichkeit klar zu positionieren. Ich habe auch versucht, zu sagen: Versetzungsschutz von Beamten: ja!, aber wir müssen schauen, dass wir im Beamtendienstrecht Lockerungen und Veränderungen schaffen.

So gesehen schon. Aber in jeder anderen Darstellung sicherlich nicht. Das würde ich mir auch niemals in den Sinn gekommen.

Abgeordneter Johann Hell (SPÖ): Haben Sie derzeit noch Verträge mit Hohegger oder mit Telekom?

Heinz Lederer: Nein. Ist in beiden Fällen beendet, und zwar seit mehreren Jahren.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht für mich um die Darstellung eines Systems. Wir fragen da nicht nach möglichen strafrechtlich relevanten Dingen. Die sehe ich da auch nicht in diesem Sinn.

Es fällt auf, dass es offensichtlich – und Hochegger bestätigt das ja – zwei bezahlte Lobbyisten für zwei Parteien gibt, nämlich Sie, Herr Lederer, für den Bereich **SPÖ** und den Herrn Meischberger für den Bereich **FPÖ**; nehmen wir ruhig **BZÖ** dazu.

Zum Bereich **ÖVP** kommen wir dann noch. Da ist offensichtlich keine Lobbyingagentur dieser Art eingesetzt worden, sondern da geht es vor allem um den Herrn Krenn, aber auch um andere Personen. Das ist die nächste Auskunftsperson.

Sie sagen, das ging 2001 los. Herr Hochegger sagte, das ging 2002 los. Ich halte den Unterschied für geringfügig.

Ich zitiere Hochegger:

„Für die Telekom Austria war es wichtig, zu allen beste Kontakte zu pflegen. Die Lobbying-Zusammenarbeit hat mit der SPÖ begonnen, und zwar mit Heinz Lederer.“

Haben Sie gewusst, dass Sie in Bezug auf die Beeinflussung von Parteien und wichtigen Parteifunktionären der erste Lobbyist waren, den Hochegger im Sinne der Telekom beauftragt hat?

Heinz Lederer: Danke für diese grundsätzliche Frage!

Dem Herrn Hochegger sein Wording ist halt seine Sache. Da haben Sie ihm, glaube ich, auch schon relativ intensiv befragt. Ich habe es klarzustellen versucht.

Alle Kontakte, die ich dort gehabt habe, waren im minimalsten Ausmaß jene mit Peter Hochegger. Die meisten Kontakte waren einfach auf einer Arbeitsebene mit dem Senior Partner, mit dem Junior Partner. Das können die auch alle bestätigen. Der Kollege, der nach mir kommt, der Kollege Krenn zum Beispiel, hat auch für die Telekom gearbeitet, aber sachlich, inhaltlich. Alles andere entzieht sich meiner Kenntnis.

Klar ist, dass mir Herr Hochegger nicht gesagt: Ich bin der Edel-Lobbyist!, sondern dass sich Fragestellungen aus Inhalten ergeben haben. Und er hat mir auch niemals gesagt, dass ich mit dem Herrn Meischberger praktisch ein „Almdudler-Pärchen“ bin. Das hätte ich auch zurückgewiesen – nicht, weil ich den Herrn Meischberger besonders oft getroffen habe, sondern deshalb, weil ich mit der Hochegger Communications inhaltliche Arbeit geleistet und nicht irgendwelche Erfolgshonorare bekommen und nicht mit der Valora kontrahiert habe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das ist nicht der Punkt! Da geht es nur um eine rein zeitliche Abfolge.

Ich sage Ihnen, warum ich Sie das ganz am Anfang frage. Weil es einigermaßen seltsam ist, dass Sie, wenn ein großes Unternehmen sagt: Jetzt steigen wir ein ins politische Lobbying und holen uns Leute, die in den jeweiligen Parteien gut verankert sind und direkten Zugang zu den Parteispitzen haben!, dann gerade mit einer **Oppositionspartei** anfangen. **Das** ist das, was mich an diesem Punkt gewundert hat!

Wenn das Unternehmen gesagt hätte: Na ja, jetzt schauen wir einmal, dass wir uns einen freiheitlichen Verkehrsminister kaufen – wie es dann später in mehreren Fällen passiert ist – oder jetzt schicken wir den Herrn Meischberger los, denn dann haben wir einen direkten Zugang zum Finanzminister!, dann sage ich: Das verstehe ich, da geht es um Gesetze, da geht es um Verordnungen, um alles Mögliche, da geht es um direkte Interessenvertretung!

Warum beginnt der Herr Hohegger bei der SPÖ und bei Ihnen mit durchaus ordentlich bezahlter Lobbyingarbeit – es ist ja nicht darum gegangen, die Telekom in Telekom-Fragen zu beraten, sondern darum, Interessen der Telekom durchzusetzen –, warum beginnt er da bei einer Oppositionspartei? Das erschließt sich mir nicht!

Heinz Lederer: Ich glaube, dass er es auch zeitlich etwas verwirrt aufgebaut hat, denn Sie selber haben, glaube ich, schon einmal diese Frage gestellt, und das ist auch relativ klar: Die Hohegger Communications war die größte PR-Agentur von der mobilkom austria. Damaliger Auftraggeber war der Generaldirektor Sundt. Das heißt, da muss ja schon viel gemacht worden sein. Und der Herr Hohegger hat ja auch aufgezählt, wie er genau zu dem Lobbying-Auftrag der mobilkom austria gekommen ist: Indem er einfach ein Konzept, das er für einen Konkurrenten schon entwickelt hat, der mobilkom austria und dem Herrn Sundt vorgeschlagen hat.

Das heißt, das war schon lange vor mir klar – und da bin ich ja voll bei Ihnen –, dass er natürlich beste Kontakte zu jenen hat, die Gesetze machen können, die Verordnungen machen können.

Das heißt, das Festnetz ist dann zeitlich einige Jahre später gekommen, und da hat er sich dann scheinbar breiter aufgestellt.

Aber noch einmal, ich kann es Ihnen nur sagen: Für mich ist der Schluss so, dass Herr Hohegger einfach schon längst ein erfolgreiches Netzwerk gehabt hat und bei mir das einfach verknüpft darstellt. Real war immer, dass meine Leistungen, so wie ich sie zuerst aufgezählt habe, dort auch waren. Ich bin dort in Hunderten von Sitzungen gesessen und habe dort mit den Mitarbeitern sowohl Texte gemacht als auch Events geplant, und so weiter und so fort. Mir ist es auch nie so vorgekommen, dass er gesagt hat: Du, husch jetzt einmal kurz dorthin und stalke den oder bearbeite den!

Ich kann es Ihnen nur so sagen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Das entspricht ja auch meinen Erfahrungen mit Lobbying im Bereich Hohegger, dass da hauptsächlich Texte und Konzepte gemacht werden – und nicht direkt Politiker beeinflusst werden.

Trotzdem: Was wollten Sie vom Cap?

Heinz Lederer: Das habe ich klarzustellen versucht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich verstehe es trotzdem nicht.

Heinz Lederer: Es gibt zwei Punkte, die wichtig sind. Das eine ist, dass man mit dem Herrn Fischer oder mit dem Herrn Nemsic einfach Termine vorbereitet hat. Klassischer Fall: Wie können wir versuchen, die Lehrlingsoffensive stärker darzustellen, die Oppositionspartei war relativ ... – Die Telekom Austria hat da einen blinden Fleck gehabt.

Da ist es darum gegangen, das zu entwickeln, und das waren die Termine mit Nemsic, mit Fischer, mit anderen. Daraus sind dann Termine, zum Beispiel mit dem Herrn Gusenbauer, entstanden, oder, weil Sie mich konkret auf das ansprechen, ich habe versucht, in einigen Terminen ... – Hohegger tut ja so, als ob ich alle 14 Tage bei einem Oppositionsführer oder einem Klubobmann sitze! Das habe ich sicher nicht gemacht, das geht ja auch bei deren Zeitmanagement gar nicht und ist auch sinnlos, denn die Hauptaktion ist, dass der **Vorstand**, der entscheidungsfähig ist, die Gespräche führt.

Ich habe bei den Gesprächen, wo Sie mich fragen, mit Cap einfach versucht, die Stakeholder-Sicht, nämlich was tut die Telekom Austria im Arbeitnehmerbereich, vom Arbeitnehmerschutz bis zur Lehrlingsausbildung, darzustellen. Das war's.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich glaube eh, dass man den SPÖ-Abgeordneten detailliert darstellen muss als bezahlter Lobbyist, dass die Telekom etwas macht für den Lehrlingsschutz und für die Ausbildung und so weiter.

Wenn ich das so sage, lege ich ja damit nahe, dass ich das eigentlich nicht glaube, da ich den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht unterstellen möchte, dass sie keine Ahnung haben von Lehrlingsausbildung und allem anderen von Ihnen genanntem, insbesondere in Unternehmen wie der Telekom. Die haben ja ständig damit zu tun und sind auch sehr stolz darauf, dass sie dort die meisten Betriebsräte stellen, dass sie im Unternehmen gut verankert sind, dass sie gute Kontakte zum Vorstand haben, und so weiter.

Das ist ja die seltsame Geschichte bei den Aufträgen, die Sie betreffen, dass die SPÖ eigentlich die einzige Partei war, deren sich die Telekom Austria AG im Großen und Ganzen sicher sein konnte.

Daher: Wozu braucht die Telekom da den Herrn Hohegger und den Herrn Lederer und fangt der Herr Hohegger gerade mit dem Herrn Lederer an?!

Jetzt schauen wir uns einmal konkrete Projekte an: Das große Projekt, bei dem wirklich politisch alles Mögliche in Bewegung gesetzt worden ist und wo es dann auch um die beiden Telekom-Sprecher der jetzigen Koalitionsparteien geht, ist ja die TKG-Novelle 2009. Da sind wir noch weit weg davon; das kann 2002 keine Rolle gespielt haben.

Um welche gesetzgeberischen Vorhaben – und es geht da in erster Linie bei der Bearbeitung von Parlamentsklubs und auch führenden Oppositionspolitikern meiner Erfahrung nach um konkrete Resultate auch im Gesetzgebungsprozess – ist es damals gegangen, denn das habe ich schon selber miterlebt, dass nicht nur vonseiten von Unternehmen wie der Telekom immer wieder ein Interesse bestanden hat, auch die Opposition mit an Bord zu haben, wenn man sich der Regierungsparteien schon sicher sein konnte.

Um welche gesetzgeberischen Vorhaben ist es damals gegangen?

Heinz Lederer: Erstens einmal wollte ich nur festhalten, ich habe mit keiner Faser gesagt, dass SPÖ-Abgeordnete, die vor allem in der Telekom oder im Sozialbereich tätig sind, meine Informationen brauchen. Ich habe es umgekehrt gesagt: Ich habe gesagt, der Vorstand musste klarerweise positioniert werden in Richtung **man muss mehr tun**, damit auch die Oppositionspartei sieht, dass wir als größtes Unternehmen für Lehrlinge, für Arbeitnehmer, et cetera, auch spezielle Sachen machen.

Sie haben vollkommen Recht, die Zugänge sind ja mannigfaltig, es gibt Gewerkschaften, die Gewerkschaften haben hervorragende Kontakte auch zur SPÖ, also es ist **ein** zusätzlicher Mosaikstein.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Die Gewerkschaften brauchen den Herrn Hohegger, um dem Telekom-Vorstand klarzumachen, dass man solche Interessen vertreten muss?!

Heinz Lederer: Nein, ich habe das gesagt, weil Sie zuerst angesprochen haben, die SPÖ-Abgeordneten brauchen irgendjemanden, um zu wissen, was die Telekom Austria in den Bereichen Arbeitnehmerschutz, et cetera, tut. Und das wollte ich nur richtigstellen: Die brauchen das nicht, sondern in Wahrheit muss man dem **Vorstand** klarer machen, welche Fülle an Möglichkeiten er hat, um klarzustellen, dass er auch ein wirklicher Spieler am österreichischen, am internationalen Parkett ist. Das war meine Aufgabe.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Meiner Erfahrung nach hatten Lobbyisten, die zuständig waren für bestimmte und in dem Fall auch große – zumindest damals

große – Parteien, vorrangig **eine** Aufgabe: Entscheidungen zu **beeinflussen**. Und das ist das, was wir versuchen müssen, in diesem Ausschuss herauszuarbeiten.

Das ist zwar ein späteres Beweisthema, aber die Telekom ist in diesen Fall involviert. Ich fange Sie jetzt an zu fragen, werde aber die Fragen dort nicht fortsetzen, da ich wirklich nicht die Beweisthemen verwechseln will. Damals, zu dieser Zeit, ist es bereits um Telekom-Interessen in Bezug auf eine Glücksspielnovelle gegangen.

Wissen Sie darüber etwas? Hatten Sie dazu Aufträge in Richtung SPÖ?

Heinz Lederer: Ich habe dazu keinen Auftrag in Richtung SPÖ gehabt, weil mich auch Herr Hohegger auf so etwas nie angesprochen hat.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hohegger sagt in einem „NEWS“-Interview:

„Bei der Verordnung zu einer Glücksspielnovelle hat es im Vorfeld Gespräche mit der SPÖ gegeben.“

Dann redet Hohegger über Ihre Rolle, zuerst eben über die Lobbying-Zusammenarbeit – wörtliches Zitat –:

„Die Lobbying-Zusammenarbeit hat mit der SPÖ begonnen, und zwar mit Heinz Lederer.“

Auf die Frage von „NEWS“, was Lederer damit zu tun hatte, sagt Hohegger:

„Eine enge, vertraute Beziehung zum SP-Klubobmann Josef Cap und zum Parteichef Alfred Gusenbauer zu pflegen. Immer wenn die Telekom ein Anliegen hatte, bestand rasch die Möglichkeit, den beiden Herren die Position der Telekom darzulegen.“ – Und so weiter.

Frage von „NEWS“: „Was gab es damals für konkrete Anliegen?“

Antwort von Hohegger: „Bei der Verordnung zu einer Glücksspielnovelle hat es im Vorfeld Gespräche mit der SPÖ gegeben. Das Signal war: Sie sind nicht dagegen.“ – Zitatende.

Hatten Sie damit irgendetwas zu tun?

Heinz Lederer: Mich hat der Herr Hohegger nie auf diese Sachen angesprochen, und ich habe auch nicht die Aufgabenstellung gehabt, für das Glücksspiel zu intervenieren oder so irgendetwas zu machen. Also von ihm – und das war mein Ansprechpartner, und darum versuche ich, es Ihnen auch klarzumachen – ist mir in der Sache kein Auftrag gegeben worden. Wobei ich jetzt nicht auslassen will, dass es auch nicht meine Tätigkeit war, „Hardcore“-Gesetzesmaterien zu beeinflussen. Meine Kommunikationsstrategie war Stakeholder-Kommunikation. Ich bin also nicht mit einem Gesetzestext zu irgendjemandem gegangen und habe versucht, das zu beeinflussen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Herr Hohegger muss ja nicht unbedingt in diesem Fall gerade die Wahrheit gesagt haben. Es geht nur darum, zu schauen: Herr Hohegger sagt das, sagt, der Herr Lederer macht das und das, und hat seinen Einfluss benützt, um in verschiedenen Gesetzesmaterien und bei sonstigen Entscheidungen etwas zu bewirken – und Sie sagen: Das war halt nicht so.

Haben Sie jemals mit dem Telekom-Sprecher der SPÖ, mit dem Herrn Gartlehner, irgendwelche Entscheidungen besprochen? (**Heinz Lederer: Nein!**) Nicht?! Gut!

Haben Sie irgendetwas zu tun gehabt mit Lobbying in Bezug auf das TKG 09? (**Heinz Lederer: Nein!**) – Auch nicht.

Als Allerletztes, nachdem Sie offensichtlich mit all dem nichts zu tun haben und der Herr Hohegger uns wieder eine Reihe von unwahren Dingen möglicherweise

aufgetischt hat: Hatten Sie jemals zu tun mit irgendwelchen Sponsoring-Maßnahmen, Medienunterstützungs-Maßnahmen seitens der Telekom Austria oder seitens der Hohegger.Com?

Heinz Lederer: Da müssen Sie mir konkreter sagen, was Sie jetzt im Konkreten meinen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich sage es Ihnen ganz offen: Es geht doch sehr oft in diesem Ausschuss um finanzielle Zuwendungen an bestimmte Medien, an bestimmte Druckwerke, seien Sie jetzt parteinah oder nicht parteinah, um Beeinflussungen der Meinungsbildung auf der einen Seite und auf der anderen Seite um verdeckte Finanzierung von parteinahen Medien unter dem Titel – was weiß ich – Scheinrechnungen, Druckkostenbeiträge oder sonst irgendetwas.

Sind irgendwelche Leistungen an Medien – egal, ob sie parteinah sind oder nicht – über Sie oder Ihre Mitarbeiter oder eines Ihrer Konten gelaufen?

Heinz Lederer: Nein, wie ich auch in der Analyse sagen konnte; nein, kein Cent.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay, dann habe ich vorläufig keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Anschließend an das, was Kollege Pilz am Beginn gefragt hat, ohne auch die Beweisthemen verwechseln zu wollen, aber fortsetzend.

In der Beschuldigteneinvernahme vom 31. Oktober wird Hohegger zu seinem „NEWS“-Interview gefragt, wo es darum geht, ob es im Hinblick auf die Verordnung zu einer Glücksspielnovelle im Vorfeld Gespräche mit der SPÖ gegeben habe. Er wird dann gebeten, die Hintergründe zu erläutern.

Jetzt einmal das ausklammernd, was Pilz schon gefragt hat, gibt es dann eine Nachfrage, ob in diesem Fall auch Lederer Heinz den Kontakt zu Gusenbauer hergestellt hatte, und Hohegger gibt an, dass er Lederer im konkreten Fall zwar nicht beauftragt hatte, er aber davon ausgehe, dass vermutlich Rudolf Fischer ihm einen diesbezüglichen Auftrag erteilt hat.

Hatten Sie diesbezüglich einen Auftrag von Rudolf Fischer? (*Heinz Lederer: Nein!*) Dann möchte ich das Thema auch schon Thema sein lassen.

Vielleicht noch einmal ganz kurz zurück, das meiste ist ja abgefragt, zu diesem Auftrag – weniger der, den Sie von Hohegger hatten, als der, den Sie von der Telekom hatten –: Können Sie das noch einmal zeitlich eingrenzen: Von wann bis wann waren Sie Beauftragter der Telekom?

Heinz Lederer: Von 2001 bis 2008.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Da haben Sie gesagt, haben Sie immer in Tagsätzen abgerechnet. (*Heinz Lederer: Ja!*) Das waren so drei, vier Tage im Monat, mehr nicht?

Heinz Lederer: Beide? – Ach so: nur auf der Telekom-Seite; ungefähr drei Tage, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und das aber 12 Monate im Jahr?

Heinz Lederer: Nein, 2006 wurde der Vertrag mit der Hohegger.Com auf Wunsch der Telekom Austria sistiert, und ich wurde mit meiner Lederer GmbH einfach beauftragt. Das waren dann fünf bis sechs Tagsätze.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Und das aber 12 Monate im Jahr? (*Heinz Lederer: Ja!*)

Jetzt würde mich schon noch einmal interessieren, denn das ist ja doch ein relativ langer Zeitraum: Können Sie die Projekte ein bisschen mehr spezifizieren, als Sie das bisher gemacht haben in Ihren Ausführungen? Wofür konkret haben Sie hier diesen Auftrag erhalten? Sie haben die Frage Lehrlingsausbildung angesprochen, Sie haben gleicher Lohn für gleiche Arbeit angesprochen – alles wichtige Projekte, die Sie im Auftrag der Telekom bearbeitet haben. – Aber das reicht ja wahrscheinlich bei Weitem nicht für diese Zeitspanne aus.

Heinz Lederer: Nein, das geht natürlich querbeet durch. Es sind viel **mehr** Aufgaben, ich habe ja auch klarzustellen versucht, dass ich ja nicht nur mit dem Herrn Hohegger hauptsächlich gearbeitet habe und auch nicht mit dem Herrn Fischer oder mit dem Herrn Nemsic, sondern die konnten das abrufen und das wurde auch manchmal gemacht, sondern hauptsächlich war das mit der **gesamten ersten Berichtsebene** der Telekom Austria.

Wenn Sie wollen, ein konkretes Beispiel – wir wollen ja niemanden langweilen – ist der Betrieb, also die Telekom Austria war damals in verschiedenen Units aufgeteilt. Da hat es gegeben den Großkundenbereich, der hat Bundesländer und Bundesbehörden gehabt, dann hat es darunter gegeben den ganzen Bereich **Mass-Market**, also was alle Konsumenten betrifft, und dann den Bereich **Betrieb**.

Der Betrieb musste um 100 bis 200 Mitarbeiter abgebaut werden. Das war ein zweijähriger Prozess. Da war es notwendig, ein Change-Communication-Projekt aufzusetzen. Das war schwere Arbeit, viel Arbeit, zu schauen, dass die Mitarbeiter nicht einfach ins Bodenlose fallen, sondern wirklich zu schauen, wie ordnen wir sie in anderen Bereichen zu, und in diesen Bereichen auch neue Geschäftsideen zu entwickeln, die meiner Meinung nach auch ganz zentral waren, um die Telekom auch auf neue Geschäftsfelder, wie zum Beispiel IT-Outsourcing, et cetera, zu bringen, wo die niemals waren.

Das war meine Haupttätigkeit in diesem Bereich Change-Communication Betrieb.

Den anderen Bereich habe ich aufgezählt: Großkunden, da hat es Veranstaltungen gegeben für wichtige Kommunikatoren im Bereich, auch Journalisten-Reisen, von Frankfurt über Hangar 7 über alle Möglichkeiten, wo wir Kunden-Events gemacht haben, manche mit der Mobilkom gemeinsam, manche auch alleine.

Wir haben für Wissenschaft und andere Bereiche mehrere Event-Formate gemacht. Eines war mit der Hayek-Institutsvorständin, die einfach zu zeigen versucht hat, wo geht der Markt im Telekombereich, im IT-Bereich hin.

Das waren halt so Entwicklungssachen, die ich mit anderen gemeinsam machen konnte – damit ich mir nicht den Vorwurf einer gewissen Eitelkeit einhole. Also das war natürlich ein Gemeinschaftsprodukt.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können Sie so ein Event noch ein wenig detaillierter beschreiben? Hangar 7 zum Beispiel, wie läuft so etwas ab? Damit man eine Vorstellung hat als Laie.

Heinz Lederer: Hangar 7, oder nehmen wir vielleicht Luftfahrt. Das heißt, man hat da sehr viele Vertriebsmitarbeiter – das sind ja nicht nur eigene von der Telekom, sondern die gibt es im ganzen Bundesgebiet, die man einfach motivieren wollte, man sagt dazu Incentive-Veranstaltungen – Journalisten und andere mit eingeladen, nach Frankfurt zur Lufthansa zu fahren. Da gibt es eines der größten Flugtechnik-Center, und dort hat man dann neben Vorträgen von Vorständen und den Vorträgen von Wissenschaftern natürlich auch diese Geräte machen können. Heutzutage würde man sagen Incentive-Veranstaltungen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Für diese Einladungen hat die Telekom die Kosten übernommen, nehme ich an? (*Heinz Lederer: Ja!*) Gibt es da Listen, wer da aller dabei war bei solchen Veranstaltungen?

Heinz Lederer: Da müssten Sie bei der Telekom nachfragen. Es ist auch so, ich habe die Leute nicht eingeladen, sondern da gibt es eine Unit in der Telekom, die macht das ganz genau. Das ist nicht im PR-Bereich, sondern die Markt-Units der Telekom schauen genau, welche Leute sie mitnehmen wollen, wo sie halt Incentives vergeben wollen. Das hat jetzt überhaupt nichts mit der – wenn man so will – „Großwetterlage“ zu tun.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Waren das eintägige Einladungsveranstaltungen?

Heinz Lederer: Das war jetzt eine Nacht und ein Tag.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Also mit Übernachtung? (*Heinz Lederer: Ja!*) Was kostet so eine Veranstaltung?

Heinz Lederer: Das kann ich Ihnen auch nicht sagen. Ich habe die Konzeption gemacht, die Abwicklung hat die Telekom selbst in der Hand.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber Sie sind ja ein Profi, Sie werden ja eine Vorstellung haben, was so eine Veranstaltung kostet. Ich nehme an, da ist hingeflogen worden?

Heinz Lederer: Da ist hingeflogen worden. Ich kann es Ihnen jetzt wirklich nicht en détail sagen, aber ich würde einmal schätzen, dass man mit Flugkosten, wenn man billige Tickets nimmt, und der Aufenthalt in dem Hangar 7, man hat einige hundert Leute dort, dann wird man dort einen ordentlichen Rabatt bekommen. Ich kann es jetzt nicht en détail sagen. Ich habe es auch nicht gesehen, was die dort verrechnen. Ich bin auch nicht der Verhandler.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Nein, ich meine nur, weil unheimlich viele Veranstaltungen, wo eingeladen wird auf alles Mögliche, kriminalisiert werden. Darum frage ich einfach auch nach, weil Sie, als PR-Profi, sagen, da ist eigentlich nichts dabei.

Heinz Lederer: In dem Zusammenhang kann ich Ihnen sagen, glaube ich, dass das vollkommen korrekt war, und ich bin auch überzeugt, dass das dort korrekt war. Aber ich würde jetzt auch nur sagen ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber würden Sie zustimmen, dass es natürlich darum geht bei solchen Einladungen, auch Meinungen zu beeinflussen?

Heinz Lederer: In dem Fall ging es hauptsächlich, natürlich bei Journalisten, darum, sicher auch ein gutes Klima zu schaffen. Aber natürlich geht es bei den Incentive-Empfängern – nehmen Sie her, das ist der Mobilkom-Verkäufer in Zwettl, ich will dem jetzt nicht nahetreten, ich weiß auch nicht, ob der eingeladen war – schon darum, wie bei Autohändlern et cetera, dem zu zeigen: Du bist uns etwas wert! Wenn du noch einmal hundert Geräte oder hundert Anschlüsse mehr verkaufst, dann wäre das natürlich ein gutes Incentive von dir! – Das war das.

Noch einmal: Ich habe weder die Personen ausgesucht, noch weiß ich, was die dort verhandelt haben mit diesen Großabnehmern.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Darf ich noch vielleicht eine Nachfrage stellen. Sie haben unter anderem den Herrn Bundeskanzler außer Dienst Dr. Gusenbauer angesprochen. Mit dem haben Sie auch Gespräche geführt. Ich will da

jetzt nicht aus dem Journal zitieren, das wir vorliegen haben, aber das waren ja nicht Zehn-Minuten-Gespräche, sondern da ist es ja offensichtlich um einiges gegangen.

Können Sie uns da sagen, worum es da zum Beispiel gegangen ist? Wenn Sie es nicht können, nehme ich das auch zur Kenntnis.

Heinz Lederer: Nein, nein. Erstens einmal bin ich entbunden und könnte darüber ...

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Das schaut ja nicht aus nach einem Gespräch zwischen Tür und Angel, sondern ...

Heinz Lederer: Noch einmal: Da ist es immer darum gegangen, auch Entscheidungsträger abzudaten, was die nächsten Schritte der Telekom Austria in bestimmten Bereichen sind. Im Konkreten weiß ich es natürlich auch nicht, was das Thema war. Ich habe nicht über alles Buch geführt.

Aber was entscheidend ist, ist grundsätzlich, dass, wenn ein Vorstand mit dem Bundeskanzler oder mit einem Oppositionsführer spricht, er natürlich eine Agenda hat, die nicht einen Tagesordnungspunkt umfasst, denn so viele Get-Togethers gibt es nicht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): War das ein Termin mit einem Vorstand oder mit Ihnen?

Heinz Lederer: Welcher jetzt konkret? Aus meinem Umsatzsteuerjournal? (*Abg. Amon: Ja! 31. Mai 2007!*) Das Umsatzsteuerjournal hat folgendes Problem, nämlich dass die Steuerberater immer nur die wichtigsten Personen anführen. Da steht natürlich Fischer oben, Cap – nicht Cap, Entschuldigung – Fischer und Gusenbauer, es waren aber acht Personen dort. Ich kann mich jetzt auch nicht an jedes Detail erinnern, aber ich bitte um Verständnis, dass so etwas in der Öffentlichkeit zu finden, natürlich keine besondere Freude macht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Verstehe ich gut. – Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Lederer, diese Lobbying-Tätigkeiten, so wie Sie sie beschrieben haben, die interessieren mich doch im Detail noch.

Sie haben gesagt, es geht nicht darum, dass Sie jetzt den Termin begleiten zwischen Vorstand und Oppositionsführer, Regierungsmitglied was immer, sondern es geht um die **Vorbereitung** und die **Nachbereitung**. Bleiben wir gleich beim Thema **Lehrlingsoffensive**. Das musste offensichtlich bei SPÖ-Mandataren an den Mann gebracht werden. Sie haben mit dem Vorstand oder mit einer nächsten Berichtsebene, wie auch immer, die Strategie für dieses Gespräch vorbereitet, oder warum dieses Gespräch wichtig ist. Dann findet dieses Gespräch ohne Ihr Beisein statt, denn da trifft sich eben nur der Vorstand mit dem Politiker. Dann kommt das Vorstandsmitglied ins Unternehmen und dann beginnt die Nachbereitung. Der sagt dann, das Gespräch ist nicht gut gelaufen oder es ist gut gelaufen, da gibt es etwas. Und da muss man dann nachbereiten.

Das Interesse der Telekom kann ja nicht darin bestehen, einfach zu sagen: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sehr geehrter Herr Minister! Bitte, wir wollen etwas sagen, wir wollen sagen, dass wir so viele Lehrlinge haben und so toll sind! – Ich glaube viel eher, dass der Sinn und Zweck davon ist, das Unternehmen mit Argumenten für eine politische Richtung zu positionieren, die eine oder andere Entscheidung zugunsten dieses Unternehmens zu fällen, was neben dem Schielen auf Aktienkurse auch andere Vorteile für die ganze Republik Österreich

bringt: Lehrlingsplätze, Arbeitsplätze, Breitband am Land, was weiß ich, was alles wichtig ist. Und da muss dann etwas Weiteres passieren.

Sehen Sie das auch so, oder genügt einfach eine Strategievorbereitung und -nachbereitung, nur damit der Vorstand der Telekom sagt, bitte, wir haben so und so viele Lehrlinge?

War das der **Sinn** und **Zweck** des Lobbyings?

Oder ist es darum gegangen, auch bei diesen Politikern, bei Entscheidungen, Liberalisierung des Telekom-Marktes und so weiter, Entscheidungsträger nicht zu „kaufen“, aber **positiv** für das Unternehmen zu **stimmen?** – Sehen Sie das so?

Heinz Lederer: Warum auch eine auffällige Anzahl von ehemals in der Politik oder im politischen Umfeld tätigen Mitarbeitern da ist – da gibt es viele aus der FPÖ, viele von den Grünen, viele von der ÖVP –, sie in diesen Bereichen sehr erfolgreiche Arbeit leisten, ist deshalb – und das wird Ihnen auch passieren als Bereichssprecher, mit Ihren Mitarbeitern oder mit Ihren Presseverantwortlichen –, dass es einfach wichtige Themen gibt, wo man sagt: Wann bringe ich die, mit welcher Tonalität, mit welchem Druck, mit welchem Spin oder mit welchem Fokus?

Und wenn das nicht hundertprozentig gelingt, dann gibt es immer noch Möglichkeiten, das nachzubessern. Man kann eine zweite Pressekonferenz machen, man kann ein Hintergrundgespräch machen, man kann Einzelgespräche machen. So gesehen, ist es genau das, was viele – und deshalb kommen auch viele aus diesem Bereich – in der Politik, die sozusagen eine Königsdisziplin aus verschiedenen Faktoren ist – deshalb sind auch viele erfolgreich in diesem Bereich –, können, dass die schon vorher annehmen, wie man das am besten platzieren kann.

„Nachbetreuung“ heißt jetzt nicht, dass man sagt, du hast schlecht geredet oder du hast gestottert oder du hast zwei Punkte von fünf vergessen, sondern Nachbetreuung betrifft natürlich auch, dass man zum Beispiel einen Newsletter verfasst, aber schon vorher bedenkt, dass man sagt, ich will an Entscheidungsträger auch regelmäßig ein Update versenden. Das sind die Telekom-Sprecher von Parteien, das sind von anderen vielleicht die Energiesprecher, ich habe jetzt keine Ahnung, das ist nicht meine Zuständigkeit, aber ich will nur Beispiele bringen, dass das auch unter Nachbetreuung verstanden wird.

Es kann aber auch sein, dass man sagt: Hören Sie, ich bin bei Ihnen. Könnten wir nicht einmal einen Round Table machen zum Beispiel zum Thema Justiz, Richter gegen Rechtsanwälte, Rechtsanwälte gegen Richter? Das kann alles, wenn der konkrete Auftrag besteht, entwickelt werden. Und das ist auch manchmal die Notwendigkeit, weil man mit einem einzigen Punkt oft nicht wirklich durchdringt. Selbst große Companies haben da Probleme.

Das zweite Problem ist **Crisis Communication**: Du hast einfach Schwierigkeiten als Unternehmen und musst natürlich auch versuchen, den Stakeholdern ... – Es sind nicht immer nur die Abgeordneten, es gibt auch in Regionen Probleme, wo zum Beispiel ein Lehrlingsheim geschlossen werden muss. Da musst du einfach versuchen, in diesen Regionen auch klarzustellen, dass du eine Übergangsfrist hast, dass du die Lehrlinge in andere Bereiche mit Bussen hinüberführst, dass die dort ihre Ausbildung haben. Also, die Verantwortung des Unternehmens – das war meine Aufgabe, auch den Vorständen zu sagen: Nein, ihr könnt nicht einfach sagen, der Rechenstift passt, ihr schließt dieses Lehrlingsheim oder diese Lehrlingsausbildungsstätte; ihr müsst einfach versuchen, auch der Politik zu sagen, ihr seid „good citizens“, um dort etwas zu machen!

Das rechnet sich dann auch noch einmal, weil man nämlich die Ausbildung der jungen Leute auch als Wert darstellen kann. – Das ist jetzt ein Beispiel.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Hohegger hat Sie, wie schon ausgeführt wurde, als Verbindungsmann zur SPÖ genannt, und den Herrn Meischberger als Verbindungsmann zur FPÖ und zum BZÖ.

Herr Meischberger hat in seiner Einvernahme gesagt, es ist ganz klar, dass mich der Hohegger genommen hat, weil ich weiß, wie der Karl-Heinz Grasser tickt.

Das ist eine gewisse überspitzte Formulierung, aber würden Sie meinen, dass Sie zum Beispiel auch gewusst haben, wie ein Alfred Gusenbauer oder wie ein Klubobmann Cap „ticken“?

Heinz Lederer: Ich will jetzt den Herrn Hohegger nicht definieren, das können Sie viel besser in den Befragungen machen, aber ich würde das als eine mediale Zuspitzung von ihm bezeichnen. Was hat die Persönlichkeit, wenn man so will und wie Sie es auch darstellen, was hat die Persönlichkeit, ob der Herr Gusenbauer gerne läuft oder Fußball spielt oder Fußball zuschaut und so weiter, mit einer Einschätzung eines wichtigen Anliegens einer Partei zu tun?

Warten Sie, lassen Sie mich noch den Punkt sagen: So wie in allen Parteien gehe ich davon aus, dass die parlamentarische Arbeit von den Bereichssprechern und den Mitarbeitern im Parlament auch selbst entwickelt und weitergebracht wird. Das heißt, es nützt noch gar nichts, wenn man irgendwo sagt, der hat die Augenbraue gehoben – ich glaube, der Herr Pilz hat das gesagt –, das gefällt ihm. Es wurden Gespräche geführt. Es gibt einfach natürlich Abläufe in Parteien, die man berücksichtigen muss. Und das ist entscheidend.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Dieses „Ticken“ ist eine überspitzte Formulierung, nicht von mir gewählt, aber es trifft vielleicht doch zu einem gewissen Grad zu. Wenn Sie sagen, man weiß um gewisse Vorlieben, ob jetzt jemand läuft oder nicht, dann kommt es doch in der Vorbereitung darauf an: Wo mache ich so einen Gesprächstermin aus? Wenn ich ganz genau weiß, der isst keinen Fisch, aber ich schlage vor, machen wir ein Treffen in einem Fischlokal, würden Sie das gescheit finden?

Heinz Lederer: Nein, das würde ich nicht gescheit finden. Das ist auch, glaube ich, eine Verkürzung und hat mit dem gar nichts zu tun, denn der **Inhalt** ist das Entscheidende. Herr Clinton zum Beispiel oder jetzt Herr Obama macht Abendessen kreuz und quer mit Schauspielern, mit Wirtschaft-Tycoons und so weiter, um ein Bild für seine Wahlkampagne zu entwickeln. Ob der das jetzt im Laufen, im Sitzen, beim Essen, im Fisch- oder Fleischlokal macht, ist für den auch irrelevant.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gehört das nicht zu einem perfekten Lobbyisten dazu, dass er das auch weiß? Auch – das ist vielleicht ein Detail, ist vielleicht etwas ganz Winziges neben der Botschaft. Wenn so ein Termin strategisch entworfen wird und dann kommt in der Nachbereitung: Oje, oje, leider Gottes haben wir ein Fischlokal ausgesucht und der ist dort gesessen und hat die ganze Zeit nichts zu essen gehabt!, gehört das nicht zu einem perfekten Lobbyisten dazu, dass man solche Eigenheiten kennt – dieses Beispiel habe ich jetzt auch eher überspitzt gewählt, aber trotzdem –, dass man sagt, ich kenne jemanden und dem macht man vielleicht eine besondere Freude, wenn man den Ort eines Gespráches in einem Rahmen wáhlt, der ihm angenehm ist?

Heinz Lederer: Das kann durchaus sein, meine Aufgabe war es nicht. Und ich glaube auch, dass die inhaltliche Vorbereitung und Präparation das Wichtigste ist. Wenn man die Inhalte gut überbringt – das ist wie in der Politik –, dann wird es angenommen

werden, wenn man es nicht gut rüberbringt, ist es wurscht, in welchem Surround, in welchem Umfeld man das macht, denn dann wird es nicht gelingen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Frage, inwieweit man da jemandem noch zusätzlich entgegenkommen kann, da sind wir wahrscheinlich unterschiedlicher Meinung. Wenn ich jemandem das beste Konstrukt, die beste inhaltliche Aufarbeitung präsentiere und er hat dauernd einen krachenden Magen, da weiß nicht, ob das so gut ankäme. Aber gut, das sind Auffassungsunterschiede.

Jetzt haben Sie gerade erwähnt, es hat auch regionale Probleme gegeben. Eine Region ist für mich ein Bundesland, das Bundesland Wien.

Haben Sie auch für die Telekom Kontakte zur **SPÖ Wien** gehabt?

Heinz Lederer: Nicht im Sinn von Auftrag und: Rede mit denen!, sondern es hat natürlich als eine der größten Zentralen und Firmensitze in Wien immer wieder Überlegungen gegeben, die aber in dem gleichen Ausmaß waren, wie ich schon gesagt habe: Eine der größten Lehrlingswerkstätten ist zum Beispiel in der Lassallestraße, wo die ausgebildet werden. Da hat es immer wieder Anfragen gegeben: Kann man einmal einen Round Table mit einem Wiener Politiker machen? Kann man einmal eine Betriebsbesichtigung machen? – Eine Vielzahl, ich kann mich jetzt nicht an jedes Detail erinnern, ich bitte Sie um Verständnis, aber dort in den Bundesländern, wo man eine wichtige Funktion und das Headquarter hat, dort hat man natürlich auch Verpflichtungen, zu zeigen, dass man da wirklich eine gute Ausbildung und Qualität bringt.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ist Ihnen in dem Umfeld der Herr Rahimi ein Begriff?

Heinz Lederer: Ich kenne den Herrn Rahimi – aber in diesem Umfeld, nein. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Veranstaltungsmäßig?*) – Ich war bei keiner einzigen seiner Veranstaltungen, habe auch niemals vorgeschlagen, Veranstaltungen von Herrn Rahimi zu machen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben gesagt, regionale Interessen, Lehrlingsheim Lassallestraße, Anfrage, Politiker einzuladen.

Haben Sie da konkrete Schritte unternommen?

Heinz Lederer: Nein, das wurde immer über die zuständigen Stellen in der Telekom Austria dann ... – Ich habe einen Vorschlag gemacht, das könnte man machen. Es ist ja auch nicht so schwierig, jemanden, der für Soziales oder für Wirtschaftsfragen zuständig ist, anzusprechen.

Ich bitte um Verständnis, ich habe mich immer dort an den Ablauf auch gehalten. Ich halte nichts davon – ich weiß, der Herr Hochegger hat das teilweise immer wieder so formuliert –, dass ich sage: Ich gebe, ich nehme!, sondern ich war einfach ein Dienstleister und habe meine Vorschläge an den zuständigen Stellen gemacht, wie auch die PR-Konzeption, oder, wenn Sie so wollen, in diesem Fall waren das die zuständigen Damen und Herren im Event-Bereich.

Der Vorstand wird vermutlich auch von sich selbst aus einen Brief schreiben können an einen Stadtrat oder an Bundespolitiker, weiß aber kein konkretes Beispiel, kann Ihnen also jetzt keines sagen, außer Sie konfrontieren mich damit.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben zuerst gemeint, das Kopfrechnen wollen Sie jetzt nicht machen, aber nur, damit ich es für die Größenordnung habe: Sie haben gemeint, bei der Telekom haben Sie dann im direkten Vertrag fünf bis sechs Manntage im Monat verrechnet? (*Heinz Lederer: Ab 2006!*) – Im

direkten Vertragsverhältnis? (*Heinz Lederer: Ja!*) Ja, ab 2006. Fünf bis sechs Tage, ein Tag 2 000 bis 3 000 €? (*Heinz Lederer: Ja!*) – Das wären ja bei fünf – setzen wir es unten an mit 2 000 € – , 10 000 € im Monat, wären 120 000 € im Jahr. Das ist an sich keine ganz schwierige Kopfrechnung.

Würden Sie mir da zustimmen?

Heinz Lederer: Das ist keine schwierige Kopfrechnung, ich habe jetzt aber schon darzustellen versucht, dass meine Verträge oder die meisten Verträge mit der Telekom Austria **Abrufverträge** sind. Das heißt, du kannst nicht sagen, es wird mehrheitlich so viel abgerufen, weil es einen Erfahrungswert gibt, es kann auch manchmal sein, ich habe auch Jahre gehabt, wo ich nur zwei Manntage gehabt habe im Monat und so weiter. Diese Verträge sind immer so gestellt, dass sich die Telekom Austria vorbehält, **welchen** Arbeitsumfang sie abrufen. Wenn sie gar nichts abrufen, kriegst du gar nichts, wenn sie etwas abrufen, dann bekommst du das.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Hat es dann auch sein können, wenn zum Beispiel ein größeres Projekt in irgendeiner Form gekommen ist, dass es dann auch mehr Manntage in einem Monat waren?

Heinz Lederer: Das war der Schnitt. Nein. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Na ja!*) Es hat weniger sein können, aber es hat nicht mehr sein können. Fünf bis sechs, das war's.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es hat weniger sein können, aber nicht mehr (*Heinz Lederer: Aber es hat nicht mehr sein können, ja!*), also nicht der Schnitt. Ja, gut, dann ist es klar. Dann habe ich vorerst keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich fange einmal so an: Ich meine, es ist derzeit wahrscheinlich im Trend, dass der Hohegger sozusagen als „Everybody's Arschloch“ dargestellt wird; ich erlaube mir diese Formulierung. Ich glaube aber, so einfach kann man es sich auch nicht machen, denn, Herr Lederer, was mir schon auffällt: Ich habe hier die Buchhaltung aus dem Jahr 2007, und im Wesentlichen gibt es da drei große Projekte, die Sie immer betreut haben: Das eine ist die Telekom, das Zweite sind die Österreichischen Bundesbahnen, das Dritte ist der Flughafen Wien.

In all diesen drei Großprojekten, im Rahmen derer Sie auch sehr, sehr hohe Umsatzerlöse haben, spielt der Peter Hohegger eine zentrale Rolle. Bei allen drei Projekten – Telekom, ÖBB und Flughafen Wien – handelt es sich um teilstaatliche oder vollstaatliche Unternehmungen, das heißt, wo die Kontakte zur Politik sehr, sehr wichtig und von entscheidender Bedeutung sind. Bei allen drei Projekten – Telekom, ÖBB, Flughafen Wien – spielt die SPÖ eine ganz zentrale Rolle und sitzen zentrale SPÖ-Entscheidungssträger auch in diesen Unternehmen, stellen den Minister, stellen den Wiener Bürgermeister oder was auch immer. Und überall kommt der Hohegger vor, und Sie erklären mir, da gibt es keinerlei Zusammenhänge mit dem politischen Lobbying in Richtung SPÖ; Sie hätten ja immer nur vorbereitet. – Das schaut mir doch ein bisschen eigenartig aus!

Wenn ich da jetzt zum Beispiel herausgreife – und das weiter nachprüfe – die Buchhaltung Ihrer Firma aus dem Jahr 2007, dann fällt auf, Sie haben da einen Gesamtumsatz von 1 027 400 €, davon haben Sie 205 480 € Umsatzsteuer gezahlt. Und von dieser rund 1 Million € sind 180 000 € ohne Steuern im Rahmen des Telekom-Auftrages, mit Steuern sind es 216 000 €. Wenn Sie auch vorher immer nur die Tagsätze genannt haben, kann man das so zusammenfassen, zumindest für das Jahr 2007, dass pro Monat im Durchschnitt – zumindest geht das aus diesem Jahr hervor – immer 15 000 € von der Telekom Austria gekommen sind: am 18. Jänner zum Beispiel, am 5. März, am 20. April, am 7. Mai, am 11. Juni, immer 15 000 € von der Telekom Austria.

Also ungefähr so schaut dieses Vertragsverhältnis aus, und die anderen zwei Hauptbereiche sind ÖBB und Flughafen Wien. Alle drei hängen mit dem Hohegger zusammen, alle drei sind in einem politiknahen Bereich.

Und dann schaut man sich weiter an, welche Ausgaben Sie da getätigt haben. Da gibt es: Bewirtung Kalina, 7. Februar 2007. (*Heinz Lederer: Wie viel war das? Darf ich Sie kurz fragen? Ich schaue es auch noch an!*) Das ist das Jahr 2007, 7. Februar 2007. (*Heinz Lederer: Nein, aber wie viel war das bei Kalina?*)

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Kollege Petzner, wie wäre es mit einer Frage?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich komme gleich zur Frage.

Dann haben wir am 29. Mai Cap, dann haben wir am 31. Mai den Herrn Bundeskanzler Gusenbauer, dann haben wir den Herrn Landeshauptmann Voves am 2. Juli, dann haben wir den Herrn Kalina wieder im Oktober, wieder Kalina, wieder Gusenbauer, wieder Cap, also sehr, sehr viele Ausgaben immer für SPÖ-Politiker.

Wenn ich Ihnen das jetzt alles vorhalte, diese ganzen Verbindungen zu Hohegger, diese drei Hauptbereiche, für die Sie tätig waren, Telekom, ÖBB und Flughafen Wien, und immer den politischen Konnex festgestellt habe und auch die zahlreichen Ausgaben, die Sie da für irgendwelche Treffen mit Politikern gehabt haben:

Bleiben Sie ernsthaft bei Ihren Angaben, dass Sie die Aussagen des Herrn Hohegger, dass Sie zuständig waren für die Kontakte der SPÖ und zuständig für die Kontaktpflege zur Politik, dass Sie das als nicht richtig darstellen und eher darauf verweisen, dass Sie nur **Vorstände** für irgendwelche Termine vorbereitet haben?

Heinz Lederer: Erstens einmal schätze ich Ihre Zuspitzungen, dass Sie die Zahlen auch rechtzeitig weglassen. Ich glaube, der Herr Dr. Cap ...

Erstens einmal hoffe ich nicht, dass Sie meine Buchhaltung haben. Ich vermute, Sie haben das Umsatzsteuer-Journal. Das habe ich dem Kollegen Amon auch gesagt, dass dort immer verkürzt vom Steuerberater einfach die wichtigsten Namen hingeschrieben werden, sodass die Steuer sagen kann, das ist korrekt. (*Abg. Amon: Ich habe aber nicht zitiert daraus!*) – Nein.

Erstens einmal, glaube ich, geht es um die **Telekom** hier in dem Untersuchungsausschuss, und ich bin auch froh, Herr Abgeordneter Petzner, wenn Sie jetzt nicht alle anderen Kunden, die auch im Umsatzsteuer-Journal stehen, da minutiös auflisten, nur will ich der Wahrheit halber sagen, ich glaube, wenn Sie nachschauen, der Herr Cap war 5,81 €, und der Herr Kalina, glaube ich, war 2 €. Also ein Kleiner Brauner oder sonst irgendetwas; mehr war nicht.

Herr Petzner, ich möchte Ihnen nur kurz sagen, ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass die Vorstände damals rot waren. Wenn Sie wollen, die ÖBB – ich meine, das ist heute nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses, aber ich bin gerne bereit –, da war der Herr Huber, der, glaube ich, in einer ÖVP/FPÖ-Ära berufen wurde. Der Vorstand der Telekom – ich muss jetzt sagen, ich will dem Herrn Nemsic nicht nahetreten, ich weiß nicht, welcher Partei er angehört hat, beim Herrn Fischer weiß ich auch nicht, ob der Parteimitglied war, dass er der SPÖ nahesteht, würde ich bezweifeln, aber weiß ich nicht, habe ich nicht überprüft.

Und weil Sie den Flughafen nennen: Dort hat es, glaube ich, Herr Petzner, drei Vorstände gegeben, und die waren, glaube ich, ein bisschen aufgeteilt, also nicht nur einen roten; das war ein bisschen aufgeteilt. Aber ich würde die Aufteilung nicht als Parteipolitik sehen, sondern ich würde die Aufteilung aus inhaltlichen Ingerenzen sehen.

Also wenn Sie sich meine Buchhaltung, besser gesagt: mein Umsatzsteuer-Journal, genau anschauen, dann sehen Sie, dass sich – und das ist der letzte Punkt – dieser Umsatz auch daraus ergeben hat, dass ich auch viele, dankenswerterweise von Ihnen nicht erwähnte Kunden aus dem privatwirtschaftlichen Bereich gehabt habe. Das Verhältnis ist ungefähr – Gott sei Dank – zwei Drittel zu einem Drittel, denn oft sind Unternehmen, die im Bereich der Verstaatlichten sind, manchmal auch relativ kurzfristig dabei.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Natürlich, ich lese nur die Telekom vor. Es wäre unfair, da andere Kunden vorzulesen. Es ist da auch kein problematischer Kunde meiner Meinung nach dabei, vielleicht der eine oder andere spannende auch aus meiner Sicht, aber kein problematischer.

Aber noch einmal, meine eigentliche Frage waren ja diese vielen Termine, die Sie da jetzt doch mit Kalina hatten, damals hat die SPÖ den Bundeskanzler gestellt, 2007, Kalina war engster Vertrauter des Herrn Bundeskanzlers Gusenbauer, damals Bundesgeschäftsführer der SPÖ.

Ich frage Sie noch einmal: Welche direkten Kontakte und welche direkten positiven Einflussnahmen auf die SPÖ und den damaligen Bundeskanzler haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit für die Telekom Austria ausgeübt?

Denn wenn Sie den Kalina fast monatlich getroffen haben, den Gusenbauer, den Voves, dann können Sie mir doch nicht erzählen (*Heinz Lederer: Wo ist der Voves eigentlich?*), dass Sie Ihre Aufgabe nie darin gesehen haben, beim damaligen amtierenden Bundeskanzler, beim damaligen amtierenden SPÖ-Bundesgeschäftsführer und engsten Vertrauten des Bundeskanzlers, Josef Kalina, auch politisches Lobbying zu betreiben?

Heinz Lederer: Erstens einmal ist Informationslobbying auch per Gesetz korrekt; um das geht es. Ich habe klarzustellen versucht, dass es darum geht.

Ich wiederhole mich jetzt nicht gern, dass es da auch um eine Stakeholder-Kommunikation geht. Ich habe nicht irgendeinen Gesetzestext mitgebracht und gesagt: Du, Bundesgeschäftsführer, könntest du dir überlegen, ob du das dann einbringst? – Der war ja gar nicht Abgeordneter, zu der Zeit jedenfalls, glaube ich.

Und das Zweite ist: Ich weiß nicht, woher Sie immer den Voves nehmen. Woher ist der Voves? Wie kommen Sie auf den Voves?

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Herr Petzner, an und für sich sind die 5 Minuten um. Bitte legen Sie dem Herrn Lederer diesen Vorhalt vor und formulieren Sie, wenn nötig, noch die letzte Frage.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Seite 19, 2. Juli 2007: Bewirtung Voves. – Aber das ist wurscht.

Schlussfrage. Da frage ich mich wirklich Folgendes – Entschuldigung, ich will hier nicht persönlich werden, aber ich frage mich das –: Wenn Sie sowieso keine Rolle gespielt haben, wofür hat man Sie dann überhaupt gebraucht und Ihnen 15 000 € pro Monat bezahlt?

Ich bringe Ihnen zum Schluss dann auch eine Aussage des ehemaligen Herrn Bundeskanzlers Gusenbauer, der gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“ ...

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Abgeordneter Petzner, bitte stellen Sie eine Frage!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich bin bei der Fragestellung! – Herr Gusenbauer hat gegenüber der „Presse“ am 10. Oktober 2011 Folgendes gesagt:

„Ich weiß wirklich nicht, wer von wem für was bezahlt wird. Bei mir hat auf jeden Fall jeder Vorstand eines österreichischen Unternehmens einen Termin bekommen, wenn er einen wollte“, sagt Alfred Gusenbauer im ...Gespräch zu den Hohegger-Aussagen,“ wonach Lederer der Kontaktmann zur SPÖ gewesen sei.

Jetzt frage ich Sie Folgendes: Also wenn auch Herr Gusenbauer sagt, es hat sowieso jeder Vorstand einen Termin gekriegt und Sie jegliche politische Verbindung abstreiten, dann stelle ich die Frage, warum Sie dann ein – noch dazu zweifaches, doppeltes – Engagement mit der Telekom gehabt haben, nämlich einmal mit der Telekom direkt und einmal über die Hohegger.Com. Wofür hat man Sie denn dann überhaupt gebraucht? – Das ist für mich jetzt nicht ganz erklärbar.

Heinz Lederer: Herr Petzner, ich kann es ganz kurz machen. Ich habe die Antwort inhaltlich schon gegeben – dass das von Events über Hintergrundgespräche et cetera et cetera war –, dass das zweitens Stakeholder-Gespräche waren und drittens – auch wenn es Ihnen jetzt nicht besonders gefällt –: Es ist nicht so, dass ich mit dem Herrn Kalina oder mit dem Herrn Gusenbauer en détail irgendwelche Gesetzestexte gemacht habe, das habe ich klarzustellen versucht, sondern es geht darum, dass ein Vorstand – und genau das haben Sie auch angesprochen –, wenn der auf einen Landeshauptmann oder sonst irgendjemanden trifft, auch eine inhaltliche Positionierung hat, wo man sagt: Vergiss nicht, auch das und das anzusprechen!, und so weiter.

Aber das ist nicht die Hauptaufgabe von mir gewesen. Ich habe es Ihnen, auch wenn es sehr wiederholen ist, schon gesagt: Das geht von Events über Change Kommunikation bis zu Hintergrundgesprächen et cetera. – Wenn der Herr Hohegger sagt, ich habe das gemacht und bin ein Edel-Stalker, dann kann ich nichts machen. Was soll ich mit ihm tun?

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe nur eine kurze ergänzende Frage. Es gibt ein Papier aus dem Jänner 2007,

„Strategie und Umsetzung für Vorstands-Positionierung Gernot Schieszler“ – das stammt aus dem Hohegger-Bereich –, und da wird unter

„Tischgespräche: Die Kommunikationsmechanik; Inhaltlicher Rahmen: Notwendigkeit für wirtschaftsliberale Räume vor dem Hintergrund einer Großen Koalition“, ein „Advisory-Board“ angeführt, und da steht:

„1. Hayek-Institut; 2. Ernst Strasser; 3. Karl Samstag; 4. Heinz Lederer; 5. Matthias Winkler; 6. Hohegger/Bredl“.

Sagt Ihnen das etwas?

Heinz Lederer: Ich habe das damals auch vernommen. Ich bin weder eingeladen worden noch habe ich jemals teilgenommen an diesen Sitzungen. Ich weiß auch nicht, ob sie stattgefunden haben.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Und in ähnlicher personeller Zusammensetzung, ist Ihnen da irgendetwas erinnerlich? (*Heinz Lederer: Nein!*) – Okay, danke.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Frau Vorsitzende! Ich habe nur ein paar kurze abschließende Fragen, und zwar: Ich nehme an, Sie kennen den Herrn Sundt? (*Heinz Lederer: Nein!*) – Den kennen Sie nicht? (*Heinz Lederer: Nein!*) Heinz Sundt.

Heinz Lederer: Ich kenne ihn aus den Medien, aber ich kenne ihn nicht persönlich. Ich habe nie für ihn gearbeitet.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Boris Nemsic? (*Heinz Lederer: Ja!*)

Haben Sie mit dem geschäftlich zu tun gehabt?

Heinz Lederer: Ich habe mit ihm auch Kontakt gehabt und habe auch in bestimmten Sachen, die ich eben erwähnt habe, auch inhaltlich mit ihm gearbeitet, ja.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Können sie das ein bisschen beschreiben: Können Sie ein konkretes Projekt beschreiben, das Sie mit dem Herrn Nemsic abgewickelt haben?

Heinz Lederer: Es hat mehrere gegeben. Ich kann mich jetzt nicht an jedes Detail erinnern, aber eines war sicherlich jenes, dass der Herr Nemsic sehr stark den Versetzungsschutz lockern wollte und da einfach einmal schauen wollte, was man sowohl medial als auch inhaltlich anbieten kann, damit alle Parteien da einen gemeinsamen Konsens entwickeln. – Das war sicherlich eines seiner Haupt-Engagements.

In Auslandsbereichen habe ich nie mit ihm zu tun gehabt; dazu kann ich nichts sagen.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie das direkt mit ihm besprochen? (*Heinz Lederer: Ja!*) – Ja? Herr Nemsic hat dazu überhaupt keine Erinnerung.

Heinz Lederer: Wozu jetzt?

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Zu einem Gespräch mit Ihnen.

Heinz Lederer: Ich kann mir vorstellen, dass Herr Nemsic enorm viele Gespräche geführt hat.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Aber er hat das hier ausgesagt. – Na, da kann man nichts machen.

Mit dem Stefano Colombo?

Heinz Lederer: Habe ich auch einige Gespräche gehabt, ja, als Personalchef.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Haben Sie auch? (*Heinz Lederer: Einige wenige!*)

Auf die Frage:

„Sagt Ihnen die Heinz Lederer Communication etwas?“,

sagt Colombo Nein.

Den Rudolf Fischer? (*Heinz Lederer: Ja!*)

Können Sie das umreißen, was Sie mit ihm ...?

Heinz Lederer: Das habe ich schon gesagt: Das waren auch genau die Sachen, wo er halt geschaut hat, dass er beim Umbau bei **jet2web** bis hin zu anderen Sachen etwas mit mir gemeinsam macht.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Noch eine Frage. Im Rahmen seiner Zeugeneinvernahme am 13. Oktober 2009 gibt Willi Berner Folgendes an (*Heinz Lederer: Wer bitte? Entschuldigung!*) – Berner, Willi Berner; sagt Ihnen der etwas? (*Heinz Lederer: Ja!*) –; ich zitiere:

Ich hatte mit Peter Hochegger nach dem oben erwähnten Gespräch im Hotel Imperial keinen geschäftlichen Kontakt. Ich habe ihn lediglich zwei- oder dreimal bei diversen Veranstaltungen getroffen. Erinnerung ist mir ein Abendessen in einem ziemlich kleinen Kreis im Restaurant MOLE WEST in Neusiedl/Burgenland, bei dem neben Obigen auch der damalige Kabinettschef im BMVIT Christian Ebner, Heinz Lederer, ÖBB-

Vorstand“ – Weninger oder Wehinger; (*Heinz Lederer: Wehinger!*) – „Wehinger, sowie Rechtsanwalt Dr. Lansky anwesend waren.“

Erinnern Sie sich an dieses Gespräch?

Heinz Lederer: Wann soll das gewesen sein, hat er gesagt? Daran kann ich mich jetzt nicht erinnern.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP): Am 13. Oktober 2009 ist die Einvernahme. (*Heinz Lederer: Kann ich mich jetzt nicht erinnern!*) – Da nimmt er auf dieses Gespräch Bezug. Überhaupt keine Erinnerung? MOLE WEST, Neusiedler See?

Heinz Lederer: Ich kann mich jetzt nicht daran erinnern, nein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt haben Sie betreffend verschiedene Lobbyingmaßnahmen seitens der Telekom Einblick bekommen, waren dort beschäftigt, einerseits noch im Verbund mit Hochegger, dann mit eigenem Vertrag. Ich komme jetzt auf einen Vorfall, den der Herr Hochegger schildert, aber auch eine andere Zeugin in einer Niederschrift, der mir irgendwo ganz interessant und nachfragenswert erscheint, ob das eine gewisse Praxis ist, ob Sie dazu auch eine Wahrnehmung haben?

Und zwar geht es da darum, dass es einen Verein „Wider die Gewalt“ gegen Kinder gibt, ein honoriger Verein mit einem honorigen Vorsatz und Programm. Dafür werden Spenden gesammelt, auch in Auktionen, und da schildert die Dame, die dafür werbemäßig zuständig ist, die Frau Marika oder Marica – das wechselt hier immer – Lichter, in einer Einvernahme als Zeugin vor dem BAK am 26. März 2012 Folgendes:

Es wurde bei dieser Versteigerung, Nacht der Wiener Wirtschaft im Rathaus, ein Bild des durchaus renommierten Malers Christian Ludwig Attersee von Herrn Rahimi um 7 000 € ersteigert. Dieses Bild ist dann an den Herrn Rahimi gegangen mit der entsprechenden Rechnung, wurde allerdings von Herrn Rahimi nicht bezahlt, sondern es wurde dann von Herrn Rahimi dem Verein mitgeteilt, er soll die Rechnung an den Herrn Hochegger, an die Valora schicken. – Zitatende.

Das ist auch tatsächlich passiert, und nach ein bisschen Hin und Her hat tatsächlich die Valora für das Bild 7 000 € bezahlt und es wurde dort auch abgegeben.

Jetzt sagt der Herr Hochegger zu diesem Vorfall auch etwas. Er hat nämlich den Telekom-Vorstand auf diesen Verein hingewiesen und gefragt, wie man ihn unterstützen kann. Rudi Fischer hat gemeint, das Ganze sei auch im Sinne der Telekom, und aus dem Geld, das die Valora hat, soll dieses Bild ersteigert werden um die entsprechenden 7 000 €. Ich zitiere:

Ich habe –

das ist sehr schlecht zu lesen von der Fotokopie –

diesen Vorschlag an Rudi Fischer herangetragen und er hat meinem Vorschlag zugestimmt. Es kam zu einer finanziellen Zuwendung von, glaube ich, 7 000 €.

Das deckt sich mit der Aussage und der Rechnung von Frau Lichter.

Und weiters: Eine Vereinbarung oder einen Vertrag gab es nicht. Als Gegenleistung wurde von mir im Namen der TA ein Bild ersteigert.

Das kann so nicht stimmen, denn ersteigert hat das Bild der Herr Rahimi.

Zitat: Ich habe Rudi Fischer von diesem Bild erzählt, er hat es aber wahrscheinlich vergessen. Dieses Bild liegt nun im Warenlager der Valora. – Zitatende.

Mir kommt da irgendwie der Gedanke, dass manche Vorstände aus der Telekom gesagt haben: Wir bezahlen jetzt dem Hohegger eine Unsumme an Geld für PR-Maßnahmen, wobei ganz klar ist, dass damit – ob direkt oder indirekt – auch Parteien finanziert wurden, weil das in der Telekom-Buchhaltung ja sonst keinen Platz gehabt hätte, aber im Sinne von Jagdeinladungen, wo dann die Vorstände mitfliegen, hier wird ein Bild eines durchaus renommierten Malers ersteigert und das interessiert dann die Telekom gar nicht – vielleicht haben die eine Kunstsammlung, aber ein Attersee-Bild ist für die Telekom gar nichts? –, in mir kommt also da ein bisschen der Verdacht auf, als ob Vorstände aus der Telekom auch geschaut hätten, dass dann, wenn sie etwas wohin zahlen, vielleicht auch ein bisschen etwas zurückkommt, eine Art Provision von dem, der dann die Leistung hat.

Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen in dieser Richtung, dass Telekom-Vorstände gesagt haben: Wenn wir dir schon einen Millionen-Auftrag geben, dann hätten wir gerne, dass du für meine private Sammlung vielleicht irgendetwas anschaffst! – Haben Sie da irgendwelche Wahrnehmungen?

Heinz Lederer: Keinen Funken einer Wahrnehmung! Das ist an mich nie herangetragen worden. Ich kenne den Rudi Fischer auch relativ gut. Ich glaube, er hat mir gegenüber das auch nie gesagt. Und mit der Valora, habe ich ja feststellen können, habe ich auch niemals etwas zu tun gehabt: Ich habe weder einen Hinweis dorthin gegeben noch jemals einen Hinweis von der Valora bekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Räumlichkeiten der Valora, haben Sie die in irgendeiner Form gekannt? (*Heinz Lederer: Nein!*)

Bürräumlichkeiten von Peter Hohegger?

Heinz Lederer: Der Hohegger Communications, ja.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): War das irgendwo auffällig mit zeitgenössischer oder anderer Kunst gefüllt?

Heinz Lederer: Nein. Nein, glaube ich nicht. Nein.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Peter Hohegger als großer Kunstsammler ist Ihnen auch kein Begriff?

Heinz Lederer: Ich weiß es nicht. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich habe mir dieses Büro nicht genau gemerkt.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zur Zusatzfrage. – Ich komme noch einmal zurück auf dieses politische Lobbying, wo Sie sehr kleinlaut sind. Da haben wir den Flughafen Wien, da kommt dann – auch zufällig – immer neben Ihnen und dem Herrn Hohegger der Herr Lansky vor, der Haus- und Hofanwalt, der überall vorkommt, wo es rot herausraucht – das sind immer die gleichen Verbindungen –, dann haben wir schon die Telekom genannt und dann haben wir – und das lese ich zu meiner Schlussfrage ausführend vor – auch Ihr Engagement bei der ÖBB, wo Hohegger in einer Beschuldigtenvernehmung dazu das Gleiche aussagt, wie was Ihre Beauftragung auch bei der Telekom betrifft.

Zitat: „McKinsey entsendete für die Beratungstätigkeit immer einen Berater aus Deutschland. ... Meiner Wahrnehmung nach brachte dieser Berater den Heinz LEDERER als Experte für Öffentlichkeitsarbeit“ –

jetzt kommt´s! –

„mit besonderen Kontakten zur damaligen Opposition (SPÖ) ins Spiel. ...

Aus dieser Vorgeschichte heraus war von Anfang an klar und es wurde mit VORM WALDE festgelegt, dass LEDERER als Subauftragsnehmer von mir beauftragt wurde.“

Und dann kommt´s: „Heinz LEDERERs Aufgabe war es, die Interessen der ÖBB in Richtung der damaligen Opposition“ –

also der SPÖ –

„zu transportieren, das Stimmungsbild auszuloten.“ – Zitatende.

Das heißt, da haben wir genau die gleiche Konstruktion: Sie sind Subauftragnehmer des Herrn Hohegger. Hohegger sagt ganz klar: Job des Herrn Lederer war es, die Kontaktpflege zur SPÖ zu betreiben.

Das Gleiche haben wir bei der Telekom: Lederer als Subauftragnehmer des Hohegger. Wieder sagt Hohegger: Lederers Job war es ausschließlich oder hauptsächlich, die Kontakte zur SPÖ zu pflegen. – Wir haben aus den Steuersachen die ganzen Termine dazu vorliegen.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Bitte eine Frage zu formulieren!

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Jetzt drehe ich meine abschließende Frage um auf Basis dieses zusammengefassten Aktenmaterials. Ich denke jetzt nach, damit ich sie richtig stelle und damit ich auch eine gescheite Antwort bekomme und frage Sie Folgendes konkret:

Können Sie ausschließen, dass zu Ihrer Haupttätigkeit als Subauftragnehmer der Hohegger.Com auch – nicht nur, aber auch – politisches Lobbying in Sachen Telekom beziehungsweise ÖBB in Richtung Entscheidungsträger der Sozialdemokratischen Partei Österreichs gehört hat?

Heinz Lederer: Gott sei Dank zitieren Sie nur die drei Unternehmen. Dafür bin ich echt dankbar, denn was würden Sie weiter ausloten, wen ich noch alles als Kunden gehabt habe?

Ich zitiere mich selbst, wenn ich darf, nämlich dass es unter 20 Prozent, wie ich bei der Einleitung gesagt habe, auch politisches Informationslobbying gegeben hat – unter 20 Prozent!

Wenn Sie das Ranking der damaligen Agenturen 2007, 2008, 2009, 2010 – aller Player und aller, die Sie durchlesen könnten – nehmen, dann sagen alle das Gleiche: Der Haupt- und der Schwerpunkt ist immer klassische PR. Das ist auch das Geschäft, wo ich herkomme, wo viele aus der Politik, die in der Pressearbeit etwas gemacht haben, Event-, Werbechefs, Kommunikationschefs waren, die dieses Fachwissen mitnehmen und einsetzen können und dafür auch bezahlt werden – ob gut oder schlecht, das ist Ansichtssache. Aber ich habe – ich habe auch das hier klargestellt – zu 80, 85 Prozent ganz normale PR-Tätigkeiten gemacht.

Und wenn Sie noch einmal ausnahmsweise erlauben, dass ich etwas zu den ÖBB sage, weil Sie die erwähnt haben: Dort war ich mit Dutzenden von Mitarbeitern des Herrn Hohegger. Deshalb bin ich auch manchmal etwas enttäuscht von ihm: weil er genau gewusst hat, wie viele Teams das waren und wie viele wirklich Hunderte Stunden darauf aufgegangen sind, wo ich in diesen Meetings gesessen bin.

So wie der Herr Pilz das sagt: Natürlich bleibt dann das „Advisory Board“ über – da hat er sich eben scheinbar hineingenommen den Lederer und sonst alles, was gut und böse ist: Samstag, Rot, Schwarz, Grün, Blau – Grün nicht, das zurück, aber Blau –, aber die Haupttätigkeit, die muss er ja auch selbst bestätigen, nämlich dass diese Teams dort etwas gemacht haben.

Wie der Herr Amon das gesagt hat – beim Herrn Wehinger zum Beispiel, dem ÖBB-Personenverkehrsvorstand: Natürlich ist es da um wahnsinnig viel gegangen, um riesige Kampagnen mit der Ruth Drexel und so weiter, wo die Teams und auch ich gegessen sind und gesagt haben: Das muss man machen!

Dass es auch darauf hinausläuft, dass man sagt, man muss bei den ÖBB, wenn man versucht, Mitarbeiter aus dem Verschub oder woanders in die IT-Bereiche oder anderswohin oder an Drittfirmen zu bringen, in den Regionen auch Stimmung dafür machen, damit das möglich wird, ja, das ist natürlich ein kleiner Aspekt dessen, aber wenn Sie nicht einen gesamten Teppich an Informationen ausrollen, dann werden Sie keine Chance haben.

Also ich habe das auch bei der Anfangsfrage beantwortet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also es hat auch politisches Lobbying gegeben, das erfolgreich war.

Obfrau-Stellvertreterin Gabriele Tamandl: Ich glaube, das ist sehr umfangreich beantwortet worden.

Die Obfrau-Stellvertreterin dankt der Auskunftsperson **Heinz Lederer**, verabschiedet diese und **unterbricht** die Sitzung bis zur Anhörung der nächsten Auskunftsperson.
16.17

*(Die medienöffentliche Sitzung wird um 16.17 Uhr **unterbrochen** und um 16.32 Uhr als solche **wieder aufgenommen**.)*

Obfrau Dr. Gabriela Moser nimmt – um 16.32 Uhr – die unterbrochene Sitzung **wieder auf** und begrüßt als **nächste Auskunftsperson** Herrn Mag. (FH) Stefan Krenn.

16.32

Auskunftsperson Mag. (FH) Stefan Krenn

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir kommen nun zur Anhörung von Herrn **Mag. (FH) Stefan Krenn** als **Auskunftsperson**.

Ich mache die Damen und Herren Medienvertreter darauf aufmerksam, dass Fernseh- sowie Hörfunkaufnahmen und -übertragungen sowie Film- und Lichtbildaufnahmen und alle sonstigen Tonaufnahmen unzulässig sind. Bitte lassen Sie derartige Geräte außerhalb des Saals. Handys müssen abgeschaltet sein.

Herr Krenn, danke für Ihr Erscheinen!

Vor Ihrer Anhörung muss ich Sie auf Ihre Pflicht zur **Angabe der Wahrheit** und an die **strafrechtlichen Folgen** einer falschen Aussage erinnern. Eine vorsätzlich falsche Aussage vor dem Untersuchungsausschuss wird gemäß § 288 Abs. 3 Strafgesetzbuch wie eine falsche Beweisaussage vor Gericht mit bis zu drei Jahren Freiheitsstrafe bestraft. Diese Erinnerung wird auch im Amtlichen Protokoll festgehalten.

Ihr vollständiger Name lautet: Stefan Krenn. Ihre weiteren Personaldaten, die Sie der Parlamentsdirektion bekannt gegeben haben, liegen mir vor.

Auf die Aussageverweigerungsgründe nach § 7 der Verfahrensordnung wurden Sie bereits in der schriftlichen Ladung hingewiesen. Sollte einer dieser Gründe bei einer Frage, die an Sie gerichtet wird, vorliegen, ersuche ich Sie, darauf hinzuweisen. Ein **genereller** Aussageverweigerungsgrund vor dem Untersuchungsausschuss kann **nicht** geltend gemacht werden.

Ich weise Sie, Herr Krenn, noch darauf hin, dass Sie über die Errichtung und den Inhalt von Rechtsgeschäften, bei welchen Sie als Urkundsperson beigezogen worden sind, die Aussage auch wegen eines zu besorgenden vermögensrechtlichen Nachteils nicht verweigern dürfen.

Herr Krenn, Sie können vor Eingang in die Befragung dem Ausschuss eine zusammenhängende Erzählung zum Gegenstand des Zeugnisses präsentieren. Möchten Sie die Gelegenheit dazu nutzen? – Bitte, ich erteile Ihnen hiezu das Wort.

Auskunftsperson Mag. (FH) Stefan Krenn: Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrter Herr Verfahrensanwalt! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat! Mein Name ist Stefan Krenn. Ich bedanke mich für die Einladung zu diesem Ausschuss – einerseits, weil ich hoffentlich ein bisschen etwas zur Aufklärung beitragen kann, und andererseits auch, weil ich hoffentlich die Möglichkeit habe, einiges richtigzustellen, was in der Vergangenheit rund um diese Causa aus meiner Sicht falsch berichtet wurde.

Vielleicht kurz zu meiner Vita:

Ich bin Gesellschafter-Geschäftsführer von Krenn+Partner Unternehmensberatungs KG. Ich bin 33 Jahre alt, 1978 geboren in Steyr, Oberösterreich, habe dort das Gymnasium besucht, dann den Präsenzdienst abgeleistet und dann mit dem Studium der Rechtswissenschaften in Linz begonnen.

Ich war nebenbei immer schon beruflich tätig, auch ehrenamtlich, und aufgrund dieser Tätigkeit habe ich damals Herrn Abgeordneten Walter Murauer kennengelernt, der im Jahr 1999 wieder ins Parlament gewählt wurde. Er ist auf mich zugekommen und hat gemeint, er braucht einen sogenannten parlamentarischen Mitarbeiter, wie Sie das ja kennen. So wurde ich sein parlamentarischer Mitarbeiter.

Ich habe im Jahr 2001 ein wirtschaftswissenschaftliches Studium in Wien begonnen und sozusagen neben meinem Studium als parlamentarischer Mitarbeiter gearbeitet. Im Jahr 2003 habe ich intern gewechselt, und zwar zu Frau Abgeordneter Felzmann und zu Herrn Abgeordnetem Lopatka; bei Frau Abgeordneter Felzmann war ich 30 Stunden angestellt und bei Herrn Abgeordnetem Lopatka 12 Stunden. Nebenbei habe ich mein Studium planmäßig weiterbetrieben.

Ich habe dann mit meiner Diplomarbeit zum Thema „Public Relations“ begonnen, und parallel dazu, da ich in diese Branche wollte, habe ich mich beworben. Es hat damals drei große PR-Agenturen in Österreich gegeben oder zumindest drei, die immer an der Spitze des Rankings waren: die Hohegger Communications, die Trimedia und die Publico. Ich habe mich dann auf ein Job-Inserat im „Standard“ beworben, wurde genommen und habe auch den Dienstvertrag mitgenommen. Ich wurde angestellt als Junior-Berater mit einem Bruttobezug von 2 900 €, inklusive 40 Stunden Überstundenpauschale. Nach zwei Jahren habe ich meine Tätigkeit dort selbst gekündigt, ich bin aus dem Unternehmen ausgetreten.

Ehrlich gesagt habe ich mir nie gedacht, dass ich einmal hier sitzen werde. Es ehrt mich zwar und freut mich, dass ich diesen Saal auch einmal von innen sehe und nicht immer nur von außen via Medien, aber ich habe mir auch die Frage gestellt, **warum** das so ist. – Wahrscheinlich auch deswegen, weil ich einer von jenen bin, die Herr Hohegger namentlich genannt hat. Sie haben das sicher alle in den Medien gelesen. Es wurden 28 Spitzenpolitiker genannt, manche von diesen waren heute schon zu Gast, und ich bin offenbar auch einer von ihnen. Wahrscheinlich sollte ich mich geehrt fühlen, mit hochkarätigen Ministern und hoch bezahlten Konsulenten in einem Atemzug genannt zu werden, nur, ehrlich gesagt, fällt mir das zurzeit eher schwer.

Herr Hohegger hat aber mehr Unwahrheiten als nur dieses Name-Dropping verbreitet. Ich habe Herrn Hohegger diesbezüglich auch zivilrechtlich geklagt. Dieses Verfahren ist anhängig.

Eines möchte ich auch sagen, wenn Sie erlauben: Durch diese Person habe ich schon massive unangenehme Beeinträchtigungen zu erleiden. Dass ich hier sitze, ist halb so schlimm, ich freue mich, dass ich hier sein darf, aber ich bin auch zu einer gewissen medialen Präsenz gekommen – aus meiner Sicht sehr zu Unrecht, basierend auf Unwahrheiten. Auch diesbezüglich bin ich rechtlich vorgegangen.

Warum sage ich das? – Weil das das einzige Mittel ist, das ich als Staatsbürger habe, und das habe ich auch genutzt.

Ich schließe meine Ausführungen, bedanke mich für die Aufmerksamkeit und stehe für Ihre Fragen zur Verfügung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser erteilt als erstem Fragesteller Abg. Maier das Wort.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Herr Krenn, herzlichen Dank für diese Klarstellung. Die Vernebelungsaktion, die Hohegger in den einzelnen Medien und auch hier im Untersuchungsausschuss gestartet hat, ist ja hinlänglich bekannt. Es wurden Mitarbeiter, die Mitarbeiter der zweitgrößten Agentur waren, einfach mit ehemaligen Spitzenpolitikern gleichgesetzt und es wurde der Eindruck erweckt, alle wären in irgendeiner Form von ihm abhängig und alle Parteien wären gekauft. Ich bin sehr dankbar für diese Klarstellung, denn ich kenne natürlich das „profil“-Interview, das

ich sehr aufmerksam gelesen habe, ebenso wie die Aussagen von Herrn Trummer und von Herrn Hohegger.

Meine erste Frage daher: Worauf haben Sie Herrn Hohegger geklagt? Haben Sie ihn auf Unterlassung, auf Widerruf geklagt oder haben Sie in eventu auch Schadenersatzklagen angedroht?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich habe die Klage mitgebracht, sehr geehrter Herr Abgeordneter, vielen Dank für die Frage. Ich habe sie vorhin dem Verfahrensanwalt gezeigt, weil ich kein Experte bin; ich bin, wie gesagt, Wirtschaftswissenschaftler und kein Jurist. Es ist der Tatbestand nach § 1330 ABGB und anderes. Es geht schlicht darum, dass Herr Hohegger Unwahrheiten, belegbar Unwahrheiten gesagt hat – und, mit Verlaub, als Selbständiger bin ich vor allem auch auf meinen Ruf angewiesen. Das ist das einzige Mittel, das ich ergreifen kann gegen diese Person, und das habe ich auch genutzt.

Das ist zwar hochinteressant – ich stehe hier unter Wahrheitspflicht, und darum sage ich das auch sehr offen –, hat immer ein hohes Risiko, weil diese Behauptungen von Hohegger so geschickt gewählt sind, dass es sehr schwierig ist, das nachzuweisen, wengleich wir aber glauben, tatsächlich einen guten Ansatz gefunden zu haben, der auch durchgehen wird.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Unsere Aufgabe besteht ja darin, einiges aufzuhellen und aufzuklären. So möchte ich auch meine nächsten Fragen verstanden wissen.

Dietmar Trummer hat am 16. 2. 2012 hier im Untersuchungsausschuss ausgesagt – ich zitiere –:

„Meines Wissens hat Herr Hohegger eine Person konkret angesprochen, bei uns tätig zu werden, und das war Stefan Krenn von der ÖVP.“

Sie haben bei Ihrer Darstellung dargelegt, dass Sie sich beworben haben und aufgrund der Bewerbung genommen wurden. Was sagen Sie zu dieser Aussage von Dietmar Trummer?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Schauen Sie, Herr Abgeordneter, entweder hat dieser Herr massive Erinnerungslücken, oder es ist sozusagen unbewusst oder bewusst eine Unwahrheit. Faktum ist aber, es ist eine Unwahrheit.

Ich habe auch in meinen privaten E-Mails nachgelesen. Ich habe den Bewerbungsschriftverkehr mit dem Geschäftsführer Trummer noch vorliegen. Ich habe sogar das Inserat noch gefunden. Ich habe mich dort ganz normal beworben. Ich habe den Hohegger übrigens auch nicht gekannt. Dieser war auch nicht beim ersten Gespräch dabei, sondern da war meine spätere Chefin dabei, Frau Mag. Deutinger, auch Herr Trummer. Herrn Hohegger habe ich überhaupt erst später persönlich kennengelernt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Was haben Sie dann bei Hohegger|COM gemacht? Waren Sie an der Spitze, auf der ersten Ebene, der zweiten, dritten, vierten oder fünften Ebene? Können Sie vielleicht Ihren Aufgabenbereich kurz beschreiben, insbesondere, welche Projekte Sie betreut haben?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Sehr gerne. Vielleicht sozusagen ein bisschen global: So eine Agentur war bei Hohegger nicht anders, war aufgebaut wie aus meiner Sicht üblich. Die unterste Ebene waren sogenannte Assistenten, das Zweite waren Juniorberater, dann hat es Berater gegeben, dann Seniorberater, dann Teamleiter, dann Geschäftsführer, Prokuristen. Ich war Juniorberater, das war auch klar; beziehungsweise es war das ohnehin sogar schon ein bisschen mehr, denn

normalerweise steigt man dort als Assistent ein. Allerdings ist das tatsächlich die unterste Ebene.

Mein Tätigkeitsbereich: Ich war ja branchenfremd, das heißt, ich musste mich dort mit einer neuen Materie erst auseinandersetzen, nämlich mit jener der Kommunikationsberatung, wo anfangs klassische Recherche-Tätigkeiten für Kommunikationskonzepte, genauso aber auch Analysen, Protokolle zu machen sind, und natürlich klassischerweise auch vorbereitende Tätigkeiten für Presseausendungen, für Pressekonferenzen, Kunden-Events. Erst nach und nach durfte ich auch in die Kundenberatung mit hinein.

Allerdings – und das sage ich auch gleich vorweg – hatte ich **niemals** eine Letztverantwortung oder eine persönliche Verantwortung für einen Kunden, sondern das war immer über mir. Ich habe auch **immer** Vorgesetzte gehabt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Am 16. Februar 2012 sagte Peter Hohegger zu Ihrer Person Folgendes aus:

„Dann der Mitarbeiter **Stefan Krenn**. Der war bei uns Leiter der Public Affairs-Abteilung. Bei ihm haben gearbeitet Andreas Schneider, Patrick Minar, Martin Jenewein. Dann gab es noch die Ingrid Krenn. Und die waren alle angestellt.“

Was sagen Sie zu dieser Aussage? (*Stefan Krenn: Ja, ich kann ...!*) **Waren** Sie Leiter der Public-Affairs-Abteilung?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Nein, war ich nicht! Leiter der Public-Affairs-Abteilung war Herr Trummer beziehungsweise Herr Hohegger. Ich habe Ihnen auch die aktuelle Ausgabe des „FORMAT“ mitgebracht, da können Sie das auch nachlesen beziehungsweise ist es auch in internen Organigrammen klar nachvollziehbar.

Ich weiß nicht, warum Hohegger das sagt. Beziehungsweise, ich kann es mir vorstellen und spekulieren, nur möchte ich das Ihnen allen ersparen. Faktum ist: War ich nicht. Vorgesetzte und Leiter des Lobbying-Teams waren Hohegger, Trummer und dazwischen noch andere. Ich habe einen Namen schon gesagt, aber das tut auch nichts zur Sache.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Peter Hohegger sagt bei den Einvernahmen auch aus, dass Sie eingestellt worden wären, um die Kontakte zur Österreichischen Volkspartei zu pflegen. Ich zitiere aus der Einvernahme vom 29. November 2011:

Wie ich eingangs erwähnt habe, war die Position der Telekom Austria innerhalb der Regierungs- und parlamentarischen Fraktion der ÖVP nicht sehr gut. Mit dem Engagement von Krenn und Schneider bestand die Möglichkeit, diesen Zustand nachhaltig zu verbessern. – Zitatende.

Was sagen Sie dazu?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, vielen Dank! Das ist unter anderem eines der Dinge, die ich geklagt habe, da es nachweislich falsch ist. Diese Aussage vom 16. Februar, die dieser Herr hier in diesem Ausschuss getätigt hat, ist nachweislich falsch.

Es handelt sich dabei um eine mehrfach zitierte Rechnung von 2004 – um zwei Rechnungen, um genau zu sein. Ich habe eingangs erwähnt, ich bin erst im März 2005 zur Firma Hohegger gekommen und **kann** mit dem nichts zu tun haben. Das ist eine Riesen-Schweinerei! Verzeihen Sie diesen Ausdruck hier im Hohen Haus.

Das hatte übrigens auch massive negative Wirkungen, weil das zitiert wurde in der APA, in der „Kleinen Zeitung“, im „WirtschaftsBlatt“, auf ORF Online, im „Standard“. Ich lese Ihnen Folgendes vor:

Von den Zahlungen, 180 000 € an den ehemaligen Mitarbeiter im ÖVP-Klub – der ich übrigens nie war, ich war nie Angestellter im ÖVP-Klub –, weiß Herr Nemsic – er wurde damals befragt – nichts.

Wissen Sie, was das für einen selbstständigen Unternehmensberater heißt, dass ich mich jetzt rechtfertigen muss, ob ich 180 000 € bekommen habe zu einer Zeit? – Ich meine, meine Eltern und so weiter, das ist eher egal, aber **Kunden** gegenüber! Das ist in allen Medien gestanden, Herr Abgeordneter. Das ist unschön, und das ist wirklich nicht okay. Ich kann es auch nicht nachvollziehen, es ist nachweislich falsch. Ich habe das geklagt; mehr kann ich als Staatsbürger nicht tun.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wir können also davon ausgehen, dass Peter Hohegger nicht nur eine Vernebelungsaktion gestartet hat, sondern sowohl bei den Einvernahmen bei der Kriminalpolizei als auch hier im Untersuchungsausschuss die Unwahrheit gesagt hat?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, es steht mir nicht zu, das zu beurteilen. Aber in einigen Punkten – unter anderem in dem, den Sie gerade angeführt haben – hat er definitiv die Unwahrheit gesagt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte zu Ihren Projekten kommen. Welche Projekte haben Sie bei Hohegger|COM betreut?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das sage ich Ihnen sehr gerne. Ich habe es eingangs dem Herrn Verfahrensanwalt gesagt. Nur damit Sie das alle wissen: Ich scheue mich überhaupt nicht, ich bin sehr froh, dass ich darüber reden kann.

Ich habe nur meinen Dienstvertrag mitgebracht. Da steht drin, dass auch nach Beendigung ein sehr strenges Konkurrenzverbot und Verschwiegenheitsverpflichtung besteht, bei sonstiger Pönalzahlung. Ich habe schon Erfahrung mit Herrn Hohegger und weiß, dass er davor nicht zurückschreckt. Ich wurde damals, als ich ausgestiegen bin, bereits von ihm geklagt, weil ich mich in derselben Branche selbstständig gemacht habe. Ich werde Ihnen das trotzdem beantworten und hoffe auf Ihrer aller Unterstützung, wenn er mich diesbezüglich klagen sollte.

Meine Kunden waren – darauf wollen Sie sozusagen hinaus –: Kunden, die ich mitbetreut habe, waren aus der Pharmaindustrie, die Pharmig, Verband der pharmazeutischen Industrie, wo ich doch sehr intensiv beschäftigt war. Forum Mobilkommunikation FMK. Bundesrechenzentrum war ein Riesenprojekt, BRZ, das Sie alle kennen werden. Ich habe gearbeitet für das Projekt **Aon Entertainment**, das schon Thema hier in diesem Ausschuss war. Ich habe gearbeitet für den Verband der Technologiezentren Österreichs, für das VRVis. Ich habe für die ADA Austrian Development Agency, von der es damals, glaube ich, einen Auftrag gegeben hat, gearbeitet. Ich habe teilweise bei ÖBB-Projekten mitgearbeitet, da hat es eine ganze Menge gegeben.

Da ich, wie Sie eingangs auch erwähnt haben, dort nicht die tragende Rolle spielte, waren diese Teams interdisziplinär zusammengestellt. So ist es eben vorgekommen, dass ich hin und wieder bei solchen Projekten dabei war, und deswegen war es eine ganze Menge.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Hinsichtlich der Telekom haben Sie nur ein Projekt mitbetreut? Oder mehrere Projekte?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Schauen Sie, die Telekom war nicht mein Kunde – einmal pauschal. Es hat ein großes Projekt gegeben, an dem ich mitgearbeitet habe, das war das Projekt **Aon Entertainment**. Das war sozusagen ein Projekt von zwei Firmen gemeinsam, nämlich von der Telekom und von der Novomatic. Ansonsten war ich für Telekom nicht zuständig. Ich kann nicht ausschließen, dass es vorgekommen ist, dass ich irgendwo einmal am Rand zu so einem Projekt dazugestoßen bin. Aber es hat ein eigenes Telekom-Team gegeben, und Telekom, mit Verlaub, war absolute Chefsache.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Aon Entertainment war hier natürlich bereits ein Thema und wird noch weiter ein Thema sein.

Weitere Frage von mir: Mit wem bei der Telekom haben Sie zusammengearbeitet? Wer waren Ihre Ansprechpartner?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Es hat hier eine Projektgruppe gegeben, wo seitens Hoheggers auch ich dabei war. Seitens der Telekom waren das die Vorstände Schieszler, Fischer; ich glaube, Herr Tweraser – er war, glaube ich, der Marketingchef – war auch dabei, und andere Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen der Telekom. Seitens Novomatics war es auch der Vorstand, der dabei war. Und seitens Hoheggers mehrere Mitarbeiter, unter anderen auch ich und Hohegger selbst.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Was war Ihr Aufgabenbereich bei diesem Projekt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das war sehr, sehr viel Recherchearbeit. Beziehungsweise nicht nur Recherche, sondern ich musste dort – wie andere auch – eine Expertise aufbauen, weil diese ganze Materie für mich ein völlig neuer Bereich war. Es ging meiner Erinnerung nach konkret darum, dass man gemeinsam sogenannte elektronische Lotterien irgendwie auf die Beine stellt, wo es darum ging, Sportwetten und Glücksspiel im Internet anzubieten, und ein Mobiltelefon, also in diesen neuen Medien.

Das war ein Bereich, in dem ich persönlich keine Erfahrung hatte, das heißt, ich musste mich einmal in die Gesetzesmaterien einarbeiten. Wie Sie ja wissen, ist das landesgesetzlich reglementiert, aber auch auf europäischer Ebene ein Riesenthema. Dann ging es natürlich darum, sozusagen hier einmal Argumente zu finden und das Ganze vorzubereiten, Protokolle zu schreiben. Ich glaube, wir haben dort Tonnen an Material – das Sie wahrscheinlich haben werden – produziert. Ich habe in diesem Bereich Tätigkeiten gemacht: Recherche, Analyse, Berichte geschrieben, Konzepte.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Worum es inhaltlich gegangen ist, das wissen wir Abgeordnete. Es ging darum, eine Änderung des Glücksspielgesetzes zu erreichen, damit eine gemeinsam Firma von Telekom und Novomatic sozusagen am Markt auftreten konnte, und hier gab es natürlich Versuche, die Politik zu beeinflussen. Waren Sie in irgendeiner Form eingebunden, um politische Mandatsträger zu beeinflussen, um eine Änderung des Glücksspielgesetzes zu erreichen?

Mag (FH) Stefan Krenn: Nein. Das war weder meine Aufgabe, noch wurde es von mir verlangt. Auch hätte mich, mit Verlaub, Herr Hohegger nach alledem, was ich jetzt weiß und Sie wissen, dazu sicher nicht benötigt.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Es gab diese interne Arbeitsgruppe, die Sie selbst angesprochen haben. Hier gibt es auch Protokolle über ein internes Abstimmungsmeeting Lobbying-Gruppe, und hier gibt es auch das Kapitel Novomatic/Aon. Ich entnehme diesem Protokoll vom 27. März 2006, Novomatic/Aon:

Dossier Wallner: Fertigstellung heute. To-dos: Monika, Andreas.

Dann kommt´s:

Parlamentarische Anfrage vorbereiten: Andreas.

Können Sie uns sagen, für wen hier eine parlamentarische Anfrage vorbereitet worden ist und wer unter „Andreas“ gemeint ist?

Mag (FH) Stefan Krenn: Dass eine parlamentarische Anfrage seitens Hoheggers oder der Mitarbeiter dort vorbereitet worden wäre, ist mir neu. – Was war noch die Frage genau?

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wer fungiert unter dem Namen „Andreas“?
(*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Mag (FH) Stefan Krenn: Danke vielmals. – Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht, da es mehrere Andreasse gegeben hat. Ich lese zwar sozusagen aufgrund der Teilnehmer, dass es dort auch einen Andreas gegeben hat, wage aber nicht zu behaupten, ob er das war oder nicht oder ob ein anderer Andreas damit gemeint ist. Daher kann ich diese Frage, da ich mich nicht daran erinnern kann, nicht beantworten, weil ich hier unter Wahrheitspflicht stehe und nichts Falsches sagen darf.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich möchte nur klarstellen, dass in der Anwesenheitsliste bei dieser Sitzung aufscheinen:

Stefan Krenn, Andreas Schneider, Christine Lackner, Monika Racek (Protokoll).

Letztere dürfte die Protokollführerin gewesen sein. Können Sie uns vielleicht sagen, was „Dossier Wallner“ heißt? – Es wurden ja auch Dossiers über Abgeordnete angelegt.

Mag (FH) Stefan Krenn: Sehr geehrte Herr Abgeordneter, grundsätzlich glaube ich, dass es sich dabei um jene Dokumente handelt, die wir unter sogenannter Zielgruppen- oder Stakeholder-Analyse einordnen würden. Hier geht es um jene Personen, also Stakeholder rund um einen Themenbereich; in diesem Bereich ist es eben auch ein politischer, daher wahrscheinlich auch sozusagen, weil Sie es ansprechen, Abgeordneter. Man versucht, herauszufinden, wie diese Personen zu einem Thema stehen, welche Positionen sie haben und welche Argumente sie dafür oder dagegen vorbringen. Das zu analysieren und darzustellen, ist wahrscheinlich so ein Dossier.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich glaube, der Begriff „Stakeholder“ ist etwas zu weit gegriffen, denn nach der Berichterstattung von „NEWS“ wurden Dossiers nur über jene Politiker angelegt, die sich öffentlich gegen das kleine Glücksspiel ausgesprochen haben. Dazu gehörte die damalige Landesrätin der SPÖ Christa Kranzl, die Wiener Stadträtin Ulli Sima, dazu gehörte ich, dann ein Spitzenbeamter des Finanzministeriums, eine Beamtin der niederösterreichischen Landesregierung und Bundesrat Schennach.

Können Sie uns irgendetwas darüber sagen, wie und in welcher Form der Beschluss in dieser Arbeitsgruppe gefällt wurde, Dossiers über Politiker und Beamte anzulegen, die offen gegen das kleine Glücksspiel und gegen eine Liberalisierung des Glücksspielmonopols aufgetreten sind?

Mag (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, grundsätzlich kann ich das nicht sagen, weil das Aufträge waren, die von der Geschäftsführung oder von Hohegger selbst erteilt wurden. Warum die zu einer Entscheidungsfindung gekommen sind und wie, entzieht sich meiner Kenntnis.

Sie erlauben aber eine Anmerkung, sehr geehrter Herr Abgeordneter: Nur weil etwas in „NEWS“ steht, heißt das noch lange nicht, dass das die Wahrheit ist und dass es nur darüber Dossiers gibt. Ich kann mich zum Beispiel daran erinnern, dass es sehr wohl – weil Sie „Gegner“ gesagt haben – Gegenstand unserer Recherchetätigkeiten war, auch Befürworter, wenn Sie so wollen, ebenfalls zu analysieren, um hier einfach ein breites Spektrum aufzubereiten, eben von Gegnern und Befürwortern.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich muss noch bei diesem Thema bleiben. Herr Krenn, es gibt auch die Mitschrift von diesem Meeting vom 18. April 2006. Hier steht, ebenfalls unter Aon Entertainment:

Dossier Wallner, gemeinsam mit Andreas Krenn. Erledigt.

Wie ist das zu verstehen?

Mag (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht. Wahrscheinlich war das Dossier fertig.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Dann gibt es folgenden Punkt:

Parlamentarische Anfragen vorbereiten. Verantwortlich: Stefan.

Mag (FH) Stefan Krenn: Ich habe nie eine parlamentarische Anfrage vorbereitet oder geschrieben.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie beurteilen Sie dann diese Mitschrift von diesem Abstimmungs-Meeting am 18. April 2006, zu dem es folgende Anwesenheitsliste gibt:

Stefan Krenn, Andreas Schneider, Christine Lackner, Monika Racek, Eva Bossenberg (*phonetisch!*) für das Protokoll.

Da steht unter Aon Entertainment:

Dossier Wallner gemeinsam mit Andreas Krenn: erledigt. Erste Teilrechnungen stellen: erledigt. Parlamentarischen Detailfahrplan überarbeiten: erledigt. Parlamentarische Anfragen vorbereiten: Stefan.

Und dann steht da:

Projekte: Meischberger.

Was sagen Sie zu diesem?

Mag (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich kann es mir nur so erklären – ich meine, das ist schon ein paar Jährchen her, mit Verlaub. Ich kann ausschließen, dass ich eine parlamentarische Anfrage geschrieben oder vorbereitet habe. Warum das da steht, kann ich mir jetzt nicht erklären. Möglicherweise hat man recherchiert, ob es Anfragen gibt, oder wie auch immer. Aber ich selber kann das für mich ausschließen.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind vorüber. Die Grenzgänger-Fragestellung entlang des Glücksspielbereichs war auch sehr deutlich. Ich hoffe, dass in der zweiten Runde die **Telekom** allein im Mittelpunkt steht.

Gibt es noch eine dringende Telekom-Frage? – Bitte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich halte es trotzdem für gescheitert, wenn wir die ganze Causa Novomatic beim Beweisthema Glücksspielgesetz behandeln. Ich gehe davon aus, dass wir Herrn Krenn dazu noch einmal laden müssen. Ich werde dazu jetzt keine Fragen stellen.

In seiner Beschuldigtenvernehmung vom 31. Mai 2011 erklärt Herr Hochegger – das ist für mich nicht die Bibel, aber ich halte es Ihnen einfach vor – auf die Frage zum sogenannten Advisory Board und zum Dr. Ernst Strasser:

Haben oder hatten Sie im Rahmen Ihrer Firmenbeteiligung Geschäftsbeziehungen zu Dr. Ernst Strasser?

Antwort von Hochegger:

Der Kontakt zu Dr. Ernst Strasser wurde durch den Leiter der Public-Affairs-Abteilung der Hochegger|COM, Mag. Stefan Krenn, hergestellt. Mag. Stefan Krenn kannte Dr. Ernst Strasser von seiner Tätigkeit als Büroleiter für den, glaube ich, damals Generalsekretär Lopatka.

Lassen wir jetzt die Geschichte mit Leiter der Public-Affairs-Abteilung beiseite, das haben Sie zu Protokoll gegeben.

Ist es richtig, dass der Kontakt zwischen Hochegger und Strasser durch Sie hergestellt worden ist?

Mag (FH) Stefan Krenn: Das ist *unrichtig*, Herr Abgeordneter, nachweislich unrichtig! Ich habe Herrn Dr. Strasser persönlich *nicht* gekannt vor meiner Tätigkeit bei der Firma Hochegger. Möglicherweise, so wie Sie alle, vom Sehen oder aus dem Fernsehen. Wenn ich richtig gelesen habe, wurde auch Herr Strasser dazu befragt, der aussagt:

Das stimmt nicht. Hochegger hat mich angerufen.

In diesem Fall glaube ich Herrn Dr. Strasser. – Also ich für mich sicher nicht! Ich kann es ausschließen. Ich kannte Dr. Strasser nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Dann geht es um die bekannte Geschichte des Bulgarien-Projekts. Das ist ja diese Geschichte mit dem Advisory Board, an der Hochegger beteiligt war und dafür Geld erhalten hat. Ich zitiere wieder:

Ich persönlich hatte mit Dr. Strasser Kontakt bei einem Projekt für die bulgarische Regierung. Er unterstützte uns in der Beratung des damaligen Premierministers Stanischew Sergej. – Zitatende.

Frage: Was wissen Sie über dieses Projekt, über das Bulgarien-Projekt, an dem Dr. Strasser beteiligt war?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ja, ich war, das habe ich zuerst vergessen aufzuzählen, auch bei diesem Projekt mit im Projektteam. Ich meine, ich hatte vieles wieder vergessen. Natürlich habe ich interessiert die Medien mitgelesen und auch die Protokolle dieses Ausschusses.

Meiner Erinnerung nach ging es dabei konkret – das war kurz vor dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien im Jahr 2007 – um eine Imagekampagne, die vonseiten Hochegger gemeinsam mit Hochegger Bulgarien, das war eine Tochterfirma der Firma Hochegger, gemeinsam mit Burson-Marsteller, das ist eine internationale Agenturgruppe, und gemeinsam mit der Agentur einer gewissen Frau Monika Yossifova, das war eine bulgarische Agentur, durchgeführt wurde.

Konkret ging es darum, nach meiner Erinnerung, dass hier die sogenannten Red Flags, also Auflagen der Kommission zum EU-Beitritt möglichst minimiert werden. Da war eben geplant, weil offenbar Bulgarien manche Auflagen im Bereich der Korruptionsbekämpfung, Geldwäsche und solcher Dinge nicht erfüllte.

Da hat es zahlreiche Tätigkeiten gegeben, Pressekonferenzen in allen Hauptstädten Europas. Ich selber war einmal in Brüssel bei einer dabei, und in Sofia.

Da wurde erarbeitet: Was sind die Auflagen? Was argumentiert die EU gegen Bulgarien?, und so weiter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir kennen das. Wir haben auch im Ausschuss schon den Endbericht behandelt. Wir haben uns den Advisory Board angeschaut. In diesem findet sich keine Spur von einem Dr. Strasser.

Sagen Sie: Was war die Rolle von Herrn Strasser in diesem Projekt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Schauen Sie, ich habe Herrn Strasser nur bei diesem Projekt wahrgenommen. Ich habe natürlich mitgelesen, dass er dort laut eigenen und Hoheggers Aussagen tätig war. Er war einmal mit dabei in Bulgarien, wo ich auch dabei war, das kann ich bestätigen. Ich nehme an, er wird dort als ehemaliger Innenminister seine Expertise eingebracht haben, gerade in diesen Bereichen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es geht nicht darum, was Sie **annehmen**, sondern darum, was Sie **wahrgenommen** haben.

Wer war auf dieser Bulgarienreise mit dabei? Waren Sie da dabei?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Da war unter anderem ich ... Na das ist oft vorgekommen. Also wir haben ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich rede jetzt von der Reise, an der Dr. Strasser teilgenommen hat. Da waren Sie dabei, der Dr. Strasser, wer noch?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Hohegger und verschiedene Mitarbeiter von Hohegger.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Okay. Hat es dort ein Treffen mit dem genannten bulgarischen Premierminister gegeben?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Es hat zumindest ein Treffen gegeben mit seinen Kabinettsleuten und eben das ominöse Abendessen. Das hat tatsächlich stattgefunden, dort war der Herr Premierminister anwesend.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Also dürften Sie alle miteinander keinen übermäßigen Eindruck gemacht haben.

Abgeordneter Werner Amon, MBA (ÖVP) (zur Geschäftsbehandlung): Es ist augenblicklich weder das kleine Glücksspiel vom Untersuchungsgegenstand umfasst, worauf Herr Dr. Pilz zu Recht verwiesen hat, noch ist die Telekom Bulgarien derzeit vom Untersuchungsgegenstand umfasst.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich werde nachher noch auf die Frage zurückkommen, woher das Geld kommt, und ich sage Ihnen schon, Herr Kollege Amon, worum es mir geht.

Wir haben eine Aussage von Hohegger in Sofia, dass es sich bei den Rechnungen – 90 000 €, Dr. Strasser – mit größter Wahrscheinlichkeit um Scheinrechnungen handelt, und dass er das Geld für etwas ganz anderes bekommen hat.

Ich halte es für durchaus möglich und möchte mit meinen Fragestellungen dann in diese Richtung fortfahren, ob es sich hier um ein verdecktes Telekom-Projekt gehandelt hat. Deswegen stelle ich diese Fragen und möchte da jetzt eigentlich ganz gern weiter fragen.

Aber Sie haben schon vollkommen recht: Das, was Dr. Strasser behauptet, würde nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Insofern: danke für diese Klarstellung.

Noch einmal: Ich habe Dr. Strasser dazu ausführlich befragt. Ich konnte keine nennenswerte Leistung im Rahmen des geschilderten Projekts feststellen, keine Spur von Strasser im Advisory Board oder sonst irgendetwas.

Können Sie über irgendeine nennenswerte und nachvollziehbare Leistung von Dr. Strasser im Rahmen dieses Projektes berichten?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter! Grundsätzlich, und das ist wirklich ernst gemeint: Ich war damals sicher nicht in der Position, mit einem ehemaligen Innenminister dort sozusagen auf Du und Du zu stehen und irgendwie einen Eindruck zu gewinnen, was er macht oder nicht.

Ich habe eben angenommen – das war meine Wahrnehmung, denn es war die Chefebene, nämlich Hohegger mit dem Herrn Strasser –, dass die sozusagen hier schon beraten, nämlich das Kabinett von Herrn Stanischew, dem Premierminister selbst. Da ich es aber nicht weiß, weil ich da nicht dabei war und auch nicht weiß, was die Beratungsleistungen im Konkreten waren, auf dieser Ebene, kann ich Ihnen nur sagen, was ich gemacht habe.

Für mich ist es insofern nachvollziehbar, als ich einen ehemaligen Innenminister habe, der möglicherweise zu diesen Bereichen Reform, dieser ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Lassen wir das Mögliche!

Haben Sie irgendwelche persönlichen Wahrnehmungen über konkrete Leistungen von Dr. Strasser im Rahmen dieses Projektes? Es geht nur um Ihre persönlichen Wahrnehmungen.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Er war dabei bei Meetings, wo auch ich dabei war, also insofern hat er teilgenommen.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei Meetings in der Hohegger.Com, ist das richtig?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Und auch vor Ort in Sofia.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Bei *einer* Reise?

Mag. (FH) Stefan Krenn: An *eine* Reise kann ich mich zumindest sicher erinnern.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, er auch. Auf Treffen in den Hohegger-Räumlichkeiten hat auch er verwiesen. Aber ich meine jetzt eine substantielle sachliche Leistung. Hat er einen Teil davon geschrieben? Da gibt es einen eigenen Polizeiteil in diesem Bericht. Ist er einer der Mitverfasser dieses Teils?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich glaube, dass man ihn fragen konnte ... Wenn wir ... Weil auch dort klarerweise man sich das aneignen musste, man auf ihn zurückgreifen konnte, vor allem seitens der Geschäftsführung und seitens des Hohegger, und auf seine Expertise zurückgreifen konnte.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Jetzt kommen wir zu dem Punkt, wo Kollege Amon zu Recht will, dass ich jetzt irgendwann einmal hinkomme. Sagen Sie, sind Ihnen sonstige Leistungen des Dr. Strasser, die diese Zahlungen von insgesamt 90 000 € von der Hohegger.Com an die CCE des Dr. Strasser erklären, sonstige Leistungen von Dr. Strasser im Bereich der Hohegger.Com bekannt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, so wie ich das gelesen und mitverfolgt habe, war der Herr Strasser Aufsichtsrat, Advisory Board, wie immer man das nennt, und hat Hohegger beraten. Ich würde Sie bitten ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Im welchen Advisory Board jetzt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Na von Hohegger, nehme ich an. Insofern würde ich bitten, dass Sie Hohegger dazu fragen, denn ich war bei diesen Sitzungen nicht dabei und weiß es daher nicht.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Wir werden ohnehin morgen Herrn Dr. Hohegger dazu fragen. Ich wollte nur wissen, ob Sie irgendwelche konkreten Wahrnehmungen über sonstige Leistungen des Herrn Dr. Strasser im Rahmen von Hohegger.Com gemacht haben, sonst nichts.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Im Bulgarien-Projekt, wie gesagt; dort habe ich eine Wahrnehmung, da war er hin und wieder dabei.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, und sonstige?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ansonsten habe ich mit ihm nichts zu tun gehabt.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ja, wunderbar. Dann haben Sie auch keine Wahrnehmungen. Das ist alles, was ich dazu wissen wollte.

Dann brauche ich gar nicht in Richtung Telekom weiter zu fragen; denn wenn Sie keine Wahrnehmungen über sonstige Projekte haben, können Sie auch keine haben über Telekom-Projekte. Okay.

Nur zur Sicherheit, damit wir es nicht vergessen: Haben Sie irgendetwas zu tun gehabt mit den Projekten und der Tätigkeit der ÖVP-Telekom-Sprecherin Frau Mag. Hakl? (*Stefan Krenn: Nein!*) – Hatten Sie irgendetwas zu tun mit den Zuwendungen in den Bereich ÖAAB, Wiener Pressverein? (*Stefan Krenn: Nein!*) – Sagt Ihnen die wunderbare Organisation "Forum Land" etwas?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ja, aus den Medien sagt mir das etwas.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Hatten Sie damit irgendetwas zu tun? (*Stefan Krenn: Nein!*) – Dann habe ich keine weiteren Fragen, dann sind Sie dafür nicht die richtige Auskunftsperson. – Danke.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Der Herr Kollege Pilz hat mich jetzt angeregt, ein bisschen weiter zu fragen.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf Ihren Beginn der Kooperation oder der Zusammenarbeit, wie auch immer, mit der Firma Hohegger.

Sie haben gesagt, Sie haben BWL studiert, dann eine Abschlussarbeit in PR geschrieben, und aus diesem Grund haben Sie sich dann bei einer der damals größten PR-Agenturen, sehr seriös damals, beworben.

Sie haben aber auch schon klargestellt, dass Sie nur parlamentarischer Mitarbeiter und nicht ÖVP-Mitarbeiter waren. Wie kommt der Herr Hohegger dazu, dass er Sie immer wieder als so quasi ÖVP-Mann oder als wichtige Kontaktperson zur ÖVP darstellt? Was ist Ihre Meinung dazu?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das frage ich mich auch. Ich kann ja nur spekulieren, aber er ist zweifelsohne ein Medienprofi. Auch heute habe ich wieder eine neue Geschichte gelesen, die Sie wahrscheinlich morgen beschäftigen wird. Das heißt, er versteht es, geschickt zu lancieren; und ich nehme eben an, dass er

denkt: Wenn da jemand mit einem politischen oder politiknahen Hintergrund ist, dann wird das genügen, um abzulenken.

Und mit Verlaub, Frau Abgeordnete, das ist ihm ja auch anfangs gelungen. Wochenlang hat die Republik und die Medien geschrieben: Wer sind diese Personen?, und keiner hat sich gefragt, was Herr Hochegger eigentlich gemacht hat.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Jetzt haben Sie gesagt, Sie haben quasi auf der untersten Ebene in der Firma Hochegger zu arbeiten begonnen, haben uns auch schon einiges gesagt, wie diese Tätigkeiten ausgesehen haben.

Können Sie uns ein bisschen mehr erklären, wie Sie sich da hineingearbeitet haben beziehungsweise wie Ihr Aufstieg intern in der Firma vor sich gegangen ist?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Sehr geehrte Frau Abgeordnete, diesen Aufstieg hat es so nicht gegeben, was sicher auch mit ein Grund war, warum ich relativ schnell zu der Entscheidung gekommen bin, dass ich dort nicht mehr arbeiten will. Wie gesagt, ich hatte mehrere Vorgesetzte in der Hierarchie über mir. Anfangs war das für mich komplettes Neuland, ich habe sozusagen versucht, mit Verlaub, nachdem ich sozusagen eine rasche Auffassungsgabe habe, war es für mich möglich, mich dort einzuarbeiten, mich auseinanderzusetzen. Fachlich habe ich mich spezialisiert mit Marketing und Public Relations auf diese Themengebiete und habe das sehr interessant gefunden, dort an Kommunikationsstrategien und Konzepten mitzuarbeiten. Natürlich war es auch herausfordernd, mit so vielen unterschiedlichen Kunden und Projekten zu arbeiten.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): War das für Sie, nachdem Sie die parlamentarische Mitarbeit aufgegeben haben, ein Aufstieg? Waren Sie vom Gehaltsschema gleich oder war es ein Abstieg für Sie?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich nehme an, Sie wissen, was ein parlamentarischer Mitarbeiter verdient, es war in etwa gleich. Natürlich hatte ich die Hoffnung, dort aufzusteigen, auch gehaltsmäßig, aber das war nicht der Fall. Möglicherweise hätte ich länger dabei bleiben müssen, ich sage Ihnen aber ganz ehrlich, dass ich heilfroh bin, dass ich das **nicht** gemacht habe.

Ansonsten kann ich nur sagen, wenn die Frage darauf abzielt, dass diese Tätigkeit eines parlamentarischen Mitarbeiters eine hervorragende Schulung war, auch dafür, weil man sich auch als parlamentarischer Mitarbeiter auf Grund der Themenvielfalt eines Abgeordneten sehr schnell und rasch auf neue Themen einstellen und einarbeiten muss. Ich sage jetzt nicht heute Pensionsreform, morgen Jugendschutz, ich muss aber beides sehr schnell haben, und ähnlich ist es in der PR-Branche, insofern hat das schon zusammengepasst.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Wie war Ihr Kontakt zu Ihrem Chef, dem Herrn Hochegger? Gab es da ausführlichen Kontakt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Da gab es selbstverständlich Kontakt, aber nicht mehr als der Herr Hochegger sonst hatte. Er war, wie nennt man das, ein sehr **aktiver** Eigentümer, der sozusagen dort durch die Büroräumlichkeiten gegangen ist, fast täglich, nach meiner Erinnerung, und überall hineingeschaut hat und überall sozusagen seinen Senf dazugegeben hat, salopp formuliert.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Das heißt, er hat auch Direktaufträge erteilt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Er hat auch Direktaufträge erteilt, ja.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Wie war das sonst in der Firma üblich? Ihr Vorgesetzter, nehme ich an, hat Ihnen direkt Aufträge erteilt, aber trotzdem auch der Herr Hohegger als großer Boss?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Genau. Je nachdem, es ging oft darum, Angebote zu formulieren. Ich sage es gleich dazu, nicht im Sinne von finanziellen Dingen, das war nicht unser Bier, dafür hat es Geschäftsführer gegeben und Prokuristen, aber inhaltlich. Das waren teilweise schon kleine Konzepte. Und wenn der Hohegger gekommen ist, offenbar von irgendwelchen Kunden oder Geschäftskontakten, dann ist er halt in die Büros gegangen und hat, je nachdem, wo er geglaubt hat, dass das abgearbeitet werden kann, direkt verteilt. Ich habe ein Gespräch gehabt mit dem und dem, das und das ist die Aufgabenstellung, formuliert mir ein Angebot und ein Rohkonzept. Da war so eine klassische Auftragsverteilung, die direkt von Hohegger gekommen ist. Oder er hat irgendeinen Zettel mit gehabt, wo er etwas aufgekritzelt hatte, und das haben wir umgearbeitet in ein ordentliches Konzept

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Es gab ja in der Firma diverse Teams. Können Sie uns über diese Teams ein bisschen etwas erzählen: Welche Art von Teams gab es da, wie schaut das aus?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Frau Abgeordnete, ich habe das natürlich auch mitverfolgt, dass jetzt dort von Seiten des Hohegger und anderer sehr bewusst getrennt wird zwischen sogenanntem Public Affairs- oder Lobbying-Team und anderen. Der große Asset dieser Agentur – und damit haben sie auch geworben – war die sogenannte integrierte Kommunikation, was bedeutet, dass sämtliche Kommunikationsdisziplinen, also Public Affairs- genauso wie Public Relations- und Marketing-Aktivitäten verbunden werden.

Insofern ist mir als Mitarbeiter diese Trennung so überhaupt nicht im täglichen Arbeiten bewusst geworden, weil Faktum war – ich habe es eingangs erwähnt –, dass es Projekt-Teams gegeben hat auf Kunden hin. Das war sozusagen interdisziplinär, die Einteilung war: Teamgrößen von fünf bis zehn Leuten, die einen Teamleiter hatten. Nur, ehrlich gesagt, diese Trennung zwischen Public Affairs und anderen ist mir so nicht bewusst gewesen. Und auch nicht ersichtlich, mit Verlaub.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Das heißt, es gab ein Projekt-Team „Telekom“ beispielsweise?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ganz genau. Es gab ein eigenes Projekt-Team, das war das größte Team meines Erachtens, war auch der wichtigste Kunde der Firma Hohegger und war auch Chefsache.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Als größtes Team, heißt das jetzt für Sie, da waren ungefähr zehn Personen beschäftigt oder mehr? (*Stefan Krenn: Mindestens!*) Und **wer** waren diese Personen? Sind Ihnen noch einige in Erinnerung?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Schauen Sie, Frau Abgeordnete, ehrlich gesagt, selbst wenn ich mich erinnern könnte, da jetzt Mitarbeiter zu nennen, ist mir zuwider, weil ich nicht das Gleiche machen will, was er macht, weil ich bei Mitarbeitern davon ausgehe, dass die genauso wenig gewusst haben von den Dingen, die da passiert sind, wie ich.

Der Leiter war, das kann ich sehr wohl sagen, der war auch hier schon zu Gast, der Herr Kratky, und sonst waren das Mitarbeiter wie ich, in allen Stufen und Ausbildungsstufen. Wenngleich die Telekom insofern speziell war, weil, das haben wir schon mitbekommen, die für den Herrn Trummer und für den Hohegger ein besonderes Anliegen war und sie dort auch selbst sehr viel operativ und aktiv dabei waren. Im Gegensatz zu anderen Kunden, die mehr oder weniger von den Betreuungsteams selbständig abgearbeitet wurden.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Was war die Aufgabe dieses Teams „Telekom“?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich kann es im Detail wirklich nicht sagen. Aber weil Sie gesagt haben, diese Trennung, auch das ist mir aufgefallen, dieses Team hat zum Beispiel einen Award bekommen, einen Public Affairs Award für die „ARGE Breitband“. Ich sage es gleich, ich habe damit nichts zu tun gehabt, aber ich habe nachgelesen, was das ist. Das ist, wenn Sie so wollen, ein klassisches Public Affairs-Projekt und wurde aber nicht von einer sogenannten Public Affairs-Abteilung gemacht, sondern von dieser Gruppe.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Es gab ja auch ein Team „Lobbying-Gruppe“ in der Firma. Wer war da der verantwortliche Teamleiter?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Wenn ich das richtigstellen darf, es hat zwei Public Affairs-Teams gegeben, es ist immer nur die Rede von einem und auch die Namen wurden immer nur von dem einen erwähnt. Auch das können Sie nachlesen, ich habe das nur kurz ins Google eingegeben, man findet hier zahlreiche Aussendungen von Hohegger selbst, wo Hohegger sich rühmt mit neuen Errungenschaften. Es hat zahlreiche Mitarbeiter gegeben, von denen die meisten schon genannt wurden hier in dem Ausschuss.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Der Kontakt zu Walter Meischberger würde mich noch interessieren. Wann haben Sie Walter Meischberger kennen gelernt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich habe den Herrn Meischberger bei der Firma Hohegger kennen gelernt, eben bei dem Projekt „Aon Entertainment“. Das war auch das einzige Projekt, wo ich persönlich mit ihm zu tun hatte. Dort war er Mitglied in dieser Projekt-Gruppe.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Was war da konkret Ihre Aufgabe?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Meine Aufgabe war, wie bereits erwähnt beim Herrn Abgeordneten zuvor, Recherche, Berichte zu schreiben, Unterlagen aufzubereiten, Protokolle zu machen, Argumentationsketten aufzubereiten, also das klassische Handwerk in einer Agentur.

Abgeordnete Adelheid Irina Fürntrath-Moretti (ÖVP): Danke, im Moment keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Krenn, wie sind Sie zur Firma Hohegger gekommen? Sie haben in Ihrer Einleitung erwähnt, über ein Zeitungsinserat. Da muss ich Ihnen Ihre Einvernahme vom 2.2.2011 vorhalten, da schildern Sie das nämlich ein bisschen anders. Sie wechselten auf Grund eines persönlichen Freundes, der Sie angesprochen hat und mit Mag. Trummer bekannt machte.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter! Ich kann mich erinnern an diese Aussage. Faktum ist, dass dieser persönliche Bekannte mich aufmerksam gemacht hat auf ein Inserat; verzeihen Sie diese Unschärfe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Weiter bei Ihrer Einvernahme, Sie haben in Ihrer Aussage gesagt, das ist auch schon angesprochen worden, auf Kontakte mit Herrn Meischberger, dass er auch bei Projekten dabei war, bei Sitzungen haben Sie ihn gesehen.

War das eine aon-Projekt das einzige oder hat es noch ein anderes gegeben?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das war aus meiner Sicht das einzige, wo ich ihn wahrgenommen habe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es liegen nämlich bei Ihrer Einvernahme auch zahlreiche Rechnungen dabei, ich glaube es sind 17 an der Zahl, im Monatsrhythmus, die die ZehnVierzig-Agentur des Herrn Meischberger an die Hohegger|COM gerichtet hat und dort **immer** zu Händen Herrn Stefan Krenn.

Warum schickt die ZehnVierzig zu Ihren Händen 17 Rechnungen? Jede Rechnung mit dem gleichen Wortlaut – ich zitiere –:

Sehr geehrte Herren! Wir erlauben uns, Ihnen für geleistete Leistungen, insbesondere für Kommunikationsberatungen und Entwicklung von Strategien, für den Zeitraum –

dann ist immer der Monatsrhythmus dabei –

2 500 € zuzüglich Umsatzsteuer, in Summe 3 000 € vereinbarungsgemäß in Rechnung zu stellen mit der Bitte um baldige Überweisung.

ZehnVierzig GmbH

Walter Meischberger. – Zitatende.

Warum kommen diese 17 Rechnungen an Sie?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wenn Sie das Protokoll vorliegen haben, werden Sie auch meine Antwort, die ich damals gegeben habe, vorliegen haben. Ich weiß es **nicht**.

Faktum war, ich war weder für Verrechnung noch für Rechnungen zuständig. Ich nehme an, und das habe ich auch damals wahrheitsgetreu ausgesagt, dass eben irgendwer, der Hohegger, gesagt hat: Adressiere das an den Krenn!, warum auch immer. **Ich** kann Ihnen sagen, was ich mit dem Zettel gemacht habe, ich habe ihn zu Herrn Berger und zu Herrn Trummer gebracht, das war meine Aufgabe.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Sie haben sehr wohl den Brief dann zu Ihren Händen bekommen, der ist nicht vorher bei der Poststelle gleich direkt in eine Buchhaltung ...?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Wenn ich ihn bekommen habe, mit Verlaub, ich weiß es nicht, dann habe ich ihn maximal genommen und dort hingegeben, oder ich habe ihn persönlich gar nicht bekommen.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ein anderer Bereich streift jetzt ganz kurz die Lobbying-Tätigkeit für einen anderen Kunden, wo Sie ja im Lobbying-Team aufscheinen als „SK“, mit diesem Kürzel eben. Dieses Projekt ist bereits mehrmals hier im Ausschuss erwähnt worden, das Projekt „Die Grünen einkochen in Sachen kleines Glücksspiel“.

Wie darf man sich so was vorstellen, so einen Arbeitstitel, und was passiert da? Was ist da eine Lobbying-Maßnahme?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich habe das gelesen in den Medien oder in einem Protokoll, weiß ich jetzt nicht mehr, diesen Projektitel, das wäre mir sonst nicht mehr, wie es so schön heißt, erinnerlich gewesen. Faktum ist, die Projekte wurden nicht von uns Mitarbeitern erfunden, sondern wurden uns erteilt von unseren Vorgesetzten und von der Geschäftsführung.

Das heißt, wenn es so ein Projekt gegeben hat, mit so einem zugegeben sehr eigenartigen Namen, dann ist das nicht auf unserem Mist gewachsen. Konkret, wenn Sie mich fragen, was dort passiert ist, kann ich mir nur vorstellen, dass es darum ging,

die Positionen und Standpunkte der Grünen, ich nehme an, nicht nur der österreichischen Grünen, sondern auch der europäischen Grünen zu diesem Themengebiet zu erörtern, zu analysieren und niederzuschreiben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also Konzepte erstellen, was die europäischen Grünen zum kleinen Glücksspiel in dem konkreten Fall machen. „Die Grünen einkochen“, das klingt mir ein bisschen **aktiver**.

Waren Sie da eher nur der Zuarbeiter bei diesem Projekt, dass Sie dann für eine nächsthöhere Einkochebene die Konzepte zur Verfügung stellen oder die Berichte oder Ähnliches? Das heißt, das stelle ich mir jetzt so vor wie in einer Großküche, wo es vom Geflügelrupper bis zum Chefkoch halt dann verschiedene gibt; wer letztlich dann auch verantwortlich ist.

Sehen **Sie konkret** Ihre Arbeit in diesem Team so, weil nämlich bei diesem ganzen Projekt tauchen nur ein „MR“ und „SK“ auf, und nicht viele andere Köche, die unter Umständen den Brei verderben könnten?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter! Ich kann Ihnen garantieren, dass weder dieses Kürzel MR noch ich jemals so etwas gemacht hätten oder versucht haben. Mit Verlaub hätte ich auch so einen Projekttitel sicher nicht so gewählt, wenn ich nicht der Meinung bin, dass man die Grünen einkochen kann und schon gar nicht bei diesem Thema.

Ich weiß es, ehrlich gesagt, nicht. Faktum ist, wenn es so ein Projekt gegeben hat, dann kam das sozusagen als so ein Projekt formuliert von der Geschäftsführung. Ich habe auch nachgelesen, Sie haben diese Frage, ich glaube, das waren Sie, sehr geehrter Herr Abgeordneter (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ja!*), auch am 16. Februar an den Hohegger gestellt, der darauf sagt:

Ist mir nicht erinnerlich – natürlich –, habe aber schon federführend daran gearbeitet.

Aber dann hat Hohegger etwas Interessantes gesagt: „Fragen Sie den Herrn Trummer, der kommt ja heute Nachmittag!“

Der Herr Trummer kam am Nachmittag, diese Frage wurde wieder gestellt, und der Trummer sagt darauf, er kann sich jetzt auch nicht daran erinnern. Es kann sich gar keiner an irgendwas erinnern, aber das war sicher der Stefan Krenn, der daran gearbeitet hat.

Wissen Sie, und das zieht sich sozusagen durch. Und ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich bin überhaupt keiner, der andere anpatzt, ich bin ein sehr gerechtigkeitsliebender Mensch. Verantwortlichkeiten sollen dort bleiben, wo sie hingehören, nämlich zu den Verantwortungsträgern, und der war **ich sicher nicht** als Juniorberater.

Fragen Sie diese Herren, ich habe mit diesem Projekt sicher nichts zu tun, auch wenn es dort oben steht mit einem Kürzel. Ich hätte das auch sicher nicht gemacht, sage ich Ihnen auch ganz ehrlich, weil das eine ist, was einer anordnet, und das andere ist die eigene ethische, moralische Kompetenz. Ich kann Ihnen daher leider nicht mehr Auskunft geben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt frage ich Sie zu einem E-Mail vom 6. Juli 2006, wenn ich das richtig lesen kann, weil da ist ein bisschen der Kopierschutz darüber. Es geht von Ihnen an den Herrn Gernot.Schieszler@telekom.at, in Kopie geht es auch an eine Adresse in der Novomatic:

„Sehr geehrtes Gaming-Team, anbei darf ich Ihnen – auf Grund des heutigen Finanzausschusses –“ ...

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Bitte, ich meine, das „Glücksspiel“ ist Thema und wahrscheinlich erst später.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, ich beziehe mich *inhaltlich nicht* auf die Frage „Glücksspiel“, was da drinnen ist, sondern auf die Einleitungspassage, die hier enthalten ist.

Es geht hier direkt an den Herrn Schieszler, Kronzeuge in der gesamten Telekom-Angelegenheit. Da geht es mir um ein Detail, was die Person der Auskunftsperson hier ganz konkret betrifft, weil er nämlich schreibt:

„anbei darf ich Ihnen – auf Grund des heutigen Finanzausschusses – einen kurzen Status Quo zum Stand unserer Bestrebungen bzgl. einer zusätzlichen Konzession geben.“

Und jetzt kommt der Punkt: „In der heutigen ÖVP-BZÖ-FPÖ Vorbesprechung zum Finanzausschuss, die von 8.30 bis 10.00 stattgefunden hat, wurde auch das Thema Glücksspiel thematisiert.“ – Zitatende.

Mich interessiert jetzt nicht das konkrete Thema, das behandelt wurde, aber waren Sie bei so einer Vorbesprechung dabei?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Nein, Herr Abgeordneter, selbstverständlich nicht. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Selbstverständlich? – Ich weiß es nicht!*) – Selbstverständlich *nicht*, ich glaube auch nicht, dass das möglich ist nach meiner Erinnerung hier noch aus der aktiven Zeit. Ich kann es mir nur so erklären: Na selbstverständlich hat man versucht, Informationen zu generieren für Konzepte, für diese Tätigkeiten, die ich bereits erwähnt habe. Möglicherweise habe ich das entweder wo gelesen, es gibt auch eine „Parlamentskorrespondenz“, auf der Parlamentshomepage abrufbar, wo unter anderem auch Berichte oder Vorbesprechungen zu Ausschüssen aufscheinen oder womöglich habe ich sogar mit einem geredet, der dort dabei war, einem Mitarbeiter. Faktum ist, das sind Informationen, die aber sozusagen irgendwann öffentlich zugänglich sind.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also ich muss einmal eines sagen, Vorbesprechungen von Parlamentsklubs scheinen in der Regel nicht in der „Parlamentskorrespondenz“ auf, und seitens der Parlamentsdirektion wird das auch mit einem entsprechenden Nein-Kopfschütteln quittiert. Also eine Vorbesprechung aus einzelnen Klubs in der „Parlamentskorrespondenz“, das gibt es nicht. Also das können Sie wem anderen erzählen, dass Sie so was von dort erfahren haben.

Die andere Möglichkeit ist, dass Sie etwas von einer Person erfahren haben, die unmittelbar dort war oder auch wiederum einen Bericht davon gehört hat.

Erste Frage: Was ist eine ÖVP-BZÖ-FPÖ-Vorbesprechung?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Na, Sie haben es im Mail geschrieben!*) – Mit Verlaub: Von wann ist es? (*Abg. Dr. Rosenkranz: Es ist aus dem Jahr 2006!*) – Ja das sind sechs, sieben Jahre her. Ich weiß es wirklich nicht mehr.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Die Konstellation verwundert mich. Kann das deswegen heißen, dass es damals bereits die Partei BZÖ gegeben hat, allerdings den FPÖ-Klub, wo alle außer der Frau Abgeordneten Rosenkranz und dem Abgeordneten Bösch weitergeführt worden sind als freiheitlicher Klub, allerdings unter der Partei BZÖ, dass das so gewählt wurde?

Sie sind ja ein politisch denkender Mensch, das werden Sie ja hoffentlich in den sechs Jahren nicht abgelegt haben?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ja, ich hoffe auch, Herr Abgeordneter. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Ja, also ...*) – Ich weiß es wirklich **nicht**. Möglicherweise zeigt das auch die Qualität dieses E-Mails, nämlich eine schlechte Qualität, wenn es so ist.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Diese Qualität des E-Mails, ich meine, es gibt sehr kurze, dieses ist eine ganze Seite, wo Sie detaillierte Dinge machen – wir werden das vielleicht zu einem anderen Beweisthema dann im Detail durcharbeiten. Mir geht es darum: Wo kriegen Sie so eine Information her? Ist das ein alltäglicher Vorgang?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Herr Abgeordneter, wenn ich fragen darf, um hier wirklich ernsthaft Antwort zu geben: Zeigen Sie mir das, dann kann ich mir das anschauen und dann kann ich da gerne eine Antwort geben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich werde das vorbereiten, dass Sie das anschauen können, ich werde es Ihnen vorlegen.

(Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.)

Jetzt zu einem anderen Komplex. Sie sind auch Mitgründer und Gesellschafter einer Werbefirma **Red Carpet**.

Ich lasse Sie vielleicht jetzt einmal lesen, damit ...

(Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.)

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das war ich, Herr Abgeordneter, und ich glaube nicht, dass das Gegenstand dieses Themas ist.

(Die Auskunftsperson wendet sich an den Verfahrensanwalt.)

Es geht hier sozusagen um einen Zeitraum und einen Themenkomplex, mit dem meine persönlichen Firmen nichts zu tun haben.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nein, nein, das können Sie nicht sagen. Wenn ich dann in weiterer Folge frage, ob Sie von der Telekom Aufträge bekommen haben oder sonst was ... (*Stefan Krenn: Ach so, nein, habe ich nicht, das kann ich Ihnen beantworten!*) – Darum muss ich zuerst fragen, ob Sie überhaupt bei der Gesellschaft in irgendeiner Form etwas gemacht haben.

Ich nähere mich schon grundsätzlich den diversen Dingen, aber keine Sorge, es wird zum Schluss der Konnex mit der Telekom herauskommen. Aber ich lasse Sie zuerst einmal das lesen, weil ich glaube, das war nur Napoleon, der gleichzeitig lesen, diktieren und schreiben konnte.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ja, Herr Abgeordneter, offenbar, wenn das keine Fälschung ist, wovon ich nicht ausgehe, ist dieses E-Mail von mir. Ich muss mir das in Ruhe anschauen. Ehrlich gesagt, ich habe keine Erinnerung daran, woher diese Informationen sind. Möglicherweise ist auch sozusagen einiges Interpretation, aber ich kann es jetzt ernsthaft nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Haben Sie aufgrund Ihrer Zeit, Sie waren ja im Parlament auch tätig als parlamentarischer Mitarbeiter, haben Sie da noch Kontakte gehabt zu Referenten, zu Abgeordneten, dass Sie solche Informationen auch bekommen haben?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Nein, Herr Abgeordneter, ich meine, Sie wissen, was die Tätigkeit eines parlamentarischen Mitarbeiters ist in diesem Haus. Noch dazu, ich habe nebenbei studiert, oder umgekehrt, nebenbei gearbeitet, und das, worauf Sie hinauswollen, dass ein ehemaliger parlamentarischer Mitarbeiter der große Lobbyist ist, halte ich für keine logische Annahme.

Na selbstverständlich habe ich möglicherweise Kontakte gehabt zu Personen, ja, allerdings wenn, dann als private persönliche Kontakte und sicher nicht im Auftrag von Hohegger.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Nicht im Auftrag von Hohegger und trotzdem das eine im persönlichen Kontakt zu erfahren, schließt sich ja meiner Meinung nach nicht aus.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Aber es ist ein wesentlicher Unterschied.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Es ist für Sie ein Unterschied. Aber ich stelle trotzdem fest, dass Sie über Informationen berichten – wo Sie nicht sagen können, von wem Sie die haben – aus einer Vorbesprechung ÖVP, BZÖ, FPÖ, aus einer Vorbesprechung, die sonst **nicht** zugänglich ist. Dazu werden Sie auf der Parlamentshomepage oder sonst irgendwo **nichts** finden.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich weiß es nicht. Schauen Sie, ich kann es Ihnen jetzt nicht sagen, weil ich es zeitlich nicht weiß, ich muss mir das anschauen. Möglicherweise hat es eine Aussendung dazu gegeben, nachher oder vorher, wie auch immer. Ich kann es Ihnen jetzt nicht beantworten, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Jetzt zu dieser Firma **Red Carpet**: Wann waren Sie dort aktiv? Von wann bis wann?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Von der Gründung bis Mitte 2011.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gründung war wann? (*Stefan Krenn: 2007!*) – Aus der Zeitschrift „NEWS“ ist zu erkennen, dass der Ex-Botschafter Kasachstans, Rachat Alijew, **Red Carpet** um fast 500 000 Dollar mit bestimmten Dingen beauftragt. Es hat auch einen Hintergrund in Richtung Telekom. (*Zwischenbemerkung von Mag. Krenn.*) – Sie können sagen, Sie wollen dazu nichts sagen, ich halte Ihnen nur diese Aussage vor. Wenn Sie sagen, Sie sagen dazu nichts, dann ...

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, es wundert mich, dass gerade Sie einen Artikel sozusagen ungeprüft von „NEWS“ übernehmen, denn das zumindest habe ich hier auch gelernt, dass man nicht alles glauben soll, was in der Zeitung steht.

Faktum ist, dass dieser Artikel so nicht richtig ist. Ich gehe jetzt nicht ins Detail, ich sage Ihnen nur, dass die Summe nicht stimmt, und ich sage Ihnen noch etwas, Herr Abgeordneter: Das tut überhaupt nichts zur Sache hier mit diesem Ladungsgegenstand. Ich habe auch gerade den Herrn Verfahrensanwalt konsultiert.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Wir machen schon weiter.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die 7 Minuten sind um. (*Abg. Dr. Rosenkranz: Eine Zusatzfrage?*) Ja, Sie haben durchaus noch die Möglichkeit, aber zum Thema.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Bei diesem Komplex noch eine Zusatzfrage. – Wir haben **nicht** alles geglaubt, was in der Zeitung steht (*Stefan Krenn: Das hoffe ich!*) und wollten das daher aufgrund einer parlamentarischen Anfrage geklärt wissen. (*Stefan Krenn: Ich kann mich erinnern!*) Und daraufhin ist dann vom Innenministerium gekommen: Dazu sagen wir nichts!

Das heißt, wir haben eben ein ehrliches Bemühen an den Tag gelegt, die Wahrheit herauszubekommen, daher haben wir auch Sie gefragt. Sie haben gesagt, die Summe stimmt zum Beispiel nicht. Das hilft uns jetzt schon weiter. – In der nächsten Runde folgt dann die Fortsetzung, wo wir uns dann auch noch mehr der Telekom annähern. Wir machen das wie die Zwiebel. (*Abg. Petzner: Mir kommen die Tränen!*)

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Herr Krenn, Sie haben ausgesagt, Sie sind da auf ein Inserat aufmerksam gemacht worden. Von welcher konkreten Person sind Sie denn auf dieses Inserat aufmerksam gemacht worden? Und was war denn der Inhalt dieses Inserates? Denn Sie geben das als Ausgangsimpuls für Ihre spätere Tätigkeit bei Hochegger an.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Von welcher Person konkret, kann ich Ihnen wirklich nicht mehr sagen. Faktum aber ist, dass die Leute gesucht haben und das auch über ein Inserat getan haben und ich mich beworben habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Aber Sie wissen nicht mehr, wer Sie auf dieses Inserat hingewiesen hat? (*Stefan Krenn: Nein!*) – Immer wenn wir ein bisschen konkret werden ...

Mag. (FH) Stefan Krenn: Nein, darf ich es Ihnen nur kurz sozusagen persönlich erklären: Man hat gewusst, dass ich in diese Branche will. Irgendjemand wird mich aufmerksam gemacht haben und gesagt haben: Hast du gesehen, im „Standard“ sucht eine Agentur einen Mitarbeiter? – So wird es gewesen sein, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Die Frage ist für mich eben, warum Sie da engagiert worden sind. Wir haben viele, viele Beispiele und verschiedene Fälle, wo Personen – gerade sehr viele ehemalige politische Mitarbeiter, Parteileute – einfach von Hochegger engagiert wurden, um dann genau in diese Richtung auch Kontakte zu pflegen, was ja aus der Sicht Hocheggers an sich logisch ist.

Und Hochegger sagt da betreffend Ihre Person ganz das Gleiche wie bei allen anderen. Ich zitiere dazu aus einer Beschuldigtenvernehmung des Herrn Hochegger vom 29. November 2011, wo er sich beschwert, dass es eben schwierig war in Sachen Telekom. Die Position der Telekom Austria innerhalb der Regierungs- und parlamentarischen Fraktion der ÖVP stellt er als nicht sehr gut dar.

Und dann sagt er – Zitat –:

„Mit Stefan KRENN und Andreas SCHNEIDER gab es dann plötzlich zwei ehemalige ÖVP-Mitarbeiter, die die Argumente der TA schlüssig und glaubhaft transportieren konnten.“

Hochegger sagt dann ganz offen, dass das auch eine Ihrer Aufgaben war – und Sie haben ja schon gesagt, Sie waren ehemaliger parlamentarischer Mitarbeiter, oder Mitarbeiter, des Herrn Lopatka –, Stimmungsmache in Richtung Österreichische Volkspartei zu betreiben.

Was sagen Sie zu diesen Angaben des Herrn Hochegger: Haben Sie solche Tätigkeiten in Richtung der Österreichischen Volkspartei gesetzt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Nein, Herr Abgeordneter, das habe ich nicht. Zu den Angaben, die Sie da zitieren – auch die liegen mir vor; diesbezüglich habe ich den Herrn Hochegger auch zivilrechtlich geklagt, sehr geehrter Abgeordneter; mehr kann ich als Staatsbürger nicht tun –, kann ich nur sagen: Entweder er hat massive Erinnerungslücken oder er sagt bewusst die Unwahrheit. Das können Sie sich aussuchen, was von beiden zutreffend ist. Dass er die Unwahrheit sagt, kann ich belegen, mehrfach, aber wenn Sie dem Glauben schenken, dann sei das Ihnen überlassen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich wiederhole es noch einmal: Man macht es sich zu einfach, wenn jetzt auf einmal der Herr Hochegger „Everybody's A.“ ist. So leicht kann ich es Ihnen leider nicht machen. Denn dann halte ich Ihnen konkrete Fälle vor, wenn Sie sagen, das stimmt alles nicht, was der Hochegger gesagt hat.

Akquisition eTel durch die Telekom: Beschuldigtenvernehmung Hoheggers am 6.6.2011, wo er sagt, der Kauf der eTel hatte für die Telekom Austria eine wichtige strategische Bedeutung. Und dann kommt es, damals war ja auch Bartenstein Minister – Zitat –:

„Aus diversen Recherchen wusste ich, dass sich ein Mitarbeiter aus dem Kabinett von Minister BARTENSTEIN in regelmäßigen Abständen mit dem damaligen Leiter der Bundeswettbewerbsbehörde „namens BARFUSS zu diversen Themen besprach. Dieser Mitarbeiter im Kabinett von Martin BARTENSTEIN hieß Christian STEYRER.“

Und jetzt kommt es: „Über die Vermittlung von Stefan KRENN wurde Christian STEYRER kontaktiert“ und es hat ein gemeinsames Treffen stattgefunden. Es hat alles wunderbar funktioniert, denn er kommt zum Schluss, dass Steyrer signalisiert habe, dass er die Argumente voll „nachvollziehen“ kann.

Und dann kommt es: „Schon bald nach diesem Gespräch bekam ich über Stefan KRENN“ – also wieder Sie – „das Feedback“, und das „Feedback war grundsätzlich positiv. Konkret war die Aussage so, dass grundsätzlich einem Kauf die Zustimmung erteilt werden kann“, richtet der Stefan Krenn aus, was die politische Haltung des damaligen ÖVP-Ministers und Kabinetts Bartenstein war.

Sind auch diese Angaben völlig falsch?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich gehe davon aus, dass ...

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Oder: Welche Wahrnehmungen haben Sie dazu? Haben Sie den Kontakt zu Steyrer hergestellt? Hat es da ein gemeinsames Treffen gegeben? Waren Sie dabei? Haben Sie Hohegger dazu Feedback gegeben oder nicht? – Ich erinnere Sie an Ihre Wahrheitspflicht.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Na selbstverständlich, Herr Abgeordneter. – Konkret kann ich mich an so ein Treffen nicht erinnern, Herr Abgeordneter. Dass ich dort recherchiert habe, kann ich nicht ausschließen. Was ich aber ausschließen kann, ist, Herr Abgeordneter, dass ich jemals auf unsachgemäße Art und Weise an irgendjemanden in der ÖVP oder im Kabinett oder sonst jemanden herangetreten bin. Das kann ich ausschließen. Und ansonsten, sozusagen, kann ich dazu nichts sagen, weil ich es nicht mehr weiß.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Lassen wir einmal das „unsachgemäß“ weg: Sind Sie überhaupt jemals im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit bei Hohegger und in Causen der Telekom an politische Entscheidungsträger der Volkspartei, wie Bartenstein zum Beispiel oder andere, herangetreten, ja oder nein? Oder ist das überhaupt nie vorgekommen?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Wenn Sie mit „politischen Entscheidungsträgern“ solche von Abgeordneten aufwärts meinen und Minister und so weiter, kann ich das verneinen. Habe ich sicher nicht, weil ich dazu weder in der Position noch in der Lage war. Entschuldigen Sie, ich war parlamentarischer Mitarbeiter (*Abg. Petzner: Jajaja!*) und keiner, der auf Ministerebene oder Abgeordnetenebene verkehrt hat. (*Abg. Petzner: Ja, gut!*)

Dass ich sozusagen möglicherweise, um das sozusagen abzurunden, jemanden auf „meiner Ebene“ – unter Anführungszeichen – (*Abg. Petzner: Was? Auf?*), auf meiner persönlichen Ebene, in der sozialen Umgebung, treffe, das kann ich nicht ausschließen, Herr Abgeordneter, weil das auch meine persönlichen Kontakte sind. Aber auf Ministerebene, das kann ich ausschließen. (*Abg. Petzner: Mandatarsebene?*) – Ist mir auch nicht Erinnerung, dass ich jemals einen Mandatar wegen irgendetwas angesprochen hätte.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich halte das einfach für **nicht glaubwürdig**. Wir haben da jetzt diese Geschichte vom Hohegger, wo er Ihre Tätigkeitsbeschreibung hat. Dann haben wir ein konkretes Beispiel, eTel. Und dann haben wir zum Dritten dieses E-Mail – und das halte ich Ihnen jetzt noch einmal vor, der Kollege Rosenkranz hat es schon zitiert –, das Sie selber schreiben – es geht mir da nur um das Grundsätzliche, ich bleibe bei der Causa Telekom, rede da nicht vom Glücksspiel –, wo Sie ein seitenlanges E-Mail schreiben als Stefan Krenn, Datum: 5.7.2006, 14.13 Uhr, Betreff: Letztstand AON-Entertainment – **Letztstand!** –:

Sehr geehrtes Gaming-Team! ... – Und dann geht es dahin. Sie berichten da ganz konkret über diese Vorbesprechung zum Finanzausschuss: was der Stummvoll dort gesagt hat, die drei wesentlichen Punkte, die dort gemeinsam erarbeitet wurden, was der Herr Ikrath dazu gesagt hat. Und dann schreiben Sie noch wunderbar hinein, wie das Fazit war, und freuen sich darüber und berichten, dass unsere Argumente – so schreiben Sie – aufgegriffen wurden und dass man daher dezidiert – soweit ich das da über den Kopierschutz lesen kann – von einer Umsetzung unserer Bestrebungen – also jener der Telekom – ausgehen kann.

Das heißt, das E-Mail haben Sie selber geschrieben, und Sie berichten darin über diese Vorbesprechung zu einem Finanzausschuss mit ÖVP-, BZÖ- und FPÖ-Mandataren – was eh schon einmal sehr ungewöhnlich ist, dass Sie überhaupt bei so einer Vorbesprechung dabei sind – und sagen mir zugleich, Sie haben nie mit Mandataren Kontakt gehabt, obwohl Sie in einem seitenlangen E-Mail genau über eine interne Vorbesprechung mit Mandataren zu einem Finanzausschuss berichten, Stummvoll namentlich nennen, Ikrath namentlich nennen – alles schwarze Abgeordnete!

Also laut diesem E-Mail hatten Sie sehr wohl intensive Kontakte zu Parlamentariern des Hohen Hauses, vor allem zu denen der Volkspartei.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, das ist Ihre Interpretation – verzeihen Sie, dass ich das so sagen darf –, denn woher ich diese Informationen habe, steht nicht drinnen. Ob ich diese Information aus einem persönlichen Gespräch mit diesen Herren oder Damen habe oder über dritte Seite, geht daraus nicht hervor.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann frage ich Sie: Woher haben Sie denn die Informationen?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht. (*Abg. Petzner: Ach, das wissen Sie dann wieder nicht?!*) Ich kann Ihnen nur eines sagen, Herr Abgeordneter: Dass ich so ein E-Mail an zwei Vorstände sicher nicht selbständig und alleine schreibe, sondern nur im Auftrag von Hohegger oder von Trummer, sprich meinen Vorgesetzten, und sicher nicht selber auf die Idee komme, so ein E-Mail zu schreiben, Herr Abgeordneter.

Woher diese Informationen sind, kann ich Ihnen, eben weil ich unter Wahrheitspflicht stehe und nicht lügen will, nicht sagen, weil ich es nicht weiß. Es kann aber gut sein, dass mir die jemand gesagt hat, entweder von den Vorgesetzten oder Kollegen oder sonst wo her. Das impliziert nicht, Herr Abgeordneter, dass ich selber Gespräche geführt habe mit diesen Personen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ihre Erinnerungslücken sind für mich **zu** groß. Das können Sie mir nicht ... (*Stefan Krenn: Das ist Ihre Interpretation!*) Ich halte es nur fest, denn das gibt es ja überhaupt nicht, dass man sich an alles erinnern kann und genau dann (*Stefan Krenn: An viel, Gott sei Dank, kann ich mich erinnern, ja!*), wenn es um einen entscheidenden Punkt geht, tritt plötzlich die Erinnerungslücke ein, die Kilometer breit ist. – Gut, wie auch immer.

Eine andere Frage, zur eTel-Akquisition: Da ist im Ausschuss auch herausgekommen, dass es ein Engagement des ehemaligen Abgeordneten Klaus Wittauer gibt, der als Berater der Telekom im Rahmen dieser eTel-Akquisition Geld in einer Größenordnung von mehreren 100 000 € bezogen hat. Das wurde hier im Ausschuss schon behandelt. Sie waren laut Unterlagen auch hier federführend, laut Hochegger, mit der Akquisition eTel, Geschäftsfall 12, befasst.

Ist Ihnen da jemals der Herr Wittauer untergekommen im Rahmen dieser Akquisitionstätigkeit, oder ist Ihnen da der Herr Wittauer nie untergekommen? Und wenn er Ihnen untergekommen ist: in welcher Form?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Meiner Erinnerung nach ist mir der Herr Wittauer nie untergekommen. Noch einmal: Es war auch sicher nicht meine Ebene, mit so jemandem zu verkehren, denn der war, glaube ich, damals noch Abgeordneter – oder ich weiß es nicht. Auf jeden Fall: Ich habe mit ihm nichts zu tun gehabt und habe auch keine Wahrnehmung zu ihm.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Haben Sie im Rahmen Ihrer Tätigkeit bei Hochegger jemals Kontakte gehabt zum Beispiel zu Michael Fischer (*Mag. Krenn: Nein!*), zuerst ÖVP-Direktor und dann bei der Telekom? – Nie gehabt? (*Stefan Krenn: Nein!*) – Und Christoph Ulmer oder so? (*Stefan Krenn: Nein!*) – Können Sie das ausschließen oder können Sie sich nicht erinnern?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das kann ich ausschließen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Das können Sie wieder ausschließen? – Sie können sich immer wieder erstaunlich genau erinnern, aber wenn es dann ums Haarige geht, setzt plötzlich die Lücke ein. – Na ja, gut.

Nochmals konkret zur eTel-Akquisition: Sie haben sich auch nie mit Kabinettsmitarbeitern und Kabinettschef von Bartenstein, mit parlamentarischen und kleineren Büromitarbeitern von Bartenstein über die eTel-Akquisition unterhalten?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, noch einmal: Ich kann ausschließen, dass ich für Hochegger irgendetwas in unsachgemäßer Weise getan habe. Dazu hätte er mich auch sicher nicht gebraucht.

Was ich nicht ausschließen kann, ist – noch einmal –, dass ich meine privaten sozialen Kontakte auch während dieser zwei Jahre bei Hochegger gepflegt habe. Konkret zu dem, was Sie da vorhalten, kann ich Ihnen keine Auskunft geben, zu dieser eTel-Geschichte, weil ich es nicht weiß.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Dann sagen Sie uns – Schlussfrage –: Was waren denn Ihre privaten sozialen Kontakte, die Sie in diesen zwei Jahren gepflegt haben, und zu welchen Personen war denn das?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, das hätten Sie möglicherweise gerne. Ich weise aber auf die Verfahrensordnung hin, dass ich über meine Privatsphäre sicher nichts sagen werde – gemäß § 7 Abs. 1 –, und ich kann Ihnen auch sagen, warum: Weil Sie am besten wissen, was herauskommt, wenn man hier ein Name-Dropping macht und unschuldige, unbescholtene Bürger – so wie auch ich – plötzlich beworfen werden mit irgendwelchen Dingen und sich rechtfertigen müssen. Dazu habe ich nicht Lust und dafür stehe auch nicht zur Verfügung.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Die zweite Runde beginnt mit Herrn Abgeordnetem Maier. – Bitte nicht zum Glücksspiel und – ich kann noch ergänzen –: auch nicht zum Datenschutz.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Frau Vorsitzende, ich habe nicht die Absicht, hier eine Fragerunde zum Thema Glücksspiel durchzuführen, weise aber nur darauf hin, dass natürlich die Tätigkeit der Telekom im Glücksspielbereich davon erfasst ist. Jetzt kann man darüber diskutieren, ob das ein Grenz... (Abg. Dr. Jarolim: Danke für den Hinweis, Frau Vorsitzende!)

Herr Krenn, ich möchte noch einmal auf Ihre für mich sehr wichtigen Aussagen hinsichtlich Ihrer Tätigkeit bei Hohegger.Com zu sprechen kommen. Sie haben uns anfangs mitgeteilt, wie Sie Hohegger.Com verlassen haben, wären Sie von Hohegger geklagt worden.

Können Sie uns vielleicht erzählen, warum Sie geklagt wurden? Und: Passierte das bei Hohegger.Com öfters, dass Peter Hohegger ehemalige Mitarbeiter verklagt hat?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, im Detail möchte ich deswegen nicht darauf eingehen, weil es sozusagen nichts verloren hat. Es ging um angebliche Verstöße gegen das Konkurrenzverbot, weil wir uns in derselben Branche selbständig gemacht haben. Es ging um eine Vielzahl an Dingen.

Wichtig dafür war nur – und deswegen habe ich das eingangs erwähnt –, dass Hohegger offenbar nicht zurückschreckt, ehemalige Mitarbeiter zu verklagen. Und das wollte ich nur anmerken für den Fall, dass ich hier gegen irgendeine Verschwiegenheit ihm oder seinen Nachfolgefirmlen gegenüber verstoße, weil damit zu rechnen ist – auch aufgrund dessen, dass ein Verfahren gegen ihn offen ist, auch von meiner Seite – und ich nicht Gefahr laufen will, von diesem Herrn hier auch noch auf diese Weise beeinträchtigt zu werden.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ist dieses Verfahren bereits abgeschlossen?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das ist abgeschlossen. Das war damals relativ schnell, nachdem ich gegangen bin.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Wie ist das Verfahren ausgegangen?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, tut das etwas zur Sache, was sozusagen ...? – Es ist erledigt, dieses Verfahren.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Das Verfahren ist erledigt.

Einfach eine Frage, die uns, glaube ich, alle interessiert: Geht Peter Hohegger mit vielen Mitarbeitern auf die Art und Weise um, dass sie von ihm geklagt werden, wenn sie aus dem Unternehmen ausscheiden?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich weiß es nicht. Das müssen Sie den Herrn Hohegger fragen. Ich gehe nicht davon aus, dass ich ein Einzelfall war, was das betrifft. (Abg. Dr. Jarolim: Es kann einen Verband der Geschädigten geben, zum Beispiel!) Ach so, ja, ja. Also in diesem Fall waren es auch mehrere, die er geklagt hat. Aber es ist wurscht. Ich weiß nicht, worauf Sie hinauswollen, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Nur zur Einschätzung des Herrn Hohegger.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Der schreckt überhaupt vor nichts zurück. Ich meine, das brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen, das ist sozusagen auch nachzulesen. Und so verhält er sich auch. – Ich meine, verzeihen Sie, dass ich da emotional bin, aber ich bin emotional Betroffener. Ich muss noch 30 Jahre arbeiten und sitze jetzt letztlich hier wegen dieser Person. Und da halte ich, ehrlich gesagt, auch nicht mit meiner Meinung hinterm Berg.

Abgeordneter Mag. Johann Maier (SPÖ): Ich habe noch eine abschließende Frage: Haben Sie, als Sie bei Hohegger.Com beschäftigt waren, mit Meischberger zusammengearbeitet? Und wenn ja: bei welchen Projekten?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Als ich bei Hohegger beschäftigt war? (*Abg. Mag. Maier: Ja!*) – Nur bei einem Projekt: Bei diesem „AON Entertainment“ ist er mir ... (*Abg. Mag. Maier: Danke!*)

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich habe noch eine Anregung: Könnten Sie von Ihrer Klage gegen Hohegger dem Ausschuss eine Kopie zur Verfügung stellen?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich bin leider nicht so rechtskundig, dass ich das jetzt sozusagen, was ... – Ehrlich gesagt, ich wüsste nicht, wozu es ...

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Ich würde vorschlagen, dass Sie sich mit dem Verfahrensanwalt beraten.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Der Herr Krenn hat mir das Rubrum der Klage gezeigt. Ich würde sagen, dass er sich mit seinem Anwalt, der ihn in dem Verfahren vertritt, beraten sollte. Und wenn der Kollege – das darf ich sagen, wer der Anwalt ist – Korn sagt, ... (*Abg. Dr. Jarolim: Wer vertritt Sie? – Mag. Krenn: Korn! Der Herr Professor Korn!*) Fragen Sie ihn, und wenn der Kollege nichts dagegen einzuwenden hat, dann ja.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Das mache ich sehr gerne, Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne): Es wäre nur ganz gut, wenn wir das im positiven Fall noch vor der Hohegger-Befragung, die morgen um 11 Uhr beginnt, haben könnten.

Verfahrensanwalt Dr. Klaus Hoffmann: Die Klage wird ja in einer öffentlichen Verhandlung verhandelt werden. Es spricht also vieles dafür.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich werde ihn im Anschluss, Herr Abgeordneter, anrufen und Ihnen dann ... – Es dürfte kein Problem sein.

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Gut, dass wir morgen in der Früh mit einer Antwort rechnen können.

Gibt es eine weitere Frage? – Bitte.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich darf da ein bisschen gleich dort weitermachen, wo ich aufgehört habe, und zwar ist es da um diese Anfrage gegangen, Ihre „Red Carpet“-Tätigkeit. Das haben wir schon kurz beendet.

Es ist aber noch etwas anderes, und das ist jetzt nicht Zeitungswissen, sondern das kommt auch aus dem vorangegangenen Untersuchungsausschuss, dem sogenannten Spitzel-Ausschuss, wo vom BVT, von einem Beamten mit der entsprechenden Dienstnummer, ein Vermerk gemacht wurde, dass dieser Herr Aliyev über den Freund Adolf Wala einen Medienberater gesucht hat, der dann mit dem Herrn Christian Switak im Kabinett Günther Platter Kontakt aufnimmt. Herr Christian Switak wurde dann offensichtlich von der „Red Carpet“ entsprechend kontaktiert. Herr Switak ist derjenige Landesrat, der aufgrund von Telekom-Einladungen zurückgetreten ist. – Sie schütteln den Kopf, aber ich muss den Vorhalt zur Gänze ausführen. Ich würde Sie nur bitten: Grundsätzlich ist es so, dass Sie dann als Antwort sagen können, dass Sie entweder wollen – unter Wahrheitspflicht – oder sich entschlagen, was auch immer, aber die Unterbrechung meiner Frage würde ich nur von der Obfrau akzeptieren. Auch wenn es ein emotionales Thema ist für Sie – das verstehe ich alles –, aber vielleicht die Emotion nur kurz zu bekämpfen. Wir wollen Ihnen da nichts Böses, sondern wir wollen uns ein bisschen eine Information holen.

Christian Switak, eben in Tirol, in der Tiroler ÖVP, dann wegen der Telekom zurückgetreten, dort wiederum mit dem Landesgeschäftsführer Malaun, ebenfalls in die Telekom-Affäre hineingezogen worden mit Zahlungen über seine Firma „Headquarter“, und bei der „Headquarter“ wiederum mit einer Tochterfirma beteiligt der Herr Ulmer, wieder aus dem Kabinett des Innenministeriums kommend. Also es ist ein sehr schöner Kreis dabei.

Sie waren jetzt tätig, Sie haben mit dem Herrn Switak Kontakt gehabt. Haben Sie irgendeine Wahrnehmung, dass da die Telekom irgendetwas bezahlt hätte?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich weiß nicht, wie Sie auf diese Behauptung kommen, ich hätte mit Switak Kontakt gehabt. Können Sie mir das noch einmal erklären?

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Deswegen – ich zitiere es Ihnen –: Am 25. Mai 2007 hat ein BVT-Beamter, C4004, einen Bericht erstattet über ein stattgefundenes informelles Gespräch vom 24. Mai 2008 im Büro des Botschafters der Republik Kasachstan. Der Beamte hat daraufhin einen Vermerk angelegt und schreibt darin Folgendes :

„Botschafter Aliyev habe sich entschlossen, zu den Vorgängen Stellung zu beziehen und entsprechende Presseverlautbarungen abzugeben. Freund Adolf Wala habe ihm einen Medienberater vermittelt, der den Kontakt zum Kabinett vom Innenminister Günter Platter, Christian Switak, herstellen wird.“

In weiterer Folge hat er dann „Red Carpet“ beauftragt. – Also das ist für mich ein Schluss, wenn eine Werbefirma – wie heißt es da? – einen Medienberater sucht, der mit dem Kabinett in Kontakt tritt! Er hat dann nachher „Red Carpet“ gefunden. Daher ist meine Frage einmal grundsätzlich von den Denkgesetzen her logisch: Sind Sie mit dem dann in Verbindung getreten?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter! Ich kenne den Herrn Switak persönlich nicht, und ich bin sicher nicht mit ihm in Verbindung getreten.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Gut, danke. Keine weiteren Fragen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zurück noch einmal zu Ihrer Tätigkeit. Da gibt es diese Protokolle über interne Meetings, Mitschrift internes Abstimmungsmeeting Lobbying-Gruppe. Da ist immer wieder Ihr Name: Anwesend Stefan Krenn, und da gibt es zahlreiche Einträge dazu.

Ich halte Ihnen nur eines vor: Da ist zum Beispiel drinnen Austro Control – Zitat –: Termin Stefan betreffend Lobbying mit Mag. Schmidt fixieren.

Dann gibt es eine To-do-Spalte, und da steht wieder Ihr Name drinnen.

Da gibt es dann ein zweites Beispiel: Telefonat mit Mag. Steininger, TA, da kommen wieder Sie vor. Das sind lauter Lobbying-Protokolle: Treffen Hochegger und Politiker, Entschließungsantrag organisieren, und immer wieder kommt Ihr Name vor.

Wie können Sie sich das erklären, dass Ihr Name ständig in diesen Protokollen auftaucht und Sie uns zugleich hier erklären wollen, dass Sie überhaupt nie zu Parteipolitikern und Mandatsträgern Kontakte gehabt haben, wenn es da E-Mails dazu gibt, wenn es da interne Protokolle dazu gibt, aus denen vielfach hervorgeht, dass Sie sehr wohl immer wieder in Protokollen, in E-Mails als Ansprechperson und Teilnehmer an Gesprächen mit Politikern geführt werden?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, ich kenne diese Unterlagen nicht.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich zeige sie Ihnen.

(Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.)

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich kann es mir auch nicht vorstellen, dass ich als Teilnehmer an Gesprächen mit Politikern geführt wurde, weil es nicht sein kann, Herr Abgeordneter. Wenn ich dort vorkomme in normalen Arbeitsunterlagen und Protokollen, dann belegt das aus meiner Sicht nur eines, nämlich dass ich auch etwas gehackelt habe. (Abg. **Petzner:** Was?) – Dass ich etwas gearbeitet habe.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Eine andere Frage. Ein österreichisches Nachrichtenmagazin verfügt über Datensätze aus der Telekom Austria beziehungsweise auch aus der Firma Hohegger. Da gibt es einen Artikel in einer „NEWS“-Ausgabe, wonach man eine Festplatte zugespielt bekommen habe aus der Firma Hohegger. –

Kann es sein, dass es sich bei dieser Festplatte um Ihre Festplatte handelt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, nachdem ich diese Festplatte nicht kenne und auch diese E-Mails nicht kenne und, wie ich gelesen habe, auch Sie, sozusagen als Abgeordneter in diesem Haus, immer noch nicht haben – Sie sprechen dieses „NEWS“ an, nehme ich an (ein „NEWS“-Exemplar in die Höhe haltend) ...

Interessant ist allerdings etwas bei diesem „NEWS“-Bericht, Herr Abgeordneter: Dieser „NEWS“-Bericht ist zwei Wochen nach meinem „profil“-Interview. „profil“ ist an mich herangetreten, und ich konnte diese Unwahrheiten nicht stehen lassen, ich wurde auch von meinen Kunden dazu aufgefordert. Interessant ist, dass zwei Wochen später das „Imperium zurückschlägt“, sehr geehrter Herr Abgeordneter, weil das, was da drinnen steht, dass nämlich zwischen 2005 und 2009 die Mehrheit der E-Mails mir zuzurechnen ist, Herr Abgeordneter, das ist schlicht unmöglich. Und ich habe diesbezüglich auch medienrechtliche Schritte gegen dieses Magazin, das Sie da zitieren, eingeleitet.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ja, gut. „Das Imperium schlägt zurück!“ – Jetzt machen wir uns ... Aber gut, das ist typisch ÖVP. (Unruhe bei der ÖVP.) – Warum sind die schon wieder so aufgeregt da?

Dann halte ich Ihnen konkret vor einen Amtsvermerk vom BAK vom 21. März 2012, einen Amtsvermerk zu dieser Festplatte – Zitat –:

Aus der Gesamtschau der Festplatte geht hervor, dass es sich um jene des Stefan Krenn handelt.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Dann ist es aber nicht verwunderlich, dass die Mehrheit der E-Mails mir zuzurechnen sind. Das ist eine Information, für die ich mich herzlich bedanke, weil ich die nicht hatte. Nur: Dann ist es insofern falsch, als hier der Eindruck vermittelt wird, es handelt sich hier um sämtliche Dateien der Firma Hohegger.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein, das ist ...

Mag. (FH) Stefan Krenn: Und warum meine Festplatte, Herr Abgeordneter, ausgerechnet meine, dorthin geht, ist auch hochinteressant. Wissen Sie, wer der Anwalt ist vom Herrn Hohegger?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Nein. Was ich viel interessanter finde, Herr Krenn, ist, dass genau auf dieser Festplatte, wo Sie immer sagen: Ich habe mit dem allem nichts zu tun, ich kann mir diese ganzen Unterlagen, die internen Protokolle der Firma Hohegger, nicht erklären, warum ich da überall vorkomme in diesem Lobbying-Tagebuch, ich kann mir nicht erklären, warum ich selber ein seitenlanges E-Mail schreibe, wo ich über eine Vorbesprechung von einem Finanzausschuss berichte, ich kann mir nicht erklären, wie der Herr Hohegger darauf kommt, dass ich in Sachen

eTel mit dem Kabinett Bartenstein den Kontakt hergestellt habe zu einem Christian Steyrer, ich kann mir nicht erklären, dass der Herr Hohegger in Beschuldigtenvernehmungen sagt, dass Ihre Aufgabe gemeinsam mit dem Andreas Schneider hauptsächlich war, als ehemalige ÖVP-Mitarbeiter die Kontakte zur Österreichischen Volkspartei zu pflegen ... – Sie können sich das alles nicht erklären, und zugleich beinhaltet genau Ihre Festplatte, die von Ihnen kommt und die „NEWS“ vorliegt, unzählige Mails und Dokumente, die genau diese schweren Vorwürfe auch in Richtung der Österreichischen Volkspartei erhärten.

Sie wollen uns da erklären, Sie können sich an das alles nicht erinnern, Sie haben mit all dem nichts zu tun, Sie waren überhaupt nie mit politischem Lobbying oder irgendetwas beschäftigt, wollen an der ÖVP gar nicht anstreifen – oder umgekehrt, wie auch immer. Das ist für mich alles zusammen nicht glaubwürdig.

Wenn Sie jetzt wissen, dass das Ihre Festplatte ist, zumindest laut einem entsprechenden Amtsvermerk, und Sie haben ja auch das „NEWS“ diesbezüglich hergezeigt, dann kennen Sie auch die Veröffentlichungen: Was sagen Sie denn zu den ganzen brisanten Daten, die da auf Ihrer Festplatte oben sind? – Unabhängig davon, woher es jetzt kommt und warum Sie sagen: „Das Imperium schlägt zurück“. – Verschwörungstheorien sind nicht meine Sache, aber was sagen Sie denn zu dem Inhalt Ihrer Festplatte, Herr Krenn, der sehr, sehr brisant ist?

Können Sie sich jetzt vielleicht an irgendetwas erinnern? Sie haben ja ohnehin das „NEWS“ genau gelesen. Sie sind eh bestens vorbereitet.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Es ist beeindruckend, dass in dem „NEWS“ nichts drinnen steht inhaltlich, außer ein Riesen-Foto von mir. Interessant. Denn so interessant, mit Verlaub, bei aller Wertschätzung für mich selbst, bin ich wirklich nicht, Herr Abgeordneter. Ich weiß es nicht, was da für brisante Sachen drinnen sind. Sagen Sie es mir – ich kenne es nicht.

Noch einmal: Interessant, dass meine Festplatte zwei Wochen nach dem „profil“-Interview an „NEWS“ geht. Hochinteressant! Was ist mit der Festplatte vom Herrn Hohegger oder von seinen Geschäftsführern?

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Heißt das, dass Sie vermuten, dass das eine Hohegger-Rache oder dass das ein Rachemanöver von einer Person ist, weil Sie in einem „profil“-Interview sich vom Herrn Hohegger distanziert haben, und wenn ja, von wem geht denn dieses Rache-Manöver aus und warum?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Vom Herrn Hohegger, nehme ich an, oder von seinen Partnern. Wie auch immer.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Also der Herr Hohegger ist dieses „Imperium, das zurückschlägt“ – oder wie?

Obfrau Dr. Gabriela Moser: Wir sind am Ende der regulären Runden, auch Sie konnten Ihre Fragezeit zur Genüge überziehen.

Wir kommen jetzt zur Zusatzfragerunde. – Bitte, Abgeordneter Dr. Rosenkranz.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ganz kurz: Sie sind ja nach Ihrer Einvernahme noch einmal aus eigenem Antrieb zum BAK gegangen und haben dort einen Amtsvermerk gemacht, wo Sie gewisse ... Sie wollten nicht als Zeuge gefragt werden, weil Sie es nicht aus der direkten Wahrnehmung wüssten. – Ist das richtig?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Aus eigenem Antrieb, Herr Abgeordneter, mit Verlaub, geht keiner zu irgendeiner Einvernahme. Aus eigenem Antrieb, das würde ich so nicht bezeichnen, sondern die Herren dort – ich war dort als Zeuge – haben mich gebeten,

noch einmal zu kommen und eine Ausführung dazu zu machen. Und wenn ich gefragt werde von einer Behörde, komme ich auch selbstverständlich, Herr Abgeordneter. Aber „eigener Antrieb“ ist hier falsch.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Also das war keine formelle Ladung, weil an sich ... Es steht nämlich da in diesem 17. Anlassbericht zu Beginn:

Sachverhalt: Mag. Stefan Krenn erschien um 14 Uhr in den Räumlichkeiten des BAK und erteilte Auskunft zu Vorgängen. Von einer Vernehmung als Zeuge ersuchte Krenn Abstand zu nehmen. – Zitatende.

Das heißt, die Anbahnung für diesen Amtsvermerk, der dort gemacht wurde, kam sehr wohl vom BAK?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Na, selbstverständlich! Ich gehe ja nicht selber irgendwohin.

Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ): Ich war nicht dabei, entschuldigen Sie, ich bin nicht das BAK. Ich kriege nur die Akten da und frage nach. Man braucht es ganz unaufgeregt und einfach nur mit einem Ja oder Nein zu beantworten.

Sie sind nicht selbst aus eigenem Antrieb dorthin gegangen, so wie dieser Bericht nämlich den Eindruck vermittelt?

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich kenne den Bericht nicht und weiß nicht, welchen Eindruck er vermittelt. Ich bin nicht von selbst hingegangen.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Zwei ganz kurze Punkte: Ich komme noch einmal zurück zu Ihren politischen Verbindungen, Herr Krenn. Da gibt es ein Mail vom 10. Mai 2005, von Tanja Kolmanz an Sie, Stefan Krenn; Thema: Lobbying-Datenbank – also da haben Sie offensichtlich eine eigene Datenbank aufgebaut.

Lieber Stefan, ein paar Fragen zur Datenbank. Erstens, fehlende Unterlagen zu Bundesministerium für Justiz, Bundesministerium für Konsumentenschutz, Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten – in Klammern: hier besteht lediglich Frau Plassnik und Sekretärinnen. – Zitatende.

Dann wird die Frage gestellt, ob auch die Chauffeure – offensichtlich Chauffeure von Ministerien – in die Datenbank aufgenommen werden sollen. Dann geht es weiter:

Deine –

also Ihre –

versprochenen Listen sind: VfGH, VwGH, OGH, FFG, Vergabekommissionen, RTR, TKK, Sektionen; dann geht es weiter mit ÖGB, Industriellenvereinigung – ob Sie auch dazu Listen übermitteln können –, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer; dann wird angeführt, die Bundesgeschäftsstelle der ÖVP fehlt, wird sich bei Ihnen beschwert, bei der Lobbying-Datenbank.

Dann wird noch gefragt – auf Punkt 7 –, ob alle SPÖ-Mitarbeiter der SPÖ-Bundesgeschäftsstelle und auch SPÖ-Mitglieder – in Klammern: Kalina, et cetera – auch das Kriterium SPÖ bekommen sollen.

Wenn ich Ihnen jetzt diese Liste da vorlege, diese Lobbying-Datenbank, wo Sie gefragt werden, was denn mit diesen Unterlagen ist: was können Sie denn zu dieser Lobbying-Datenbank sagen?

Welche Daten haben Sie denn da geliefert aus Ministerien, vom VfGH, vom VwGH, von der Arbeiterkammer, von den Regulierungsbehörden, von der ÖVP-Bundesgeschäftsstelle?

Diese Daten werden alle bei Ihnen angefordert von Frau Tanja Kolmanz.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Herr Abgeordneter, es ist schon interessant, wie man etwas darstellen kann. Hier ging es darum – das war eines meiner ersten Projekte bei der Firma Hochegger; wenn Sie auf das Datum des E-Mails schauen, werden Sie das wahrscheinlich bestätigen können –, öffentlich zugängliche Informationen – Herr Abgeordneter, öffentlich zugängliche Informationen – über jene Stellen und alle anderen anzulegen, damit man hier agenturintern – das war der Auftrag an mich; ich habe das nicht erfunden, Herr Abgeordneter – die Adressen, die Telefonnummern und so weiter hat. Und ich nehme an, auch Sie werden – wenn Sie sich die Zeit nehmen und ins Internet gehen – auf Google oder Wikipedia sämtliche der von Ihnen genannten Institutionen, Organisationen herausfinden.

Abgeordneter Stefan Petzner (BZÖ): Ich weiß nicht, ob alle Chauffeure von sämtlichen Ministerien öffentlich sind und auch öffentliche Personen sind. Ich glaube, dass das eher nicht der Fall ist, und ich werde den Chauffeur des Ministers XY nicht auf Wikipedia finden, glaube ich.

Schlussatz, nur ganz kurz noch zur Festplatte: Es ist Ihre Festplatte, und das wird dort auch gesagt, worum es bei dieser Festplatte geht:

Der Übermittler richtete an mich ein Begleitschreiben, in dem er um die Publikation und Weitergabe der Daten ersuchte. Er verwies ausdrücklich auf Auffälligkeiten bei der Akquisition von eTel – Akquisition eTel, Ihre Festplatte, wo Sie überhaupt keine Erinnerungen und keine Wahrnehmungen haben wollen, wo Sie nie geredet haben wollen mit dem Ministerium Bartenstein –, schreibt da der Informant; schaut euch genau die Krenn-Festplatte zu dieser eTel-Akquisition an, da stinkt es nur so heraus. Und dann geht es weiter und wird auch darauf verwiesen, dass man sich den Bereich Glücksspiel und Novomatic genau anschauen soll.

Insofern kann ich mich zum Schluss nur dem Kollegen Pilz anschließen: Wir werden Sie sicher noch einmal vorladen müssen, Herr Krenn, zum Thema Glücksspiel. (*Mag. Krenn: Sehr gerne!*) Und bis dorthin – prophezeie ich Ihnen schon heute – werden wir auch diese E-Mails und diese Daten von Ihrer Festplatte vorliegen haben, und dann werden Sie sich nicht mehr so einfach an nichts mehr erinnern können.

Mag. (FH) Stefan Krenn: Ich hoffe, Herr Abgeordneter, weil da kann ich Ihnen auch ordentliche Antworten geben.

Obfrau Dr. Gabriela Moser dankt – da es keine weiteren Zusatzfragen gibt – der Auskunftsperson **Stefan Krenn** und verabschiedet diese.

Nachdem die Mitglieder des Ausschusses sich darauf geeinigt haben, sich am Donnerstag, 12. April, 9.30 Uhr, zu einer Fraktionsführersitzung zu treffen, erklärt die Obfrau Dr. Moser die 20. Sitzung des Untersuchungsausschusses für **geschlossen**.

Schluss der Sitzung: 18.07 Uhr